Mittwoch, den 1. September 1943

bis

Freitag, den 10. September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.

Sonnabend, den 11.September 1943

18^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.
Anschließend Fahrt nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

914

Sonntag, den 12.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

11^{00} Vor dem Hause Kressendorf wird dem Herrn Generalgouverneur von einer Abordnung der Gutsarbeiter die Erntekrone überreicht.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

7

Montag, den 13.September 1943

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, zu der später Staatssekretär Dr. Boepple hinzugezogen wird.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der erneuten Einziehung von Beamten und Angestellten zur Wehrmacht.

Dazu bemerkt Präsident Dr. Losacker, daß nach einer ihm gewordenen Mitteilung der jetzt für diese Frage zuständige General Olbrecht eine Weisung an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement erlassen habe, nach welcher die Verwaltung hinsichtlich der Einziehung von Beamten und Angestellten nach Möglichkeit zu schonen sei. Zudem sei jetzt die Möglichkeit eines Einspruches gegeben, der aufschiebende Wirkung habe.

Der Herr Generalgouverneur glaubt danach feststellen zu können, daß einer uneingeschränkten Einziehung von Beamten und Angestellten jedenfalls ein Riegel vorgeschoben sei.

Präsident Dr. Losacker berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur von seinem Besuche der landwirtschaftlichen Ausstellung, die zur Zeit in Tarnow stattfindet, und empfiehlt dem Herrn Generalgouverneur eine Besichtigung dieser Ausstellung.

13.9.1943

Weiter führt Präsident Dr. Losacker aus, daß die Ernteerfassung bisher recht gute Ergebnisse zeige. In vielen Gemeinden sei schon das bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt geforderte Soll übertroffen, in manchen Gemeinden seien sogar schon 100 % des Kontingents abgeliefert worden. Es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß noch große Mengen in nächster Zeit erfaßt würden. Leider seien im Kreise Miechow von Banditen 9 000 dz Getreide verbrannt worden.

In diesem Zusammenhang wird kurz zur Sicherheitslage Stellung genommen. Staatssekretär Dr. Bühler kann dabei feststellen, daß sich die Polizei selber nicht gegen die Einrichtung von Stützpunkten sträube. Die Durchführung dieser Maßnahme stoße allerdings noch auf gewisse Schwierigkeiten, da starke Kräfte der Polizei in Galizien konzentriert gewesen seien.

Präsident Dr. Losacker berichtet, daß die Kolpak-Banden zwar im allgemeinen aufgesplittert seien, andererseits aber Teilbanden noch weiterhin ihr Unwesen trieben und schwieriger zu fassen seien. Gleichwohl gehe die Hereinbringung der Ernte besser vor sich, als man erwartet habe. Die Bauern seien zum größten Teil sehr konservativ und durchweg antibolschewistisch.- Vorzüglich bewährt habe sich das neue Markensystem, das den Bauern gegenüber dem bisherigen Prämiensystem manche Vorteile bringe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß sich im Distrikt Lublin die Verhältnisse im Hinblick auf die Sicherheitslage wesentlich gebessert hätten. Im übrigen habe sich auch die Wehrmacht um die Sicherheit der Gebiete sehr bemüht, wenngleich zuzugeben sei, daß die Stützpunkte noch stärker mit militärischen Kräften besetzt werden könnten. Im allgemeinen könne wohl gesagt werden, daß die Einrichtung eines Netzes von

Stützpunkten, verteilt auf das ganze Generalgouvernement, sich sehr gut bewährt habe.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich das neue Verfahren der Versorgung der Polen mit Lebensmitteln eingespielt habe, kann von Staatssekretär Dr. Bühler im allgemeinen bejaht werden. Als weitere Folge dieser Maßnahme könne auch eine bessere Ablieferung seitens der bäuerlichen Bevölkerung beobachtet werden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt danach feststellen zu können, daß das von ihm seinerzeit gegebene Versprechen eingelöst worden sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Losacker, daß das Verhältnis zur Polizei neuen Prüfungen unterliegen werde. Er habe mit Generalleutnant der Polizei Dr. Kaltenbrunner eine längere Besprechung gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, daß es der Polizei, besonders der Sicherheitspolizei und vielleicht auch dem Reichsführer SS leid tue, einige Zugeständnisse gemacht zu haben. Man wolle offenbar von der Verordnung vom 8. Juli wieder wegkommen, und zwar vielleicht nicht nur hinsichtlich der Frage der Sicherheit, sondern weil die Verordnung, wenn sie illegal ausgelegt würde, eine völlige Änderung der Polizeibefugnisse und der Stellung der Polizei überhaupt zur Folge haben müsse.

Der Herr Generalgouverneur legt nochmals seine Stellungnahme gegenüber der Polizei dar und betont, daß er nicht gewillt sei, von seinem bisher eingenommenen Standpunkt abzuweichen.

13.9.1943

12^00 Besprechung mit Präsident Dr. Emmerich in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Präsident Dr. Emmerich gibt dem Herrn Generalgouverneur eine Schilderung der in Hamburg infolge der Bombenangriffe eingetretenen Lage.

Sodann legt Präsident Dr. Emmerich dem Herrn Generalgouverneur die Tagesordnung für die Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes vor.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit dieser Tagesordnung einverstanden und beraumt die Sitzung auf den 2o.September an.

Es wird sodann kurz zu dem Erlaß des Führers über die Errichtung eines Produktionsministeriums Stellung genommen. - Der Herr Generalgouverneur stellt dazu fest, daß in dem Erlaß nicht gesagt sei, daß er auch im Generalgouvernement Geltung habe. Infolgedessen könne man im Generalgouvernement zunächst eine abwartende Stellung einnehmen.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß allerdings zu diesem Erlaß die Herausgabe eines Ausführungserlasses angekündigt sei, nach welchem die Wirkung des Erlasses auf sämtliche besetzten Gebiete ausgedehnt werden solle. Gegen diese Ausdehnung habe er Protest erhoben.

Präsident Dr. Emmerich betont, daß auf Grund des Erlasses die Rechtslage sich so gestalten werde, daß abgesehen von der Regelung an der Spitze die Betriebe der Urproduktion - für das Generalgouvernement würden Kohle und Erdöle in Betracht kommen - im wesentlichen auf den Bereich der Rüstungsinspektion übergehen und diese dann zu B-Betrieben erklärt würden.

Der Herr Generalgouverneur behält sich eine Entscheidung in dieser Frage vor.

13.9.1943

12.30 Besprechung mit Pressechef Gassner.

16.00 Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

17.00 Der Herr Generalgouverneur empfängt Kammergerichtsrat Leutnant d.R. Dr. Keith.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 14.September 1943

10⁰⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald und Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Bierkamp.

Staatssekretär Krüger erstattet zunächst einen Bericht über die Polizeiaktion in Galizien gegen die sogenannte Kolpak-Bande. Er meldet, daß es, wenn auch die Bande nunmehr durch den Einsatz der Polizeikräfte völlig zersprengt sei, noch nicht gelungen sei, den Führer Kolpak persönlich zu fangen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Krüger, ihm einen zusammenhängenden schriftlichen Bericht über die Kämpfe in Galizien möglichst bald zuzuleiten.

Anschließend findet eine allgemeine Besprechung der Sicherheits- und Polizeisituation im Generalgouvernement statt, bei der im wesentlichen folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden:

1. Die Zahl der deutschen Ordnungspolizei im Generalgouvernement beträgt zur Zeit etwa 10 000 Mann, ist also viel zu gering, um auch nur annähernd den ordnungspolizeilichen Notwendigkeiten des Raumes zu genügen. Generalmajor Grünwald regt an, daß die Wehrmacht mehr als bisher zur Dislocierung der Sicherheitskräfte herbeigezogen werden solle.

2. Generalmajor Grünwald bittet, dafür zu sorgen, daß die Kräfte der polnischen Ordnungspolizei sobald als möglich die gleichen Ernährungssätze für sich und ihre Familien erhalten sollen, wie sie die deutschen Polizeibeamten haben.

   Der Herr Generalgouverneur gibt seine Genehmigung dazu und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, für die Regelung dieser Angelegenheit Sorge zu tragen.

14.9.1943

3. SS-Oberführer Dr. Bierkamp berichtet über die Stimmung der polnischen Bevölkerung und über die Situation der polnischen Widerstandsbewegung. Er betrachte die Lage zwar als ernst, wenn auch nicht unmittelbar gefahrdrohend. Immerhin werde die Widerstandsbewegung, wie er ausführt, immer straffer organisiert, mit Waffen versehen und erhalte angesichts der allgemeinen Ereignisse, insbesondere infolge der Kapitulation Italiens, die in Warschau geradezu Freudenkundgebungen der polnischen Bevölkerung hervorgerufen habe, weiteren Auftrieb. Mit einem Abklingen dieser deutschfeindlichen Entwicklung sei nicht zu rechnen. Er habe aber überall da, wo es nur irgendwie möglich wäre, seine Vertrauensmänner eingeschaltet, so daß er durchaus über die Entwicklung auf dem laufenden gehalten werde.

4. Ein kurzer Hinweis auf die Frage der Aufnahme von Bombengeschädigten aus dem Reich ins Generalgouvernement veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, für die Behandlung dieses Sonderkomplexes eine eigene Sitzung anzusetzen, deren Termin noch bestimmt werden wird.

Bei den Teilnehmern der Besprechung besteht im allgemeinen volles Einverständnis darüber, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Polizei im ganzen Generalgouvernement in erfreulicherweise vollziehe. - Der Herr Generalgouverneur spricht den Vertretern der Polizei seinen Dank und seine Anerkennung für das hervorragende dienstliche Verhalten der Polizeikräfte aus.

14.9.1943

11[00] Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schomburg.

Botschaftsrat Dr. Schomburg teilt dem Herrn Generalgouverneur zunächst mit, daß Gesandter von Dörnberg und ein Vertreter der ungarischen Regierung dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen Besuch abzustatten beabsichtigen. Weiter berichtet er, daß er über das Anlaufen der neuen Lebensmittelversorgung der polnischen Bevölkerung überall nur Gutes gehört habe; schon jetzt zeigten sich gewisse erfreuliche Wirkungen, die sich mit Beginn des Monats Oktober noch steigern würden. Er habe über diese Frage auch dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet.

Botschaftsrat Dr. Schomburg geht dann auf die Frage ein, wie die im Reich anwesenden Italiener behandelt werden sollen. Er habe vom Auswärtigen Amt die Weisung erhalten, den bisher unter dem Namen "Graf di Fossombrone" im Generalgouvernement bzw. in Krakau tätigen Beauftragten der Italienischen Botschaft zu "konfinieren". Diese Weisung habe die Bedeutung, daß Fossombrone seine Wohnung nicht verlassen dürfe und von einem Polizeibeamten überwacht werde. Er habe gestern Abend die weitere Weisung erhalten, Fossombrone mit seiner Familie und den noch in Krakau anwesenden Angehörigen seiner Dienststelle sobald als möglich nach Berlin transportieren zu lassen. Weiter schlägt Botschaftsrat Dr. Schomburg vor, daß der Herr Generalgouverneur bzw. die Stadtverwaltung Krakau über das bisher im Besitz des Fascio befindliche Haus nach Belieben verfüge.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Botschaftsrat Dr. Schomburg, daß Fossombrone unter den der Stellung eines Diplomaten angemessenen Formen und Bedingungen mit seiner Familie ins Reich abtransportiert werde. Die Vorbereitungen für diesen Abtransport seien bereits getroffen.

14.9.1943

Der Herr Generalgouverneur ersucht Botschaftsrat Dr. Schomburg, unverzüglich in Verhandlungen mit Staatssekretär Dr. Bühler über die Begleichung etwaiger - allerdings nicht privater Verbindlichkeiten - einzutreten.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur zu diesem Thema fest, daß bis auf weiteres angesichts der zur Zeit in Italien herrschenden Verhältnisse eine diplomatische Vertretung Italiens im Generalgouvernement unmöglich sei. Gegen eine Wiederaufnahme der Tätigkeit des Italienischen Fascio im Generalgouvernements hat der Herr Generalgouverneur keine Einwendungen zu erheben.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt, daß Botschaftsrat Dr.Schomburg die ihm bisher provisorisch überlassenen Wohnräume endgültig in Besitz nimmt.

11^{25} Besprechung mit Oberbaurat Höfer.

11^{30} Besprechung mit Regierungsrat Frhr von Medem.

Regierungsrat Frhr von Medem gibt dem Herrn Generalgouverneur zunächst einen kurzen Bericht über die Personallage der Verwaltung im Generalgouvernement. Die Verwaltung zähle zur Zeit ungefähr 5 ooo Beamte und Angestellte davon etwa 1 8oo Beamte und etwas über 3 ooo Angestellte. Dazu kämen noch 3- bis 4 ooo weibliche Kräfte. Die Personallage sei so angespannt, daß man Abgaben an die Wehrmacht im größeren Umfange nicht mehr tätigen könne. Darüber sei auch bereits mit dem Wehrkreisbefehlshaber verhandelt worden. Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverteidigung General Olbrecht habe sich im allgemeinen den von Seiten der Verwaltung geltend gemachten Bedenken nicht verschlossen. Gleichwohl seien noch 15o Mann zur Verfügung

14.9.1943

gestellt worden.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß den Reichsverteidigungskommissaren das Recht zur Einlegung eines Einspruches gegen Einziehungen zustehe, der aufschiebende Wirkung habe, und ermächtigt Regierungsrat Frhr von Medem, sich Anforderungen der Wehrmacht gegenüber auf die Eigenschaft des Generalgouverneurs als Reichsverteidigungskommissar zu berufen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch kurz zur Frage der Beförderung des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Kammergerichtsrats Dr. Keith und des Assessors Schulz Stellung genommen.

15[35] Besprechung mit Fahrdienstleiter Schulze in Gegenwart des Chefs der Kanzlei des Generalgouverneurs Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger.

15[40] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15[55] Besprechung mit Pressechef Gassner.

16[00] In Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen:

1. mit Hauptbannführer Förschle
2. mit SA.-Oberführer Peltz
3. mit Ministerialrat Dresler-Andres
4. mit Frauenschaftsführerin Fräulein Aldinger
5. mit Bereichsleiter Seifert.

14.9.1943

1. Nach Vortrag des Hauptbannführers Förschle verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens an Gauleiter Mutschmann-Sachsen:

Ich beziehe mich auf die letztjährige Unterbringung volksdeutscher Jugendlicher aus dem Genegouvernement zur Stärkung des deutschen Volkstums und bitte Sie, auch in diesem Jahr die Unterbringung von 1 500 Jugendlichen zu gestatten. Die völkische Gefährdung unserer volksdeutschen Jugendlichen macht die Verschickung ins Reich trotz der augenblicklichen Verhältnisse unbedingt erforderlich. Ich bin jederzeit bereit, zum Austausch eine größere Anzahl sächsischer Jugendlicher im Generalgouvernement vorbildlich unterzubringen. Wie Bannführer Grosse mitteilt, stehen die zur Zeit erforderlichen Quartiere für 600 Jugendliche zur Verfügung. Ich werde Sie morgen zwecks Übereinkunft in dieser Frage anrufen.

2. Mit SA.-Oberführer Peltz werden Angelegenheiten der S.A. und der S.A.-Wehrbereitschaften besprochen.

3. Die Besprechung mit Ministerialrat Dresler-Andres hat die Frage seiner Verwendung im Arbeitsbereich Generalgouvernement zum Gegenstand.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt einen kurzen Überblick über die bisherige Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres im Generalgouvernement und teilt dabei mit, daß sich die Parteikanzlei damit einverstanden erklärt habe, daß Dresler-Andres im Arbeitsbereich Generalgouvernement eingesetzt würde.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß die Parteikanzlei Einfluß auf die Frage nehmen wolle, wer im Arbeitsbereich eingesetzt werden solle. Er lehne diese Einflußnahme der Parteikanzlei

grundsätzlich ab und ersuche Hauptabschnittsleiter Stahl, ihm geeignete Vorschläge für die Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres zu machen.

Die von Hauptabschnittsleiter Stahl dem Herrn Generalgouverneur sodann gemachten Vorschläge für die Verwendung des Ministerialrats Dresler-Andres im Arbeitsbereich Generalgouvernement finden die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

4. Frauenschaftsführerin Fräulein Aldinger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer Tagung ihrer Mitarbeiterinnen in den Distrikten. Auf dieser Tagung habe sich herausgestellt, daß mit Ausnahme des Distrikts Lublin nirgendwo Maßnahmen für einen Schutz der Frauen bei Überfällen oder sonstigen alarmierenden Ereignissen getroffen seien. Die Frage, was in solchen Fällen mit den Frauen und Kindern zu geschehen habe, müsse einmal einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl, unverzüglich Schreiben an sämtliche Distriktschefs zu richten, in denen auf diese Verhältnisse hingewiesen wird. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich auf Vorschlag des Hauptabschnittsleiters Stahl damit einverstanden, daß die Partei im Rahmen der notwendig werdenden Arbeit auf diesem Gebiet eingeschaltet werde. Selbstverständlich müßten alle in dieser Beziehung zu ergreifenden Maßnahmen streng geheim gehalten werden.

14.9.1943

5. In der Besprechung mit Bereichsleiter Seifert gibt dieser zunächst eine kurze Schilderung seiner Tätigkeit im Generalgouvernement.

Im weiteren Verlauf der Besprechung geht der Herr Generalgouverneur auf verschiedene Personalangelegenheiten ein, in denen Bereichsleiter Seifert auf Grund von ihm gewordenen Mitteilungen anderer Stellen eine für die Betreffenden ungünstige Berichterstattung an die Parteikanzlei geleitet habe. Es handle sich hier vor allem um die Fälle Dr. Coblitz, Dr. Keith, Jänecke, Löffler und Dr. Graf.

Diese Fälle werden dann im einzelnen besprochen. Dabei betont Hauptabschnittsleiter Stahl, daß die Berichte ohne sein Einverständnis von Bereichsleiter Seifert an die Parteikanzlei gesandt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden über diese Art der Amtsführung des Pg. Seifert Ausdruck.

Der Herr Generalgouverneur hat dann mit Bereichsleiter Seifert eine Unterredung unter vier Augen, zu der später wieder Hauptabschnittsleiter Stahl zugezogen wird.

18[30] Der Herr Generalgouverneur besichtigt den Neubau der Kanzlei. In seiner Begleitung befinden sich Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger, Oberbaurat Hofer, Referent von Palézieux und Architekt Korinthenberg.

19[30] A b e n d e s s e n .

14.9.1943

20^{35} F i l m - Vorführung im Großen Saal der Burg.

Zur Aufführung gelangen eine Wochenschau und der Film "Tonelli".

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 15.September 1943

1o^{30} Besprechung mit Präsident Lauxmann.

11^{00} Präsident Naumann berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem reibungslosen Anlaufen der neuen Lebensmittelversorgung für die polnische Bevölkerung ab 1.September 1943 und ihrer günstigen Auswirkung. Ab 1.Oktober würde auch die Zusatzversorgung der Familienangehörigen nach einer Neueinteilung in die einzelnen Versorgungskategorien, die jeweils von den Hauptabteilungen vorbereitet würde, stattfinden.

In einem kurzen Zwischenbericht gibt Präsident Naumann dann dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von der gut funktionierenden Ernteerfassung. Trotz einer 25 %igen Erhöhung der Umlagen habe man mit dem Stichtag des 1o. Septembers bereits 436 ooo to erfaßt gegenüber 375 ooo to am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Distrikt Warschau stehe mit 52 % vor Radom an der Spitze. Der Kreis Zamosc versage vollständig. Auffallend sei die Tatsache, daß sogenannte banditenverseuchte Kreise im Vergleich zu den Kreisen mit vorwiegend volksdeutschen Siedlern bereits hervorragend abgeliefert hätten.

Der Abtransport des Getreides ins Reich verursachte in jüngster Zeit einige Schwierigkeiten, da gewisse Gebiete des Reiches für die Aufnahme gesperrt worden seien. Man bemühe sich zur Zeit, 12o geplante Holzhallen zwecks Lagerung des Getreides schnellstens fertigzustellen. Auch die Notläger müßten herangezogen werden und er verhandle mit der Polizei und Wehrmacht wegen einer zusätzlichen Bewachung derselben.

15.9.1943

Im großen und ganzen verlaufe die Aktion aber günstiger als man erwartet habe. Nach Abschluß werde er dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht vorlegen.

Die Hauptabteilung stecke bereits in den Vorbereitungen für die Erzeugungsschlacht des Jahres 1944. Er werde dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen entsprechenden Erlaß zur Unterschrift vorlegen.

11³⁰ Präsident Gerteis berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Betriebslage bei der Ostbahn, die man als zufriedenstellend bezeichnen könne. Schwierigkeiten gäbe es nur in der Wagengestellung. Durch Verhandlungen habe er erreicht, daß die Ernte so ziemlich abtransportiert werden könne.

In Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium sei die Beteiligung der Ostbahn an den Kosten der gesamten Bauvorhaben von 2,8 Milliarden auf 25 % festgesetzt worden. Der Anteil der Ostbahn sei bereits bis auf 400 Millionen bezahlt.

In den nächsten Tagen werde er nach Abschluß aller Verhandlungen dem Herrn Generalgouverneur das Eisenbahngesetz des Generalgouvernements vorlegen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Präsident Gerteis für seine Haltung in der Krisis der Ostbahnorganisation Dank und Anerkennung aus.

12²⁰ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15.9.1943

12³⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler die Obergerichtspräsidenten des Generalgouvernements, die unter Führung des Präsidenten der Hauptabteilung Justiz Ministerialrats Wille erschienen sind.

Nach Vorstellung der leitenden Männer der Justiz des Generalgouvernements durch Ministerialrat Wille hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Präsident Wille, meine Herren!

Sie können sich vorstellen, daß Ihr Besuch auf der Burg bei mir eine besondere Freude auslöst, bin ich doch einer aus Ihren Reihen. Ich freue mich, Ihnen, Herr Präsident Wille, Dank und Anerkennung dafür zum Ausdruck bringen zu können, daß Sie das Justizleben im Generalgouvernement so schön in Gang gebracht, so würdig aufgebaut und - ich möchte fast sagen - so sieghaft für den Rechtsgedanken durchgesetzt haben.

Die Schwierigkeiten, die sich dieser ersten deutschen Justiz in einem fremdvölkischen Raum gestellt haben, waren enorm. Sie waren deshalb so groß, weil wir hier in ein Experimentierfeld kamen, in dem zum erstenmal im Verlaufe dieses Krieges die Fragen auftauchten, wie wird einerseits der deutsche Mensch in diesem Raum justizmäßig zu betreuen sein und wie wird andererseits die deutsche Justizpolitik, das deutsche Rechtsüberwachungs- und Kontrollorgan der Regierung sich in die fremdvölkische Justiz einzureihen haben. Auf diesen beiden Gebieten hat Ihre Arbeit, Herr Präsident, und die aller Ihrer Kameraden sowohl in der Hauptabteilung wie draußen in den Distrikten wirklich Vorbildliches geschaffen. Ich verweise nur darauf, daß das gesamte

damals sogleich anfallende Arbeitspensum von einer ganz kleinen Zahl auserwählter Männer und Frauen des Justizdienstes bewältigt werden mußte und auch bewältigt wurde. Mit meinem Dank will ich auch die Zusicherung verbinden, daß ich Ihnen auch fernerhin ein stets aufgeschlossener Chef bleiben werde und daß ich an dem Grundsatz festhalte, daß die Justizführung und der Justizdienst im Generalgouvernement ein nicht wegdenkbarer primärer Bestandteil des Staatslebens dieses Nebenlandes Generalgouvernement des Großdeutschen Reiches bleiben wird.

Im wesentlichen sind es drei Komplexe von Schwierigkeiten, die heute auf der Justiz lasten. Die erste Schwierigkeit hier im Generalgouvernement ist die Frage: wie kann man dem deutschen Volksgenossen hier im Raum trotz der Notwendigkeiten des Krieges eine sein Vertrauen verdienende Rechtssprechung sicherstellen! Ich will vor Ihnen nicht meine Anschauungen über die Rechtsidee des Nationalsozialismus darlegen; Sie wissen, wie ich dazu stehe, und Sie wissen auch, was ich in diesem Kampf persönlich ununterbrochen eingesetzt habe. Ich habe den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund und die Akademie für Deutsches Recht gegründet, ich habe in München das Haus des Deutschen Rechts aufgebaut und ich habe vom ersten Tag der Bewegung an in grundsätzlichen literarischen Publikationen versucht, das nationalsozialistische Rechtsideal, wie es im Punkt 19 des Parteiprogramms niedergelegt ist, in die Tat umzusetzen. Im wesentlichen wünsche ich - und dies ist nicht nur mein Wunsch, sondern im gewissen Sinne ein dienstlicher Auftrag an Sie -, daß der deutsche Volksgenosse und die deutsche Volksgenossin im Generalgouvernement absolut das Empfinden haben, daß unabhängige Richter ohne jeden Einfluß irgendeiner staatlichen

15.9.1943

oder sonstigen Dienststelle auf Grund des alten germanischen Rechtsideals Recht sprechen, wonach niemand verurteilt werden kann, es sei denn, daß man ihn gehört, ihm Verteidigung und einwandfrei objektive Darlegung seiner Rechtanschauung zu einem konkreten Fall gewährleistet hat.

Dieses Fundament "audiatur et altera pars" ist für mich in diesem Nebenland umso wichtiger, als durch die Entwicklung der Kriegsnotwendigkeiten der Kampf zwischen Machtsicherung und Rechtssicherung in zunehmenden Maße im Interesse der Machtsicherung einen gewissen Vorrang des Exekutivelementes des Staates gegenüber dem rechtsprechenden Element erlangt hat. Das Ideal muß trotz der kriegsbedingten Notwendigkeiten erhalten bleiben. Ich möchte dieses mit umso größerem Nachdruck betonen, da ich mit echtem warmen Empfinden die Schwierigkeiten dieser Rechtssicherungsvorgänge verfolge und weiß, welche Vorurteile gegen diese immer wieder formell angesehene Rechtssicherungsarbeit des unabhängigen Richters herrschen. Dabei ist meine Verantwortung auf diesem Gebiet ja eine ausschließliche, da ich nur dem Führer unterstehe und von ihm immer wieder Vollmachten in allen politischen und staatskonstruktiven Vorgängen erhalte. Mir ist es ein großes Bedürfnis, an Sie, meine Herren, undan die deutschen Richter dieses Raumes zu appellieren, das Rechtsideal unseres Volkes in jedem einzelnen Rechtssprechungsakt hochzuhalten. Und ich freue mich, aus den Reihen unserer deutschen Volksgenossen ständig die Bestätigung zu erhalten, daß die deutschen Richter des Generalgouvernements in dieser Beziehung vorbildliche Arbeit leisten. Ich kann für mich und die Dienststellen der Regierung wohl in Anspruch nehmen, daß wir uns jeden Eingriffes in die Rechtssprechungsakte unserer unabhängigen Richter enthalten. Sie können überzeugt sein, daß ich da, wo

15.9.1943

Versuche dazu gemacht werden, ich die echte germanisch bedingte unabhängige Rechtssprechung jedermann gegenüber zu verteidigen entschlossen bin.

Die Schwierigkeiten, die sich überall zeigen, um dem germanischen Rechtsideal unseres Volkes zu entsprechen, sind im weiten Umfange ideologisch bedingt. Die Gewalt ist immer willkürlich, das Recht aber wächst aus den ewigen Quellen unseres volksgenössischen Gemeinschaftsbewußtseins. Gerade ich jedoch, der ich vom Führer als Präsident der Internationalen Rechtskammer eingesetzt wurde, weiß, daß der Führer für die Zeit nach diesem Krieg dem Rechtsideal weiten Raum einräumen wird. Zu dieser ersten Schwierigkeit kann ich Ihnen also mitteilen, daß ich nicht wünsche, daß irgendeine staatliche Dienststelle sich in Ihre Justizbelange einmengt. Der deutsche Volksgenosse hier im Raum soll die Gewißheit haben, daß im Generalgouvernement nach alter deutscher Rechtssitte von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird.

Die zweite Schwierigkeit des Justizlebens dieses Raumes ist eine echt raumbedingte. Sie kommt daher, daß auf Grund des prozentualen Verhältnisses zwischen deutscher und fremdvölkischer Bevölkerung ein allerdings nur zahlenmäßig gesehener geringerer Spielraum zur Verfügung steht. Hier muß ich feststellen, daß unser Prinzip, soweit wie irgend möglich die fremdvölkischen Justizbelange durch fremdvölkische Faktoren unter unserer Aufsicht erledigen zu lassen, richtig war. Unsere Linie liegt hier im richtigen Schnittpunkt der Aufteilung dieser beiden Zonen. Ich möchte an dieser Stelle den von Ihnen überwachten und kontrollierten fremdvölkischen Rechtsorganen meine Anerkennung übermitteln und feststellen, daß sie unter oft schwierigsten Umständen die Rechtsbedürfnisse der fremdvölkischen

15.9.1943

Bevölkerung so befriedigt haben, daß die deutsche Führung dieses Raumes daran nicht nur keinen Anstoß nehmen kann, sondern sie weiterhin in diesem gewissen Selbständigkeitsrahmen ungefährdet belassen wird.

Die dritte Schwierigkeit ist die rein kriegsbedingte. Wir müssen davon ausgehen, daß wir uns durch nichts davon abbringen lassen dürfen, daß das Generalgouvernement ein dauernder Bestandteil des Großdeutschen Reiches sein wird. Unter diesem Aspekt gesehen sind die Schwierigkeiten der Sicherheit der Justiz und ihrer Gefängnisse, des Mangels an Personal von uns unter dem Gesichtswinkel des Krieges der Lösung entgegenzuführen. Ich glaube, daß wir für unseren gesamten Beamtennachwuchs zu einer eigenen Schulung hier im Raume übergehen müssen - ich habe das heute Morgen mit Staatssekretär Dr. Bühler besprochen -, denn das Reich ist außerstande, uns auf diesem Gebiet weiter zu helfen. Die Schwierigkeiten, aus dem Reich eine Auffrischung unseres Personalbestandes zu erhalten, steigen an. Ich glaube, daß im Gesamtrahmen der autarken eigenständigen Heranbildung eines Nachwuchses auch die Justiz neue Wege beschreiten wird, und daß sie wie die anderen Staaten aus Kriegsversehrten, Volksdeutschen oder aus von der privaten Sphäre aus kommenden Leuten ihren Nachwuchs sicherstellen muß. Eine großzügige Schulung wird dabei ins Leben zu rufen sein und wir sind daran, die Grundsätze und die Verwirklichung dieser Schulung in die Tat umzusetzen. Ich habe das Vertrauen, daß auch die Justiz in vollem Umfange daran teilnimmt.

Es obliegt mir, der Justizverwaltung und auch dem Reichsjustizminister für die großzügige Unterstützung zu danken, die ich im Laufe der Jahre durch zur Verfügung Stellung von Beamten erhalten habe. Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage, daß ohne dieses dauernde kameradschaftliche Verständnis für unsere Belange unsere

Aufbauarbeit überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Ich werde nicht verfehlen, aus Anlaß unserer heutigen Zusammenkunft diesen Dank auch in anderer Form zum Ausdruck zu bringen.

Die Sicherheitslage dieses Raumes ist unabhängig von den Faktoren, die wir beherrschen, sie kommt von außen, eine Verantwortung dafür trifft uns nicht. Sie hängt in ihrer Gefährdung mit dem Widerwillen mancher Kreise der Bevölkerung gegen die deutsche Herrschaft zusammen und daß man unter allen Umständen versucht, das deutsche Leben durch fremdländische feindliche Propaganda und von Widerstandskreisen her zu stören. Die Verstärkung der Polizeikräfte und der Einsatz von Wehrmacht werden aber dazu beitragen, die Sicherheitslage ständig zu verbessern.

Ich fasse meinen Dank an Sie in den Dank an alle zusammen für die pflichttreue Mitarbeit und hege die bestimmte Erwartung, daß Sie in Befolgung dieser Grundsätze für Führer und Reich die Justiz im Generalgouvernement handhaben.

Ministerialrat Wille dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht weiterhin treue Mitarbeit.

13⁰⁰ F r ü h s t ü c k .

16¹⁵ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich den Leiter der Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft Dr. Frhr von Gregory zur Verabschiedung und den neuen Leiter Dr. von Braunmühl zur Einführung.

15.9.1943

17^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr. Meidinger, des Referenten von Palézieux nach Haus Warthenberg.

18^{00} Rückfahrt auf die Burg.

19^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Aufführung der Oper "Fidelio" von Ludwig van Beethoven.

Anschließend Rückfahrt auf die Burg.

(Übernachtung auf der Burg.)

Krakau

Donnerstag, den 16.September 1943

12 10 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Präsidenten Dr. Emmerich den Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler, Rüstungsobmann Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola) und Oberingenieur Kobold.

Generalleutnant Schindler überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zu einer Betriebsführertagung, die am Freitag, dem 17.Sept. 1943 im Institut für Deutsche Ostarbeit stattfindet und bittet ihn, auf dieser Tagung zu den Betriebsführern zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Einladung an und erklärt sich bereit, vor den Betriebsführern einige Ausführungen zu machen.

Anschließend findet eine Besprechung über verschiedene die Lage der Rüstungsindustrie und der Industrie im allgemeinen betreffende Fragen statt. Dabei geht Generalleutnant Schindler u.a. auch auf die Industrieverlagerung ein und bezeichnet die Errichtung einer Zentralstelle für die Regelung dieser Frage als unbedingt notwendig.

Präsident Dr. Emmerich teilt in diesem Zusammenhang mit, daß für die Textilindustrie des Generalgouvernements eine Änderung insofern zu erwarten sei, als nunmehr die Lieferungen von Litzmannstadt für das Generalgouvernement ausfallen sollten und daher das Generalgouvernement darauf angewiesen sein werde, sich selbst zu versorgen.

Der Herr Generalgouverneur will diese und andere Fragen der Besprechung ~~in~~ einer besonderen Sitzung, deren Termin noch festgelegt wird, vorbehalten wissen.

16.9.1943

12^{30} Auf Einladung des Stadtkommandanten von Krakau Generalleutnant Oppenländer wohnt der Herr Generalgouverneur dem ersten Aufziehen der Stadthauptwache vor der Stadtkommandantur Adolf-Hitler-Platz 2o bei. Anwesend sind u.a. Ehrengästen Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie Haenike, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Losacker und Stadthauptmann Dr. Krämer.

19^{30} Auf Einladung des Wehrkreisbefehlshabers General der Infanterie Haenike nimmt der Herr Generalgouverneur an einem Abendessen im Offizierskasino teil.

Im Anschluß an das Abendessen hält Admiral Prentzel einen Vortrag über

Tagesfragen der Seestrategie.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.)

Krakau

Freitag, den 17.September 1943

9⁰⁰ Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Betriebsführertagung der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements im Ostinstitut. Anwesend sind auch die beiden Staatssekretäre und verschiedene Hauptabteilungsleiter der Regierung.

Der Chef der Rüstungsinspektion Generalleutnant Schindler begrüßt im Namen aller Anwesenden den Herrn Generalgouverneur. Im Saale seien alle Männer anwesend die im Herbst 1939 mit der Truppe in diesem Lande eingezogen seien und alles das geschaffen hätten, was man als Rüstung bezeichne.

In der gestrigen Sitzung hätten sich Betriebsführer und die Männer, die in der Rüstung die Lenkungsaufgaben inne hätten, über die Dinge ausgesprochen, die einem Höchstmaß an Produktion hinderlich seien. Der heutige Tag sei einer Aussprache mit den Vertretern der Regierung vorbehalten.

Zwei Faktoren bedrückten zur Zeit die Produktion in starkem Maße. Der eine davon bestehe in der zunehmenden Unsicherheit des Landes. Eine produktive Arbeit sei schwer, wenn die Sicherheit der Straße nicht gewährleistet sei, wenn Betriebsführer erschossen würden, wenn mit einer raffinierten Systematik das moralische Gefüge aus der polnischen Arbeiterschaft herausgeschossen werde und wenn Polen, die für die deutschen Belange loyal arbeiteten, umgelegt würden. Das gefährlichste an allem liege in der Infiltration der Betriebe; denn das Banditenwesen dringe in steigendem Maße in die Betriebe und Familien ein. Jedermann, der für deutsche Interessen getreulich arbeiten wolle, stehe in Lebensgefahr. Heute gebe es keinen Vorarbeiter, der es wagen könne, einen Polen zur Arbeit anzuhalten.

17.9.1943

Bei dieser Sachlage lasse sich eine fruchtbare Arbeit nicht mehr ermöglichen. Ein kleines Gegengewicht stelle die jüngst vorgenommene Verbesserung der Verpflegung dar, und die Rüstungsleute könnten dem Herrn Generalgouverneur für diese Hilfe nicht genug dankbar sein. Bis jetzt sei es gelungen, zwischen Hunger auf der einen und der Bedrohung durch die Banden auf der anderen Seite ungefähr das Gleichgewicht zu halten. In den letzten Wochen jedoch habe der Einfluß der Banditen in den Betrieben ungeheuer zugenommen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, diesem Gesichtspunkt sein besonderes Augenmerk zuzuwenden, denn eine Abänderung dieses Zustandes müsse unbedingt erfolgen. Der zweite Faktor der Sorge liege in den Löhnen. Augenblicklich sei es so, daß der gering besoldete Arbeiter seinen Lohn nach der Lohnskala 1939 bekomme. Die offiziellen Preise der Lebensmittel seien aber auf ein Vielfaches gestiegen. Der gering bezahlte Arbeiter könne sich also die Lebensmittel und Textilien, die er auf Grund der Zuteilung erhalte, nicht alle kaufen. Notwendigerweise müsse daher eine Anpassung der Löhne an die erhöhten offiziellen Preise erfolgen. Daneben könne aber mit den bewirtschafteten und zugeteilten Gütern der Lebensstandard des einzelnen Arbeiters nicht gedeckt werden, und er müsse daher Vieles im Schleichhandel kaufen. Hier müsse die Regierung einen Weg finden, der es dem polnischen Arbeiter ermögliche, sein Leben legal zu fristen.

17.9.1943

Anschließend ruft Generalleutnant Schindler verschiedene Betriebsführer auf, die eine Schilderung der praktischen Auswirkungen dieser beiden Schwierigkeiten geben und die vor allem darauf hinweisen, daß auf Grund dieser Situation die Produktion der Betriebe während der letzten Wochen in ständigem Absinken begriffen sei.

Der Herr Generalgouverneur läßt verschiedene Regierungsmitglieder zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

Generalleutnant Schindler hält es für unbedingt nötig, daß für die Bewachung der Rüstungsbetriebe etwa zwei bis drei Divisionen in das Generalgouvernement verlegt werden müßten und bittet den Herrn Generalgouverneur dafür um tatkräftige Unterstützung bei Generalfeldmarschall Keitel. Im anderen Falle könne man die Aufrechterhaltung der heutigen Produktion nicht garantieren, geschweige denn die Aufgaben, die in der Zukunft gestellt würden, nur annähernd erreichen. Die Die Rüstungsbetriebe des Generalgouvernements beschäftigten 13o ooo fremdvölkische Arbeiter und nur 17oo bis 18oo deutsche Menschen. Die Zahl der Deutschen, von denen die Hälfte im Büro arbeite, sei selbst nur für Aufsichtszwecke zu gering und man müsse dahin arbeiten, mehr Deutsche, und zwar qualitativ einwandfreie ins Land zu bringen.

Dann werden noch kurz die auf der Tagesordnung der Sitzung des Vortages gestandenen Fragen des Schleichhandels, der Ernährung und der Arbeitseinsatzlage gestreift.

17.9.1943

Der Herr Generalgouverneur spricht Generalleutnant Schindler für die Tagung seinen Dank aus, die ihm Gelegenheit gebe, Generalleutnant Schindler, seinen Mitarbeitern in der Führung der Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements und allen Wirtschaftsführern auf diesem Gebiet den Dank des Generalgouvernements, des Führers und des Reiches für die großartige Leistung zum Ausdruck zu bringen. Er wolle heute nicht langatmige Ausführungen machen, da das heutige Gremium, in dem sich die ersten Fachleute des Tageskampfes befänden, nicht geeignet sei, über die Tagesprobleme mit weiten Hoffnungsaspekten hinweg zu leuchten. Man befinde sich in einer Sitzung von Männern, die wirklich mit dem Einsatz ihrer ganzen Person Tag für Tag den ungeheuren Schwierigkeiten des täglichen Lebensablaufes entgegensähen.

Er habe sich der Methode der nüchternen Betrachtung der Dinge dieses Raumes verschrieben. Als die Wirtschaftsführer des Generalgouvernements vor einigen Monaten zusammengekommen seien, habe er auch damals auf große Ausführungen verzichtet und nur erklärt: "ich werde einen Ausschuß zusammenberufen, mit dem ich nüchtern und sachlich die Erfüllung der vorgebrachten Wünsche auf dem Gebiete der Ernährung und der Textilien ausarbeiten und durchführen werde". Das sei auch geschehen und die Verhältnisse auf diesem Gebiete hätten eine wesentliche Entspannung erfahren. In Anwendung dieser Methode erkläre er heute, daß er am kommenden Montag in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements eine Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes einberufen habe, in der er die heute in den Vordergrund gerückten Fragen

17.9.1943

besprechen
mit allen zuständigen Instanzen und lösen werde, und zwar Sicherheit der Betriebe, Probleme der Ernährung, Lohn- und Preispolitik, Schleichhandel, Arbeitseinsatzlage und das Problem "Deutsche ins Generalgouvernement"; andere Themen würden noch dazu kommen. Vertreter der Polizei und Wehrmacht seien dabei anwesend, und er werde versuchen, auch unmittelbare Repräsentanten des Oberkommandos der Wehrmacht beizuziehen. Er verspreche, daß er in den von den Rüstungswirtschaftlern angeschnittenen und auf den Nägeln brennenden Fragen in jeder Weise helfen werde. Er sei entschlossen, sozusagen in Permanenz solange zu tagen, bis man zu einer draußen in der Praxis verspürten Lösung kommen werde. Er bitte Generalleutnant Schindler dafür Sorge zu tragen, daß die Herren, die hier referiert hätten, sich bereithielten und dann ihre Ausführungen wiederholten.

Die Situation des Generalgouvernements habe sich seit der Übernahme des Gebietes durch die deutsche Verwaltung grundlegend geändert. Im Jahre 1939 sei erklärt worden, daß sämtliche Industrie aus dem Generalgouvernement herausgenommen werden müsse und man habe ein halbes oder eindreiviertel Jahr nichts anderes getan, als alles aus dem Land hinauszuschleppen. Dann sei der Umschwung gekommen und in zunehmendem Maße sei dann das Generalgouvernement eines der wichtigsten Reservoire auch der Rüstungspotenz des Reiches geworden. Diese Entwicklung schreite immer weiter fort. Er sei fest überzeugt, daß im Fortschreiten des Krieges über den deutschen Raum noch starke Zerstörungen kämen und daß auch im Fortschreiten der Entwicklung im Osten die Bedeutung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Gebiete von Oberschlesien und des Protektorats

mit allen zuständigen Instanzen besprechen und lösen werde, und zwar Sicherheit der Betriebe, Probleme der Ernährung, Lohn- und Preispolitik, Schleichhandel, Arbeitseinsatzlage und das Problem "Deutsche ins Generalgouvernement"; andere Themen würden noch dazu kommen. Vertreter der Polizei und Wehrmacht seien dabei anwesend, und er werde versuchen, auch unmittelbare Repräsentanten des Oberkommandos der Wehrmacht beizuziehen. Er verspreche, daß er in den von den Rüstungswirtschaftlern angeschnittenen und auf den Nägeln brennenden Fragen in jeder Weise helfen werde. Er sei entschlossen, sozusagen in Permanenz solange zu tagen, bis man zu einer draußen in der Praxis verspürten Lösung kommen werde. Er bitte Generalleutnant Schindler dafür Sorge zu tragen, daß die Herren, die hier referiert hätten, sich bereithielten und dann ihre Ausführungen wiederholten.

Die Situation des Generalgouvernements habe sich seit der Übernahme des Gebietes durch die deutsche Verwaltung grundlegend geändert. Im Jahre 1939 sei erklärt worden, daß sämtliche Industrie aus dem Generalgouvernement herausgenommen werden müsse und man habe ein halbes oder eindreiviertel Jahr nichts anderes getan, als alles aus dem Land hinauszuschleppen. Dann sei der Umschwung gekommen und in zunehmendem Maße sei dann das Generalgouvernement eines der wichtigsten Reservoire auch der Rüstungspotenz des Reiches geworden. Diese Entwicklung schreite immer weiter fort. Er sei fest überzeugt, daß im Fortschreiten des Krieges über den deutschen Raum noch starke Zerstörungen kämen und daß auch im Fortschreiten der Entwicklung im Osten die Bedeutung des Generalgouvernements im Zusammenhang mit dem Gebiete von Oberschlesien und des Protektorats

17.9.1943

die eines Herzstückes des Gebietes des Großdeutschen Reiches werde. Damit erstehe eine völlig neue Betrachtung des Generalgouvernements, denn aus dem, was man früher Misthaufen genannt hätte, auf den man nur Juden und Polen abschieben könne, werde jetzt eines der empfindlichsten und betreuungsbedürftigsten Gebiete des großdeutschen Raumes. Jetzt müsse sich die politische und psychologische Einstellung der Reichsführungszentralen zum Generalgouvernement wesentlich ändern. Die Anschauung, daß man von uns alles verlangen könne, uns aber nichts zu geben brauche, daß das Generalgouvernement nur ein auszubeutendes Land sei, müsse verschwinden. Auch die Meinung, daß wir im Generalgouvernement keine Sicherheit brauchten, daß lo ooo Mann Polizei genug seien, und die Meinung der Wehrmacht, daß hier Garnisonen unnötig seien, müßten geändert werden. Und dies alles werde sich ändern. Die Rüstungswirtschaftler könnten überzeugt sein, daß er den Kampf, den sie im kleinen führen müßten, ständig für die Totalität dieses Raumes geführt habe.

Auf der anderen Seite nähmen die Schwierigkeiten der Reichsinstanzen ständig zu. Das Reich könne nicht alle unsere Wünsche erfüllen. Wir müßten im Generalgouvernement das Empfinden haben, daß in diesem abgeschlossenen eigenen Land ein Teil des Schicksals der großdeutschen Industrie nur autark aus diesem Raum gelöst werden könne. Und die großen Aufgaben, die hier gestellt seien, könnten nur durch Zusammenarbeit, nicht aber durch Entgegenarbeit geleistet werden. Er wisse um die Leistungen der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements und er kenne die Nöte und Sorgen jedes Einzelnen. Was ihm heute berichtet worden sei, bedeute für ihn außerordentliches Material. Er spreche den

17.9.1943

Wunsch aus, daß ihm solche Dinge wie Überfälle usw. nicht nur in offiziellen Sitzungen vorgetragen würden, sondern über Generalleutnant Schindler ständig berichtet würden.

Sie dürften sich nicht als schutzlos betrachten. Er werde sich für sie einsetzen und dafür sorgen, daß sich entsprechend der Strukturwandlung des Generalgouvernements auch die Wandlung der Behandlung des Generalgouvernements durch das Reich ändern werde. Am Führer, der die Leistungen des Generalgouvernements und die Arbeit der deutschen Männer des Generalgouvernements hochschätze, habe man einen starken Rückhalt.

Viele Schwierigkeiten in diesem Raum seien erst entstanden aus Faktoren, für die das Generalgouvernement keine Schuld treffe. Die eigentliche staatliche Apparatur des Generalgouvernements sei eben eine Notstruktur des Krieges, mit der man ein fanatisch erzogenes Volk regieren müsse. Gesteigert würden die Schwierigkeiten durch die Entwicklung des Krieges, durch die Nervosität unseres Volkes in der Heimat und durch den dauernden Abzug von Kräften für die Wehrmacht. Tausende der aktivsten und fähigsten Leute habe in den letzten Monaten die Wehrmacht eingezogen, da die Ersatzlage dazu zwinge. Erst jetzt wieder sollte das Generalgouvernement 1 2oo Beamte an die Wehrmacht abgeben. Wenn man alle diese Faktoren zusammennehme, so müsse man es als ein Wunder bezeichnen, daß das Generalgouvernement solche Leistungen aufbringen könne. Das gelte auch für die Rüstungswirtschaft. Wenn man die Schwierigkeiten dieses Raumes bedenke, werde die Leistung der Rüstungswirtschaft erst im richtigen Licht erscheinen. Sie stelle etwas Einzigartiges dar. Wenn einmal die Geschichte dieses Raumes geschrieben werde, dann werde

auch das Wirken Generalleutnants Schindler und seiner Männer als eines der großartigsten Kapitel der deutschen Leistung in diesem Raum dargestellt werden müssen.

Er danke nochmals von ganzem Herzen und verspreche, daß das hier Vorgetragene nicht nur in einer feierlichen Zusammenkunft zu Gehör gebracht worden sei, sondern ihm ins Herz gedrungen sei. Am Montag Vormittag werde die Sitzung des Wirtschaftsgremiums stattfinden und im Anschluß daran hoffe er, den Rüstungswirtschaftlern entscheidend helfen zu können. Im Reich bestehe grundsätzliche Geneigtheit, dem Generalgouvernement zu helfen; er habe dies beim Kampf um die Durchsetzung der Ernährungsrationen für die Polen und auch aus anderen Anzeichen gemerkt. Alle in der Rüstungswirtschaft tätigen Deutschen könnten stolz sein, denn sie ständen an einem der schwierigsten Punkte dieses einzigartigen Freiheitskampfes des deutschen Volkes, durch den der Führer den Deutschen Sieg und Freiheit erkämpfe.

11^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

15^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Bierkamp und läßt sich von ihm unter Hinweis auf die in der Tagung der Betriebsführer der Rüstungswirtschaft gemachten Ausführungen Bericht über die Sicherheitslage erstatten.

17^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau-Radom

Sonnabend, den 18.September 1943

11^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

14^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Kammergerichtsrat Dr. Keith.

14^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Krakau.

14^{30} Abfahrt des Sonderzuges nach Radom.

19^{40} Ankunft des Sonderzuges in Radom.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Distriktsgebäude.

A b e n d e s s e n im Hause des Gouverneurs Kundt.

23^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Bahnhof Radom.

(Übernachtung im Sonderzuge)

Sonntag, den 19.September 1943

5^{42} Abfahrt des Sonderzuges von Radom.

8^{50} Ankunft des Sonderzuges in Tomaschow.

9^{30} Der Herr Generalgouverneur verläßt mit seiner Begleitung den Sonderzug und wird auf dem Bahnhof durch Kreishauptmann Regierungsdirektor Dr. Glehn begrüßt. Dann schreitet der Herr Generalgouverneur die Front der vor dem Bahnhof aufgestellten Ehrenformationen der S.A., der Politischen Leiter und der HJ. aus Tomaschow ab.

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung vor dem Parteihaus. Dort werden dem Herrn Generalgouverneur die Mitglieder der Distriktsstandortführung und der Kreisstandortführungen von Tomaschow, Petrikau und Radomsko vorgestellt.

Im Parteihaus hat der Herr Generalgouverneur informatorische Besprechungen mit der Amtswalterschaft.

11^{00} Vorbeizug der Fahnen und Gliederungen der NSDAP. am Parteihaus zum Sportstadion.

12^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Sportstadion zur Erntedank-Großkundgebung.

19.9.1943

12.10 Beginn der Erntedank-Großkundgebung.

Dem Herrn Generalgouverneur werden die angetretenen Formationen durch S.A.-Standartenführer Heitmann gemeldet.

Nach dem Fahneneinmarsch wird die Kundgebung durch Distriktstandortführer Gouverneur Kundt eröffnet.

Dem Herrn Generalgouverneur wird darauf die Erntekrone überreicht.

19.9.1943.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Deutsche Männer, deutsche Frauen! Deutsche Jungen und Mädchen! Kameraden der Wehrmacht! Der heutige Tag ist zugleich ein Beginn und ein Abschluss: der Beginn einer ganz grossen Deutschtumsbewusstheit im Generalgouvernement und der Abschluss einer bewunderungswürdigen Aufbauarbeit deutschen Lebens in diesem Raum. Auf dem Boden, den unter Einsatz ihres besten Blutes die deutsche Wehrmacht im heroischen Kampfe in wenigen Tagen unter völliger Zerschmetterung des polnischen Pseudostaates dem deutschen Volke eroberte und auf dem seit 1939 die siegreichen Fahnen und Standarten des nationalsozialistischen Reiches Adolf Hitlers wehen, auf diesem Boden befindet sich durch die Jahrhunderte hindurch fest eingesiedelt eine stolze Zahl deutscher Bauern und Bäuerinnen, deutscher Bürger und auch deutscher Siedlungen. Wir sind daher in dieses Land nicht als Eroberer gekommen, sondern als der grosse Hauptstfom unserer durch viele Jahrhunderte hindurch sich bereits erstreckenden Verbindung der deutschen Wanderung nach dem Ostraum.

Ich freue mich ganz besonders, an dem heutigen Tage Euch, Ihr deutschen Bauern und Bäuerinnen der Kreise Tomaschow und Petrikau, darüber hinaus aber allen deutschen Bauern und Bäuerinnen der 5 Distriktedes Generalgouvernements den Dank des Führers, des Reiches und aller Deutschen für diese treue, kriegswichtige und unter selbstlosem Einsatz aller Kräfte am Erntesegen durchgeführte Arbeit aussprechen zu können.

Wir haben diese Arbeit in diesem Raum unter den schwierigsten Kriegsbedingungen übernommen, und es bedurfte des innigsten kameradschaftlichen Zusammenschlusses aller deutschen Menschen ohne Ansehen der Person, des Standes und Berufes, um dieses Werk zu meistern. Aber die Krone der Ernte ist letzten Endes dem Fleissigen, dem Braven, dem Guten, dem Harten in der Welt noch nie vorenthalten worden.

So schauen wir von dieser Feier empor zu dem grossen deutschen Geschehen dieser Zeit. Ihnen, Parteigenosse Kundt, habe ich diesen Distrikt anvertraut, weil Sie selber aus dem deutschen Volkstumskampf der früheren Tschechoslowakei kommend, mit den Fragen der Siedlungsdeutschen besonders vertraut sind. Ich danke Ihnen für die Aufbauarbeit, die Sie in Verbindung mit allen Dienststellen des Staates, der Partei, des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der Wehrmahht usw. getätigt haben. Euch, Ihr deutschen Männer dieses Raumes, sei aber als Dank für Eure Leistung in diesem Augenblick das feierliche Gelöbnis dargebracht, daß die Härte des unbesiegbaren deutschen Schwertes ebenso wie die bedingungslose Siegfestigkeit der nationalsozialistischen Führung Adolf Hitlers in alle Zukunft hinein Euch das Leben in diesem Raum sicherstellen wird.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe daher alle Veranlassung, Euch meinen besonderen Dank und meine besondere Anerkennung auszusprechen. X Ich bitte Euch, mit mir Euch besonders herzlich derer zu erinneren, die im Volkstumskampf der letzten Monate die Opfer verbrecherischer Elemente geworden sind. Ich spreche es hier im Namen des Reiches aus: solche Mord- und Banditenüberfälle auf deutsches Leben in diesem Raum gefährden nicht das Deutschtum, sondern letzten Endes nur das Element, aus dem sie kommen. Wir sind gewillt, mit allen Machtmitteln die Sicherheit des deutschen Lebens in diesem Raum in alle Zukunft hinein zu gewährleisten. Die im Kampfe Gefallenen sind den großen Kriegsopfern dieser Zeit gleichzustellen; denn sie sind genau so, für unser deutsches Volk kämpfend, gefallen wie die Soldaten an der Front oder die friedlichen Bürger unserer deutschen Städte, die unter den sadistischen Terrorangriffen der britisch-amerikanischen Bomber zusammenbrechen. X

19.9.1943

So weitet sich von hier aus der Blick. Ein grosser Segen ist die herrliche Ernte. Daß Sie, Parteigenosse Naumann, Sie, Parteigenosse Albert, und Sie alle, die Sie sich an führender Stelle um das landwirtschaftliche Geschehen in diesem Raume bekümmert haben, die Ihnen gestellte Aufgabe so großzügig und weitschauend einer Lösung entgegengeführt haben, sei Ihnen besonders gedankt. Das Generalgouvernement ist dank der Arbeit der Landwirtschaftsführung dieses Raumes, dank der Unterstützung aller staatlichen und Parteidienststellen, aber auch der Wehrmacht, zu einem der führenden landwirtschaftlichen Reservoire des großdeutschen Raumes geworden.

In Anerkennung dieser hervorragenden Arbeit und unter dem Eindruck dieser herrlichen Feierstunde, zu der wir uns hier versammelt haben, möchte ich bekanntgeben, daß ein Leistungspreis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für deutsche Dorfgemeinschaften im Generalgouvernement gestiftet worden ist. Der Preis wird alljährlich zum Reichserntedankfest, erstmalig am 3.Oktober ds.Jrs., durch mich an je eine deutsche Dorfgemeinschaft in den fünf Distrikten des Generalgouvernements verliehen. Die Bestimmung der Preisträger erfolgt durch den zuständigen Distriktsstandortsführer der NSDAP. auf Vorschlag des Leiters des Arbeitsgebietes "Landvolk" im Distriktsstandort. Der Preis wird verliehen für die beste kulturelle und wirtschaftliche Gemeinschaftsleistung einer deutschen Dorfgemeinschaft im Distrikt. Der Wert und die Art des Preises werden für jeden Distrikt auf Vorschlag des Leiters des Arbeitsgebietes "Landvolk" im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. alljährlich für jeden Distrikt gesondert festgesetzt.

19.9.1943

Dieser Leistungspreis für deutsche Dorfgemeinschaften ist etwas Erstmaliges in der Geschichte der deutschen Landwirtschaft, er bedeutet daher eine besondere Auszeichnung des deutschen Landvolkes in diesem Raum.

So kann der Führer aber auch siegen, nur so, weil er dieses Volk der Deutschen allüberall an seiner Seite weiß. Auch die heutige Kundgebung ist daher bestimmt, dem innersten Verlangen Ausdruck zu geben, in dieser schweren Zeit des großen Ringens um die deutsche Freiheit dem Führer das Gelöbnis der Treue zu übermitteln.

Die größte Zeit in der deutschen Geschichte ist angebrochen. Deutsche Männer und Frauen haben unter den schwierigsten Verhältnissen versucht, Euch in diesem Raum Euer deutsches Leben aufzubauen. Wie oft habt Ihr da nicht Euer sehnsüchtiges Flehen zum Himmel geschickt, daß wieder als Frucht des Endsieges ein starkes deutsches Reich erstehen möge, das niemand in der Welt anzugreifen wagt. Wie schnell aber haben wir 1918 dadurch, daß wir den gleisnerischen Versprechungen des vereinten Weltjudentums geglaubt haben, nicht nur das deutsche Volk des Reiches, sondern auch das deutsche Volkstum auf der ganzen Erde dem verlorenen Schicksal der Verführung preisgegeben. Während man sich damals so liberal, so freiheitliebend und volksfürsorgerisch gebärdete, schwang man damals die Peitsche der Knechtschaft, der Ausbeutung, der Versklavung über dem deutschen Volk. Die Juden kamen ins Reich, mit ihnen entartete unsere Kultur und wurden unsere Sitten zerstört. Sie eigneten sich unseren Grund und Boden an, verjagten den deutschen Bauern, den deutschen Geschäftsmann von seinem Boden und seinem Geschäft. Wenn damals Adolf Hitler nicht mit seiner nationalsozialistischen Bewegung gekommen wäre, dann wäre das deutsche Volk heute völlig dem Verderben preisgegeben.

Man muß sich das

19.9.1943

immer wieder vor Augen halten, man muß immer wieder an die Zeiten der Zerstörtheit, der Schwäche, der Ohnmacht, der Zerrissenheit unseres Volkes und Reiches denken, um zu ermessen, was es bedeutet, daß heute sieghaft unter der ewigen Sonne auf früher polnischem Staatsterritorium die Flagge des großen Reiches Adolf Hitlers weht. X

X Es ist klar, daß dieser Krieg eine Notwendigkeit war. Der Krieg ist nicht gekommen, weil Adolf Hitler und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Deutschland waren. - der Krieg wäre in jedem Fall gekommen, wenn irgendwann einmal das deutsche Volk gewagt hätte, sich gegen die Schandbedingungen von Versailles aufzubäumen. Aber deshalb, weil Adolf Hitler, seine Partei und seine Wehrmacht in Deutschland entstanden, konnte das deutsche Volk diesen an sich notwendigen Krieg sieghaft bestehen. X

X In dieser Zeit größter geschichtlicher Ereignisse müssen wir uns daher auch immer fanatischer und entschlossener um die Fahne des Führers scharen. Die Heimatfront darf nicht nach anderen Gesetzen in die Front des Krieges treten. Auch hier gilt nur das Gebot: bedingungslose Treue zum Führer, Gehorsam zum Reich und Hingabe an den Sieg mit der letzten Kraft. X

Vor kurzer Zeit führte eine verräterische Regierung Italien dem Zusammenbruch entgegen. Das Königreich hat unter den schmählichsten überhaupt jemals in der Weltgeschichte verzeichneten Bedingungen einen sogenannten Waffenstillstand abgeschlossen. Deutsche Männer und Frauen, es ist Euch bekannt, wie der Führer darauf reagiert hat. Nicht nur, daß Rom und Italien, von starken deutschen Truppen besetzt, fest in der Hand des Deutschen Reiches sind, - durch einen sensationellen tapferen Einsatz deutscher Männer wurde auch der treue

19.9.1943

große Freund Adolf Hitlers und unseres Reiches Mussolini den Judenklauen im letzten Augenblick entrissen.

(Lebhafter Beifall)

Wir können auf diese Männer stolz sein und dürfen wohl feststellen, daß ein Reich, das zu solchen Gegenschlägen ausholt, nicht besiegt werden kann.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wir haben daher allen Anlaß, voll gläubigsten Vertrauens in die sieghafte Zukunft zu schauen. Das Judengift der feindlichen Propaganda wird immer wieder da und dort hineinzuschleichen versuchen; da und dort werden miesmacherische Tendenzen leise schleichend spürbar; aber das deutsche Volk ist diesmal entschlossen, seine sieghafte Freiheit durchzusetzen.

(Lebhafter Beifall)

Diesmal wird es unseren Gegnern nicht gelingen, und daher sei es kühn gesagt, wie es auch kühn durchgesetzt werden wird: die deutsche Front des Krieges wird weder von den Bolschewiken noch von den Angelsachsen jemals durchbrochen oder zerstört werden können, - niemals!

(Lebhafter Beifall)

Was jetzt im Osten vor sich geht, ist nichts anderes als der Beginn des Zusammenbruchs Sowjetrußlands. Es ist nur erklärbar aus den verzweifelten katastrophalen Bedingungen der Sowjetunion, hinter denen drohend der Hunger steht, daß sie derzeit unter Einsatz ihrer letzten Kräfte wie wahnsinnig in unser Feuer rennt. Die Verluste, die die Bolschewiken in den letzten Monaten davon getragen haben, übersteigen so jedes vorstellbare Maß, daß gar kein Zweifel darüber bestehen kann: bei kommenden deutschen Gegenschlägen wird dieses verbrecherische Institut der Erde, genannt Sowjetunion, zusammenbrechen.

(Lebhafter Beifall)

19.9.1943

Wenn jetzt da und dort feindliche Flieger ihre Terrorangriffe gegen unsere deutschen Städte richten, so können wir nur sagen: das wird einmal zurückgezahlt werden, und der Deutsche wird seinen Haß gegen England einmal in die Tat umzusetzen vermögen. Und was schließlich auch anderswo in der Welt geschehen möge, - wir können sieghaft warten. Das deutsche Volk hat den größten Mann dieser Zeit an seiner Spitze, es hat die stolzeste und tapferste Wehrmacht der Welt zu seinem Schutz, es trägt aber auch die geschlossenste und zukunftssicherste Weltanschauung des Nationalsozialismus in seinem Herzen. Es hat die tapferste und fleißigste Bevölkerung auf seinem Boden, und es hat auf Grund von 2ooo Jahren ehrlichster Arbeit ein ewiges Recht vor Gott dem Allmächtigen auf eigene Freiheit und Führung Europas. Auf diesen Fundamenten voll unzerstörbarer granitener Härte erheben und errichten wir das Gebäude der deutschen Zukunft.

Ihr deutschen Jungen und Mädchen, ihr deutschen Soldaten der Wehrmacht, ihr Männer der SS und Polizei, der S.A., des NSKK. des NSFK., der Partei ihr alle, deutsche Männer und Frauen seid aufgerufen: lassen wir diese Kundgebung in dem Schwur aufflammen: Herrgott, laß den Führer siegen!

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Gouverneur Kundt dankt dem Herrn Generalgouverneur namens der Deutschen des Distrikts für diese Worte und spricht dem Herrn Generalgouverneur vor allem seinen besonderen Dank für die Stiftung des Leistungspreises aus.

Mit dem von Gouverneur Kundt ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

19.9.1943

14^{00} Gemeinsames Mittagessen mit geladenen Gästen im Saale der Kreishauptmannschaft Tomaschow.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Litzmannstadt. In der Begleitung des Herrn Generalgouverneurs befinden sich Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Kundt und Hauptabschnittsleiter Stahl.

2o^{30} A b e n d e s s e n im Gouverneurs Kundt.

(Übernachtung im Sonderzuge)

Montag, den 20.September 1943

4^{17} Abfahrt des Sonderzuges von Radom.

9^{45} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof Krakau.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

12^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie des Hauptabteilungspräsidenten Eichholz und des Direktors der Staatsbibliothek Dr. Abb den Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Koblitz und überreicht ihm die Bestallungsurkunde über seine Ernennung zum Oberregierungsrat.

13^{15} M i t t a g e s s e n .

16^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg in Gegenwart des Pressechefs Gassner Kulturschriftleiter der Reichspresse, die zu einer informatorischen Reise durch die fünf Distrikte ins Generalgouvernement gekommen sind. Regierungsrat Schmidt vom Reichspropagandaministerium stellt dem Herrn Generalgouverneur die Schriftleiter vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann den Kulturschriftleitern ein anschauliches Bild von den staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen des Generalgouvernements.

20.9.1943

17[10] T e e - Empfang

19[00] K o n z e r t des Orchesters des Staatstheaters unter Leitung des japanischen Grafen Hidemaru Konoye.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 21.September 1943

11[45] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Emmerich und Ministerialrat Dr. Weh.

Präsident Dr. Emmerich legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Tagesordnung für die Sitzung des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses, die am 22. September 1943 stattfindet vor.

Die Tagesordnung und die Teilnehmerliste für diese Sitzung werden von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt.

12[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Hauptabteilungspräsidenten Naumann den Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium Dr. Moritz.

In der anschließenden Besprechung gibt der Herr Generalgouverneur dem Ministerialdirektor Dr.Moritz einen eingehenden Überblick über die Verhältnisse im Generalgouvernement besonders im Hinblick auf die ernährungspolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Er weist vor allem darauf hin, welche Bedeutung das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches in den gegenwärtigen Zeiten hat. Diese Bedeutung, so führt der Herr Generalgouverneur aus, werde angesichts der Ereignisse im Osten von Tag zu Tag grösser.

Ministerialdirektor Dr. Moritz legt u.a. die Schwierigkeiten dar, mit denen man im Reich vor allem hinsichtlich der Beschaffung von Lagerräumen zu kämpfen habe, und umreißt die Aufgaben, die dem Reichsernährungsministerium gerade auf diesem Gebiete in

letzter Zeit auferlegt worden sind. Er erklärt sich ferner bereit, die Wünsche des Herrn Generalgouverneurs nach einer großzügigen Unterstützung der Bekämpfung des Banditen- und Partisanenunwesens bei den maßgebenden Instanzen des Reiches mit allem Nachdruck vorzutragen.

13^{10} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

13^{20} M i t t a g e s s e n zu Ehren des japanischen Grafen Hidemaru Konoye.

15^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann und Referenten von Palézieux in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage, in welcher Weise und an welchem Ort die Kunstschätze des Generalgouvernements untergebracht werden sollen.

Referent von Palézieux gibt der Meinung Ausdruck, daß die sämtlichen Kunstschätze auf die Burg zu Krakau gebracht werden müßten, wie es bisher schon mit einer größeren Anzahl von Kunstgegenständen der 1., 2., 3. Wahl geschehen sei. Ein Teil der Kunstgegenstände 1. Wahl befänden sich zur Zeit noch im alten Nationalmuseum zu Warschau.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß ein weiterer Teil dieser Kunstschätze im Schloß Wilanow untergebracht sei und ebenfalls von dort weggebracht werden müßte, da keine genügende Gewähr für einen Schutz gegen Bombenschaden gegeben sei.

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Kunstschätze bombensicher untergebracht werden, und beauftragt Referenten von Palézieux, ein Sachverständigengutachten über die Bombensicherheit der für die Aufbewahrung auf der Burg zu Krakau bestimmten Räume einzuholen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist dann darauf hin, daß er zwar dem Herrn Generalgouverneur seine Vollmacht zurückgegeben habe, dem Reichsmarschall gegenüber aber nach wie vor verantwortlich bleibe.

Demgegenüber betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn nur die Kunstschätze des Generalgouvernements etwas angehen. Diese Kunstschätze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und würden hier verwahrt für Zwecke, die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschätze sich noch außerhalb des Generalgouvernements befänden, so müsse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwähnung finde.

Der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß es unter den Beteiligten nunmehr eigentlich keine Streitpunkte mehr gebe, widerspricht Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis, daß für ihn gleichwohl noch Streitpunkte grundsätzlicher Art beständen, zum mindesten über gewisse Dinge ein großes Mißverständnis herrsche. Selbstverständlich bestehe hinsichtlich der Übergabe bzw. Überstellung von Kunstgegenständen auf die Burg kein Zweifel mehr, aber hinsichtlich der

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Kunstschätze bombensicher untergebracht werden, und beauftragt Referenten von Palézieux, ein Sachverständigengutachten über die Bombensicherheit der für die Aufbewahrung auf der Burg zu Krakau bestimmten Räume einzuholen.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist dann darauf hin, daß er zwar dem Herrn Generalgouverneur seine Vollmacht zurückgegeben habe, dem Reichsmarschall gegenüber aber nach wie vor verantwortlich bleibe.

Demgegenüber betont der Herr Generalgouverneur, daß ihn nur die Kunstschätze des Generalgouvernements etwas angehen. Diese Kunstschätze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und würden hier verwahrt für Zwecke, die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschätze sich noch außerhalb des Generalgouvernements befänden, so müsse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwähnung finde.

Der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß es unter den Beteiligten nunmehr eigentlich keine Streitpunkte mehr gebe, widerspricht Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis, daß für ihn gleichwohl noch Streitpunkte grundsätzlicher Art beständen, zum mindesten über gewisse Dinge ein großes Mißverständnis herrsche. Selbstverständlich bestehe hinsichtlich der Übergabe bzw. Überstellung von Kunstgegenständen auf die Burg kein Zweifel mehr, aber hinsichtlich der

Übergabe dieser Gegenstände aus seiner Verantwortung in die des Herrn Generalgouverneurs müsse er, Staatssekretär Dr.Mühlmann, erst durch den Reichsmarschall von seiner Vollmacht entbunden werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß ihn diese Dinge nicht berührten, da die in Betracht kommenden Kunstgegenstände auf Grund einer Verordnung in das Eigentum des Staates Generalgouvernement übergegangen seien. Was etwa noch zweifelhaft sei, wie z.B. das Eigentum an der Sammlung Czartoryski, müsse geklärt werden.

Staatssekretär Dr.Mühlmann teilt mit, daß er den Reichsmarschall um Klärung seiner persönlichen Zuständigkeit ersucht und der Reichsmarschall ihm mitgeteilt habe, daß er über die Frage mit dem Führer gesprochen habe. Das Ergebnis sei dann der Auftrag an ihn, Staatssekretär Dr.Mühlmann, gewesen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ihm der Führer seine Vollmachten einschließlich der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über das staatliche und sonstige Eigentum des Generalgouvernements total bestätigt habe. Wenn es darüber noch einen Zweifel geben könnte, so sei dieser durch die Verordnung vom 15.Juli über das Verhältnis von Polizei und Verwaltung endgültig beseitigt worden. In seiner Eigenschaft als Generalgouverneur unterstehe er ausschließlich dem Führer. Alle anderen Vollmachten, die der seinigen entgegenständen, seien zurückgenommen worden. Er sei zudem Beauftragter des Reichsmarschalls für die Zwecke des Vierjahresplans und überdies auch Reichsverteidigungskommissar. Über die in Rede stehenden

Dinge könne es also jetzt keinen Zweifel mehr geben, wo ein einheitlicher Staatsfiskus im Generalgouvernement vorhanden sei, der in sich geschlossen das ganze überhaupt vorhandene öffentliche Eigentum in Händen habe. Es gebe nicht einmal Wehrmachtseigentum oder Eigentum der Luftwaffe, sondern nur Eigentum des Staates Generalgouvernement, das von den verschiedenen Dienststellen verwaltet werde. Das hänge vor allem damit zusammen, daß das Generalgouvernement wirtschaftlich vollkommen auf sich allein angewiesen sei. Insofern bestehe zwischen dem Generalgouvernement und allen anderen besetzten Ländern ein großer Unterschied. Die zahlreichen für die besetzten Gebiete gegebenen Bestimmungen hätten im Generalgouvernement keine Geltung. Diese Regelung habe sich durchaus bewährt und sei in einer Zeit umso wichtiger, da gerade der Reichsmarschall das größte Gewicht darauf lege, daß die von ihm betreuten wissenschaftlichen Institute im Generalgouvernement aufgebaut würden. Auf diesem Wege werde auch das Institut für Deutsche Ostarbeit eines der größten wissenschaftlichen Institute des Reiches werden. Was die Kunstgegenstände angehe, so gehörten sie offiziell dem Deutschen Reich.

Staatssekretär Dr. Mühlmann weist darauf hin, daß sich die Übergabe bzw. der Abtransport der in Warschau befindlichen Kunstgegenstände verzögert habe. Die endgültige Abwicklung dieser Dinge werde bis zum 1.Oktober ds.Jrs. nicht möglich sein, umso weniger, da er selbstverständlich zu seiner Entlastung Stück für Stück übergeben müsse.

21.9.1943

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit einer angemessenen weiteren Hinausschiebung des Übergabetermins einverstanden, legt allerdings größtes Gewicht darauf, daß nunmehr unter den Beteiligten völliges Einverständnis herrsche. Im übrigen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Anerkennung darüber Ausdruck, daß es möglich gewesen sei, aus den Wirrnissen des Jahres 1939 eine große Anzahl von Kunstgegenständen zu retten.

Staatssekretär Dr. Mühlmann spricht die Bitte aus, daß man nicht ganz vergessen möge, was er für die Sicherstellung der Kunstgegenstände geleistet habe.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Gesamtübergabe der Kunstgegenstände in die Verwaltung der Kanzlei des Generalgouverneurs zum 1. Dezember 1943 in einem feierlichen Rahmen erfolgt. Damit könne auch ein abschließender Bericht über die Leistungen der Dienststelle des Staatssekretärs Dr. Mühlmann verbunden werden, und er würde dann als Generalgouverneur zu dieser Übergabe kurz Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple und Referenten von Palézieux, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Präsident Bauder für die Sicherstellung und den notwendigen Ausbau der für die Aufnahme der Kunstgegenstände in Aussicht genommenen Räume Sorge zu tragen. Er stellt ferner fest, daß die Zuständigkeit des Staatssekretärs Dr. Mühlmann bezw. seines wissenschaftlichen Mitarbeiters Prof. Dr. Kudlich bis zum Abschluß der Übergabe aufrecht erhalten bleibt.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 22.September 1943

10^{30} Tagung des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses im Königssaal der Burg.

Beratungsgegenstände:

1. Die Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement
2. Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeitsversorgung.

(Protokoll s.Beiakten)

Vor, während und nach der Tagung hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit dem General der Polizei SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski.

(Übernachtung auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 23.September 1943

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Dr. Wächter.

12^{00} Ministerialrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Geltung der Fernsprechordnung im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Recht der Deutschstämmigen
3. einer Verordnung zur Vereinfachung des Steuerverfahrens, des Steuerstrafrechts und des Steuerstrafverfahrens
4. einer Verordnung über die Änderung der Zahlungstermine bei der Grundsteuer und beim Kriegszuschlag zur Grundsteuer
5. einer Verordnung über die Einführung der zweiten Verordnung betrf. die Entschädigung von Kriegssachschäden im Distrikt Galizien und in den neuen Teilen der Kreishauptmannschaften Jaroslau, Krosno, Przemysl und Sanok

vor. Die Verordnungsentwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

12^{10} Besprechung mit Präsident Dr. Senkowsky, Stadthauptmann Dr. Krämer und Architekt Vanoni in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Präsident Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur die Pläne für einen Hotelbau vor, der unter Benutzung des Skelettbaues im Westring errichtet werden soll.

23.9.1943

Stadthauptmann Dr. Krämer teilt mit, daß Präsident Bauder angesichts der Schwierigkeiten, die sich der Errichtung eines Hotelbaues in der heutigen Zeit entgegenstellten, und besonders im Hinblick auf die Einstellung des Reichsministers Speer zu solchen Bauplänen die Durchführung dieses Bauvorhabens nicht unterstützen zu können glaube. Präsident Bauder schlage deshalb im Einvernehmen mit dem Rüstungsbeauftragten Kobold vor, diesen Bau für die Zwecke eines Bürohauses zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt die vorgelegten Pläne und ordnet an, daß Besprechungen mit Präsident Bauder über die Frage dieses Baues aufgenommen werden sollten, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der Bau den Zwecken eines Hotels oder eines Bürohauses zu dienen habe.

Im weiteren Verlauf der Besprechung berichtet dann Stadthauptmann Dr. Krämer von einer zur Bekämpfung des Schleichhandels in Krakau durchgeführten polizeilichen Großaktion.

Gegenstand der Besprechung ist ferner die Frage, ob den Mitgliedern des Staatstheaters ein eigenes Kasino zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend geboten, daß den Angehörigen des Staatstheaters entsprechende Räume zur Verfügung gestellt würden. Da das Staatskasino weitere Gäste nicht mehr aufnehmen könne, müsse irgendwie Ausweg geschaffen werden. Gegen die Zurverfügungstellung der neueingerichteten Räume der "Arkadia" erhebe Präsident Dr. Senkowsky Einspruch.

23.9.1943

Der inzwischen erschienene Intendant Stampe macht den Vorschlag, daß den Künstlern nach wie vor im Distriktskasino Krakau die Möglichkeit gegeben werde, ihre Mahlzeiten einzunehmen und dort zu weilen. Allerdings müßte dafür Sorge getragen werden, daß ihnen auch nach Theaterschluß die Möglichkeit gegeben werde, eine Abendmahlzeit einzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Gouverneur des Distrikts Krakau über diese Frage einzutreten.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple, die Frage der Regelung des Gehalts des Intendanten Stampe mit Präsident Dr.Senkowsky zu besprechen.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler Generalleutnant Altrichter, der mit seinem Adjutanten Hauptmann von Ponikau erschienen ist.

16^{05} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch, Hauptabschnittsleiter Stahl und Parteirichter Brodmann.

23.9.1943

16[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Großen Saal (Türkenzelt) der Burg zu Krakau 30 Sportler und Sportlerinnen aus den Distrikten des Generalgouvernements, die ihm von dem Sportbeauftragten SS-Hauptsturmführer Oppitz vorgestellt werden.

Nach einem von Sportbeauftragten Oppitz erstatteten eingehenden Bericht über die Leistungen auf dem Arbeitsgebiet "Körperliche Ertüchtigung" und die Entwicklung des sportlichen Lebens im Generalgouvernement ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Kamerad Oppitz! Meine lieben Sportler und Sportlerinnen! Ich habe mit großer Freude alle die Monate hindurch die Entwicklung des Sports im Generalgouvernement beobachtet und habe einen echten Stolz über die würdigen Leistungen empfunden, die auf allen Gebieten von den Männern und Frauen des Sportlebens im Genralgouvernement vollführt worden sind. Auch Sie haben mir damit in meiner so schweren Aufgabe einen ganz großen Dienst erwiesen. Sie haben darüber hinaus in der Gesamthaltung der Deutschen dieses Raumes eine bedeutende Position eingenommen und auch in der Steigerung des Ansehens der Ostarbeit überhaupt, damit wieder in der Steigerung des Ansehens der Ostprinzipien dem ganzen deutschen Volk einen Dienst geleistet. Ich habe aus Ihrem Bericht, Kamerad Oppitz, zu meiner Genugtuung entnommen, daß Sie diese Entwicklung, die sich so sieghaft, schön und beglückend durchgesetzt hat auch für die Zukunft glauben gewährleisten zu können. Sollte das der Fall sein, so würde das natürlich in den kommenden zweifellos noch mit reichen Sorgen erfüllten Wochen und Monaten eine ganz besondere Freude für mich und die Deutschen dieses Raumes sein.

23.9.1943

Der Sport steht heute in der Vollendung vor uns, wie sie uns der Krieg ermöglicht. Aber er steht auch so stark und in sich charakterlich, organisatorisch und persönlich gefestigt da, daß man wohl sagen kann: auf dem Gebiete des Sports hat sich die nationalsozialistische Ideenwelt in alle Zukunft unseres Volkes hinein in dem Bewußtsein unserer Nation verankert. Heute ist der Sport dank des Durchbruches der großen nationalsozialistischen Idee, die im Sport mit Recht eines der wichtigsten Gemeinschaftsereignisse eines Volkes sieht, zum Allgemeingut der Nation in einem Maße geworden, das man früher gar nicht für möglich gehalten hat. Es ist meine klare Absicht gewesen, Sie, die Sie für den Sport als Organisation und Leistung im Generalgouvernement sich an so hervorragender Stelle befinden, auf dieser Burg zu Krakau die ganze Bedeutung spüren zu lassen, die auch ich und die maßgebende Führung dieses Raumes in dieser Arbeit sehen. Sie sind von mir vollkommen in die große Leistungszone eingereiht, die heute Staat, Wirtschaft, Partei, Wehrmacht auch in diesem Raume zu erfüllen haben.

Was immer Sie hier an Stimmungshaltung, an Charakterprägung, an Erziehung und vorbildlicher Haltung leisten, das sei mit aller Wucht betont. Denn im Sport haben justament die Eigenschaften ihre Geltung, die heute unserem schwerkämpfenden Volk von der Front vorgelebt und von der Heimat nachgelebt werden müssen.

Man darf im Sport keine Spielerei, kein Tändeln, keinen Luxus, vor allem nichts sehen, was nur Schaulust oder Theatralik bedeuten könnte. Der Sport ist eine ernsthafte Lebensbedingung unserer Nation geworden. Ohne diese dauernde, gesunde, frische, elastische und energiegeballte Haltung unserer Nation werden wir den Stürmen der Zukunft nicht entgegentreten können.

23.9.1943

Es strahlt daher von Ihrer Tätigkeit nicht nur in diesem Land, sondern für das ganze Sportleben überhaupt gerade jetzt im Kriege ein so siegsicherer Zukunftsglaube aus, daß ich schlechterdings sagen kann: das Sportleben im Generalgouvernement kann in seiner Wichtigkeit für sich einen der ersten Plätze beanspruchen.

Ich danke Ihnen, Kamerad Oppitz, und Ihren Mitarbeitern hier an der Zentrale wie in den Distrikten dafür, daß Sie unter all' den Schwierigkeiten des Krieges Ihre Arbeit so vorbildlich geleistet haben, als dieses Sportleben im Rahmen der Bewegung in Gang gebracht wurde. Aber ich danke auch jedem Einzelnen der deutschen Sportler und Sportlerinnen, ganz gleich, auf welchem Gebiet sie sich sportlich betätigt haben, ganz gleich auch schließlich, ob sie trotz allen Mühens nicht überall auf die ersten Plätze gekommen sind, - ich danke Euch allen dafür, daß Ihr Euch dafür eingesetzt habt. Die heutige Veranstaltung, das heutige Zusammensein mit Euch, vielleicht auch die Erfüllung der Wünsche, die Sie mir ausgesprochen haben, deren Erledigung ich persönlich mir als kleine Gegenleistung an Euch angelegen sein lassen werde, mögen unsere Hoffnung bestärken, daß uns auch in Zukunft diese Leistungen befriedigen werden.

Ich brauche nicht zu sagen, daß das, was ich vorhin von den charakterlichen, erzieherischen und Erhaltungswerten des Sportes sagte, tatsächlich heute Allgemeingut werden muß. Die im Sport geübte Beherrschung der Leidenschaften, diese knapp-präzise Haltung muß jeder in sich heranziehen und entwickeln. Dies ist heute die notwendige Voraussetzung auch für das Durchhalten unserer Nation; genau so, wie jeder Einzelne von Euch, wenn er die Höchstleistung erstrebt, alles,

23.9.1943

was er an geistigen, seelischen und körperlichen Kräften besitzt, einsetzen muß, um gerade im Augenblick der Entscheidung in Höchstform zu sein, - denn darauf kommt es an - genau so muß unser Volk sich in diesem einzigartigen und für Jahrtausende der Zukunft entscheidungsgeballten Augenblick in der Höchstform der Leistung befinden.

Und so sehen Sie denn, daß man aus jedem einzelnen echt sportlichen Vorgang immer die große Parallele ziehen kann. Die Geschichte zeigt es, daß die Völker, die da davon ausgingen, daß der Sport kein Luxus, nichts Überflüssiges, sondern ein Lebenselement der Gemeinschaftshaltung und der Individualerziehung ist, gegen die verweichlichten Völker den Schicksalskampf bestanden haben. Es war ein typisches Irrbild unserer körperlichen Erziehung, die wir, die Älteren, noch durchgemacht haben, daß man diese körperlichen Vorgänge des Sports schon allein durch die Bezeichnung "körperlich" degradierte und sie aus dem Erziehungswerk der Schule völlig beiseiteschob. Heute hat sich das Bild geändert, und wir im Generalgouvernement können stolz auf das sein, was hier wenige deutsche Männer und Frauen geleistet haben. Ich kann nur wünschen, daß das Wort, daß jeder Deutsche im Generalgouvernement ein Sportler sein soll, zur Wirklichkeit werden möge. Soweit es die Ungunst der Zeit erlaubt, haben wir ja auch in den militanten Verbänden eine starke Reserve zur Verfügung. Neben unseren allgemeinen Sportlern spreche ich daher den Mitgliedern der Sportgemeinschaften, der Wehrmacht, der Polizei, der SS und allen anderen Verbänden meinen besonderen Dank dafür aus, daß sie das Sportleben so würdig und wertvoll unterstützen. Daß man aber die

23.9.1943

Jugend ganz besonders für den Sportgedanken begeistert, erfüllt mich mit großer Freude und Genugtuung. Hier liegt ja unsere Zukunft; denn es handelt sich um Menschen, die dem großen gewaltigen Schicksal zu entsprechen haben, das auf unserem deutschen Volke liegt.

Es ist eine schöne stolze und frohe Stunde, die Sie mir auf der Burg bereiten, und ich betrachte es als eine große Freude, daß Sie zu mir gekommen sind. Ich habe in diesen herrlichen Räumen meine schweren Sorgen. Es ist nicht leicht, in dieser Zeit, umbrandet von den Nöten gewaltiger Ereignisse, mit einer Handvoll deutscher Männer und Frauen ein Millionenvolk von Feinden in Schach zu halten. Was mir dabei aber der Sport hilft, wenn er unsere Deutschen immer wieder aufrichtet, sie von den Niederungen des Zweifels fernhält und sie immer wieder aus den Düsternissen der Stimmungsvergiftung herausreißt, ist gar nicht abzuschätzen.

Die deutsche Führung dieses Raumes und der deutsche Sport schließen heute eine große Gemeinsamkeit. Ich brauche Euch; helft mir weiter, und ich werde tun, was ich kann, um Euch zu helfen. Dann werdet Ihr das Ansehen des Mannes ehren, der mich noch kurz vor seinem Tode besucht hat, unseres unvergeßlichen Parteigenossen von Tschammer und Osten, des Reichssportführers, der diesen großen Geist in das deutsche Sportleben gebracht hat, dessen Zeugen und Träger und fruchtbare Verwirklicher Ihr seid. Ich danke Euch vielmals. Ihr habt mir eine große Freude bereitet.

<u>23.9.1943</u>

17^{10} T e e - Empfang.

23^{36} Fahrt des Herrn <u>Generalgouverneurs</u> nach Warschau.

Freitag, den 24.September 1943

bis

Sonntag, den 26.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Warschau.

Krakau

Montag, den 27.September 1943

9^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler, zu der später Staatssekretär Dr.Boepple hinzugezogen wird.

Staatssekretär Dr.Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur zunächst über die Ergebnisse der Ernteerfassung.

Der Herr Generalgouverneur teilt sodann mit, daß infolge des Ausscheidens des bisherigen Gouverneurs Dr. Losacker aus seinen Stellungen als Gouverneur und Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung eine Neubesetzung dieser Posten notwendig geworden sei. Er beabsichtige, den Gouverneur Kundt zum Gouverneur des Distrikts Krakau, den Bevollmächtigten Dr. Heuber zum Gouverneur des Distrikts Radom und den bisherigen Amtschef des Distrikts Radom Dr. Egen zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu ernennen.

11^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr. Boepple, Gouverneur Kundt und Bevollmächtigtem Dr. Heuber.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß der bisherige Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung Dr. Losacker zum 1o. Oktober infolge seiner Einziehung zur Waffen-SS aus seinen Ämtern ausscheide. Ihm sei von Staatssekretär Dr. Bühler der Vorschlag gemacht worden, den Gouverneur Kundt-Radom zum Gouverneur des Distrikts Krakau, den Bevollmächtigten Dr.Heuber zum Gouverneur des Distrikts Radom und den bisherigen Amtschef Dr. Egen-Radom zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu ernennen.

27.9.1943

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklären Gouverneur Kundt und Bevollmächtigter Dr.Heuber ihre Bereitwilligkeit zur Übernahme dieser Posten.

In diesem Zusammenhang weist Gouverneur Kundt darauf hin, daß er seinerzeit bei seiner Ernennung zum Gouverneur des Distrikts Radom auf die Feststellung Wert gelegt habe, daß er Unterstaatssekretär der Regierung bleibe und diesen Titel zu führen berechtigt sei, solange er als Beamter im Generalgouvernement Dienst tue.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß diese Frage im Einvernehmen mit Staatssekretär Dr.Bühler geregelt werden müsse. Für ihn, den Generalgouverneur, könne nur die Stellung des Gouverneurs in Betracht kommen.

Abschließend trifft der Herr Generalgouverneur folgende Verfügung:

1. Der bisherige Gouverneur des Distrikts Radom Kundt wird zum Gouverneur des Distrikts Krakau ernannt.

2. Der bisherige Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin Dr. Heuber wird zum Gouverneur des Distrikts Radom ernannt.

3. Der bisherige Amtschef beim Distrikt Radom Dr. Egen wird zum kommissarischen Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements ernannt.

4. Falls Dr. Egen die Leitung der Hauptabteilung Innere Verwaltung nicht übernehmen könnte oder sollte, wird Gouverneur Kundt zum kommissarischen Leiter dieser Hauptabteilung ernannt.

27.9.1943

5. Zum Amtschef des Distrikts Radom soll gegebenenfalls der bisherige Stadthauptmann von Kielce S.A.-Standartenführer Drechsel ernannt werden.

11.45 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple den Kapitän der Legion Speer, Major d.Res. Voß.

Kapitän Voß, der zuletzt mit seiner Legion in Kiew eingesetzt war, bittet den Herrn Generalgouverneur, seiner Formation eine Unterkunft im Generalgouvernement zu gewähren. Ihm ständen 60 Lastkraftwagen und 3 000 Arbeitskräfte zur Verfügung, die im Generalgouvernement zum Einsatz gelangen könnten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, in einer Besprechung mit Kapitän Voß die Möglichkeiten der Verwendung der Legion im Generalgouvernement einer Prüfung zu unterziehen und ihm dann über das Ergebnis der Besprechung Bericht zu erstatten.

12.30 Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. SS-Obersturmbannführer Dr. Großkopf zur Verabschiedung.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Obersturmbannführer Dr. Großkopf seinen Dank und seine Anerkennung für die Verdienste aus, die er sich um das Generalgouvernement erworben hat.

27.9.1943

Diesem Dank will der Herr Generalgouverneur durch ein an Dr. Großkopf gerichtetes persönliches Schreiben noch besonderen Ausdruck geben. Er ordnet weiter an, daß ein Bild des Generalgouverneurs mit eigenhändiger Widmung und ein Buch über das Generalgouvernement, ebenfalls mit eigenhändiger Widmung, an die Adresse des SS-Obersturmbannführers Dr. Großkopf, Graz, Parkring 4, gesendet werden.

27.9.1943

16⁰⁰ Besprechung im Königssaal der Burg.

Gegenstand der Besprechung ist die

Sicherheitslage im Generalgouvernement.

(Teilnehmerliste s.Anlage)

Einleitend führt Generalmajor der Pol. Grünwald aus, daß es jetzt gelte, mit möglichst geringen Kräften eine möglichste starke Sicherung des Landes herbeizuführen. Bei diesem Plan sei man auf den Gedanken gekommen, die Polizeikräfte zu dislocieren und auf Stützpunkte zu verteilen. Die Stützpunkte seien in Stärke von 1 : 10 bis 1 : 30 Mann über das Land verteilt, von ihnen würden Streifen unternommen, damit der Schutz der Ernteeinbringung gewährleistet werden könne. Das Stützpunktsystem sei durch Kräfte der Wehrmacht ergänzt worden. Die Wehrmachtstützpunkte hätten zumeist eine Stärke von 1 : 30, in einzelnen Gegenden seien sie geringer.

Der Erfolg der Einrichtung dieses Stützpunktsystems sei darin zu erblicken, daß garade diejenigen Bezirke wie Radom, Lublin und Warschau, in denen das Bandenunwesen besonders herrsche, in der Getreideablieferung und der Erfüllung ihrer Kontingente vorbildlich seien. Auch in Kreisen, in denen die Bandenbekämpfung bisher noch stark hemmend gewirkt habe, sei sehr gut abgeliefert worden.

Es sei richtig, daß sich die Überfälle an und für sich vermehrt hätten. Das sei darin begründet, daß jede Meldung von Absetzbewegungen an der Ostfront eine Wirkung auf die Bevölkerung habe.

Interessant sei eine Aufstellung über Gewalttaten, Überfälle und Brandstiftungen in der Zeit vom 21. Sept. bis 26.Sept.1943, gegenübergestellt der Zahl von Überfällen oder Brandstiftungen im gleichen Zeitraum des

Jahres 1942. Im Jahre 1943 seien es in der genannten Woche in Warschau 11 Brände und Brandstiftungen gewesen, im Jahre 1942 1o, in Radom 5 gegenüber 2o im Jahre 1942, in Lublin 14 gegenüber 21 im Jahre 42. Erhöht habe sich gleichwohl die Gesamtzahl der Gewalttaten und das Auftreten der Banditen. Die Gesamtzahl der Gewalttaten, die in dieser Woche verübt worden seien, betrage in allen fünf Distrikten 1338 gegen 231 im vorigen Jahre. Daraus sei ohne weiteres eine gewisse Verschlechterung der Lage zu erkennen. Man dürfe diese Gewalttaten gewiß nicht unterschätzen, solle sie aber auch nicht überschätzen. Denn vielfach handle es sich um gewöhnliche Plünderungen oder Raubüberfälle, die nichts weiter mit großen politischen Fragen zu tun hätten.

In der Zeit von 194o bis 1943, berechnet auf den Stichtag des 31. August, seien insgesamt 41 ooo Täter und Helfer der Banden festgenommen oder vernichtet worden.

Was den Einsatz der Polizeikräfte angehe, so könne man sie nicht restlos in die einzelnen Stützpunkte aufteilen, sondern müsse gewisse Reserven behalten, um im geeigneten Augenblick auch eine größere Formation zum Einsatz zu bringen. Im vergangenen Jahre habe der Einsatz der Polizeikräfte immerhin wenigstens einigermaßen eine Befriedung herbeigeführt.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß die Wehrmacht zunächst mit Beginn der Ernte in sehr großem Umfange eine ähnliche Organisation geschaffen habe, wie sie eben geschildert worden sei. Seit Beginn der Ernte seien in neuen Stützpunkten etwa 4 5oo Mann im allgemeinen in der Stärke von 1 : 3o eingesetzt worden, die beweglich gehalten würden und auch die Nachbarorte durch Streifen beherrschten. Man gehe unter die Zahl von 1:3o

ungern herunter, weil die Mannschaften, die zumeist Rekruten seien, überwacht werden müßten. Daneben bestanden die alten Stützpunkte schon seit anderthalb Jahren aus der Zeit des Beginns der Unruhen auf dem Lande und im Bereich der großen Güter. Dafür seien vielfach aus den Lazaretten entlassene genesende Soldaten, die noch nicht an die Ersatztruppenteile abgegeben worden seien, eingesetzt und in sogenannten Genesenden-Stützpunkten in die großen Liegenschaften gelegt, wo sie schon durch ihre Anwesenheit und auch durch Bestteifung der Gegend einen gewissen Schutz bildeten. Darüber hinaus würden Truppenteile zu Großaktionen, die im Auftrage des Generals der Polizei Krüger durchgeführt würden, eingesetzt. Zwei Regimenter hätten schon bei der Großaktion im Kreise Bilgoraj mitgewirkt; ein Teil von ihnen sei dann auch wieder in die Standorte zurückgegangen. Ein Regiment habe sich an der Bekämpfung der Kolpak-Banden beteiligt, sei in Galizien geblieben und stehe dort auch zum Schutze der Ernteeinbringung bereit. Weil in Galizien ständig mit dem Auftraten größerer Banden zu rechnen sei, sei man dort nie unter Kmpaniestärke heruntergegangen. In Galizien sei daher auch das Stützpunktsystem nicht so durchgeführt wie im gesamten Generalgouvernement.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Gouverneur Kundt, daß Stützpunkte im Westen des Distrikts Radom, besonders in Teilen der Kreishauptmannschaft Radomsko, in den Kreishauptmannschaften Petrikau und Tomaschow, wo die Volksdeutschen besonders bedroht seien, nicht eingerichtet seien. Das sei wohl darauf zurückzuführen, daß die für die Stützpunktbildung im Distrikt Radom zugesagten Verstärkungen für die Bekämpfung der Kolpakbanden hätten eingesetzt werden müssen.

27.9.1943

SS-Oberführer Bierkamp bestätigt, daß sich die Zahl der Überfälle gegen früher etwas erhöht habe. Wesentlich sei aber vor allem die Tatsache, daß jetzt ein besseres Zusammenarbeiten der Widerstandsbewegung mit den Banden zu beobachten sei. Früher seien mehr einzelne Überfälle verübt worden, heute verfolgten die Widerstandsbewegung bzw. die Banden einen ganz bestimmten Weg: sie vernichteten z.B. Dreschmaschinen und besonders Molkereien. Man habe einen Befehl, der von England ausgehe, aufgefangen, nach welchem nur die landwirtschaftlichen Maschinen, nicht aber die Getreidevorräte vernichtet werden sollten. Weiter seien vielfach polnische Rüstungsarbeiter erschossen worden, auch jeder Pole, der mit der Abwehrstelle oder mit der Sicherheitspolizei zusammenarbeite, werde überfallen oder erschossen. In erhöhtem Maße würden auch Überfälle auf Deutsche gemacht. Eine Zusammenstellung der in den Monaten April bis September auf Deutsche verübten Überfälle zeige ein ständiges Ansteigen dieser Gewalttaten. Dadurch werde der Mut der Deutschen, insbesondere der Frauen und der nicht im Besitz von Waffen befindlichen Bevölkerung stark herabgedrückt. Das habe wieder Rückwirkungen auf die Widerstandsbewegung und die Festigung der Stimmung bei den Polen. Den Polen müsse daher mit aller Energie klar gemacht werden, daß die Deutschen die Herren im Lande seien und jeder, der sich an der deutschen Führung vergreife, daran zugrunde gehe.

Zu dem von der Widerstandsbewegung und den Banden durchgeführten System gehörten auch die Überfälle auf Gefängnisse. Dabei gingen die Banden z.B. so vor, daß sie die Dienststelle einer Stadt unter Feuer hielten und in der Zwischenzeit das Gefängnis überfielen.

27.9.1943

Ein Ausbau der Gefängnisse zum Zwecke der Herbeiführung einer größeren Sicherheit sei von Präsident Bauder abgelehnt worden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die politischen Häftlinge in der Gewalt der Sicherheitspolizei blieben. Die Justizgefängnisse böten keine genügende Sicheheit, weil sie in der Hauptsache von Polen überwacht würden. Auch aus diesem Grunde sei ein Ausbau der Gefängnisse unbedingt notwendig. - Vielfach würden Gefangene, die man von kleinen Ortschaften bringe, wieder befreit, da man solchen Gefangenentransporten kein größeres Schutzkommando mitgeben könne. Eine Hilfe sei nur auf dem Wege möglich, daß Personen, die festgenommen und nach ihrer Vernehmung der Tat überführt worden seien, sofort an Ort und Stelle erschossen würden. Dieses Vorgehen müsse auch propagandistisch untermauert werden. In den Gebieten, in denen zahlreiche Bandenüberfälle vorkämen, müsse öffentlich bekannt gemacht werden, daß von den überführten Tätern soundsoviele erschossen worden seien.

X Der Herr <u>Generalgouverneur</u> spricht sich zwar dagegen aus, daß unter Umständen Personen wahllos erschossen würden, ist aber andererseits der Auffassung, daß nunmehr angesichts der überhandnehmenden Frechheit der Polen strenge Exempel statuiert werden müßten. Die von SS-Oberführer Bierkamp vorgeschlagenen Maßnahmen müßten noch im einzelnen besprochen werden, fänden jedoch im allgemeinen seine Zustimmung. y

SS-Oberführer <u>Bierkamp</u> hält weiter ein scharfes Vorgehen gegen Industriearbeiter für geboten, die ihre Mitarbeiter aufforderten, die Arbeit im Betriebe zu sabotieren. Auch solche Leute müßten sofort an Ort und Stelle erledigt werden, wie überhaupt nunmehr gegen

27.9.1943

alle Gesetzesbrecher mit den schärfsten Mitteln eingeschritten werden müsse. Das gelte vor allem auch für den Kampf gegen den Schleichhandel, der immer noch mit einer Frechheit auftrete, die sich eine Besatzungsmacht unter keinen Umständen gefallen lassen sollte.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß endgültig ab 1.Oktober 1943 die Neuregelung der Ernährung der polnischen Bevölkerung durchgeführt werde. Spätestens 14 Tage nach diesem Zeitpunkt müsse ein verschärfter Kampf gegen den Schleichhandel einsetzen. In allen Zeitungen müßten von der Hauptabteilung Propaganda im Einvernehmen mit sämtlichen Dienststellen ausgearbeitete Aufsätze erscheinen, in denen auf diese Entwicklung hingewiesen werde.

SS-Oberführer Bierkamp weist dann darauf hin, daß die Landstraßen mehr als bisher gesichert werden müßten. Der Sicherheitspolizei zugegangene Meldungen besagten, daß die gesamten Waffentransporte der Widerstandsbewegung entweder in Panjewagen oder in der letzten Zeit sogar in mit Wehrmachtkennzeichen versehenen Fahrzeugen vor sich ginge. Daher müsse eine verstärkte Kontrolle der Landstraße einsetzen. Auch jeder Wagen der Wehrmacht und der Polizei müsse auf seinen Inhalt durchgesehen werden können; denn die Banditen hätten vielfach gefälschte Papiere und trügen Wehrmachts- oder Polizeiuniform.

Generalmajor Haseloff hält eine Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen für notwendig. Bei dem Anhalten von Lastkraftwagen der Wehrmacht müsse nicht nur eine Kontrolle durchgeführt werden, sondern auch eine Aussprache mit dem Fahrpersonal möglich sein. Es kämen jetzt zahlreiche Fahrzeuge von Truppenteilen aus dem Osten ins Generalgouvernement, die natürlich keinen Fahrbefehl hätten.

27.9.1943

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß, da Wehrmachtsfahrzeuge nur von Angehörigen der Wehrmacht kontrolliert werden könnten, aus Wehrmachts- und Polizeimannschaften kombinierte Streifen für diesen Dienst eingesetzt werden müßten. Dann könne sich auch leicht ein gewisses Verfahren der Vernehmung herausbilden.

SS-Oberführer Bierkamp geht dann auf die Verhältnisse in der Stadt Warschau ein. In Warschau hielten sich etwa 25 ooo ehemalige polnische Offiziere verborgen, ferner noch ungefähr 2o- bis 3o ooo Juden und zahlreiche Personen, die sich nicht für Arbeit melden wollten und auf seiten der Widerstandsbewegung mehr oder minder aktiv gegen die deutsche Führung arbeiteten. Gegen diese Elemente, die zumeist wohl die Urheber der Gewalttaten seien, müsse mit allen Mitteln vorgegangen werden. Deshalb sei beabsichtigt, in Warschau eine große Razzia durchzuführen. Ob man dafür der Unterstützung der Wehrmacht bedürfe, sei noch nicht zu übersehen. Aber diese Unterstützung wäre schon deshalb zu begrüßen, weil sich in Warschau eine große Anzahl von Deserteuren, die natürlich sämtlich der Widerstandsbewegung in die Hände fielen. Die Masse aller dieser Elemente müsse in einem Gesamteinsatz erfaßt werden. Selbstverständlich seien zu diesem Zweck harte Maßnahmen erforderlich, damit die polnische Bevölkerung merke, daß die deutsche Führung nunmehr wirklich scharf zugreife. Daß man auf Widerstand stoßen werde, sei selbstverständlich. Wer in Warschau unangemeldet lebe und sich nicht genügend ausweisen könne, müsse erschossen werden; denn wer sich in Warschau verborgen halte, sei ohne besonderen Beweis als Angehöriger einer Terrorgruppe anzusehen. Diese scharfen Maßnahmen müßten

27.9.1943

angesichts der Tatsache, daß fast an jedem Tag ein oder mehrere deutsche Soldaten auf der Straße erschossen würden, unbedingt durchgeführt werden.

Im übrigen sei er grundsätzlich gegen jede Sühnemaßnahme, selbst wenn ein Attentat geschehen sei. Es gebe aber Fälle, in denen man schließlich doch zu solchen Maßnahmen schreiten müsse, und das scheine ihm jetzt in Warschau der Fall zu sein. Er habe deshalb vor, soundsoviele Personen, die der nationalen oder kommunistischen Widerstandsbewegung angehörten, namentlich zu benennen und öffentlich bekanntzugeben, daß sie beim nächsten Attentat erschossen würden. Über die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Maßnahme wolle er noch einmal mit der Berliner Zentrale sprechen, um sich zu g vergewissern, ob sie auch dort für richtig befunden werde. Gegebenenfalls müßte dann das von ihm geplante Verfahren bis zum letzten durchgeführt werden.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß solche entscheidende Maßnahmen nunmehr unerläßlich seien, verlangt aber, daß das grundsätzlich für diese Maßnahmen in allen Distrikten aufzustellende Regulativ vorher von ihm genehmigt werde. Entsprechend dem Führererlaß müßten nach Einholung eines Gutachtens der Berliner Zentrale die Maßnahmen auf Grund des Protokolls einer Besprechung zwischen Staatssekretär Dr.Bühler und SS-Oberführer Bierkamp ergriffen werden. Er bitte auch SS-Oberführer Bierkamp, dem Staatssekretär Dr.Bühler und vielleicht dem Gouverneur Dr.Fischer vertrauensvoll Auskunft über alles zu geben, was geschehen sei.

Die Besprechung wendet sich dann noch einmal der Frage der Dislocierung zu.

27.9.1943

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, warum die Waffen-SS an dieser Maßnahme nicht teilnehme, erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß es sich bei den Mannschaften der Waffen-SS im Generalgouvernement zumeist um Letten handle, die noch in der Ausbildung begriffen seien und für eine solche Aufgabe noch nicht eingesetzt werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, ob etwa nach Vollendung der Erntemaßnahmen das Schwergewicht der Dislocierung in die Industriegegenden verlagert werden könnte. Vielleicht wäre es möglich, gewisse Teile der Stützpunkte für den Schutz von Indstriewerken zu verwenden.

Da Gouverneur Kundt eine solche Maßnahme als sehr zweckmäßig bezeichnet, beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler, im Einvernehmen mit Generalleutnant Schindler feststellen zu lassen, welche Rüstungs- und Industriewerke um besonderen Schutz bäten.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für möglich, einzelne Werke besonders dicht mit einem Stützpunktsystem zu umgeben. Es müsse dann aber geprüft werden, ob es möglich sei, das Stützpunktsystem als ganzes beizubehalten bzw. auszubauen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalmajor Grünwald, dieser Frage sein besonderes Augenmerk zu widmen. Die Vertreter der Rüstungsindustrie hätten in der letzten Sitzung besonders um Schutz gebeten, und deshalb müsse nun festgestellt werden, welche Gegenden vor allem bedroht seien. Im Hinblick auf die

27.9.1943

von SS-Oberführer Bierkamp vorgeschlagenen Maßnahmen werde es sich in den nächsten Wochen zeigen, ob und wie die Gegenseite darauf reagiere, ob die Kurve der Überfälle sinke oder ansteige. Für beide Fälle müsse man gerüstet sein.

Oberst der Flieger Heyna weist darauf hin, daß der Luftgau auch schon eine Art von Stützpunktsystem eingerichtet habe, und zwar in Gestalt der rd. 2oo Flugwachen, die außerhalb der Städte auf dem Lande gewöhnlich in einer Stärke von 3 bis 5 Mann stationiert seien, im Generalgouvernement zumeist in einer Stärke von 1o bis 12 Mann. Vor zehn Tagen sei zum erstenmal ein Überfall auf eine solche Flugwache verübt worden. Die Flugwachen lägen schon seit zwei Jahren im Lande, ihr Standort sei der Widerstandsbewegung bekannt. Sollten eines Tages mehrere solcher Wachen mit Erfolg überfallen werden, so könnte das übele Folgen für den Flugwachtdienst haben. Man wäre dann nicht mehr in der Lage, den Gegner so festzustellen, daß die Industrie, vor allem die oberschlesische Industrie mit ihren grossen Werken,gewarnt werden könnte.

Generalmajor Haseloff bemerkt, daß der polnische Baudienst nach Auffassung der Wehrmachtdienststellen die gegebene Zelle für die Widerstandsbewegung sei. Der Baudienst bestehe aus jungen kräftigen Leuten, die gut diszipliniert seien. Es bedürfe eigentlich zur Aufstellung einer Truppe nur noch eines kleinen Anstoßes Für den Fall von Krisen müsse deshalb dafür Sorge getragen werden, daß die Angehörigen des Baudienstes sofort festgesetzt würden.

27.9.1943

SS-Oberführer Bierkamp wirft die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, den polnischen Baudienst mit dem holländischen, flämischen oder irgendeinem anderen Baudienst auszutauschen.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß der Baudienst eine Einrichtung sei, die in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen werde. Man werde vorläufig etwas Gleichwertiges nicht bekommen und müsse eben gewisse Dinge in Kauf nehmen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß im Falle eines Aufstandes mit der polnischen Polizei kaum zu rechnen sei.

Gouverneur Kundt weist auf die Tatsache hin, daß die Baudienstpflichtigen vielfach von Banditen überfallen und dann zwangsweise nach Hause geschickt würden. 70 % der Leute seien aber freiwillig in die Baudienstlager wieder zurückgekehrt.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß man dem Baudienst in Bezug auf seine Zuverlässigkeit eine erhöhte Aufmerksamkeit werde zuwenden müssen; andererseits sei zu bedenken, daß man sich angesichts des Mangels an geeigneten Kräften in einer gewissen Zwangslage befinde.

Oberst Heyna weist dann noch darauf hin, daß einige Fliegerformationen, so eine fliegertechnische Schule, eine Artillerieschule, ins Generalgouvernement verlegt würden, die mit ihren Mannschaften auch für eine Erhöhung des Schutzes in Betracht kämen.

27.9.1943

Gouverneur Kundt will der Bildung deutscher Viertel eine erhöhte Aufmerksamkeit seitens der zuständigen Stellen zugewendet wissen.

SS-Oberführer Bierkamp hält es auch angesichts des Umstandes, daß die Widerstandsbewegung beabsichtige, bei großen Luftangriffen die Deutschen in den Städten zu überfallen, für unbedingt notwendig, daß möglichst alle Deutschen zusammengesiedelt würden und die polnische Bevölkerung aus bestimmten Gebieten entfernt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß man mit der Schaffung deutscher Viertel schon gut vorangekommen sei. Leider stehe einer befriedigenden Lösung dieser Frage die Tatsache entgegen, daß ein erheblicher Teil der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten für Deutsche nicht gebrauchsfähig seien, es auch an den für die Herstellung dieser Räume erforderlichen Baustoffen fehle.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß diese Frage heute nicht gelöst werden könne und weitere Besprechungen darüber stattzufinden hätten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Oberführer Bierkamp, daß von der Sicherheitspolizei Waffenscheine an alle Reichsdeutschen gegeben würden, an Volksdeutsche dann, wenn sie auf ihre Zuverlässigkeit überprüft seien, an Frauen nur, wenn es unbedingt benötigt werde.

27.9.1943

Oberst Heyna teilt mit, daß im Bereiche des Luftgaukommandos VIII auch die männlichen Gefolgschaftsmitglieder im Waffendienst ausgebildet würden, ebenso wie die Luftnachrichtenhelferinnen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung zusammen und stellt fest, daß man sich über die wesentlichen Fragen der Sicherheit einig geworden sei.

1. Unter der verantwortlichen Leitung des Generalmajors Grünwald soll das Stützpunktsystem aufrechterhalten und ausgebaut werden.
2. Über die von SS-Oberführer Bierkamp angekündigten und vorgeschlagenen Maßnahmen soll ein Übereinkommen mit Staatssekretär Dr. Bühler getroffen werden.
3. Die Rüstungswerke sollen, soweit es notwendig ist, einen besonderen Schutz erhalten.
4. Die Fragen eines weiteren Ausbaues der deutschen Viertel wird einer besonderen Besprechung vorbehalten.

A n l a g e

Anwesenheitsliste

für die Besprechung der Sicherheitslage

am 27.9.1943 16^{00}

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
[illegible]	Oberst i. G. Chef d. Genstb.	Lg. Kdo VIII
Wagner	Oberstleutnant	Lg. Kdo VIII
Riesen	Gen. Major	" "
Grünwald	Gen. Major d. P.	B. d. O.
Bierkamp	SS Oberführer	B. d. S.
Kundt	Gouverneur	Krakau
Schmid	Direktor	Hauptamt für [illegible]
Haseloff	Gen. Maj.	Wehrkr. Kdo.
Dr. Boepple		

995

27.9.1943

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause "Urania".

19^{30} K o n z e r t der Philharmonie des Generalgouvernements.

Unter Leitung des Chefdirigenten Hindemith gelangen zur Aufführung:

1. Vorspiel zu der Oper "Die Meistersinger" von Richard Wagner
2. Klavierkonzert C-moll von Ludwig van Beethoven Solistin: Frau von Sauer-Moralis
3. IV. Symphonie von Brahms.

21^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Dienstag, den 28.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

17^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Krakau.

18^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

19^{30} Kammermusikabend des Assmann-Quartetts im Rathaussaal.

(Übernachtung auf der Burg)

Mittwoch, den 29.September 1943

10^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Gauleiter Bracht, der in Begleitung des Landeshauptmanns Kate und des Oberbürgermeisters Dr. Thiessler-Kattowitz erschienen ist.

Im Anschluß an den Empfang hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Gauleiter Bracht, zu der Staatssekretär Dr. Bühler und Hauptabschnittsleiter Stahl zugezogen werden.

11^{20} Besprechung mit Gauleiter Bracht, den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, Oberbürgermeister Dr. Thiessler, Hauptabschnittsleiter Stahl, Ministerialrat Plodeck und Bürgermeister Kratz.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Eigentumsverhältnisse der Herrschaft Saybusch.

Gauleiter Bracht führt einleitend aus: Die Herrschaft Saybusch liege zum weitaus größten Teil im Gau Oberschlesien. Sie sei zunächst von der Haupttreuhandstelle verwaltet worden. Dann sei die kommissarische Verwaltung aufgehoben worden. Er habe erfahren, daß der gesamte Wald- und Forstbesitz in die Reichsforstverwaltung überführt, aus der Brauerei eine Aktiengesellschaft gemacht werden sollte und das Reichsernährungsministerium die landwirtschaftlichen Objekte sich habe einverleiben wollen. Er habe sich deshalb direkt an den Führer gewendet. Der Führer habe dahin entschieden, daß der gesamte Besitz der Herrschaft Saybusch ungeteilt, kosten- und entschädigungslos dem Provinzialverband Oberschlesien übereignet würde. Er stehe nun auf dem Standpunkt, daß gewisse Betriebe, die zu Zeiten des Erzherzogs Karl-Albrecht, des letzten Besitzers der Herrschaft, zu ihr gehörten, entsprechend dem Wortlaut des Führererlasses eigentumsmäßig auf den Provinzialverband übergegangen seien.

29.9.1943

Vor dem Führererlaß seien bestimmte Abmachungen zwischen dem Provinzialverband Oberschlesien und der Treuhandstelle Ost getroffen worden, die besagten, daß das was von Besitzteilen im Generalgouvernement liege, für das aber der eigentliche Besitzurgrund im Reich bestehe, dem Provinzialverband verbleibe, während umgekehrt das, wofür der Besitzurgrund im Generalgouvernement liege, dem Reich zu überlassen sei.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Bürgermeister Kratz, daß es sich bei den im Generalgouvernement liegenden Teilen um keine besonders hohen Werte handelt. Es seien die Niederlage der Saybuscher Brauerei, die 5 Saybuscher Gaststätten, von denen 4 in Krakau und eine in Warschau betrieben würden, und etwa 900 ha Land bzw. Wald.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß, wenn der Provinzialverband Eigentümer der Forsten werden wolle, er sich auch mit der Forstverwaltung des Generalgouvernements auseinandersetzen müsse.- Für das Generalgouvernement sei zunächst nicht die Frage wichtig, wer Eigentümer sei, sondern die Frage, ob der Führer wünsche, daß sich sein Erlaß auch auf die Restbestände der Herrschaft Saybusch im Generalgouvernement erstrecke. Über diese Frage sei nur deshalb eine abweichende Meinung vorhanden, weil selbstverständlich der Gauleiter von Oberschlesien auch dem Führer gegenüber auch nur sein Gebiet, nicht aber das des Generalgouvernements repräsentiere. Reichsminister Dr. Lammers scheine die ganze Frage noch nicht als entschieden anzusehen, sonst hätte er ihm, dem Generalgouverneur,mitgeteilt, daß der Führer der Meinung sei, daß auch das Eigentum des Generalgouvernements auf den

Provinzialverband übergehe. Gleichwohl sei eine Einigung auf diesem Gebiete möglich. Im übrigen müsse er aber feststellen: es gebe bislang im Generalgouvernement nirgendwo ein grundbuchamtlich eingetragenes territoriales Eigentum, auch nicht für die Wehrmacht, weil zunächst die treuhänderische Verwaltung des Gesamtraumes staatlich betrieben werde. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß das Generalgouvernement ohnehin als Kriegsgründung nach dem Kriege in eine endgültige Form zu überführen sein werde und dann auch die gesamte Entlastung der Regierung des Generalgouvernements für die übernommenen Sachwerte zu erfolgen habe. Wer also einmal Eigentümer der im Generalgouvernement vorhandenen Werte sein werde, das entscheide nach dem Kriege die endgültige Form dieses Landes. Bis dahin werde das gesamte öffentliche Eigentum vom Generalgouvernement staatstreuhänderisch für das Deutsche Reich verwaltet. Das gelte übrigens auch für die im Besitz der Partei befindlichen Werte. Es sei keine offene Frage der Methode nach, sondern nur eine offene Frage dem künftigen Eigentum nach. Dem Gauleiter Bracht werde es genügen, wenn er erfahre, daß sein Eigentumsanspruch von der Regierung des Generalgouvernements für später gesichert bleibe.

Gauleiter Bracht weist darauf hin, daß die Reichslandgesellschaft vorübergehend die landwirtschaftlichen Güter der Herrschaft Saybusch bewirtschaftet habe. Sie habe zusammen mit der Haupttreuhandstelle einen Reingewinn von 6 bis 7 Millionen Reichsmark erzielt, und diese Summe wolle er jetzt vom Reich zurückfordern.

29.9.1943

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß keine Werte in Frage kämen, die irgendwie zu Buche schlügen und über die man sich einigen könnte, wenn dem nicht die grundsätzlichen Bedenken entgegenstünden, die der Herr Generalgouverneur geltend gemacht habe. Man habe es in jahrelangen Verhandlungen endlich erreicht, daß auf Grundlage der Vereinbarung über die durchschnittenen Betriebe und des sogenannten Hauptabkommens vom Oktober 1942 die Wertverteilung zwischen Reich und Generalgouvernement einheitlich nach großen Grundsätzen geregelt werde. Der vorliegende Fall sei für diese Regelung typisch. Man könne deshalb in dieser Form nicht entgegenkommen, wolle man nicht fortgesetzt Berufungen haben. Bei Kenntnis der Rechtslage würden weder der Führer noch Reichsminister Dr. Lammers das so formulierte Schreiben in der Weise auslegen wie Gauleiter Bracht.

Gauleiter Bracht macht demgegenüber geltend, daß es sich hier um eine ganz grundsätzliche Frage handle, deren Regelung auch nicht irgendwie präjudizierend wirken könne. Das gehe schon daraus hervor, daß in dem Führererlaß die genaue Flächengröße des Besitztums angegeben werde.

Der Herr Generalgouverneur hält eine weitere Vertiefung dieser Frage nicht für notwendig und betont, daß das Eigentum an diesem Besitz dem Provinzialverband nicht bestritten werde, auch wenn der Führererlaß nicht gekommen wäre.

Gegenstand der Besprechung ist dann weiter die Frage, ob und wie die Niederlage der Brauerei Saybusch und die 5 an Deutsche verpachteten Gaststätten in die Regelung einbezogen werden sollen.

29.9.1943

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ein Schreiben entworfen wird, in dem alle diese Fragen einer Prüfung unterzogen werden.

Gauleiter Bracht weist dann darauf hin, daß lo oder 12 Kisten mit wertvollem Silbertafelgeschirr etwa im November 1939 vom Schloß Saybusch ins Generalgouvernement gebracht worden sei.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß das Silber seinerzeit vom Erzherzog Karl-Albrecht einer amerikanischen Bank in Warschau übergeben worden sei. Damit sei es also mit Hilfe des bisherigen Eigentümers in das Generalgouvernement verbracht worden und unterliege nach der Vereinbarung über die durchschnittenen Vermögenswerte derselben Behandlung wie andere Werte. Nach vorübergehender Verwaltung durch die Treuhandverwertungsgesellschaft sei dieses Silber dann nach Hanau gebracht worden und werde dort im Schmuckmuseum aufbewahrt.

Gauleiter Bracht gibt der Meinung Ausdruck, daß das Silber nicht in die Kategorie jener Werte gehöre, die der Vereinbarung über die durchschnittenen Vermögenswerte unterlägen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann darauf die Erklärung ab, daß er dieses Silber auf Grund des Abkommens mit dem Reich an den Gau Oberschlesien abtrete, stellt aber im übrigen fest, daß dieser Silberschatz auf Grund der einwandfreien Rechtslage abgegeben worden sei.

Ministerialrat Plodeck glaubt, daß diese Abtretung nur dann rechtswirksam sein könne, wenn das Reich mit einer solchen Regelung einverstanden sei. Jedenfalls müsse der Gegenwert für dieses Silber im Generalgouvernement bleiben.

29.9.1943

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Plodeck, zur Regelung dieser Angelegenheit nach Hanau zu fahren.

12[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Gauleiter Bracht zum Hause der NSDAP. in Krakau.

Dort wird Gauleiter Bracht vom stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt.

13[15] M i t t a g e s s e n im Hause der NSDAP.

IX/9

15[15] Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung und kommissarische Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Losacker teilt dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler mit, daß er entschlossen sei, angesichts der Lage des Vaterlandes seinen Dienst bei der Waffen-SS wiederaufzunehmen. Er bittet den Herrn Generalgouverneur, ihn mit Wirkung vom lo. Oktober 1943 für die Dauer seines Waffendienstes und auf Kriegsdauer von seinen Ämtern im Generalgouvernement zu entbinden.

Der Herr Generalgouverneur gibt unter ausdrücklicher Betonung seiner hervorragenden Anerkennung für die vorbildliche Dienstleistung Dr. Losackers im Namen des Führers und Reiches seinem lebhaftesten Bedauern Ausdruck, daß Dr.Losacker sich zu diesem Schritt entschlossen hat; er nimmt jedoch den Entschluß Dr.Losackers mit Verständnis auf und wünscht ihm für seine militärische Laufbahn das beste. Angesichts seiner hervorragenden Anteilnahme am Aufbauwerk dieses Nebenlandes des

29.9.1943

Reiches wird Dr. Losacker vom Herrn Generalgouverneur jede Form von Rückkehr in den Dienst des Generalgouvernements sichergestellt bleiben.

16⁰⁰ Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler den früheren Finanzpräsidenten Dr. Spindler.

17⁰⁰ Besprechung mit dem Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements Hindemith.

17³⁰ Besprechung mit Pressechef Gassner.

29.9.1943

20^{00} K o n z e r t im Türkenzelt.

Das Konzert wird ausgeführt von dem Orchester des Staatstheaters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch.

Zur Aufführung gelangen:

1. Symphonie G-dur (mit dem Paukenschlag) von Haydn

2. Konzert für Horn und Orchester von Richard Strauß

3. Ouvertüre Leonore III von Ludwig van Beethoven.

21^{00} A b e n d e s s e n , gegeben vom Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Anwesenheit des Gauleiters Bracht.

Im Verlaufe des Essens bringt der Herr Generalgouverneur folgenden Trinkspruch aus:

Lieber Parteigenosse Bracht! Namens des Staates Generalgouvernement und der Partei begrüße ich Sie in der Hauptstadt des Nebenlandes des Großdeutschen Reiches. Wir freuen uns alle besonders über Ihren Besuch, ist er doch ein Beweis für die herzlich-kameradschaftliche reichsförderliche Zusammenarbeit zwischen dem aufstrebenden Bereich Oberschlesien und dem Generalgouvernement. Uns verbindet eine Fülle politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und historischer Beziehungen, die im einzelnen aufzuzählen unmöglich ist, die aber in ihrer Gesamtheit zu spüren wir jeden Tag Gelegenheit haben.

Ich heiße Sie als meinen lieben alten Parteigenossen herzlich willkommen ebenso wie Ihre Begleiter, Landeshauptmann Kate und Oberbürgermeister Dr. Thiessler Kattowitz. Ich bin überzeugt, daß wir uns alle hier

im Generalgouvernement über diese Zusammenarbeit freuen. Wir haben nur den einen Wunsch, daß diese Zusammenarbeit zum Segen des großen Werkes des Führers, des Reiches und des Sieges immer herzlicher und inniger werden möge. Meine Herren, ich bitte Sie, auf das Wohl unserer Gäste zu trinken.

Gauleiter Bracht erwidert mit folgenden Worten:

Für meine Begleiter und mich ist es eine große Freude und zugleich eine besondere Ehre, daß wir wieder einmal für einige Stunden Ihre Gäste sein können. Herr Generalgouverneur, Sie haben schon zum Ausdruck gebracht, daß es vielerlei Beziehungen sind, die uns, d.h. das Generalgouvernement und Oberschlesien, die Sie und mich gemeinsam interessieren und bewegen. Ich bin überzeugt, daß sich auch dieser Besuch wieder im Interesse dieser Beziehungen und der Lösung der gemeinsamen Probleme auswirken wird, mit denen wir jeden Tag zutun haben.

Herr Generalgouverneur, ich bin Ihnen für die freundliche Einladung sehr dankbar. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich mit meinen Begleitern herzlich gern zu Ihnen gekommen bin. Ich versichere Ihnen und Ihren Herren, daß ich alles tun werde, um die Zusammenarbeit zwischen dem Generalgouvernement und Oberschlesien zu fördern. In diesem Sinne sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank für die schönen Stunden, die wir hier erlebt haben und noch erleben werden. Ich weiß auch, daß dieser mein Besuch von Ihnen bald einmal erwidert werden wird. Jedenfalls sind die Herren des Generalgouvernements in Oberschlesien jederzeit herzlich willkommen.

29.9.1943

Meine Herren, ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl des Generalgouverneurs und des Generalgouvernements zu trinken.

23^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Donnerstag, den 3o.September 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

18.15 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

2o.00 Besuch der Aufführung "Maria Stuart", Schauspiel von Friedrich von Schiller.

Anschließend Teilnahme an der Einladung des Staatssekretärs Dr. Bühler zu Ehren des Gauleiters Bracht.

(Übernachtung auf der Burg)

Freitag, den 1.Oktober 1943 Krakau

10^{30} Besprechung mit Pg.Mehling in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Der Herr Generalgouverneur gibt Pg.Mehling die Anweisung, gemäss seinem Auftrag alles für eine Distriktstandortführertagung, in der Richtlinien für eine Verlebendigung der Parteiarbeit im Generalgouvernement erteilt werden sollen, vorzubereiten.

11^{00} Pg. Holweger berichtet in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler und Hauptabschnittsleiters Stahl von einer Schulungstagung in Berlin und den dort ausgegebenen Richtlinien für eine intensive Schulung aller politischen Leiter und aller Blockleiter. Die Tagung in Berlin habe unter dem Motto einer Intensivierung der Parteiarbeit gestanden.

11^{15} Vorstellung des zweiten Fahrers des Herrn Generalgouverneurs, Obergefreiten Unertl durch den Chef der Kanzlei Dr.Meidinger.

11^{20} Die Architekten Korinthenberg und von Palézieux berichten dem Herrn Generalgouverneur vom Stand des Neubaues auf der Burg.

11^{25} Ministerialrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über die Änderungen der Zahlungstermine bei der Grundsteuer und beim Kriegszuschlag zur Grundsteuer,
2. Verordnung über die Gewährung von Entschädigungen für den Verlust von Ansprüchen gegen die ehemaligen polnischen Staatsbahnen,
3. Verordnung über die Bildung eines Kriegsausgleichstockes der deutschen Rechtsanwälte im Generalgouvernement,
4. Verordnung zur Ergänzung der 2.Verordnung über die Individualversicherung im Generalgouvernement

vor.

1.10.1943

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

11[30] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11[45] Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Präsident Naumann erklärt, dass ab heute der zweite Teil des neuen Ernährungsprogramms für die fremdvölkische Bevölkerung in Kraft getreten sei. Eingehende Durchführungsvorschriften, die er nach grossen Vorarbeiten erlassen habe, würden für ein reibungsloses Funktionieren die Gewähr geben.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, stets seine eigene Person dafür einzusetzen, dass nicht ein Abflauen der Aktion in ihrem weiteren Verlauf eintrete.

Präsident Naumann spricht dann von schweren Sorgen, die die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in Bezug auf die Erfassung in Galizien habe. Der Distrikt Galizien hinke gegenüber den anderen Distrikten sehr nach. Mommentan arbeiteten die Polen besser mit als die Ukrainer. Ein Hauptgrund dieses Versagens der ukrainischen Bevölkerung liege seines Erachtens in der Ausbreitung der nationalukrainischen Bewegung.

Die deutsche Verwaltung müsse daher in Galizien einen stärkeren Druck ansetzen, da nur so das auferlegte Kontingent auch wirklich erfasst werden könne. Die Einrichtung der Arbeitslager, in die Bauern, die ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkämen, eingesperrt würden, hätte sich in den vergangenen Jahren in den anderen Distrikten gut bewährt;

zu diesem Mittel müsse man jetzt auch in Galizien greifen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Naumann, dass der Abtransport des ans Reich zu liefernden Getreides bisher planmässig verlaufen sei. In der Erstellung von Lagerräumen im Generalgouvernement zeigten sich grosse Schwierigkeiten, da infolge des Auftretens der Kolbak-Bande in Galizien die dortigen Sägewerke für die Erstellung von Holzhallen nicht die nötigen Holzmengen hätten produzieren können. Auch fehlten zur Errichtung der fertigen Baracken die nötigen Arbeiter.

Für die Erfassung von Obst und Gemüse habe er zu den allgemeinen Prämien noch Sonderprämien in Gestalt von Petroleum, Sacharin und Zucker zur Verfügung gestellt. Leider seien zur Überwachung der Erfassung zu wenig deutsche Kräfte verfügbar. Es werde jedoch alles getan, um zu einem einigermassen befriedigenden Ergebnis zu kommen. Hemmend für die Erfassung auf diesem Gebiet wirke sich die Tätigkeit der Wehrmacht aus, die mit allen Mitteln diese Produkte für ihre Zwecke zu erfassen suche.

Grosse Unruhe in den Erfassungsapparat Galiziens brächte die Anwesenheit ungarischer Formationen. Er habe die Kreishauptmänner gebeten, in solchen Fällen mit den Offizieren der Formationen in Verbindung zu treten und darauf hinzuweisen, dass das Generalgouvernement ein geordnetes Wirtschaftsgebiet sei.

1.10.1943

Der Herr Generalgouverneur gibt Staatssekretär Dr. Bühler den Auftrag, dieser Sachlage sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

12.15 Besprechung mit Direktor Müller vom Statistischen Amt.

Direktor Müller legt dem Herrn Generalgouverneur ein Korrekturexemplar des Amtlichen Gemeinde- und Dorfverzeichnisses des Generalgouvernements vor und gibt an Hand des Exemplars Erläuterungen über Inhalt und Anwendung. Das Werk werde sehr wahrscheinlich zum 4. Jahrestag des Generalgouvernements vorerst in einer Auflage von 10 000 Exemplaren erscheinen. Nachprüfungen von Zahlen, die er in letzter Zeit von einzelnen Kreishauptleuten habe anstellen lassen, hätten die Zuverlässigkeit der bei der letzten Volkszählung ermittelten Zahlen und Angaben bestätigt. In keinem Falle habe man irgend einen grösseren Fehler feststellen können.

Der Bitte Direktor Müllers, zu diesem Werk ein Geleitwort zu schreiben, gibt der Herr Generalgouverneur seine Zusicherung.

12.35 Präsident Senkowsky holt den Herrn Generalgouverneur zu einer Besichtigung der von der Monopolverwaltung eingerichteten Arkadiaklubräume auf dem Adolf Hitler-Platz ab.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei die Weisung, eine Sitzung für die Besprechung der Situation der Staatlichen Hotel-A.G. des Generalgouvernements vorzubereiten, da ihm in letzter Zeit Klagen über die Zustände in Krynica zu Ohren gekommen seien.

15.00 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kresdendorf.

Krakau

Sonnabend, den 2.Oktober 1943

15[40] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15[50] Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Ersten Staatsanwalts Dr. Meidinger und der Architekten von Palézieux und Korinthenberg den Neubau der Kanzlei des Generalgouverneurs.

16[30] Besprechung mit Ministerialrat Frhr von Streit.

16[35] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

16[40] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist der von Ministerialrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Entwurf einer

Verordnung über die Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement.

Nach kurzer Erläuterung durch Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh stellt der Herr Generalgouverneur seine Bedenken zurück und unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

1[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Ministerialrats Dr. Weh den Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Losacker.

Mit herzlichen Worten spricht der Herr Generalgouverneur dem aus seinen Ämtern scheidenden Präsidenten Dr. Losacker seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus und

überreicht ihm im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse.

Der Herr Generalgouverneur ersucht dann Staatssekretär Dr. Bühler, die Amtseinführung des neuen Gouverneurs Kundt möglichst in Gegenwart des bisherigen Gouverneurs Dr. Losacker zu vollziehen.

Im Anschluß an diese Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Aufnahme nachstehender Pressenotiz in die Krakauer Zeitung:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank empfing in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretärs Dr. Bühler den Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung und Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Losacker und überreichte ihm aus Anlaß seiner Einberufung zum Wehrdienst in Anerkennung seiner hervorragenden vorbildlichen Dienstleistung im Generalgouvernement im Namen des Führers das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse. Generalgouverneur Dr. Frank entband zum Zwecke der Ableistung des Kriegsdienstes den Gouverneur Dr. Losacker mit Wirkung vom 10. Oktober 1943 von seiner Dienstaufgabe als Gouverneur des Distrikts Krakau und kommissarischer Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

17.00 Erste Veranstaltung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements im Türkenzelt der Burg.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Vortrag des Generalmusikdirektors Drewes über: Ostauswirkungen der deutschen Musik.

Ein Trio und ein Oktett des Berliner Philharmonischen Orchesters bringen Werke von Beethoven und Schubert zu Gehör.

2.1o.1943

18^{30} A b e n d e s s e n im Kasino der Burg.

(Übernachtung auf der Burg)

Sonntag, den 3. Oktober 1943

7^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Debica.

Am Eingang des Ortes wird der Herr Generalgouverneur von dem Kreishauptmann und dem Kreislandwirt begrüßt.

Anschließend Fahrt zur Kreistierausstellung.

Nach Ansprachen des Kreishauptmanns, des Kreislandwirts und des Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann wird die Ausstellung durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet, der der polnischen Bevölkerung wie den Vögten und Schulzen für ihre loyale Mitarbeit seinen Dank und seine Anerkennung ausspricht.

Der Herr Generalgouverneur unternimmt dann mit seiner Begleitung einen Rundgang durch die Ausstellung.

Anschließend besichtigt der Herr Generalgouverneur das Gestüt.

14^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

17^{30} Besprechung mit Erstem Staatsanwalt Dr. Meidinger.

Anschließend diktiert der Herr Generalgouverneur seinem Protokollführer ein Vorwort für das vom Statistischen Amt herausgegebene Verzeichnis der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements, das folgenden Wortlaut hat:

3.1o.1943

Das Statistische Amt des Generalgouvernements hat unter Überwindung aller aus Raum und Zeit gegebenen großen Schwierigkeiten dieses nach den bewährten Methoden zuverlässiger deutscher statistischer Arbeit gestaltete Werk eines Verzeichnisses der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements zum guten Ende gebracht.

Indem ich alle Behörden des Generalgouvernements anweise, sich künftig im dienstlichen Gebrauch nur noch der Daten dieses Verzeichnisses zu bedienen, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß dieses Produkt deutscher Beamtenleistung seinen ihm bestimmten Beitrag zur Führung des Ostraumes im Dienste von Führer und Reich erfüllen möge.

Krakau - Burg, den 2.Oktober 1943

Dr. Frank

Generalgouverneur

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Bahnhof Trzebinia.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

1017

Sonntag, den 3.Oktober 1943.

bis

Freitag, den 15.Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Krakau

Sonnabend, den 16.10.1943.

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass das sich über 16 Tage erstreckende Programm "Kultur und Wehrmacht" in Warschau in der heutigen Zeit nicht durchgeführt werden könne und dass die Hauptabteilung Propaganda weder das Programm noch die dafür nötigen Mittel genehmigt habe. Trotzdem aber wolle Warschau die Veranstaltungen durchführen.

Der Herr Generalgouverneur diktiert daraufhin folgendes Fernschreiben an Gouverneur Dr. Fischer:

> Nach Vortrag des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda Ohlenbusch wird von mir die Genehmigung zur Durchführung des Gesamtprogramms "Kultur und Wehrmacht" nicht erteilt. Dieses Programm ist völlig unzeitgemäss und stimmungs- und mittelgemäss undurchführbar.
>
> Ich erwarte Sie am Montag mit Ihrem Propagandaleiter in Krakau zur Besprechung der Möglichkeiten, wie in vollständig reduziertem Rahmen das Programm allenfalls eine teilweise Durchführung erfahren kann.

16.10.1943

Der Herr Generalgouverneur überträgt dann Präsident Ohlenbusch die verantwortliche Gestaltung der verschiedenen Veranstaltungen aus Anlass des 4jährigen Bestehens des Generalgouvernements in der Zeit vom 23.-26.Oktober und stellt dafür folgendes Gerippeprrogramm auf:

Sonnabend, den 23.10.1943 vormittags findet die Aushändigung der zum 30. September 1943 verliehenen Kriegsverdienstkreuze I.und II.Klasse sowie der Kriegsverdienstmedaillen im Rahmen einer Feier der Verwaltungsakademie statt. Der Herr Generalgouverneur wird über das Thema " Das Führerprinzip in der Verwaltung" sprechen. Abends ist in der Uranie ein Dienstappell der Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements mit einer Rede des Herrn Generalgouverneurs.

Sonntag, den 24.10.1943 vormittags empfängt der Herr Generalgouverneur nacheinander eine polnische und eine ukrainische Abordnung, die eine Erntekrone überreichen werden. Bei dieser Gelegenheit werden von ihm auch die Mitglieder des polnischen Hauptausschusses bezw. des Ukrainischen Hilfsausschusses empfangen. Abends findet im Haus Urania ein Festkonzert der Philharmonie statt.

Montag, den 25.10.1943 wird die Schulungsburg der NSDAP im Generalgouvernement mit einer grossen Rede des Herrn Generalgouverneurs " Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus" eröffnet.

Dienstag, den 26.10.1943 ist im Festsaal des Kanzleigebäudes auf der Burg eine Regierungssitzung mit einem Rechenschaftsbericht des Chefs der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretärs Dr. Bühler und einer Rede des Herrn Generalgouverneurs über „das Generalgouvernement im 5.Jahr seines Bestehens" vorgesehen. Abends findet im Staatstheater des Generalgouvernements

16.10.1943

eine Festaufführung von Figaros Hochzeit statt.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann, dass er den Drahtlosen Dienst des Generalgouvernements erweitern und ausbauen wolle. Bisher sei die Rundfunkarbeit durch den Pressechef nebenbei erledigt worden. Er wolle nun im Rundfunk Bauernstunden, Arbeiterstunden usw. einrichten. In dieses Programm müsste selbstverständlich unter Wahrung der engsten Zusammenarbeit mit der Presse auch die Nachrichtengebung eingeschaltet werden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Plan vorbehaltlich der Zustimmung des Pressechefs Gassner einverstanden.

11^{50} Besprechung mit Präsident Naumann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.
Thema der Besprechung ist zunächst der Inhalt eines Briefes, den Staatssekretär Backe an den Herrn Generalgouverneur gerichtet hat.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, in Zusammenarbeit mit Staatssekretär Dr. Bühler eine eingehende Antwort zu entwerfen.

Präsident Naumann berichtet sodann über gewisse sicherheitsmässige Bedenken, die SS-Oberführer Bierkamp wegen des geplanten Empfanges einer polnischen und ukrainischen Abordnung auf der Burg durch den Herrn Generalgouverneur hegt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass ein solcher Empfang für die deutsche Propaganda im Ausland unerlässlich sei und dass er von der Durchführung aus Sicherheitsgründen nicht Abstand nehmen könne. Sache der Sicherheitspolizei sei es, die nö-

tigen Vorkehrungen zu treffen; auch Präsident Naumann bitte er, die zu empfangenden Persönlichkeiten sorgfältig auszuwählen.

Den Wunsch der Polizei, den nichtdeutschen Polizeibeamten und ihren Familienangehörigen die deutschen Lebensmittelrationssätze zu gewähren, bescheidet der Herr Generalgouverneur auf Grund der von Präsident Naumann dagegen vorgebrachten Bedenken abschlägig. Die jetzt gewährten Höchstsätze seien auch ausreichend.

Präsident Naumann berichtet weiter von dem derzeitigen Stand der Ernteerfassung, die mit dem Stichtag des 10.Oktobers 61,8 % beträgt. In der Erfassung stehe der Distrikt Warschau an der Spitze, dann folgten Krakau, Radom, Lublin und Galizien. In Galizien gehe die Erfassung sehr zögernd vonstatten. Er habe daher noch Sonderprämien in Gestalt von Holzschuhen, Wodka und Süsstoff bereitstellen lassen, jedoch müsse in Zukunft etwas stärkerer Druck ausgeübt werden. Gouverneur Wächter benötige dazu aber mehr Polizeikräfte.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Naumann, deswegen in seinem Namen mit General der Polizei Grünwald sich in Verbindung zu setzen.

Präsident Naumann gibt im grossen und ganzen über den Verlauf der Ernteerfassung seiner Zufriedenheit Ausdruck. Mommentan stehe die Kartoffel- und Zuckerrübenerfassung im Vordergrund. Zur Zeit stehe er mit dem OKW in Verhandlungen zwecke Einsatzes von Laführern im Generalgouvernement, die auf Grund der militärischen Ereignisse im Osten dort freigeworden seien.

16.10.1943.

Mit diesen Kräften hoffe er dann auch in Galizien die Erfassung zufriedenstellend vorwärts treiben zu können.

Zum Schluss legt Präsident Naumann dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Erlasses für die Durchführung der Erzeugungsschlacht 1943/44 vor, der nach geringfügigen Abänderungen die Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs findet.

12[15] Besprechung mit Pressechef Gassner.

Pressechef Gassner äussert dem Herrn Generalgouverneur gegenüber Bedenken über die von Präsident Ohlenbusch vorbereiteten Pläne des Rundfunknachrichtendienstes in die Rundfunksendungen der Hauptabteilung Propaganda.

Der Herr Generalgouverneur ordnet daraufhin eine Besprechung dieser Frage in Anwesenheit des Präsidenten Ohlenbusch und des Pressechefs Gassner an.

12[20] Besprechung mit Ministerialrat Dr. Weh und Regierungsrat Dr. Jänsch über die Gestaltung der Feier aus Anlass der Aushändigung der vom Führer zum 30. September 1943 verliehenen Kriegsverdienstkreuze I.und II.Klasse.

12[30] Besprechung mit SS-Brigadeführer und General der Polizei Voss in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Naumann. Zugegen ist ferner Herr Schaar von der Abteilung Raumordnung.

Besprechungsthema ist die Überlassung eines weiteren Landstreifens von 3500 ha an den Truppenübungsplatz Debica.

16.10.1943

Der Herr Generalgouverneur hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die unbedingt notwendige landwirtschaftliche Nutzung der Fläche sichergestellt ist und die Angelegenheit mit den zuständigen Stellen der Regierung des Generalgouvernements planmässig geregelt wird. Er ersucht dann SS-Brigadeführer Voss um eine Besprechung mit Präsident Naumann, in der über eine stärkere Beteiligung der Waffen-SS bei der Einrichtung von Aufsichtsstützpunkten für die Ernteerfassung beraten werden soll.

14^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

Sonntag, den 17. Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 18. Oktober 1943

10.10 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11.00 Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Neubesetzung der Gouverneurposten der Distrikte Krakau und Radom wie desjenigen des Leiters der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, auf der Ernennung des bisherigen Bevollmächtigten Dr. Heuber zum Gouverneur des Distriktes Radom zu bestehen und in seiner Eigenschaft als Chef der Regierung des Generalgouvernements ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben an Staatssekretär Dr. Stuckart zu richten.

Wie Staatssekretär Dr. Boepple mitteilt, will das Ostministerium auf Anregung des Reichsforschungsrats einige wissenschaftliche Institute von Charkow und Kiev nach dem Generalgouvernement verlegen und dem Institut für Deutsche Ostarbeit angliedern. SS-Oberführer Bierkamp habe aber aus sicherheitspolitischen Gründen Bedenken dagegen erhoben, dass mit diesen Instituten auch ukrainische und russische Mitarbeiter ins Generalgouvernement gerufen würden.

Der Herr Generalgouverneur kann sich diesen Bedenken besonders mit Rücksicht auf die politische Unsicherheit der Ukrainer nicht verschliessen und ist der Meinung, dass die Regierung des Generalgou-

vernements eine Verantwortung in dieser Beziehung ablehnen müsse. Über die Verwendung von Kräften, denen Spezialaufträge erteilt seien, müsse das OKW eine Entscheidung treffen.

Die Frage, in welcher Weise fürderhin die Standgerichtsbarkeit gegen Polen durchgeführt werden soll, wird in einer Besprechung der Sicherheitslage, die am Dienstag, dem 19.Oktober stattfinden wird, zum Gegenstand der Beratung gemacht werden.

Weiter wird das Programm der für die Feier des vierjährigen Bestehens des Generalgouvernements geplanten Veranstaltungen endgültig festgelegt.

Von der Tatsache, dass Beamte und Angestellte der Hauptabteilungen der Regierung in geschlossenen Zügen zu einer Parteiveranstaltung in das Haus Urania geführt worden sind, hat der Herr Generalgouverneur mit Befremden Kenntnis genommen. Er weist Staatssekretär Dr. Bühler an, in Zukunft solche Aufmärsche zu verbieten.

12^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt den bisherigen Generaldirektor der Werke des Generalgouvernements Dr. Decker und spricht ihm aus Anlass seines Ausscheidens aus seiner Tätigkeit seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

12^{30} Präsident Lauxmann, der mit Oberpostinspektor Kraus erschienen ist, überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zum Kameradschaftsabend der Deutschen Post Osten, der am 21.Oktober im Staatskasino stattfinden soll.

18.10.1943

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Einladung an.

12^{40} Besprechung mit Abteilungspräsident Bankdirigent Dr. Paersch.

Präsident Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Währungsfrage. Ferner legt er dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Tabellen über die Preisgestaltung und die Entwicklung des Bankwesens im Generalgouvernement vor.

Präsident Dr. Paersch überreicht sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift: "Richtlinien für Sicherungsmassnahmen gegen Raubüberfälle". Diese Denkschrift befasst sich

1. mit der Sicherung der Bankgebäude gegen Raubüberfälle
2. mit der Sicherung von Geldtransporten gegen Raubüberfälle.

Abschliessend ordnet der Herr Generalgouverneur an, dass die Währungsfrage demnächst in einer besonderen Sitzung besprochen werden soll.

16^{10} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl, Hauptbannführer Förschle und Hauptbannführer Schimmelpfennig.

Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den Hauptbannführer Schimmelpfennig vor und bittet ihn, anstelle des für Anfang Januar 1944 zum Heeresdienst einberufenen Hauptbannführers Förschle den Hauptbannführer Schimmelpfennig zum Führer der Hitler-

18.10.1943

Jugend des Generalgouvernements zu ernennen.

Der Herr Generalgouverneur gibt sein Einverständnis dazu.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptbannführer Förschle, dass die in 15 Banne eingeteilte Hitler-Jugend des Generalgouvernements zur Zeit etwa 20 000 reichsdeutsche und 28 000 deutschstämmige Jugendliche umfasse.

Unter Hinweis auf einen in der Krakauer-Zeitung erschienenen Aufruf für eine Musterung der Jugendlichen gibt der Herr Generalgouverneur seiner Befürchtung Ausdruck, dass die Jugend mit Rücksicht auf die Anforderungen der Wehrmacht, der Rüstung usw. wie ihrer Schulpflicht einer zu starken Beanspruchung unterzogen werde.

Hauptbannführer Förschle bemerkt, dass dieser Aufruf vom Amt für Jugend ausgehe und mit ihm zunächst einmal der Zweck verfolgt werde, einen Überblick über die Zahl der im Generalgouvernement vorhandenen reichsdeutschen und volksdeutschen Jugendlichen zu gewinnen, da das darüber bisher vorliegende statistische Material ungenügend sei. Dieser Aufruf habe also lediglich den Charakter einer vorbereitenden Massnahme.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptbannführer Förschle an, festzustellen, welche Verpflichtungen zur Zeit überhaupt auf der Jugend lägen, und beraumt für die Zeit nach dem 26.Oktober eine Sitzung an, in der diese Frage im Beisein der Verbindungsoffiziere und anderer interessierter Stellen einer eingehenden Besprechung unterzogen werden soll.

18.10.1943

16.20 Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer Besichtigungsreise, die er in das Siedlungsgebiet Zamosc gemacht hat. Er habe auf Grund seiner Beobachtungen den Eindruck gewonnen, dass dort vor allem angesichts der vortrefflichen Arbeit des Kreishauptmannes Weihenmeier wirklich gute Leistungen vollbracht worden seien. Die im Kreise Zamosc, der sich ungefähr mit dem Siedlungsgebiet decke, vorhandenen 50 000 Deutschen müssten jetzt parteimässig erfasst werden. Er schlage deshalb vor, den Kreishauptmann Weihenmeier zum Kreisstandortführer zu machen und ihm einen hauptamtlichen Geschäftsführer beizugeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Weiter teilt Hauptabschnittsleiter Stahl mit, dass er auf einer Tagung in Zakopane die Deutschstämmigkeitsprobleme und Betreuungsmassnahmen besprochen habe. Im Mittelpunkt dieser Tagung habe ein sehr sachkundiger Vortrag des Schriftleiters des "Vorfeld" Pg. Styra gestanden, und zwar über die geschichtliche Entwicklung des polnischen Volkes.

Ein kurzer Bericht des Hauptabschnittsleiters Stahl über die am 15.Oktober im Haus Urania stattgefundene Parteiveranstaltung, in der Oberbereichsleiter Dresler-Andres einen Vortrag über "Arbeitertum und Kultur" gehalten hat, gibt dem Herrn Generalgouverneur Veranlassung, anzuordnen, dass

1. Pg. Dresler-Andres in Zukunft das Manuskript der von ihm zu haltenden Reden dem

18.10.1943

Herrn Generalgouverneur vorlegt,
2. die Beamten- und Angestelltenschaft der Regierung des Generalgouvernements nicht zwangsweise zu solchen Veranstaltungen kommandiert und hingeführt wird.

Der Herr Generalgouverneur gibt Hauptabschnittsleiter Stahl anheim, künftig an die Behördenleiter eine allgemeine Einladung ergehen zu lassen und dabei der Erwartung Ausdruck zu geben, dass die Beamten- und Angestelltenschaft an solchen Veranstaltungen möglichst zahlreich teilnimmt. Mit der Methode, die anlässlich der Veranstaltung von 15.Oktober zur Anwendung gekommen sei, mache sich die Partei nur unpopulär, und deshalb müsse ein solcher Zwang fürderhin unbedingt vermieden werden.

Hauptabschnittsleiter Stahl betont, dass er von einer zwangsweisen Kommandierung von Beamten und Angestellten nichts gewusst habe und sie gegebenenfalls verhindert hätte. In diesem Zusammenhang teilt er weiter mit, dass er von der Parteikanzlei aufgefordert worden sei, eine Aktivierung der Parteimitgliedschaft durchzuführen. In dieser Richtung habe auch bereits eine starke Propaganda eingesetzt.

Auf Anregung des Hauptabschnittsleiters Stahl erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, in Versammlungen in Lemberg, Lublin, Cholm, Tschenstochau zu sprechen, und weist Hauptabschnittsleiter Stahl an, die notwendigen Vorbereitungen für diese Versammlungen zu treffen, die in der Zeit zwischen dem 28.Oktober und dem 5. November stattfinden sollen.

18.10.1943

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet dann über die Entwicklung der Zeitschriften "Deutsche Wacht" und "Deutsche Gemeinschaft". Die "Deutsche Wacht" habe bereits 10 000 Bezieher, und man hoffe, die Bezieherzahl auf 20 000 erhöhen zu können, umsomehr, da sie auch im Reich gern gelesen werde. Der Zeitschrift " Deutsche Gemeinschaft", die vor allem in den Distrikten Warschau und Radom gelesen werde und etwa 15 000 Bezieher habe, müsse wohl eine andere Gestalt gegeben werden.

Der Herr Generalgouverneur will die Zeitschrift "Deutsche Gemeinschaft" in die "Deutsche Wacht" überführt und statt der "Deutschen Gemeinschaft" Spezialblätter für einzelne Orte geschaffen sehen.

Auf die Frage des Hauptabschnittsleiters Stahl, ob der Herr Generalgouverneur damit einverstanden sei, dass bald nach der Einweihung der Schulungsburg ein Lehrgang für geeignete und befähigte deutsche Siedler aus dem Kreise Zamosc, die künftig als Vögte usw. in Betracht kommen würden, gehalten werden solle, erwidert der Herr Generalgouverneur, dass dieses wichtige Problem einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben müsse. Er beraumt deshalb eine besondere Sitzung für eine allgemeine Beratung der Schulungsfragen an.

Dem Vorschlage des Hauptabschnittsleiters Stahl, Reichsorganisationsleiter Dr.Ley, Stabschef der SA Schepmann, die Gauleiter Bürkel und Wahl wie den Stellvertreter des Reichsministers für die Ostgebiete Gauleiter Meyer zu einem Besuch nach Krakau einzuladen, stimmt der Herr General-

18.10.1943

gouverneur zu und beauftragt Hauptabschnittsleiter Stahl mit den Vorbereitungen für diese Besuche.

Weiter berichtet Hauptabschnittsleiter Stahl, dass Stadthauptmann Pg. Krämer hinsichtlich des Wohnungsproblems in Krakau bisher befriedigende Ergebnisse erzielt habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabschnittsleiter Stahl, dass der Personalreferent im Arbeitsbereich Bereichsleiter Seifert nach wie vor gegen ihn intrigiere.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Hauptabschnittsleiter Stahl einen an ihn gerichteten Brief des Bereichsleiters Seifert vom 18.10. zur Kenntnisnahme und erklärt in diesem Zusammenhang, dass von Pg. Seifert ausgesprochene negative Begutachtungen unbedingt vorher dem Hauptabschnittsleiter Stahl vorzulegen seien. Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Hauptabschnittsleiter Stahl, dem Bereichsleiter Seifert Mitteilung davon zu machen, dass er, der Generalgouverneur, an diesem Brief vom 8.Oktober Anstoss genommen habe.

Am Schluss der Besprechung spricht der Herr Generalgouverneur Hauptabschnittsleiter Stahl sein volles Vertrauen aus.

16[50] Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Oberregierungsrat Dr. Coblitz.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Übersiedlung von Forschungsinstituten aus den Ostgebieten ins Generalgouvernement und

der Überprüfung der ukrainischen und russischen Mitarbeiter. - Der Herr Generalgouverneur will die letztere Frage in der morgigen Sicherheitssitzung einer Besprechung unterziehen.

Oberregierungsrat Dr. Coblitz gibt sodann einen kurzen Überblick über die Arbeit des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Er will dem Herrn Generalgouverneur demnächst einen umfangreichen schriftlichen Bericht erstatten. Ferner weist Oberregierungsrat Dr. Coblitz angesichts der gegenwärtigen Entwicklung und der ihm auch von der Wehrmacht gestellten Aufgaben seinen Charakter als geisteswissenschaftliche Anstalt werde zurücktreten lassen müssen.

11[10] Besprechung mit Intendant Stampe und Kapellmeister Antolitsch.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, direkt beim Führer die Ernennung des Intendanten Stampe zum Generalintendanten und des Kapellmeisters Antolitsch zum Staatskapellmeister zu beantragen.

Gegenstand der Besprechung sind dann die Gestaltung der Festvorstellung am 26. Oktober mit der Aufführung der Mozartschen Oper "Die Hochzeit des Figaro", weiter Einladungen des Komponisten Professor Pfitzner und des Generalintendanten Clemens Krauss nach Krakau.

Zu der Besprechung werden später Intendant Haslinde und Chefdirigent Hindemith hinzugezogen und die Vorbereitungen für das Festkonzert am 25. Oktober besprochen.

1034

18.10.1943

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, dass die von Kapellmeister Erb geleiteten Konzerte künftig als "Volkssinfoniekonzerte" zu bezeichnen sind.

Intendant Stampe überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über den " Aufbau der ersten deutschen Bühne in den besetzten Gebieten".

18^{00} Der Herr Generalgouverneur besichtigt in Begleitung des Chefs der Kanzlei Dr.Meidinger und des Referenten v. Palézieux die Schlossräumlichkeiten.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Dienstag, den 19.Oktober 1943

10^30 Sicherheitssitzung im Königssaal
(Teilnehmer s. Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur erklärt eingangs, daß das, was man im Generalgouvernement Sicherheitslage genannt habe, in den letzten Tagen und Wochen in einer völligen Auflösung begriffen sei. Die Berichte der Polizei klängen sehr ernst, und die Entwicklung auf diesem Gebiet schreite unter dem Eindruck der allgemeinen politischen und militärischen Lage in einer Weise fort, die man nur als Mobilmachung der antideutschen Kräfte dieses Raumes bezeichnen könne. Der Mangel an Polizeikräften im Lande begünstige diese Entwicklung. Eine wirklich durchgreifende Hilfe sei bis jetzt nicht erschienen. Die Zahl der in der ersten Hälfte des Oktober getöteten Deutschen betrage ein Vielfaches der in einem Vierteljahr des Jahres 1942 getöteten Deutschen.

Er sehe sich in diesem Lande vor eine ernste Verantwortung gestellt. Die Entwicklung könne man nicht auf ein Versagen der waffentragenden Einrichtungen des Generalgouvernements abwälzen, und er möchte an dieser Stelle allen Stellen der Polizei und der Wehrmacht für die ständig gewährte hervorragende Hilfe danken, die sie jederzeit der staatlichen Führung dieses Raumes hätten zuteil werden lassen. Man müsse sich darüber klar sein, daß, je schwieriger die Kriegslage und dadurch die Sicherheitslage im Generalgouvernement würden, desto intensiver und energischer der deutsche Gegenstoß sein müsse.

Mit einer am 10.Oktober in Kraft getretenen Verordnung habe er unter Zurückstellung aller hemmenden formalen Bedenken der Sicherheitspolizei außerordentliche Vollmachten an die Hand gegeben. Dazu aber seien

eine Verstärkung der die Sicherheit allein tragenden bewaffneten Organe des Reiches wie Polizei, Wehrmacht usw., eine möglichste Dislozierung dieser Kräfte in das Land und ein engstes Zusammenwirken aller deutschen Dienststellen, ob militärischer, verwaltungsmäßiger oder polizeilicher Art, unbedingt notwendig, die gesamtdeutsche Führung dieses Raumes sicherzustellen.

Infolge der Entwicklung im Osten sei das Generalgouvernement aus der Brückenstellung des vorigen Jahres wieder zu einer Bastion geworden; denn knapp 300km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt verlaufe die Front. Darum sei es unerläßlich, daß das Generalgouvernement als Bollwerk des Ostens fest in deutscher Hand bleibe.

SS-Oberführer Bierkamp führt aus, daß man auf Grund der Entwicklung der Sicherheitslage in den letzten Wochen von einer Mobilmachung der Kräfte der Widerstandsbewegung sprechen müsse. Auf dem ganzen Gebiet des Generalgouvernements seien auf Grund der vorliegenden Meldungen die nationalen Kräfte bis zu 97% mobilisiert. Vor einiger Zeit habe der SD in Radom ein umfangreiches Lager mit größeren Mengen Munition gefaßt, in Warschau ein weiteres großes Lager, in dem allein 90 Flammenwerfer versteckt gewesen seien. Die Einflüge der letzten Zeit hätten der Widerstandsbewegung große Mengen an Waffen und Munition zugeführt. Die Sicherheitspolizei habe festgestellt, daß polnische Firmen aus versteckten Waffenlagern große Lieferungen über das ganze Land getätigt hätten.

Ein großer Apparat werde aufgebaut. Viele Verbindungen wiesen nach Ungarn, wo eine polnische Legion von 10 000 Mann aufgestellt werde. So gingen auch zur

Zeit wieder von Warschau größere Trupps ab in Richtung zur ungarischen Grenze. Die Polen hofften nämlich, daß demnächst auf dem Balkan eine Landung der Engländer und Amerikaner erfolge mit dem Ziel eines Durchbruchs nach Ungarn, und daß dann in diesem Moment Ungarn abfallen werde. Die ungarische Grenze gegenüber Deutschland scheine bereits befestigt zu werden. Alle Anzeichen deuteten auf eine von Süden kommende Gefahr hin.

Die Lage sehe er als nicht allzu gefährlich an. Er hoffe, daß die Polen zu früh losschlagen würden und daß dann die deutsche Macht im Lande so groß sei, um den Aufstand im Keime ersticken zu können. Gefährlich aber könne es werden, wenn im Osten die Front wieder in Bewegung geraten sollte und dann die polnische Widerstandsbewegung erst los-schlage.

Die nationale polnische Widerstandsbewegung stütze sich auf England, während die kommunistische ständig Zulauf aus dem Osten durch mit Fallschirmen abgesetzte und bewaffnete Leute und Kräfte, die durch die Front sickerten, erhalte.

Hinzu trete noch die ukrainische Widerstandsbewegung, die sog. Bandera, die immer stärker auftrete und die davon überzeugt sei, daß sie eine nationale Ukraine erkämpfen müsse, wenn die deutsche Macht im Osten zusammenbreche. Bis jetzt unterstütze sie die Aufständischen in Wolhynien und Podolien, habe aber bereits alle Vorkehrungen getroffen, um auch in der Ukraine kämpfen zu können. Auf Grund der Sicherheitspolizei zugegangenen Meldungen hätten ihre Miglieder die Anweisung, ihre Waffen vorerst noch versteckt zu halten.

19.10.43.

Bei dieser Lage habe er eine nachgebende Politik der deutschen Verwaltung für verfehlt gehalten und dem Herrn Generalgouverneur schärfere Mittel vorgeschlagen. So sei die VO. vom 10.Oktober entstanden. Einige auf Grund dieser Verordnung sofort in der Öffentlichkeit vollstreckte Todesurteile an der Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung Überführte hätten in der Bevölkerung Eindruck gemacht. Auch die Praxis, für zukünftige Morde an Deutschen bereits überführte Verhaftete in der Öffentlichkeit als dafür zu erschießende Geiseln bekanntzugeben, habe einige Entspannung gebracht. So seien in Warschau die Morde an Deutschen, die bis zum Erlaß der VO. vom 10.Oktober allnächtlich 7 bis 8 betragen hätten, auf 2 zurückgegangen.

Auf der anderen Seite habe nun die Widerstandsbewegung ihre Verbände nach Warschau hineinverlegt und wolle nun Terror mit Gegenterror beantworten. Gewagt haben sie es aber bisher noch nicht, jedoch habe man Handzettel des Inhalts "Wir setzen Terror gegen Terror, die deutschen Unterdrücker werden weichen müssen" bereits gefunden. Zur Führung dieses Kampfes versuchten sich die nationalen Verbände mit der kommunistischen Bewegung zu vereinen.

Nur ein kleiner Teil der Warschauer Bevölkerung, der sich aus Jugendlichen unter Führung früherer Offiziere und kommunistischer Funktionäre zusammensetze, betätige sich in der Widerstandsbewegung, 90% oder noch mehr wollten in Ruhe und Frieden leben. Seiner Ansicht nach genügten die augenblicklich im Generalgouvernement vorhandenen deutschen Kräfte, die Widerstandsbewegung niederzuhalten. Dazu käme eine Verstärkung der deutschen Kräfte durch Zurückverlegung deutscher Truppen. Leider kämen auch ungarische Formationen in das Generalgouvernement zurück.

19.10.43.

Generalmajor Haseloff erklärt, daß es sich dabei um ein ungarisches Korps handle. Auf Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs wird er diese Sachlage fest im Auge behalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs bezeichnet SS-Oberführer Bierkamp die der Sicherheitspolizei jetzt gegebenen Vollmachten für ausreichend. Nur an Orten, die der Sicherheitspolizei als Sammelpunkt von Mitgliedern der Widerstandsbewegung bekannt seien, müsse sie radikalere Mittel anwenden.

Generalmajor der Polizei Grünwald pflichtet den Ausführungen des SS-Oberführers Bierkamp über die Sicherheitslage bei. Selbst im bisher ruhigsten Distrikt Krakau beginne sich die Lage zu verschlechtern, vor allem in der Gegend von Miechow fänden zahlreiche Überfälle statt. Die bisher noch ziemlich verschonten Transportzüge wären in der letzten Zeit von mit Granatwerfern ausgerüsteten Banditen überfallen worden. Trotzdem glaube er aber, mit den vorhandenen deutschen Kräften Herr der Lage zu bleiben.

Da dauernd Banditengruppen aus dem Lubliner in den Krakauer Bezirk über den San wechselten, habe die Polizei den Verkehr über den Fluß restlos unterbinden müssen, was leider gewisse Schwierigkeiten für die Ernteablieferung mit sich bringe; er hoffe aber, in einigen Tagen die strenge Absperrung wieder aufheben zu können.

Im September habe die Zahl der Raubüberfälle im Tagesdurchschnitt für das ganze Generalgouvernement

19.10.43.

223 betragen, im ersten Drittel des Monats Oktober bereits 250. Ihre Zahl habe noch im Januar vorigen Jahres bei 6 täglichen Überfällen gelegen. Seit Erlaß der VO. vom 10.Oktober lasse sich ein leichter Rückgang feststellen.

Eine große Gefahr stellten auch die Judenlager im Generalgouvernement dar, was ein Ausbruch der Juden aus einem solchen Lager vor kurzem gezeigt habe.

Die Besprechung wendet sich dieser Frage zu und der Herr Generalgouverneur erteilt dem Chef der Rüstungsinspektion, General Schindler, SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor Grünwald den Auftrag, die Listen der jüdischen Lager im Generalgouvernement genau daraufhin durchzusehen, wie viele der Insassen als Arbeitskräfte eingesetzt seien. Die übrigen sollte man aus dem Generalgouvernement abschieben.

Generalmajor Grünwald bezeichnet die Güter der OT, die Niederlassungen und Wachen des Zollgrenzschutzes mit ihren dort gesammelten Waffen als Quellen, aus denen sich die Banditen durch Überfälle mit Waffen versorgten. Allzu große Nachlässigkeit und Sorglosigkeit der OT-Männer und der Angehörigen des Zollgrenzschutzes erleichterten die Durchführung solcher Überfälle. Er wäre dankbar, wenn der Ordnungspolizei und dem SD alle Plätze im Generalgouvernement genau namhaft gemacht würden, an denen sich solche Waffenlager befänden, um für eine entsprechende Bewachung zu sorgen.

Generalleutnant Schindler berichtet, daß die Zahl der Überfälle eine Verschärfung der Sicherheitslage

beweise. Ständig würden deutsche Betriebsführer und auch Polen der Rüstungsindustrie erschossen. Zum erstenmal habe auch vor kurzem ein allerdings erfolgloser Überfall auf ein ganzes Werk stattgefunden. Der Prozeß der inneren Unterhöhlung der Betriebe schreitet fort; es gelinge kaum, einen solchen Agitator zu fassen, da gerade diese Leute ihre Tätigkeit hinter einer 1oo%igen Arbeitsleistung versteckten. Die ganze Rüstungsfertigung leide darunter, wenn auch der Hauptteil der Arbeiter guten Willens sei.

SS-Oberführer Bierkamp bemerkt dazu, daß seine V-Männer in die Betriebe gingen und die Arbeiter beobachteten; werde von ihnen ein Aufwiegler entdeckt, erfolge an Ort und Stelle die Aburteilung und ein Vollzug des Urteils mittels Strick.

General Sommé weist darauf hin, daß aus dem Osten Truppenkontingente ins Generalgouvernement zurückverlegt würden. Diese Truppen stellten eine große Verstärkung der deutschen Macht im Lande dar, seien aber für größere und längere Einsätze nicht zu verwenden, da sie die Front nähren müßten. Für eine evtl. kommende Auseinandersetzung im Generalgouvernement könne er daher nur gewisse Formationen für Angriffe aus der Luft und einige, z.B. Unteroffiziersschulen, in einer Stärke von 2 oder 3 Batl. für örtlich und zeitlich beschränkten Einsatz zur Verfügung stellen. Auf Befehl des Reichsmarschalls würden jetzt die Flugplätze in den besetzten Ländern zu sog. Luftwaffenfestungen ausgebaut, und diese stellten dann wichtige deutsche Stützpunkte dar.

19.10.43.

An die ihm unterstehenden Truppenteile habe er wegen der Sorglosigkeit, mit der die Waffen behandelt würden und auf Grund der sie im Zuge oder in der Straßenbahn leicht gestohlen werden könnten, einen Hinweis hinausgehen lassen. Dabei habe er auch darauf hingewiesen, daß uniformierte Waffenträger, wenn sich ihnen ein Zivilist mit den Händen in den Hosentaschen nähere, sich feuerbereit zu machen hätten. Vielleicht könne man sämtlichen Zivilisten verbieten, auf den Straßen die Hände in den Hosentaschen zu halten. Auch Straßenpatrouillen, die plötzliche Revisionen nach Waffen bei den Straßenpassanten vornehmen, wären ein wirksames Mittel, das Sichbewaffnen der Polen zu beschränken. Leute, die mit Waffen angetroffen würden, müßten sofort unschädlich gemacht werden.

SS-Oberführer Bierkamp berichtet dazu, daß solche Patrouillen mit Autos in Warschau bereit durchgeführt, während sie in Krakau demnächst eingerichtet werden.

General Sommé erklärt weiter, daß der Luftgau momentan kein Mittel zur Verhinderung der feindlichen Einflüge zur Verfügung habe. Verschiedene Versuche seien gemacht worden und würden gemacht, jedoch könne nur eine voll eingerichtete Nachtjagd etwas bezwecken.

Ein evtl. ausbrechender Aufstand könne seiner Ansicht nach wohl in den Städten niedergeschlagen werden, eine erfolgreiche Bekämpfung auf dem flachen Lande halte er nicht für möglich. Nötig dazu wäre das Vorhandensein einer starken aktiven Division, die mit Stoßtrupps arbeiten müsse. Ein solcher Auf-

stand könne den Nachschub an die Front äußerst gefährden.

Warnen wolle er noch vor dem Abhalten von Treibjagden, bei denen es Banditen mit Maschinengewehren ein leichtes sei, eine Schützenkette von daran beteiligten 20 oder 30 prominenten deutschen Persönlichkeiten zu beseitigen.

Generalmajor Haseloff berichtet, daß sich die Verschärfung der Sicherheitslage auch auf dem militärischen Sektor bemerkbar mache. Im letzten Monat habe die Wehrmacht durch die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 85 Mann Verluste zu verzeichnen gehabt. Auch die Angriffe auf die reinen Militärtransporte hätten erheblich zugenommen. Was die Widerstandsbewegung damit bezwecken wolle, sei noch nicht klar.

17 Batl. der ostvölkischen Legion, die den deutschen Belangen im Generalgouvernement eine große Stütze gewesen seien, würden demnächst nach dem Westen abtransportiert. Dafür sollten 8-9 Landesschützen Batl. ins Generalgouvernement gelegt werden. Weiter erfolge bis Ende des Jahres die 100%ige Auffüllung der im Lande liegenden Sicherungsverbände. Darüber hinaus würden Verhandlungen mit dem Ziel geführt, noch 1 oder 2 Divisionen Ausbildungstruppen ins Generalgouvernement zu bekommen. Wenn dies gelänge, müsse die Wehrmacht allerdings auf weitgehendes Entgegenkommen der Zivilverwaltung in der Unterkunftsbeschaffung rechnen. Rekruten könne man ja nicht in Dörfern unterbringen, sie müßten für die Ausbildung zusammengefaßt sein. Vielleicht müsse man dann dafür polnische Schulen und ähnliches oder Liegenschaften, die nicht unbedingt kriegswichtig seien, als Unterbringungsorte bereit stellen.

19.1o.43.

Es handle sich hierbei um 16ooo Mann, von denen eine Division in der Gegend von Warschau, die andere im Raum Lublin-Tschenstochau-Radom stationiert würde.

Zum Schutze des Lebens der Wehrmachtsangehörigen seien diese angewiesen worden, ihre Pistolen in Zukunft in der Hosentasche zu tragen; vielleicht könne man das auch auf dem zivilen Sektor einführen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalmajor Haseloff um eine konkrete Mitteilung über diese Raumanforderung, da die Raumfrage der Regierung durch das Hereinverlegen vieler Betriebe und Einrichtungen aus dem Osten in das Generalgouvernement große Schwierigkeiten bereite.

SS-Oberführer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Sicherheitspolizei auf Grund einer Vereinbarung mit Berlin sämtliche Leute, die aus dem Osten ins Generalgouvernement kämen, in Lagern unterbringe und dann in Lager des Reiches weiterleite. Der Grund dafür sei die Tatsache, daß diese Menschen ukrainische Chauvinisten wären und in Galizien der Bandera-Bewegung sich anschlössen oder bei einem Verbringen in polnisch besiedelte Gebiete von den Polen ermordet würden. Nun aber kämen Dienststellen, hätten Sonderwünsche, wollten diese oder jene für sich im Generalgouvernement zurückhalten; so wolle z.B. das Ostinstitut 25o ukrainische oder russische Professoren aus Forschungsstätten des Ostens hier im Generalgouvernement einsetzen.

1045

19.10.43.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Kriegswichtigkeit der Tätigkeit des Ostinstituts hin und will diesem Wunsche entsprochen wissen. Die Leute müßten eben einer Sonderbewachung unterstellt werden.

Generalleutnant Schindler hält es ebenfalls für undbedingt notwendig, daß die Arbeit der aus dem Osten kommenden Betriebe im Generalgouvernement wieder aufgenommen werde, denn die Fertigung für die Front dürfe nicht unterbrochen werden.

Der Herr Generalgouverneur ~~will~~ macht die Frage "Wie verwertet man das jetzt aus dem Osten hereinströmende Menschenmaterial" zum Gegenstand einer demnächst stattfindenden Sitzung.

Staatssekretär Dr.Bühler sieht in der Errichtung von Stützpunkten die beste Gewähr für die Sicherheit im Lande. Die Wehrmacht solle damit einverstanden sein, daß wegen der gefährdeten Sicherheitslage die Stützpunkte auch nach der Ernteerfassung belassen werden sollten.

Wichtig sei die Prüfung der Frage, wie man die aus dem Osten hereinströmenden Fachkräftd im Generalgouvernement verwenden könne. Die ukrainischen Fachkräfte müßten ja nicht in Galizien angesetzt werden. Auch ihm seien 2oo Fachkräfte der Stadtverwaltung Charkow angeboten worden.

Wegen der Unterbringung neuer Wehrmachtsteile sei er gerne bereit, bei den Kreishauptleuten feststellen zu lassen, wo Unterbringungsmöglichkeiten beständen.

19.10.43.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich auch die Waffen-SS an der Bildung von Stützpunkten beteiligen wolle. - Bankdirigent Paersch sei äußerst dankbar für die Zurverfügungstellung eines Panzerwagens für die Geldtransporte der Emissionsbank.

SS-Oberführer Bierkamp wirft noch die Frage auf, ob man nicht aus den Häusern in der Gegend von Kasernen u. sonst. gefährdeten Objekten, die möglicherweise Gegenstand eines Ansturmes der Widerstandsbewegung werden könnten, die nicht verteidigungsfähigen Deutschen aussiedeln und mit verteidigungsfähigen Kräften besetzen könne.

Der Herr Generalgouverneur faßt zusammen: Die Sicherheitslage wird allgemein als sehr ernst angesehen, doch genügen bei einem Aufstand die vorhandenen Kräfte, der Lage Herr zu werden. Die Sicherheit hängt aufs engste zusammen mit der Zahl der im Lande vorhandenen Sicherheitsorgane. Besonders vordringlich erscheint eine Verstärkung der Sicherheitpolizei; er wird sich deswegen evtl. persönlich an den Reichsführer SS wenden.

Als akute Gefahr für die Sicherheit der Deutschen hat sich das Vorhandensein der Judenlager herausgestellt. Das Stützpunktsystem wird unter Mithilfe der Waffen-SS weiter ausgebaut. Die Verstärkung des Sicherheitsdienstes durch Straßenpatrouillen setzt ein. Waffenträger werden angehalten, ihre Pistolen in der Tasche zu tragen.

Eine weitere Frage ist das Hereinnehmen der unkontrolliert aus dem Osten hereinströmenden Elemente,

Industrie-, Verwaltungs- und Wehrmachtsgefolge. Dafür muß eine zentrale Stelle eingesetzt werden, durch die vermieden wird, daß ein Schaden des Reiches eintritt. Wichtig ist auch die Frage der Unterbringung der kommenden Wehrmachtsteile. Polnische Schulen können mit Ausnahme der Fachschulen dafür bereitgestellt werden.

In vier Wochen wird eine neuerliche Aussprache über die Lage auf dem Gebiete der Sicherheit stattfinden.

12[30] Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Grünwald und Präsident Naumann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Generalmajor Grünwald fordert für die nichtdeutschen Polizeibeamten und ihre Familienangehörigen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung die gleichen Rationssätze, wie sie die deutsche Polizei erhält. Die nichtdeutschen Polizeibeamten wären in gewissem Sinne aus ihrem Volke ausgestoßen und setzten im Kampf für Deutschland ständig ihr Leben ein. Aus diesem Grunde müsse ihnen auch die ganze Fürsorge der deutschen Verwaltung gehören.

Präsident Naumann bemerkt dazu, dass man dasselbe auch von den vielen anderen Sparten der in deutschen Diensten stehenden Fremdvölkischen behaupten könne; er erinnere z.B. nur an die Agronomen, die unter ständiger Lebensgefahr ihre Arbeit verrichteten. Er sei bereit, den nichtdeutschen Polizeibeamten die

deutschen Rationssätze zu gewähren, während für die Ehefrauen die Zusatzkarte II und für die Kinder die Zusatzkarte III vorschlage.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Folgen hin, die eine Gewährung der deutschen Rationssätze auch an die Familienangehörigen der nichtdeutschen Polizei nach sich ziehen würde. Dadurch würde man einen Präzedenz-Fall schaffen, denn dann würden auch andere deutsche Dienststellen die gleichen Sätze für ihre nichtdeutschen Beamten und Angestellten fordern.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt, dass an die Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements in der Zukunft heute noch gar nicht bekannte zusätzliche Anforderungen vor allem von Seiten der Wehrmacht gestellt würden und daher eine sparsame Haushaltung geübt werden müsse.

Die Einigung in dieser Frage erfolgt auf folgender Basis:
Die nichtdeutschen Polizeibeamten des Generalgouvernements erhalten ab sofort die deutschen Rationssätze, ihre Ehefrauen die Zusatzkarte II und ihre Kinder die Zusatzkarte III. Am 1.Januar 1944 findet eine neue Überprüfung der Frage statt; stellt sich die Ernährungslage des Generalgouvernements günstig dar, dann steht nichts im Wege, dem Wunsche der Polizei nachzukommen. Auf keinen Fall dürfen jedoch die bisherigen Rationssätze eine Verminderung erfahren. -

Anschliessend macht Präsident Naumann noch einige Angaben über den Stand der Ernteerfassung:
Von den 1.6 Mill. to. Getreide seien bis jetzt 1.1 Mill. to. erfasst. Die Kartoffelerfassung gehe schleppend; auf den grossen Gütern in Galizien übten die Arbeitskräfte stille Sabotage, auch im alten Generalgouvernement lieferten die Panjes nicht so programmmässig wie bei Getreide. Bei Vieh und Milch entsprächen die Ablieferungen auch nicht voll den Erwartun-

gen. Die deutschen Aufsichtskräfte seien eben zu gering; jeder Mann der ausfalle, könne nicht ersetzt werden, und darunter leidet die gesamte Erfassung.

12^{50} Besprechung mit SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor der Polizei Grünwald.

15^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat von Streit in einer persönlichen Angelegenheit.

15^{10} Empfang Ministerialdirektors Schlotterer vom Reichswirtschafts- und Ostministerium in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Präsidenten Dr. Emmerich.

Ministerialdirektor Schlotterer berichtet dem Herrn Generalgouverneur von Verhandlungen, die er mit der Hauptabteilung Wirtschaft über Fragen gepflogen hat, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet aus der Zurücknahme der Ostfront ergeben: Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Osten ins Generalgouvernement, vor allem Produzierung von Schanzmaterial für die Ostfront im Generalgouvernement.

15^{45} Besprechung mit dem früheren Pächter des Berghauses Zakopane, Herrn Kuhn, in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Oberlandesverwaltungsrats Weyrauch.

Herr Kuhn berichtet dem Herrn Generalgouverneur eingehend von Verfolgungen, denen er sich seit einem halben Jahr ungerechterweise von Seiten der SS, die danach strebe, das Berghaus Zakopane als SS-Ausbildungslager in die Hand zu bekommen, ausgesetzt sehe. Hauptträger dieses Kampfes gegen ihn sei SS-Brigadeführer Dr. Rasch, Chef des SS-Ausbildungslagers in Modorovka, B.Jaslo. Die gegen ihn erhobene Anklage laute auf Besteckdiebstahl, Brandstiftung, Versicherungsbetrug, Schwarzschlachtung und Abgabe eines Schweines an einen polnischen Angestellten.

Nach einem viermonatigen Einsatz in Norwegen sei er jetzt durch die Division in die Heimat abgestellt worden, um sich wegen der Dinge, die er begangen haben solle, zu verantworten. Ob eine Verhandlung stattfinde und ob sie vor dem Militär- oder einem Zivilgericht vor sich gehe, wisse er nicht; darüber habe er noch nichts in Erfahrung bringen können. Er habe der Regierung des Generalgouvernements immer die Treue gehalten, fühle sich unschuldig und bitte daher um den Schutz des Herrn Generalgouverneurs.

Der Herr Generalgouverneur verspricht Herrn Kuhn, in seinem Falle für Gerechtigkeit zu sorgen. Er beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, mit Herrn Kuhn zu Präsident Wille zu gehen, und ihn zu bitten, sich der Angelegenheit anzunehmen und sie zu klären; er erwarte einen Bericht. Ebenso solle ihm SS-Oberführer Bierkamp darüber Vortrag halten. Herr Kuhn werde nach Klärung der Angelegenheit im Generalgouvernement wieder Verwendung finden, da er, der Generalgouverneur, das grösste Vertrauen zu ihm habe. -

Oberlandesverwaltungsrat Weyrauch erklärt dann auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, dass das Berghaus Zakopane jetzt in der Betreuung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge stehe und zur Wintersaison als Gefolgschaftsheim der Regierung unter einem Verwalter Koll wieder eröffnet werde. Stadtkommissar Glehnert von Zakopane mache immer wieder Versuche, das Haus der Waffen-SS zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Staatssekretär Dr. Boepple den Auftrag, dafür zu sorgen, dass Stadtkommissar Glehnert sich bei ihm melde. Das Haus dürfe auf keinen Fall der Regierung des Generalgouvernements entgleiten. Staatssekretär Dr. Bühler möge in seinem Namen möglichst bald die Übernahme des Hauses in die Obhut der Regierung des Generalgouvernements vornehmen.

17 19.10.43

16⁰⁰ Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Besprechungsthema bildet das Programm des 4.Jahrestages des Generalgouvernements und seine propagandistische und pressemässige Auswertung.

Zur weiteren Besprechung werden die Hauptschriftleiter Fenske, Zeitz, Stöppler, Sendeleiter Bosch, Referent Noglik, und Verlagsleiter Strotzyk hinzugezogen.

Präsident Ohlenbusch legt seine Pläne für eine Intensivierung der Rundfunkarbeit für die Fremdvölkischen dar. Zu diesem Zweck wolle die Reichsrundfunkgesellschaft unter der Führung der Hauptabteilung Propaganda des Generalgouvernements im Generalgouvernement einen drahtlosen Dienst einrichten, in dessen Rahmen auch der Nachrichtendienst für die Fremdvölkischen einbezogen werden müsse. Dieser Dienst sei bisher vom Pressechef neben seiner Pressearbeit gemacht worden.

Pressechef Gassner weist auf die Bedenken hin, die er bereits Präsident Ohlenbusch gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Der Rundfunknachrichtendienst stelle den einzigen Sektor dar, auf dem das Generalgouvernement auf dem Gebiete des Rundfunks frei arbeiten könne, da die Reichsrundfunkgesellschaft dem Generalgouvernement kein eigenes Programm genehmige. Seiner Ansicht handele es sich bei diesem Plan um die Überleitung einer im Generalgouvernement bereits bestehenden Einrichtung in die Organisation der Reichsrundfunkgesellschaft.

Hauptschriftleiter Zeitz ist der Auffassung, dass die Rundfunkarbeit im Generalgouvernement intensiviert werden müsse. Die jetzt gesprochenen polnischen und ukrainischen Nachrichten lehnten sich 100%-ig an den Dienst der Telepress an. Aus allgemein propagandistischen Erwägungen heraus wolle man sie jetzt so formulieren, dass etwas

Neues daraus entstehe.

Herr Noglik erklärt die Einrichtung eines drahtlosen Dienstes für empfehlenswert, da dadurch die Nachrichtengebung ins Reich beeinflußt werden könne.

Hauptschriftleiter Fenske hat nicht die Überzeugung, dass eine solche neue Organisation sachlich notwendig sei. Es gäbe so viele Gründe, die eine Ummodelung militärischer Nachrichten oder politischer, die aus Berlin kämen, im Rundfunk nicht angängig erscheinen liessen, ja sogar unmöglich machten. In dreijähriger Arbeit habe er den jetzt bestehenden polnischen und ukrainischen Rundfunknachrichtendienst aufgebaut und er kenne daher alle damit zusammenhängenden Schwierigkeiten.

Der Herr Generalgouverneur kann sich nicht entschliessen, in dieser Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, da der Standpunkt der beiden Seiten wichtige Argumente beinhalte. Er ersucht, Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner, sich nochmals eingehend zu besprechen und auf kameradschaftlicher Basis zu einem Ausgleich zu kommen. Er wolle niemandem, der im Generalgouvernement etwas aufgebaut habe, dies wegnehmen. Vielleicht könne der drahtlose Dienst für seine propagandistischen Sendungen eigene Sendezeiten ins Auge fassen. Eine neue Sitzung solle dann in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler stattfinden.

Die Besprechung wendet sich dann der Situation auf dem Gebiete des Rundfunks zu.
Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sendeleiter Bosch, dass die Sender Krakau, Warschau und Lemberg von Fall zu Fall zu Eigensendungen des Generalgouvernements zur Verfügung ständen. Für die Sendungen des polnischen, bezw. ukrainischen Nachrichtendienstes seien 4 Sendezeiten pro Tag vereinbart. Der Sender Weichsel werde an 2 dieser Sendungen angehängt, müsse aber im übrigen für Nachrichtensendungen des Reiches in den Ostraum freigehalten werden.

Die Übernahme der Sender Krakau, Warschau und Lemberg in die Regie des Generalgouvernements halte er nicht für ratsam, da das kulturelle Hinterland für eigene Sendungen zu klein sein. Momentan sei es so, dass im Einzelfall die Reichssendeleitung die Entscheidung treffe, ob eine Sendung des Generalgouvernements stattfinden dürfe oder nicht.

Der Herr Generalgouverneur äussert sein Mißfallen über diese Bevormundung der Sender des Generalgouvernements durch die Reichssendeleitung. Ihm scheine, dass der verantwortliche Leiter der Sender des Generalgouvernements nur als Vollzugsorgan des Reichssenders Breslau fungiere. Für seine politische Tätigkeit als Generalgouverneur müsse er auch jederzeit über den wichtigen Apparat des Rundfunks dieses Raumes verfügen können. Eine Regelung in dieser Angelegenheit behalte er sich vor. Vorerst wünsche er eine Übertragung von"Figaros Hochzeit" aus dem Staatstheaters des Generalgouvernements, ausserdem aus Anlaß des 4.Jahrestages des Generalgouvernements eine eingehende Berichterstattung über die verschiedenen Veranstaltungen auch für die fremdvölkische Bevölkerung.

17.30 Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk und Hauptschriftleiter Stöppler über verschiedene Verlags- und Presseangelegenheiten.

18.00 Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch.

19.00 Besuch der Aufführung des "Fidelio" im Staatstheater. Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Anwesenheitsliste

für die Sicherheitssitzung

am 19. Oktober 1943

im Königsaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
[illegible]		
[illegible]eseloff		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]ammann		
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	[illegible] Lw [illegible]	
[illegible]	Mi. Rat	[illegible]
Schmid[illegible]		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	Rü In d. [illegible]
Vetter?	Oberst?	Rü [illegible]
Wagner?	Oberpsl.?	Lg Insp. VIII?
[illegible]		
Bühler?		

Mittwoch, den 2o.Oktober 1943

10^oo^ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^oo^ Oberst der Ordnungspolizei Prüssner, Landesführer der Technischen Nothilfe, meldet sich bei dem Herrn Generalgouverneur aus Anlaß der Übernahme seiner Dienststellung als Einsatzführer Ost der Technischen Nothilfe.

12^1o^ Besprechung mit Sendeleiter Bosch.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage einer größeren Selbständigkeit der Sender des Generalgouvernements für eigene Übertragungen.

Sendeleiter Bosch weist darauf hin, daß angesichts der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Reichssender Breslau und dem Reichsrundfunk eine Änderung der bisherigen Verhältnisse schwer durchzuführen sein werde. Gleichwohl müsse aber beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda auf der Forderung nach einer größeren Betätigungsmöglichkeit der Sender des Generalgouvernements beharrt werden, umsomehr, da der Leiter der Hauptabteilung Propaganda, Präsident Ohlenbusch, befugt sei, in Ausnahmefällen gewisse Übertragungen stattfinden zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur richtet aus diesem Anlaß folgendes Schreiben an Präsident Ohlenbusch:

Ich möchte Ihnen im Zusammenhang mit der gestern stattgefundenen Besprechung nochmals den Auftrag erteilen, mit allen Mitteln zu erreichen, daß eine für die politische Führung dieses Rau-

mes unerläßlich notwendige freiere Gestaltung des Programms der Sender Krakau, Warschau und Lemberg unter Führung der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements ab sofort möglich wird. Ich beauftrage Sie, sich unverzüglich mit Ministerialdirektor Hinkel in Verbindung zu setzen, um das Geeignete zu erreichen, und mache darauf aufmerksam, daß ich sonst nicht mehr im Stande bin, die politische Führung dieses Raumes zu gewährleisten. Denn ohne die im Einklang mit den Notwendigkeiten dieses Raumes stattfindende Programmgestaltung unserer Sender läßt sich diese Arbeit in Zukunft einfach nicht mehr durchführen. Berichten Sie mir über den Erfolg Ihrer Bemühungen.

12^{20} Oberst der Flieger Sachs meldet sich als Nachfolger des Obersten Heyna anläßlich der Übernahme seiner Dienststellung als Chef des Generalstabes des Luftgaukommandos VIII.

12^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt mit, daß SS-Obergruppenführer General der Polizei Kaltenbrunner sich bereit erklärt habe, mit dem Herrn Generalgouverneur zu einer Besprechung zusammenzutreffen.

Der Herr Generalgouverneur beraumt diese Besprechung auf den 30.Oktober an und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, die notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

20.10.43.

12.30 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie des Präsidenten Gerteis den Ministerialdirektor Schelp und den Ministerialdirigenten Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium.

Präsident Gerteis teilt zunächst mit, daß der letzte Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über die Regelung des Verhältnisses der Reichsbahnverwaltung zur Ostbahn vor kurzem ergangen sei. Mit der Durchführung dieses Erlasses sei man zur Zeit beschäftigt.

Der Herr Generalgouverneur betont unter Hinweis auf die Besprechungen mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller und Staatssekretär Dr. Ganzenmüller, daß er von der Durchsetzung des totalen Führerwillens im Generalgouvernement nicht abgehen könne. Das Erscheinungsbild der Generaldirektion der Ostbahn müsse auch weiterhin mit der Wirkung bestehen bleiben, daß die Ostbahndirektionen der Generaldirektion unmittelbar unterständen. Die Angehörigen der Ostbahn müßten nach wie vor das Bewußtsein haben, daß sie in einem Betriebe arbeiteten der nicht absolut identisch mit dem der Reichsbahnverwaltung sei. Eigentümer der Ostbahn bleibe das Generalgouvernement. Das habe selbstverständlich nichts damit zu tun, daß die maßgebenden Instanzen des Reichsverkehrsministeriums von Präsident Gerteis über alle betrieblichen und technischen Vorgänge der Ostbahn orientiert würden.

20.10.43.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

12[45] Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Schelp und Ministerialdirigent Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium. An dieser Besprechung nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, Präsident Gerteis, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Dr. Weh und Direktor Schmid von der Hauptabteilung Innere Verwaltung teil.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Die abschließende Erörterung der kommenden Organisation der Ostbahn im Rahmen des Generalgouvernements und ihrer Beziehungen zur deutschen Reichsbahn bezw. zum Reichsverkehrsministerium

2) die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

Zu 1) gibt Präsident Gerteis einen kurzen Überblick über die Organisation der Ostbahn, wie sie sich nunmehr auf Grund der seinerzeit mit dem Reichsverkehrsminister getroffenen Abreden gestalten wird.

Der Herr Generalgouverneur bittet in diesem Zusammenhang, erneut davon Kenntnis zu nehmen, daß nach diesem Übereinkommen mit dem Reich der gesamte Ostbahnbetrieb Eigentum des Generalgouvernements sei.

20.10.43.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

12[45] Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Schelp und Ministerialdirigent Wetzlar vom Reichsverkehrsministerium. An dieser Besprechung nehmen die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, Präsident Gerteis, Präsident Dr. Senkowsky, Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Dr. Weh und Direktor Schmid von der Hauptabteilung Innere Verwaltung teil.

Gegenstand der Besprechung sind:

1) Die abschließende Erörterung der kommenden Organisation der Ostbahn im Rahmen des Generalgouvernements und ihrer Beziehungen zur deutschen Reichsbahn bezw. zum Reichsverkehrsministerium

2) die Bildung einer Hauptabteilung Verkehr in der Regierung des Generalgouvernements.

Zu 1) gibt Präsident Gerteis einen kurzen Überblick über die Organisation der Ostbahn, wie sie sich nunmehr auf Grund der seinerzeit mit dem Reichsverkehrsminister getroffenen Abreden gestalten wird.

Der Herr Generalgouverneur bittet in diesem Zusammenhang, erneut davon Kenntnis zu nehmen, daß nach diesem Übereinkommen mit dem Reich der gesamte Ostbahnbetrieb Eigentum des Generalgouvernements sei.

<u>20.10.43.</u>

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß auf Grund eines Abkommens mit dem Reichsfinanzministerium 65% der im Bereich der Ostbahn entstehenden Neubaukosten vom Reich, 35% vom Generalgouvernement getragen würden.

Präsident Dr. Senkowsky bestätigt auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß auch die wirtschaftliche Seite bei dem Abkommen berücksichtigt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß das Reichsverkehrsministerium bei der Regelung dieser Organisationsfrage ein großes Entgegenkommen gezeigt habe. Im übrigen lege er großes Gewicht darauf, daß die Ostbahn für ihn, den Generalgouverneur, nach wie vor der Repräsentant der Totalität der Eisenbahnbelange des Generalgouvernements bleiben werde und alles über die Generaldirektion zu gehen habe, was die Ostbahn irgendwie berühre.

Zu 2) teilt Ministerialrat Dr. Weh mit, daß der Leiter der Hauptabteilung Eisenbahnen in der Regierung des Generalgouvernements unter dem 28. September 1943 den Entwurf einer VO. über die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr eingereicht habe. Der 8 Paragrafen umfassende Entwurf sei allen Hauptabteilungen zugegangen. Ein Einspruch sei lediglich vom Befehlshaber der Ordnungspolizei eingegangen, und zwar mit der Begründung, daß der Anlaß dieser Umorganisation dazu benutzt

20.10.43.

werden sollte, die Zuständigkeiten, die bisher die Abteilung Straßenverkehr gehabt habe, auf den Befehlshaber der Ordnungspolizei zu übertragen. Er, Ministerialrat Dr.Weh, sei aber der Meinung, daß diese organisatorische Änderung nicht dazu dienen würde, eine neue materielle Zuständigkeit zu schaffen.

Präsident Gerteis ist ebenfalls der Ansicht, daß dieser Einspruch zurückgewiesen werden müsse.

Bei der Einzelbesprechung des Entwurfs werden von Direktor Schmid gegen die Fassung des § 3 Abs. 1 Bedenken erhoben.

Diesen Bedenken schließt sich der Herr Generalgouverneur an, und auf seine Anregung wird darauf der ganze § 3 gestrichen.

Weiter trifft der Herr Generalgouverneur auf eine Frage des Direktors Schmid die Feststellung, daß der Leiter der Hauptabteilung Verkehr wie jeder andere Hauptabteilungsleiter Mitglied der Regierung des Generalgouvernements ist.

Ministerialrat Dr.Weh weist sodann darauf hin, daß die Hauptabteilung Deutsche Post Osten Schwierigkeiten von dem Vollzug der VO. befürchte, wie sie schon bisher im Verkehr zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichspostministerium entstanden seien. Präsident Dr.Lauxmann habe aber nicht formell Einspruch erhoben, sondern es nur als zweckmäßig erachtet, vor Verabschiedung der VO. eine Aussprache mit Präsident Gerteis stattfinden zu lassen.

7

20.10.43.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, aus Anlaß der Unterzeichnung der VO. die Präsidenten Gerteis und Dr. Lauxmann zu empfangen und ihnen im Wege einer schriftlich spezifizierten Anweisung Richtlinien für ihre Zusammenarbeit zu geben.

Staatssekretär Dr. Bühler schlägt vor, daß die geltend gemachten Einsprüche durch gegenseitige schriftliche Mitteilungen, die aufeinander abgestimmt seien, ausgeglichen würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ministerialrat Dr. Weh gibt Kenntnis davon, daß der Leiter des Technischen Zentralamtes eine Bestätigung darüber erbitte, daß die Zuständigkeiten der technischen Verwaltung auf dem Gebiete des Straßen- und Verkehrswesens aufrechterhalten blieben.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Auffassung Ausdruck, daß sich Präsident Bauder mit der getroffenen Neuregelung werde abfinden müssen. Wenn beispielsweise von seiten des Technischen Zentralamtes für die Wiederherstellung und Säuberung von Straßenschildern nichts getan werde, dann werde eben diese Aufgabe die neue Hauptabteilung Verkehr übernehmen. - Er habe im übrigen keine Bedenken gegen den Erlaß dieser VO. und sei bereit, sie zu unterzeichnen.

Staatssekretär Dr. Bühler bittet, dafür Sorge zu tragen, daß ~~es~~ der neuen Hauptabteilung für die Durchführung ihrer Aufgaben Fachkräfte zur Verfügung gestellt würden.

20.10.43.

Ministerialdirigent Wetzlar glaubt, eine Unterstützung seitens des Reichsverkehrsministeriums in dieser Hinsicht zusagen zu können.

Ministerialrat Dr. Weh weist in diesem Zusammenhang auf die Vorschrift des Verordnungsentwurfs hin, nach welcher das bei anderen Hauptabteilungen beschäftigte Personal auf die Hauptabteilung Verkehr übergehe.

Auf eine Frage desHerrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Gerteis, daß die Hauptabteilungen Eisenbahnen und Verkehr vollkommen getrennt voneinander blieben. Es handle sich lediglich um eine in seiner Person bestehende Personalunion.

Ministerialrat Dr. Weh bemerkt dazu, daß haushaltsrechtlich auch eine getrennte Kostenrechnung vorgesehen sei.

Damit ist die Beratung des Verordnungsentwurfs beendet.

Anschließend berichtet dann Präsident Gerteis noch über die im Bereiche der Ostbahn geplanten Neubauten, die mit einem Kostenaufwand von 3,3 Milliarden erstellt werden solle.

Präsident Senkowsky gibt zu bedenken, daß von dieser Summe ein Drittel das Generalgouvernement tragen werde, zwei Drittel aber zusätzlich aufgebracht werden müßten. Das erhöhe den Druck auf die Wirtschaft; denn diese Summe müsse wieder in irgend einer Form gedeckt werden. Er lege deshalb großen Wert darauf, daß von der Generaldirektion der Ostbahn nach Möglichkeit der Anleiheweg beschritten werde.

1062

20.10.43.

Der Herr Generalgouverneur ordnet in diesem Zusammenhang an, daß demnächst eine Sitzung gehalten werden soll, in der die Währungsfrage zum Gegenstand der Beratung gemacht wird.

16^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

19

Donnerstag, den 21.10.1943 Krakau

16^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

19^{00} Teilnahme am Liederabend Erna Sack, im Staatstheater

20^{00} Teilnahme am Kameradschaftsabend der Deutschen Post Osten im Staatskasino.

Nach Begrüssungsworten des Präsidenten der Hauptabteilung Post, Lauxmann, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Kameradinnen und Kameraden der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement!

Ich habe mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, um Ihnen, die Sie in diesem Saal des Staatskasinos als Vertreter aller deutschen Postbeamten und -beamtinnen des Generalgouvernements weilen, für die hervorragende Aufbauarbeit, die Sie in 4 Jahren auf Ihrem Gebiet geleistet haben, den Dank des Reiches zu vermitteln.

So wie alle, die in dieses Land, das heute als Nebenland des Großdeutschen Reiches bezeichnet wird, dereinst gekommen sind, haben auch die deutschen Postbeamten und -beamtinnen ein Chaos der Zerstörung vorgefunden. Was Sie unter den schwierigsten Bedingungen und unter unsagbaren Mühen im Aufbauwerk an Leistungen vollbracht haben, das reiht auch Sie in den Rahmen des grossen Aufbauwerkes ein, das die deutschen Männer und Frauen des Generalgouvernements in allen Teilen der Verwaltung vollbracht haben. Freilich sind Sie, meine Kameraden und Kameradinnen, dabei von dem besonderen Glück gesegnet, dass Sie aus einer alten erfahrungsreichen technischen Schule des Großdeutschen Reiches kommen, und hier noch in einem Zeitraum aufbauen konnten, in dem es möglich war, die Voraussetzungen technischer und materieller Bedürfnisse noch weitgehend zu befriedigen, und in dem die Energien des deutschen Volkes noch ungebrochen und völlig stark auch den Tei-

len noch viele Energien zuleiten konnten, die damals als besetzte Gebiete neu zum Reich gekommen waren.

Heute steht dieses Werk. Das Generalgouvernement, bis vor kurzer Zeit noch ausschliesslich Brücke zum Osten, ist nun wieder in stärkerer Betonung zu dem Bollwerk des Ostens geworden. Infolgedessen tragen in Zukunft auch Sie, Männer und Frauen der Deutschen Post Osten, ein grosses Maß an Verantwortung. Ich möchte Sie bitten - und ich weiss, dass Sie dieser Bitte in vollem Umfang mit dem Einsatz aller Ihrer Kräfte entsprechen werden - so treu, so sachlich und in schöner geschlossener Kameradschaft und auch technischer Vollendung wie bisher Ihre Pflicht als deutsche Postbeamte zu erfüllen.

Mit besonderer Freude möchte ich auch Ihnen, Herr Präsident Lauxmann, der Sie nun seit 4 Jahren den Aufbau der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement so segensreich und erfolgreich leiten, meinen Dank aussprechen. Auch ein stilles Gedenken ist am Platze, das uns an die Opfer erinnern soll, die die Deutsche Post Osten im Generalgouvernement in diesen 4 Jahren gebracht hat. Aber auch der grossen Zahl polnischer und ukrainischer Postangestellten der Deutschen Post Osten im Generalgouvernement danke ich, die mit loyalem Einsatzpflichtbewusstsein ihre Kraft in den Dienst dieses Werkes gestellt haben.

Eines der schönsten Symbole des Generalgouvernements sind die postalischen Wertzeichen, unsere Briefmarken. Es ist fürwahr eines der grössten und stärksten Kulturdokumente, dass das deutsche Volk die Kraft aufbringt, inmitten eines um die Kultur Europas mit stärkstem Einsatz zu führenden Krieges ein so schönes ästhetisches Werk wie die Briefmarken des Generalgouvernements aufzubauen. Die Wertmarken unseres postalischen Lebens sind ein wahrhafter Ka-

talog von Schönheiten und einprägsamen Bildern. Was wir mit diesen Marken aber auch an Werbekraft für die Aufbauarbeit im Osten besitzen, wird weit über die Postbereiche hinaus von allen Deutschen dieses Raumes und des Reiches, die philatelistisch interessiert sind, restlos anerkannt. Die Deutsche Post Osten im Generalgouvernement hat sich durch ihre Briefmarken in die erste Reihe der kulturschöpferischen Postverwaltungen eingefügt. Ich bin auch davon überzeugt, dass diese Leistung uns geholfen hat, die Freude am Postverkehr und das Interesse an den postalischen Dingen zu stärken. Sie können mir glauben, dass der ästetisch vollendete Stil der Briefmarken des Generalgouvernements Schule machen wird und dass wir im Generalgouvernement, hineingestellt in neues Land, in die neue Methode der Staatsführung und der Verwaltungstechnik, auch in den postalischen Aufbauwerken führend sind.

Reichspostminister Ohnesorge hat jederzeit mit grösstem Verständnis die Belange der Deutschen Post Osten betreut. Es ist mir daher eine angenehme Pflicht, ihm und allen Herren des Reichspostministeriums für die stets aufgeschlossene Betreuung der Interessen der Postbeamten und -beamtinnen des Generalgouvernements meinen und der Regierung des Generalgouvernements Dank abzustatten.

Leider ist dieser Raum zu klein, um alle die einzuladen und hier zu empfangen, die ein Recht darauf haben, heute hier weilen zu dürfen. Sie meine Kameradinnen und Kameraden seien in dieser ernsten Zeit aufgerufen, immer mit Stolz der grossen Tradition des deutschen Postkulturwerkes, das einen so grossen Namen wie den des Reichspostmeisters Stephan an der Spitze trägt, eingedenk zu bleiben. Oft ist die Ansicht ausgesprochen worden, dass die technischen Verwaltungen gegenüber den sogenannten allgemeinen Verwaltungsbereichen eigentlich ausserhalb

zu stehen hätten. Sie sind aber genau so ein Stück der Staatsautorität wie irgend ein anderer Bereich des allegemeinen Staatsgeschehens; die technischen Verwaltungen sind von dem Gesamtgefüge der Staatsapparatur nicht loszutrennen. Die Autorität des Reiches steckt in ihrem Wirken nicht minder, wie im Wirken irgendeines anderen Ressorts.

Wir, die wir hier sowieso auf die Geschlossenheit aller deutschen Dienstbereiche eifersüchtig zu sehen haben, um die Wucht des deutschen Willens in diesem Raum immerdar energisch durchsetzen zu können, sind glücklich, dass wir die Deutsche Post Osten in dem Gesamtbereich des staatlichen Lebens des Generalgouvernements so fest eingefügt wissen.

Ich möchte damit schliessen, denn an diesem Abend sollen hier nicht nur amtliche Töne erklingen. Es liegt mir am Herzen, ausserhalb dieses amtlichen Ihnen, deutsche Männer und Frauen, die Sie im Gewande und in der Uniform der Deutschen Post Osten tätig sind, einmal von Mensch zu Mensch zu danken dafür, dass Sie den Mut gefunden haben, im Osten das Werk der deutschen Führung mit aufzurichten, das-s Sie durch alle Schreckensstürme dieser Zeit den Glauben bewahrt haben, und dass Sie in sich die klare Hoffnung behalten haben, dass über die dräuenden Abgründe dieser Epoche, über Not, Opfer, Tod, über Terror und Zerstörung das neue ewige deutsche Leben wieder erblühen wird. Ich danke Ihnen auch, dass Sie hier nicht nur mit dem Geist Ihrer technischen Erfahrung wirken, sondern Ihre Seele und Ihr Gemüt hier haben verwurzeln lassen und damit mitgeholfen haben, dass wir über das dienstliche Wirken hinaus eine völkische Heimat deutscher Menschlichkeit im Osten zu werden beginnen. Ich danke Ihnen auch für Ihre Bewährung als Kameraden und Kameradinnen und dafür, dass Sie das Leuchten des Glaubens in sich nicht nur durch Worte verkünden. Seien Sie bedankt, gegrüsst und aufgerufen im Namen des Führers, der an seinem

21.10.43

Werk festhält und in dessen Namen auch wir unser Werk halten werden. (Langanhaltender Beifall)

Präsident Lauxmann dankt im Namen aller dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht weiterhin treue Arbeit bis zum Sieg des Großdeutschen Reiches.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

1068

/19

Freitag, den 22.10.1943 Kressendorf

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Sonnabend, den 23.Oktober 1943.

9^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{05} Besprechung mit Pressechef Gassner

10^{30} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs, Erstem Staatsanwalt Dr.Meidinger, das Kriegsverdienstkreuz I.Klasse.

10^{35} Der Herr Generalgouverneur überreicht im Namen des Führers dem Staatssekretär Dr.Boepple und dem Hauptabschnittsleiter Stahl das Kriegsverdienstkreuz I.Klasse.

10^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalsekretär der Internationalen Rechtskammer Dr. Pfeiffer und läßt sich über den Stand der Arbeiten der Internationalen Rechtskammer einen [illegible] Bericht erstatten.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Verwaltungsakademie des Generalgouvernements.

1070

Krakau

Sonnabend, den 23. Oktober 1943

11[00] Eröffnung des Wintersemesters der Verwaltungsakademie in der neuen Universität mit Aushändigung der Kriegsverdienstkreuze I. und II. Klasse durch den Herrn Generalgouverneur.

Staatssekretär Dr. Bühler:

Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Liebe Mitarbeiter!

Die Verwaltungsakademie des Generalgouvernements tritt in den dritten Winter ihrer Arbeit im Generalgouvernement ein. Der Herr Generalgouverneur hat dieses Instrument am 12. Januar 1942 geschaffen. Wir haben uns bemüht, durch eine Reihe von Vorträgen den Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung das Material für ihre berufliche Fortbildung näher zu bringen, sie in ihrer äußeren und inneren Haltung zu erziehen, und durch die Berufung einer Reihe von Fachkräften aus dem Reich haben wir die Gefolgschaft mit der Entwicklung des öffentlichen Lebens im Reich bekannt gemacht.

Die Arbeit der Verwaltungsakademie ist auch im totalen Krieg als wichtig anerkannt worden. Sie wird an Gewicht noch gewinnen, je mehr durch den Einzug von Kräften zur Wehrmacht sich die Reihen der staatlichen Verwaltung lichten. Ich beabsichtige daher, die Schulungsarbeit der einzelnen Fachressorts im Generalgouvernement zu einem System auszubauen, das die Gewähr daür gibt, daß am Ende dieser Arbeit eine beachtliche Hebung des fachlichen Könnens, des Niveaus

und der Weltanschauung der Beamten und Angestellten vorhanden ist.

Ich begrüße zur heutigen Veranstaltung den Herrn Generalgouverneur, begrüße den Herrn Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke als ersten Vertreter der Wehrmacht in diesem Raum. Ich begrüße Pg. Stahl als den Vertreter des Herrn Generalgouverneurs in der Führung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. und danke den Herren für ihre Treue und Unterstützung, die sie der Arbeit der Verwaltungsakademie bezeigen.

Herr Generalgouverneur, Sie haben es zu unserer großen Freude übernommen, heute den Einführungsvortrag für die Arbeit des Wintersemesters der Verwaltungsakademie zu halten. Ich bitte Sie, zu uns zu sprechen.

Hierauf hält der Herr Generalgouverneur über: „Das Führerprinzip in der Verwaltung" folgenden Vortrag:

Der Tag, an dem unser Generalgouvernement 4 Jahre besteht, gibt Anlaß, jene Grundsätze zu bedenken, nach denen sich Führung und Verwaltung in diesem Raum aufgebaut und bewährt haben. Inmitten des stets neuen Höhepunkten kriegerischen Geschehens an allen Fronten zutreibenden Weltkampfes, der in der Intensität seiner Vernichtungsenergien nicht seinesgleichen in der Weltgeschichte kennt, war es unsere Aufgabe, hier aus einem durch Jahrzehnte lange Mißwirtschaft, wie aber auch durch einen kurzen Kriegszug völlig aktionsunfähig gewordenen Raum möglichst rasch und doch mit klarer Dauerhaftigkeit ein Verwaltungsgebilde zu errichten, das dem deutschen Siegringen in jeder Form zu dienen im Stande ist.

23. 10. 1943

Es gibt heute keinen objektiv einsichtigen Betrachter der Entwicklung dieser Arbeit braver deutscher Männer und Frauen in diesem Raum, der dem positiven Urteil über den Erfolg dieser Bemühung nicht zustimmen würde. Das Generalgouvernement kann auf seine überragende Leistung in jedem Hinblick stolz sein. Es ist insbesondere den deutschen Staatsbeamten und Staatsangestellten dieses Raumes zu danken, daß das Nebenland des Großdeutschen Reiches eine geschichtliche Funktion völlig neuartiger Prägung zu erfüllen vermochte.

Ohne Vorbild mußte diese Arbeit begonnen werden; denn völlig ungeklärt waren die Methoden, nach denen überhaupt an eine Aufgabe herangegangen werden sollte, die noch mitten im Krieg ein im allgemein herkömmlichen Sinne besetztes Gebiet in eine stabile Form endgültiger staats- und völkerrechtlicher Zugehörigkeit zur Eroberungsmacht überführen sollte.

In immer stärkerer Begriffsklarheit erstanden dabei die großen Gesichtspunkte, die fundamental die Grundlage des Wirkens in diesem Raum darstellten. Es sind folgende:

1) Das Generalgouvernement ist staats- und völkerrechtlich als Nebenland des Großdeut chen Reiches Bestandteil des Großdeutschen Machtbereiches in Europa. Es übt seine Funktionen in staatlicher Willensbildung und Willensexekutive aus. Die Souveränität über diesen Raum liegt beim F hrer des Großdeutschen Reiches und wird in seinem Namen vom Generalgouverneur ausgeübt, der in sich alle Zuständigkeiten des Führers stellvertretungsweise zusammenfaßt.

2) Die Führung und Verwaltung dieses Nebenlandes ge-

schieht in Eigenverantwortung derart, daß die Regierungsmethode dieses Raumes ausschließlich von den Entschließungen der hier eingesetzten maßgeblichen Dienststellen abhängt, denen freilich die große Linie des schicksalhaft über dem ganzen deutschen Machtraum liegenden Kriegsbedarfs die entscheidende Richtung gibt.

3) Dieser Raum ist ein seit Jahrhunderten deutsch durchdrungener, mit reichen deutschen kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Arbeiten, mit deutschem Fleiß und deutschem Können entwickelter Teil Europas. Die deutsche Führung dieses Raumes ist daher geschichtlich durch die Vorleistung unserer Vorfahren gerechtfertigt. Sie hat heute die Aufgabe, die vielen Millionen Polen und Ukrainer in gerechter kriegsmäßig starker Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu halten, um zum Segen dieser Völker selbst ihre Arbeitskraft in den Dienst des Aufbaues Europas zu stellen. Zahlenmäßig überwiegt freilich dieses fremde Volkstum das deutsche weit, und daraus ergibt sich ein entscheidendes Element für die Führungsart dieses Gebietes.

Diese drei Elemente, einen geschichtlich deutsch legitimierten Raum in Eigen-Verantwortung als Nebenland des Großdeutschen Reiches im Kriege aufzubauen und für die Zukunft sicherzustellen, waren das Programm unserer Arbeit.

Ich wollte das vierjährige Bestehen des Generalgouvernements gern mit der Eröffnung des Winterlehrgangs der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements verbinden, um damit zum Ausdruck zu bringen,

23.10.1943

daß ich mich aufs Engste mit allen Regierungs- und Exekutivdiensten des Generalgouvernements persönlich verbunden fühle. Denn den begreiflicherweise angesichts des Menschenbedarfs des Krieges außerordentlich wenig zahlreichen deutschen Staatsdienstträgern ist in diesem Raum ein überreiches Maß von Verantwortung zugeteilt. Von den unsagbaren Schwierigkeiten, mit denen die Verwaltungspionierarbeit dieses Gebietes vom ersten Tage an verbunden war, kann man sich im allgemeinen nur sehr schwer eine Vorstellung machen. Wer heute in diesen Raum einreist und mit zufriedener kurzer Überschau zu dem Urteil eines wohlgefügten Bereiches kommt, vermag sich oft nicht mehr unter der immer schöner werdenden Erscheinungsform unseres Gebietes die Ausgangszerstörung vorzustellen, die wir hier vorgefunden haben. Meinen Dank und meine Anerkennung habe ich den deutschen Staatsdienstträgern aller Bereiche des Generalgouvernements an dieser Stelle auszusprechen und ihnen zu sagen, daß in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches die Leistung des deutschen Staatsbeamten- und Staatsangestelltentums des Generalgouvernements ein stolzes Kapitel darzustellen vermag.

Indessen ist auch diese Leistung nur ein Ausdruck der wieder gefestigten Führung der deutschen Geschicke, wie sie seit Adolf Hitler's Machtübernahme gesinnungsmäßig eingetreten ist. Auch dieses Generalgouvernement konnten wir nur aufbauen, weil in die Verwaltung das große zu welthistorischer Bedeutung aufgestiegene Führerprinzip seinen Einzug gehalten hat. Über dieses Führerprinzip ist schon eine solche Fülle von Betrachtungen angestellt worden, daß es sich im Rahmen einer verwaltungsakade-

23.10.1943

mischen Sitzung sehr wohl lohnt, über dasselbe einmal einige Ausführungen zu machen.

Verwaltungskunst ist gerade so alt wie die große politische Staatsführungskunst. Wir kennen aus der vieltausendjährigen Geschichte der großen Territorien, der großen Kontinente keinen historisch zu hohem Rang aufgestiegenen Staat, keinen überragenden Staatsmann, der nicht auch im Inneren des großen durch ihn weltpolitischen Zonen entgegeneilenden Staates für führendes Verwaltungsgeschehen gesorgt hätte. Das folgt eindeutig aus den Erkenntnissen, die die Geschichte des alten China, des alten Ägypten, des alten Assyrien, der Azteken-Staaten, der Weltreiche Roms und Byzanz' ebenso vermittelt, wie das in den mehr vorüberrauschenden grandiosen Erscheinungen der Reichsgründungen Alexanders oder Napoleons der Fall war.

Daraus ergibt sich von vornherein, daß die im Vergleich zur - sagen wir einmal - politisch führungsmäßigen Arbeit mit der Note der Zweitklassigkeit versehene Verwaltungsarbeit nichts anderes darstellt als die interne Sicherung der externen Wirksamkeit einer Nation.

Alles Schimpfen auf Bürokratie, Verwaltungsformalismus, Berufsbeamtentum, Tintenkuliwesen, Aktenkram usw. kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus der Weltgeschichte folgendes Prinzip aufsteigt:

Es kann keine große wahrhaft aufwärtsführende weltgeschichtliche Leistung gesichert bleiben, wenn nicht in Ergänzung der kriegsstarken Wehraktivität einer Nation eine ausgeprägte Staatsdienstkultur ge-

23.10.1943

pflegt wird. Damit das, was die Fronten verbrauchen, immer wieder aufs Neue gesichert wird, bedarf es einer einwandfrei funktionierenden Staatsmaschinerie im Innern des waffenmäßig zu sichernden Machtbereiches eines Volkes. Vorbereitet auf den Krieg ist ein Staat nicht nur durch die einheitliche Verteidigungsentschlossenheit fanatischer Letztgültigkeit einer Nation, nicht nur durch die Waffentüchtigkeit der nationalen Wehrmacht, sondern vor allem auch durch die schlagfertige innere Ordnung und Führung des kämpfenden Volkstums.

Freilich gehen hier die Meinungen oft gegeneinander. Dem, der im schwersten unmittelbar lebensbedrohenden Feuer des Feindes seine Brust schützend vors Vaterland hält, liegt der Gedanke ziemlich fern, die Bedeutung der inneren Ordnung in ihren notwendigerweise etwas traditionell gesicherten Formen immer zu erkennen. Aber das Wohlbehütetsein der inneren Bereiche ist eine der Voraussetzungen für den Sieg.

Ein deutlicher Beweis für die hohe geschichtliche Bedeutung dieser Überlegung ist das unermüdliche Bemühen der Feinde, durch ihre Terrorangriffe auf die Heimat dieses innere Führungsgefüge zu zerschmettern.

So möchte ich denn an die Spitze meiner Betrachtungen über das Führerprinzip in der Verwaltung den Gedanken stellen, daß der Dienst an der inneren Führung der Geschicke unseres Staates ein Ehrendienst von großer geschichtlicher und praktischer Bedeutung ist, zu dem sich auch im Kriege zu bekennen und dessen Bedeutung auch im Kriege nicht zu verkennen eine volksgenossische Pflicht darstellt.

23.10.1943

Es gibt bekanntlich bei allen Institutionen der Verwaltungslehre den Grundsatz, nach welchem Staatsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht. Er ist der Ausfluß jener Erfahrung, nach welcher die Staatsform an sich revolutionäre Umformungen viel leichter und direkter zugänglich ist als das in sich geschlossene, traditionell eingespielte, formal unterbaute technische Getriebe einer Verwaltungsapparatur.

Das zeigte sich in verschiedenen revolutionären oder quasi-revolutionären Vorgängen wie etwa insbesondere denen im November 1918, als damals füglich das Reich vor dem völligen Zusammenbruch durch das treue Ausharren der Offiziere und Soldaten in ihren Truppenkörpern, die sie geordnet zurückführten, und der Verwaltungsbeamten in ihren Dienststellen gerettet wurde, die Ernährung, Verkehr, allgemeine Versorgung und Sicherheit soweit wie nur irgend möglich aufrechtzuerhalten sich bemühten.

Es steht also schon fest, daß man einen König leichter verjagen kann als einen Regierungsrat. Dieses tröstliche Bewußtsein zeigt, daß doch in der Verwaltung mehr an ethischer Verwurzelung, an Popularität steckt, als die so böswilligen ewigen Angreifer der sog. Bürokratie wahr haben wollen. Das berühmte Wort des Müllers von Sanssouci - Sie wissen so gut wie ich, daß es offenbar nie gesprochen, aber zur unvergänglichen Charakterisierung eines interessanten weltgeschichtlichen Gegensatzes glücklich formuliert wurde, - nach welchem es noch Richter in Berlin gibt, ein Wort, das besagen will, daß auch der König nicht ungestraft die Rechtssphäre seiner Untertanen ver-

letzt, - dieses Wort ist ein unvergänglicher Ausdruck für die absolut und total in dem deutschen Volke verwurzelten Anschauung, daß eine festgefügte geordnete Verwaltung Rechtssicherheit und damit glückliche Stabilisierung der Lebensverhältnisse eines Volksganzen gewährleistet.

Indessen kann bei Betrachtung der Verwaltungsangelegenheiten - einer Betrachtung, die sich durch Hinweise auf die Jahrhunderte alte wertschaffende, werterhaltende Tätigkeit aller deutschen inneren Verwaltungsorgane beweisen ließe, - über all' dem Schönen doch auch nicht jenes Ungünstigere an Erfahrungen vergessen werden, was nun als Schatten jeder Verwaltungstraditionalität auch immer wieder mit in Erscheinung tritt: das zu steife Festhalten an den Gewohnheiten des Aktendienstes, des paragraphierten Schemas, des Zuständigkeitsdünkels, kurz aller jener beinahe zu einer obskuren Weltanschauung verkümmerten Verwaltungsprinzipien, das in dem wahrhaft diabolischen Wort: "quod nun est in actis, non est in mundo" - was nicht in den Akten ist, ist nicht auf der Welt, - eine düstere Prägung erhalten hat.

Die da und dort vorhandene gewohnheitsmäßige Neigung, allzu sehr die Dinge des Lebens in den Akt einzuspannen, vom Schreibtisch aus das Leben zu betrachten und die Blutströme des Daseins in Tintenströme des Aktentums umzufärben- sie sind jene so oft und auch mit Recht beklagten Schattenseiten des Verwaltungsfanatismus mancher Generationen unseres Volkes.

Hier ist denn nun auch der Einsatz gewesen, der

23.10.1943

mit dem Hereinkommen des Führerprinzips in die Verwaltung den Umschwung der methodischen inneren Sachgestaltungsprinzipien herbeigeführt hat. Dieses Führerprinzip in der Verwaltung ist die Gabe Adolf Hitler's an das innere Reich der Deutschen. Es ist die revolutionäre Zersplitterung des starren, bürokratisch sich ausarten könnenden Formalschemas und die Öffnung der Tore des Lebens von außen nach innen in die Verwaltung hinein.

Nehmen Sie nur einmal an: die deutschen Staatsdienstträger hätten im Generalgouvernement versucht, die ihnen aufgegebene Meisterung der Zustände dieses Raumes im Wege biedermeierlicher Aktenfreude allein bewältigen zu wollen! Hier könnte nur dieses Führerprinzip Adolf Hitler's und seine bewußte Pflege innerhalb der Verwaltung die Möglichkeit schaffen, diesem unerhört Neuen der Verwaltungsmeisterung gewachsen zu sein.

Schon in dem Begriff "Verwalten" liegt das konservativ-traditionell vorsichtige; denn es bedeutet sprachlich die Verantwortung, etwas Übernommenes zu halten und etwa nach der Form eines Vormundes pfleglich zu entwickeln. Dieses Verwalten ist auch heute noch eine der schönsten Seiten des Innendienstes; denn zerstören ist leicht, verwalten ist sehr schwer und muß in jedem Fall gelernt sein. Verwaltung ist sozusagen das edel geläuterte Kernstück des Staatsdienstes, das wir im Laufe der Jahrhunderte deutscher Verwaltungsgeschichte im reinsten Sinne dieses sprachlichen Begriffes als Wertesicherung der Gemeinschaft und ihre pflegliche Entwicklung herauskristallisierten.

23.10.1943

Aber nur verwalten war auf die Dauer zu wenig und brachte die Gefahr einer Reduziertheit der Entschlossenheiten innerhalb des Staatsdienstes gegenüber allen anderen Bereichen im geistigen, politischen und technischen Geschehen einer Zeit mit sich. Weil das Führerprinzip in seinem besten Sinn so lange Jahrhunderte der Verwaltung vorenthalten worden war, und sich nur in der Genialität der Entwicklung des Staates, des Geistes, der Kultur usw. darstellte, geriet die, wenn auch noch so verdienstvolle, aber still sich selbst beschränkende Art des Verwaltungsdienstes innerhalb unserer Gemeinschaft ins Hintertreffen.

Was ist denn das Kennzeichen, was ist die leitende Substanz des Führerprinzips? Es ist nicht die Möglichkeit willkürlichen Handelns, - es ist nicht die Möglichkeit totaler Befehlsgebung, - es ist nicht das autoritär mögliche Zusammenschmettern jeglichen Widerspruches, - nein: Führen heißt die Verantwortung tragen - sonst nichts! Alles andere an Erscheinungsformen des Führertums ergibt sich aus diesem Leitbegriff der Verantwortung. Das Befehlenkönnen, das Autorität Zeigen, das Besiegen der Widersprüche, - dies alles sind nur äußere zusätzliche Modalitäten des Kernstücks des Führertums, das in der Verantwortung liegt.

Somit bedeutet das Führerprinzip in der Verwaltung eine Steigerung der Bedeutung des Verwaltungsdienstes hinein in die Zonen schöpferischer Bereiche. Denn was heißt dieses "die Verantwortung tragen"? Die Verantwortung tragen heißt: entscheiden über Richtung, Methode, zeitliche und sachliche Auf-

gabenteilung, Träger der Aufgabenerfüllung und Leistungserfolg. Diese sechs Inhalte birgt der Begriff der Verantwortung.

Das Führerprinzip in der Verwaltung heißt demnach: verantwortlich verwalten. Damit zeigt sich schon wieder die Notwendigkeit der feineren Unterscheidung gegenüber der Epoche, in der die Kunst so mancher Verantwortungsstellen darin lag, die Verantwortung möglichst anderen Stellen zuzuweisen und von der eigenen Position fernzuhalten, woraus dann diese so sehr bequeme Aktivitätsvortäuschung der Aktenverschickung ebenso erstand wie der erbittert durchgeführten negativen Kompetenzkonflikte in der Form, daß niemand die Verantwortung für einen staatlichen Akt übernehmen will.

Um gleich noch eine Frage vorweg zu entscheiden, so ist zu sagen, daß das Führerprinzip in der Verwaltung, also dieses verantwortliche Verwalten in allen Stufen des Verwaltungsaufbaues mit gleicher innerer Intensivität in Erscheinung tritt. Das Führerprinzip in der Verwaltung schafft den Typ des nationalsozialistischen Staatsdienstträgers. Es ist die Dezentralisierung der Verantwortungszone von oben bis unten hin, die Aufteilung des einheitlichen Führerbereiches in formal von einander abhängige in jeder Stufe aber eigen zu verantwortenden Verwirklichungsbereiche und sichert somit der Verwaltung insgesamt auch das Verbleiben verantwortungsbewußter schöpferischer Persönlichkeiten, wie aber auch die Frischerhaltung des Lebensdurchzuges und seiner streitenden Sorgen im Dienste.

Für das Generalgouvernement können wir wohl

23.10.1943

sagen, daß wir als erste versucht haben, dieses Führerprinzip in der Verwaltung mit aller Intensität in einem fremdvölkischen Raum in die Tat umzusetzen. Hier war ja auch von Anfang an für die Verwaltung die Beherrschung des Lebens und der Wirklichkeit wichtiger als die Erfüllung von Formalvoraussetzungen. Denn das Führerprinzip birgt ja in sich die Erweiterung der Zuständigkeitsschancen, die die formale Vollmacht gibt, durch die Einbeziehung von formal allenfalls nicht mehr gedeckten Staatshandlungen in die die formale Vollmacht weit überschreitende persönliche Eigenverantwortung des jeweiligen Staatsdienstträgers.

Mit dem Führerprinzip in der Verwaltung hängt selbstverständlich der Grundsatz der Einheit der Verwaltung zusammen. Ich möchte sagen, daß das Führerprinzip geradezu die Voraussetzung für die von mir so oft formulierte Notwendigkeit der Einheit der Verwaltung darstellt. Die Einheit der Verwaltung war also im Generalgouvernement ebenso wie das Führerprinzip das Gegebene. Bei der geringen Zahl von Kräften, die wir von Anfang an hatten, war ein möglichst knapper und eindeutig klarer Verwaltungsaufbau ebenso von Nöten wie die möglichst weite Erstreckung des Zuständigkeitsbereiches des maßgeblichen Repräsentanten dieser Einheit. Vom Generalgouverneur und seiner Regierung über den Gouverneur und sein Distriktsamt bis zum Kreis- und Stadthauptmann mit ihren Kreis- und Stadtämtern läuft eine klare ununterbrochene Linie, in der sowohl Führerprinzip wie Einheit der Verwaltung ihre segensreiche Verwirklichung gefunden haben und finden.

23.10.1943

Führen heißt also: die verantwortliche Entscheidung über die grundsätzlichen Elemente des Verwaltens tragen. Als erstes dieser Elemente nannte ich die Entscheidung über die Richtung. Das soll heißen: bei jedem Staatsdienstakt muß die verantwortliche Entscheidung über die Richtung, in die die Verwirklichung dieses Staatsaktes einmündet, getragen werden. Diese Richtung bedeutet zunächst die politische Grundrichtung der Führung unseres Raumes. Alle Staatsdiensttätigkeit muß dem großdeutschen, europäischen Kampf gegen die bolschewistisch- plutokratisch-jüdische Zerstörung unserer Kultur dienen. Sie kann nur dann verantwortlich getragen werden. Jeder Verstoß gegen dieses Grundziel, jedes Abweichen von dieser Grundrichtung würde in jedem Fall ein Fehler sein.

Diese Richtung ist uns hier im Generalgouvernement durch die grundsätzliche Aufgabenstellung gegeben, die uns der Führer als oberster Chef des deutschen Geschehens übermittelt hat. Für das Generalgouvernement liegt sie in der möglichst intensiven Sicherung aller menschlichen und materiellen Kräfte dieses Raumes im Dienste des Sieges. Das Generalgouvernement ist der Richtung seines Handelns nach ein starker Hilfsfaktor des deutschen Kriegsgeschehens und wird seinen Ehrgeiz darein legen, es immer noch mehr zu werden. Die Energie, diese Richtung grundsätzlich nach oben, d.h. also nach Leistungssteigerung hin mit aller Kraft allen Schwierigkeiten zum Trotz aufrecht zu erhalten, gibt dem Führerprinzip unseres Verwaltens in diesem Raum den weltgeschichtlichen Hintergrund und die weitreichende Tat-

kraft. Wir sind nicht zur Erfüllung abstrakter Verwaltungskünste hier eingesetzt, sondern zur Meisterung schwerster Wirklichkeitsaufgaben im täglich mit neuen konkreten Forderungen an uns herantretenden Kriegsgeschehen. Das Generalgouvernement ist kein theoretisches Gebilde, sondern eine praktische, staatstechnische Maschine, die unausgesetzt auf Höchsttourenzahl zu halten unser aller Bemühen sein muß.

Die Führung in der Verwaltung heißt weiterhin die Entscheidung über die Methode des Staatshandelns im einzelnen tragen. Diese Methode hängt unmittelbar von der Richtung ab, in der sich der Staatswille des Nebenlandes entwickelt. Diese Methode heißt nach unseren Erfahrungen: möglichst pflegliche Behandlung des fremden Volkstums unter Ausschaltung jeder willkürlichen Gewalt zum Zwecke der Sicherstellung von Gesundheit, Lebens- und Arbeitsfreude dieser Bevölkerung im Interesse des europäischen Freiheitskampfes. Gerade die fremde Bevölkerung dieses Raumes soll das Empfinden haben, wenn sie sich auch kriegsbedingt vielen Schwierigkeiten gegenüber sieht, - aber welche Schwierigkeiten hätte nicht das deutsche Volk mit all seinen Blut- und Wertopfern für Europas Freiheit auf sich genommen? - sie soll das Empfinden haben, daß sie in zunehmendem Maße einer gerechten Behandlung durch die Führung dieses Gebietes teilhaftig wird.

Ein weiteres Element des Führungsprinzips ist die Verantwortung für die Aufgabenteilung in diesem Raum. Außerhalb des eigentlichen Wehrmachtbereiches, der für sich abgeschlossen seine eigene Hierarchie im Rahmen der gesamten deutschen Wehrmacht hat und der in der Person des Wehrkreisbefehlshabers im Generalgouvernement zusammengefaßt ist, gibt es

für alle übrigen Bereiche den Generalgouverneur, seine Regierung und seine Dienststellen.

Wir unterstehen ausschließlich und unmittelbar dem Führer. Die Regierung des Generalgouvernements hat hier die gleichen Funktionen, die im Reich die Reichsregierung hat und die übrigen Reichszentralen haben. Die Gesetzgebung ist uns für diesen Raum anvertraut. Polizei- und Sicherheitskräfte unterstehen dem Generalgouverneur.

Demnach ist klar, daß die Führung dieses Raumes in einer Hand liegt und damit die Einheit von Führung und Verwaltung dieses Nebenlandes auf das sicherste gewährleistet ist. Nur mit dieser klaren autonomen Regelung eines eigenen deutschen Sonderregiments ist das möglich gewesen, was wir in vier Jahren geschaffen haben.

Die Aufgabenteilung im Generalgouvernement ist von vorbildlicher Klarheit. Überschneidungen von Zuständigkeiten, wenn sie sich wirklich da und dort noch eingeschlichen haben sollten, werden restlos ausgemerzt werden. Das hängt nur von unserem gemeinsamen guten Willen ab.

Führen heißt ferner: die verantwortliche Entscheidung über die zeitliche Aufeinanderfolge der einzelnen Leistungsvorgänge innerhalb des Staatsdienstes festlegen. Hier hat sich eine wesentliche Verkürzung des sonst oft langsameren Zeitmaßes durchführen lassen. Das Durchlaufen von Akten durch einzelne Dienststellen ist beschleunigt, umständliche statistische oder sonstige sachliche Erhebungen im Einzelakt sind möglichst beseitigt worden, wenn auch selbstverständlich die große statistische Arbeit des Gene-

ralgouvernements im Allgemeinen als eines der sicheren Fundamente unserer Verwaltungsarbeit überhaupt weiter gepflegt wird. Die Rückfragenkrankheit, die Hin- und Herverschickung von Akten, die schwerfällige Apparatur des Begutachtungswesens usw. werden kriegsmäßig eingeschränkt werden müssen. Die Verantwortung für die zeitliche Präzision der Verwaltungsarbeit ist zum mindesten so groß wie die für die sachliche.

Dies gilt aber auch für Aufgabenstellungen an sich: alles, was jetzt an großen, wenn auch noch so schönen und verlockenden Aufgaben nicht mitten im schärfsten Kriegsgeschehen unbedingt vor sich zu gehen hat, muß für bessere Zeiten zurückgestellt werden.

Also die Entscheidung auch des Verwaltungssieges hängt von der zeitlichen knappsten Präzision ab.

Weiter bedeutet das Führerprinzip in der Verwaltung die Entscheidung über die Träger des Staatsdienstes. Sie ist die große menschlich- persönliche Zentralaufgabe der Verwaltungsführung. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Berufsbeamte und lebensberufliche Staatsangestellte gemeinschaftswichtige Figuren erster Ordnung darstellen. Diese Träger des Staatsdienstes haben im Interesse des Volksganzen unter kriegsmäßig erschwerten Bedingungen eine solche Menge von der Gemeinschaftsordnung dienenden Aufgaben zu erfüllen, daß ihnen die Arbeitskraft und Arbeitsfreude zu erhalten und zu bewahren eine ebenso große Verpflichtung darstellt, wie es darauf ankommt, sie in Dienstaufgeschlossenehit und Tatkraft zu wissen.

Vor allem aber muß mit dem Lächerlichmachen des

23.10.1943

Verwaltungsdienstes, mit dem ewigen Herumnörgeln und erbärmlichen grundlosen Herumkritisieren am angeblich so bürokratischen Verwaltungstreiben Schluß gemacht werden. Soldatentum und Beamtentum sind gegenseitig verpflichtete, gemeinsam siegverantwortliche Kräfte unseres öffentlichen Lebens. Im übrigen sind die wirklichen Soldaten auch tatsächlich ebenso voller Verständnis für die Belange des Staatsdienstes, wie es sich umgekehrt jeder deutsche Soldat zur Ehre anrechnet, seine soldatischen Pflichten, wo es das Vaterland verlangt, genau so zu erfüllen wie alle anderen Volksgenossen auch. Zeichen dieses gegenseitigen Verständnisses ist wohl die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Staatsdienststellen des Generalgouvernements und den Wehrmachtdienststellen in unserem Nebenlande.

Aber über diese Staatsdienstträger hat die verantwortliche Entscheidung das Führerprinzip in der Verwaltung gebracht. Sie sind heute nicht mehr die aktenobskuren, dienstzimmer-begrenzten Paragraphensklaven, wie man sie mit Spott und Satyre zum Schaden der Allgemeinheit so oft karikierte: die Zahl der toten und getöteten Beamten und Angestellten unseres Generalgouvernements, die dem politischen Haßterror unserer Gegner hier im Lande in Erfüllung ihrer Dienstpflicht zum Opfer gefallen sind, zeigt, daß Mannesmut und stolze Frauengröße dazu gehören, sich an den so vielfach exponierten Dienststellen des Generalgouvernements für den Führer und sein Reich verwaltungsmäßig zu betätigen.

Und so krönt sich das Führerprinzip in der Verwaltung in der verantwortlichen Entscheidung über

23.10.1943

den Erfolg des Staatshandelns. Nicht nur der Vorgesetzte, der diesem Erfolg durch Anerkennung in jeder Form Ausdruck verleihen wird, sondern auch das innere Bewußtsein ist vor allem maßgeblich dafür. Das Wissen, daß die anvertrauten Belange gedeihen, die vor dem inneren Ich bestehen könnende Selbstkritik, die bejahend dem Werke den Segen gibt, das ist es, was ethisch zu der gemeinsamen zur Kameradschaft aufsteigenden Linie führt, aus der sich die geradezu ständische Ordnung im Staatsdienst ergibt.

So sehen wir denn das Führerprinzip in der Verwaltung in allen seinen weit wirkenden Ausstrahlungen nunmehr in voller Durchsetzung und Aktion. Es dient der Verwaltung, dem Reich, dem Volk, es dient dem Ansehen des Staatsdienstes und dem Werk. Die Größe einer Tat wird bekanntlich oft gemessen, wie weit sie ihre Wurzeln im eigenen Entschluß findet und von dem Befehl unabhängig ist, der zur Tat zwang. Das war ja der Fluch des allzu formalisierten Verwaltungsbereiches von einst, daß er die Sicherheit der Verwaltung aufrichten wollte auf der formal sich abwickelnden Zuständigkeitsaufteilung nach Befehl und Gehorsam.

In einem neuen Raum wie dem Generalgouvernement waren der eigene Entschluß, die eigene Verantwortung, das mutvolle sich Einsetzen als Führer im kleinsten wie im größten Bereich von Anfang an das Charakteristikum der Arbeit.

Somit diente dieses Führerprinzip zur Steigerung des Selbstbewußseins des Verwaltungsbeamten und Staatsangestellten ebenso wie der Kultur staatlicher

23.10.1943

Tätigkeit überhaupt. Denn dieses Führerprinzip mit Eigenverantwortung ließ schnell erkennen, daß die gewaltige Maschinerie des Staates nicht in ein systemloses Willkür-Atomisieren staatlichen Wirkens ausarten darf, daß sich der Staat durchaus nicht im Gewaltüben erschöpft oder, allgemeiner gesagt, in der exekutiven Vernichtung des Negativen, Antistaatlichen, sondern daß es gerade die schönste, ja die einzig Zukunft bringende und gewährleistende Tätigkeit im Staatsdienst ist, die Auferweckung der positiven Kräfte aus Zeit und Raum und der Volkskraft höher zu stellen als die negativen. Diese Auferweckung des Positiven, der Guten und Gutwilligen, ihre Indienststellung für das Ganze durch gerechte Behandlung, durch Lebenssicherheit und Unterstützung des persönlichen Daseins seitens des Staates in jedem Hinblick ist auch ein Ausfluß des Führerprinzips.

So trifft sich die notwendige Realpolitik der Verwaltung immer wieder mit der Idealpolitik des Führens.

Nur wenig noch zu den Schattenseiten des Führerprinzips! Daß in der ersten Zeit, da sich das Führerprinzip in der Verwaltung des deutschen Reiches durchzusetzen begann, die Beamten die Köpfe aufrichteten und jeder in der ihm anvertrauten Zone ein Führer für sich wurde, konnte bei den begreiflichen menschlichen Schwächen selbstverständlich nicht ausbleiben. Daß Schattenseiten des Führerprinzips, wie all überall so natürlich auch in der Verwaltung, möglich sind, zeigt gottlob nur eine geringe Zahl von Fällen. Daß man Führertum immer wieder mit Will-

23.10.1943

kürmöglichkeit, mit Machtgier, mit dünkelhafter Selbstbeweihräucherung, mit ehrgeiziger Unkameradschaftlichkeit, mit neiderfülltem Stellenstreben verquicken kann,- in diesen absurden Fehler verfiehlen gottlob nur die allerwenigsten. Das eine ist klar: daß dieses Menschliche Allzumenschliche in einer nervenaufwühlenden Zeit wie der gegenwärtigen, in einem fremden Raum mit vielen neuen Möglichkeiten sich hätte einstellen können, war eine Gefahr. Aber ich muß hier zu unser aller Stolz und Freude bekennen, daß die Haltung, Lebensführung und Dienstleistung der im Generalgouvernement eingesetzten deutschen Beamten und Staatsangestellten, Männer wie Frauen, hervorragend und vorbildlich ist. Trotzdem sei es auch an dieser Stelle gesagt, daß die Kameradschaftlichkeit, das Zusammenarbeiten, das sich nicht Versteifen auf Prinzipienreiterei, das großzügige geradezu humordurchtränkte Prinzip der Bewältigung des Lebens durch Gemeinschaftsarbeit gerade im Führerprinzip verankert ist, über dem, in der Person Adolf Hitler's einmalig verkörpert, das Prinzip des Treue um Treue-Gedankens geschichtsgestaltend leuchtet.

Wenn wir zusammenfassend nun vom Gesichtspunkt des Generalgouvernements aus das Führerprinzip in der Verwaltung beschauen, so müssen wir feststellen, daß es allein den Aufbau in diesem Raum ermöglichte, allerdings nur im engsten Verein mit den unter allen Umständen aufrecht zu erhaltenden besten Traditionen deutscher Verwaltungskunst, der Pflichttreue, Sachlichkeit, Gerechtigkeit, dem Diensteifer, der Disziplin, der Unbestechlichkeit und Kameradschaftlichkeit.

u

23.10.1943

Aus diesem Charaktermaterial baut man den Staatsdienst.

Ich hoffe, daß das nunmehr eröffnete Winterhalbjahr den Arbeiten der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements weitere Erfolge bringen wird, und ersuche von dieser Stelle aus alle Beamten und Staatsangestellten des Generalgouvernements, der Einrichtung der Verwaltungsakademie ihr persönliches Augenmerk und ihr persönliches Interesse zuzuwenden.

Die Regierung des Generalgouvernements sowohl wie alle Dienststellen im Lande haben heute aus meiner Hand im Namen des Führers Auszeichnungen des Kriegsverdienstkreuzes I. und II. Klasse entgegenzunehmen. Ich habe mit Absicht den Rahmen der Verwaltungsakademie gewählt, um diese Auszeichnungen vorzunehmen. Denn ich verbinde mit diesen Auszeichnungen, die die Anerkennung des Führers für die Leistung der heute zu Dekorierenden darstellen, die weite Schau über das ganze Land und alle in ihm tätigen deutschen Männer und Frauen. Wenn heute wiederum eine große Zahl von Staatsdienstträgern des Generalgouvernements ausgezeichnet wird, so wird damit das ganze Generalgouvernement ausgezeichnet. Im blinden, unbeirrbaren Glauben an den Endsieg unserer großdeutschen Waffen nehme ich die Auszeichnung vor, zugleich auch in der Erwartung, daß alle Beamten und Angestellten dem Führer und dem Reich weiterhin in treuester Pflichterfüllung dienen werden.

Die Verwaltungsakademie aber wählte ich als Ort der Veranstaltung, um zu zeigen, welche Bedeutung der Führer und das Reich dem Nachwuchs des Staats-

23.10.1943

dienstes zumessen. Die Jugend sei aufgerufen, sich für alle Bereiche des Staatsdienstes als Lebensberuf zu entscheiden, ist der Staatsdienst doch einer der schönsten Berufe, die die Gemeinschaft zu vergeben hat. Die Opfer der deutschen Staatsbeamten und deutschen Staatsangestellten an der Front wie in der Heimat, die sie an Leben und Gesundheit gebracht haben, verpflichten uns, uns weiter dem großen Dienst des Führers in diesem Raum zu verschreiben.

Mit dem von Staatssekretär Dr. Bühler ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer endet die Arbeitstagung.

12³⁰ Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

23.1o.43.

13^{10} Mittagessen

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

Gegenstand der Besprechung ist ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschusses Grafen Roniker, in dem dieser seinem Bedauern über die neuerdings erfolgten Erschießungen von polnischen Volkszugehörigen Ausdruck gibt und angesichts der schmerzlichen Erregung in der polnischen Bevölkerung eine Teilnahme an dem Erntedankfest davon abhängig macht, daß für die Zukunft gewisse Garantien gegen solche polizeiliche Maßnahmen gegeben würden.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandesverwaltungsrat Weirauch an, dem Grafen Ronikier zu eröffnen, daß er sich am gleichen Tage bis 18^{00} zu entscheiden habe, ob er an dem morgigen Erntedankfest mit den Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses teilnehmen wolle. Werde diese Erklärung innerhalb der gesetzten Frist nicht abgegeben, so werde er die ihm geeignet erscheinenden Schritte ergreifen, und sich auch nicht scheuen, den Polnischen Hauptausschuß aufzulösen. Wenn Graf Ronikier eine Empörung über die Erschießung von Polen, die als Angehörige der nationalen, bezw. kommunistischen Widerstandsbewegung der Polizei bekannt seien, an den Tag lege, so möge ihm gesagt werden, daß er, der Generalgouverneur, über die Erschießung von fast 1000 Deutschen noch viel empörter sei. Er sei unter keinen Umständen gewillt, die deutsche Autorität auch nur im geringsten in Zweifel ziehen zu lassen.

1094

23.10.43.

Anschließend findet eine kurze Besprechung der von SS-Oberführer Bierkamp neuerdings ergriffenen Maßnahmen statt.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für geboten, diejenigen Polen, die erschossen werden sollen, vorher in einem geordneten Standgerichtsverfahren a-bzuurteilen. Auch müsse es fürderhin vermieden werden, diese Polen als Geiseln zu bezeichnen; denn die Erschießung von Geiseln sei immer ein beklagenswerter Vorgang und gebe dem Ausland nur Argumente gegen die deutsche Führung im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Willen Ausdruck, daß nunmehr mit aller der deutschen Führung zu Gebote stehenden Energie den Terrorakten vor allem der kommunistischen Wiederstandsbewegung entgegengetreten werden müsse. Ferner müsse die Bevölkerung unbedingt dahin gebracht werden, daß sie den Banditen und Terroristen keinen Unterschlupf mehr gewähre.

23.10.43.

[17[10]] Presseempfang im Festsaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur empfängt die unter Führung des Pressechefs Gassner erschienenen Hauptschriftleiter und Schriftleiter der Presse des Generalgouvernements und die Mitarbeiter der Pressestelle der Regierung.

Pressechef Gassner stellt dem Herrn Generalgouverneur die Schriftleiter und die Mitarbeiter der Pressestelle vor. In einer Ansprache dankt er sodann dem Herrn Generalgouverneur für das große Interesse, das er stets den Belangen der Presse entgegengebracht habe, und erstattet einen Bericht über das Pressewesen im Generalgouvernement. Er stellt abschließend fest, daß die Pressebehörde der Regierung des Generalgouvernements in engster kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Zeitungsverlag Krakau-Warschau, der Vertriebsgesellschaft Atlas und den deutschen Journalisten zu nutz und frommen des gemeinsamen Werkes unermüdlich tätig gewesen sei. Allen Beteiligten, nicht zuletzt auch den Presseämtern von Heer und Luftwaffe und den deutschen Schriftleitern der polnischen Presse gelte heute der Dank der Pressestelle.

[Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:]

Ich habe mit großer Freude Ihren Bericht, Parteigenosse Gassner, entgegengenommen. Ich danke Ihnen allen, meine Damen und Herren, daß Sie sich zu mir auf die Burg bemüht haben.

23.1o.43.

Wir leben in einer Zeit, die zu unerhört tiefen und weitreichenden Überlegungen Anlaß gibt. Es ist gerade für uns, da wir doch durch die Ereignisse der letzten Zeit der Front wiederum sehr nahe gerückt sind, unendlich wichtig, daß vor allem die Organe der Publikation, der Presse, in diesem Einklang des Siegwillens und der Tatfreude der deutschen Führung dieses Raumes, der soldatischen Betreuung usw. ein wirklich geschlossenes Ganze darstellen. Ich hätte in diesen 4 Jahren den Aufbau des Generalgouvernements nicht vollziehen können, wenn nicht von Anfang an eine wahrhaft erstaunliche Leistung auf dem Gebiet des Pressewesens stattgehabt hätte. Was jeder einzelne von Ihnen geleistet hat, das mag in den verschiedensten Bereichen, Richtungen, Methoden, Aufgabenstellungen usw. liegen.; für die Gesamtlinie aber ist es maßgebend, daß Sie geholfen haben, einen Begriff zu formen, der staatsrechtlich, völkerrechtlich, verwaltungs- und kriegsrechtlich etwas Einmaliges darstellt. Zu diesem Begriff "Generalgouvernement" möchte ich nun gerade in einem engeren und, wie ich wohl sagen darf, auch geistigen Kreis etwas sagen.

Wir sind hier in eine Aufgabe gestellt worden, die zunächst unter der Firma lief: "Besetzte polnische Gebiete". Erst im Juni 194o wurde daraus das Generalgouvernement. Das ist mehr als nur eine Firmenänderung gewesen; es war nämlich damals der Übergang von den besetzten Gebieten zu einem Dauerstatus, und dieser Dauerstatus des Generalgouvernements war wieder die Grundlage dafür, daß gewisse, vielleicht von vornherein nur vor-

übergehend gedachte Einrichtungen mit einem Stabilisierungselement versehen werden konnten.

Und so entstanden dann die Regierung des Generalgouvernements, das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und alle anderen Instanzen. Die Zusammenballung aller Energien in gewissen Führungs- und Verwaltungszentren waren wohl die Folge dieser Umwandlung aus dem kriegsmäßig besetzten Gebiet in ein als künftiger Dauerbestandteil des großdeutschen Reiches gedachtes neues Gebilde.

Damit vollzog sich nicht nur eine staats- und völkerrechtliche Strukturänderung, sondern auch eine Änderung der Einstellung zu diesem Raum. Ich werde ein besetztes Gebiet, das ich im Wege der Gewalt des Krieges erobert habe, völlig anders behandeln als ein Gebiet, von dem ich von vornherein annehme, daß ich dort bleibe.

Diese Umwandlung bezw. Änderung der Struktur dieses Raumes hat sich erst allmählich durchgesetzt Lange Zeit, nachdem diese Umwandlung deutlich spürbar war, gab es immer noch Tendenzen, die aus der Zeit der Besetzung des Gebietes stammten. Ich erinnere nur an den Begriff der Beute. Beute mache ich in einem Gebiet, das ich kriegsmäßig besetzt halte, von dem ich weiß, daß ich es eines Tages wieder verlasse. Wenn ich aber einen Dauerzustand herbeiführen will, dann ist der Begriff der Beute sinnlos geworden. Denn ich muß dann nicht nur dafür sorgen, daß das von mir in einem bestimmten Ablauf kriegerische Handlungen gewonnene Gut weggeschaft wird, sondern ich muß durch Einführung pfleglicher Methoden die menschlichen,

rohstofflichen und territorialen Kräfte dieses Raumes als Dauerzustand, als Dauerfundament, in den Dienst der Heimateinrichtungen stellen.

Dieser Umschwung führte nun zu gewissen Meinungsverschiedenheiten. Ich war von Anfang an der Meinung, daß es falsch ist, wenn schon diese Strukturänderung vom besetzten Gebiet zum Generalgouvernement kam, nun die Polen etwa lediglich als Objekt der Gewaltanwendung zu behandeln. Wir müssen uns darüber klar sein, daß heute jeder europäische Mensch, ganz gleich, wo er sich befindet, ein Gut ist, von dem wir Nutzen haben, wenn wir es nur verstehen, dieses Gut in unseren Dienst zu stellen.

Es war daher klar, daß hier Reibungen entstanden; es gab eine ganz scharfe Richtung, deren Vertreter sagten: wir müssen unter allen Umständen die Zeit des Krieges benutzen, um so weit wie möglich die polnische Volkskraft zu zerstören, zu zerfetzen; wir müssen aus diesem Lande brutal alles ohne jene Rücksicht auf die Folgen herausziehen, wir müssen gewaltsam Einsiedeln, wir müssen enteignen und entwurzeln. Und dabei hat man ganz vergessen, daß es Aufgaben gibt, an deren Erfüllung man im Kriege nicht denken darf. Im Kriege kommt es nur darauf an, dafür zu sorgen, daß das Gebiet, das ein Substrat des Sieges und der heimatlichen Energie ist, restlos in seiner Energieentfaltung ausgenutzt werden kann.

Jedes Mittel, das demnach dieses Gebiet in Ruhe und Ordnung hält, das den polnischen Bauern zur Ernte, den polnischen Arbeiter an die Maschine,

23.1o.43.

an die Transporte, an die Eisenbahn bringt, ist wichtiger als die Vorwegnahme einer Schlußfolgerung, die allenfalls einmal erst der kommende Sieg uns ziehen lassen wird. Ob man gegebenenfalls durch weitgehende Zurückdämmung der Siedlung den Polen treffen kann, ist eine Frage der Zeit.

Es ist kein Zweifel, daß diese Überlegungen zu gewissen Spannungen führen mußten und führten. Ich bin auch sehr dagegen, daß man die polnischen Arbeiter im Reich immer noch mit dem Juden in eine Reihe stellt und sie deklassiert behandelt - nicht wegen der Polen! Ich habe jetzt die Änderung in den Ernährungsverhältnissen für die Polen nicht etwa deshalb herbeigeführt, um den Polen, sondern um den Deutschen einen Dienst zu erweisen. Denn wir sind eine handvoll deutscher Menschen in diesem Raum. Und wenn ich in den letzten Tagen zu deutlich sichtbaren, nach außen in Erscheinung tretenden exemplarische Strafen und Erschießungen die Vollmacht gegeben habe, dann nur, um zu zeigen, daß ich auch anders kann. Ich werde binnen kurzer Zeit, wenn ein Erfolg festgestellt wird, diese Maßnahmen wieder einstellen. Aber die Zahl der Ermordeten Deutschen ist in der letzten Zeit so erschreckend angestiegen, daß hier etwas geschehen mußte.

Dabei ist es mir ganz gleichgültig, ob die Stimmung bei den Polen absinkt oder nicht. Ich muß schließlich das Leben der deutschen Menschen in diesem Raum mit allen Mitteln schützen, in einem Augenblick, in dem ich leider noch nicht über die Zahl von Exekutivorganen verfüge, die mir eine restlose Dislozierung ermöglichen würde,

23.10.43.

dies um so mehr, als ich ja immer wieder der Repräsentant einer völlig anderen Einstellung war, bin und bleiben werde.

Die etwas scharfen Exekutivmaßnahmen, die wir jetzt in Warschau, Krakau und einigen anderen Orten ergreifen, sollen nur zeigen, daß die deutsche Macht in diesem Lande besteht und daß wir nicht einfach ohne jede Reaktion unsere deutschen Männer und Frauen niederschießen lassen. Im übrigen wird sich ja zeigen, ob die Kurve der Tötungen der Deutschen absinkt - es sollte mich freuen - wenn nicht, dann haben wir Energie genug, es durchzuhalten. Immerhin können daraus Verdüsterungen kommen, die wir eben in Rechnung ziehen müssen. Die Schuld trifft nicht uns, sondern jene Marodeure, die ohne Rücksicht auf die Volkskraft der Polen versuchen, uns in Situationen zu bringen, die uns die Ergreifung solcher Maßnahmen nahelegen.

Aber dieser Vierjahrestag des Generalgouvernements soll uns auch den Anlaß geben, darüber nachzusinnen, wie es nun weiter gehen wird. Ich habe den Eindruck, daß sich die Kriegslage in absehbarer Zeit wieder einmal zu unseren Gunsten wenden wird. Ich bin nicht nur voll des Glaubens, sondern auch des Wissens, daß das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht zu gigantischen Gegenschlägen ausholen werden, die eine ungeheure Wirkung haben. Und wenn das dann geschieht, dann wird selbstverständlich auch die Baisse aufhören, die uns bis jetzt so belastet hat. Das wird kommen. Für uns aber handelt es sich darum, ohne Rücksicht darauf den ~~Plan~~ klaren Kurs einzuhalten.

23.10.43.

Ich habe in der ersten Rede, die ich im Laufe dieser Tage in der Verwaltungsakademie gehalten habe, in den Vordergrund meiner verwaltungsrechtlich- theoretischen Betrachtungen wie immer die pflegliche Behandlung der in unserem Interesse arbeitenden Fremdvölkischen gestellt. Diesen Weg wird die Regierung auch weiter beschreiten. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie mir bei Erfüllung meiner Aufgabe so schön geholfen haben. Ihre Hilfe hat mit dazu beigetragen, die politische Richtung, die ich vertreten habe, und die sich, wie ich ruhig sagen kann, restlos durchgesetzgt hat, einhalten zu können. Diese Richtung ist nun voll und ganz auch das Ergebnis eines schwierigen Versuches. Denn auch die Gegenseite - oder sagen wir: die Seite, die eine andere Richtung vertrat, hatte ihr gutes Recht dazu. Man konnte ja nicht wissen, was nun eigentlich das richtige ist. Dabei war mir doch interessant zu hören, daß nach einer Übersicht der Zentrale der deutschen Sicherheitsorgane trotz aller Ereignisse der letzten Monate, die wir so sehr beklagen, das Generalgouvernement als das weitaus befriedetste aller besetzten Gebiete seit 1939 angesehen wird und daß die Sicherheitslage des Generalgouvernements, selbst verglichen mit den Verhältnissen im Reich, nur um weniges zurückliegt. Diese amtliche Bestätigung, die mir SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewesky auf Grund des bei der von ihm geleiteten Zentrale der Bandenbekämpfung zusammenfließenden Materials gegeben hat, ist für mich die Gewähr, daß das Gros der Bevölkerung von uns wird in Ruhe gehalten werden können.

23.10.43.

Ich verlange, daß der Mord an Deutschen aufhört und daß der Mörder keinerlei Unterstützung durch die polnische Bevölkerung mehr erfährt. Es muß erreicht werden, daß wir diese ausschließlich noch von den Kommunisten getätigten Exzesse unterbinde. Die sog. nationale Widerstandsbewegung hat ja die Parole ausgegeben, daß von weiteren Tötungen deutscher Menschen abzusehen ist. Ich werde auch die kommunistische Widerstandsbewegung zwingen, ihren Kampf einzustellen. Ich jedenfalls gebe nicht nach.

Es ist klar, daß diese meine Ausführungen für Sie, meine Damen und Herren, eine interne Information darstellen und nach außen hin das Bild einer absolut klaren Linie gerade in diesen Tagen des Generalgouvernements weiter hervorgekehrt werden muß. Wir können ja auch auf die Leistungen stolz sein, die wir alle miteinander vollführt haben. Es ist ein stolzes Bekenntnis, wenn ich sage, daß es uns doch geglückt ist, hier etwas aufzubauen, was man früher kaum erwartet hätte. Was wir dem deutschen Reich und der deutschen Wehrmacht in jeder Form heute dauernd als wirklich gutes, geordnetes Bollwerk im Osten zur Verfügung stellen, das übersteigt selbst unsere Erwartungen.

Ich dulde selbstverständlich keine Einbrüche in die einheitliche Führung dieses Raumes. Wer etwa glauben sollte, es könnte an dieser einheitlichen Führung irgendwie gerüttelt werden, dem sage ich: ich bin fest entschlossen, von den mir vom Führer gegebenen und wieder neu bestätigten Vollmachten in jeder Weise Gebrauch zu machen.

Deshalb müssen wir uns auch mit der Stimmung der Deutschen im Lande beschäftigen. Ich erwarte

23.10.43.

mir von Ihnen als der stärksten geistigen Waffe, über die ich verfüge, daß Sie so wie bisher dafür sorgen, daß kein Funke von sog. Defätismus oder von Schwächezeichen hier einbricht. Wer heute aus Angst dieses Land verläßt, der hätte besser nie hierher kommen sollen; er wird aber auch nicht hier-her zurückkehren. Wer aber bleibt, soll wissen, daß wir hier ein kameradschaftliches Ganze darzustellen haben, in welchem irgendwelche Unterschiede der Uniform, der Kleidung, des Ranges, der Stellung usw. keinen Platz haben. Und dieses einheitlich geschlossene Wertmaß: hier sind deutsche, dort nichtdeutsche Menschen - dieses Prinzip muß in ganz starken Schlagzeilen immer wieder mit einem gewaltigen Appell in die Bewußtheit unserer deutschen Menschen hier im Raum eingehämmert werden.

Die Presse hat ihre großen Verdienste um das Generalgouvernement. Was Sie mir an Zahlen geben, das freut mich zu hören. Ich weiß es, ich sehe es selber, ich höre es ununterbrochen, wie unsere Presse gerüstet ist. Ich weiß auch, wie sehr hier die Haltung unserer Presse Anerkennung findet. Ich kann sagen: es ist die Krakauer Zeitung, die ich persönlich gerne lese. Denn sie entspricht schlechthin dem, was ich mir unter einer Tageszeitung vorstelle. Sie ist klar, ruhig, ruhig in ihrem Ton, eindringlich. Mit dem Ablauf ihrer gedanklichen Ruhe hat man den Eindruck, daß sie über der Sache steht und sich nicht von den Dingen treiben läßt. Ich habe auch aus den anderen Veröffentlichungen dieses Raumes den Eindruck, diese Presse nennt die Dinge beim richtigen Namen und hat den Mut, einzusehen, daß der deutsche Charakter

23.1o.43.

es erträgt, auch die ernstesten Dinge dargestellt zu sehen. Dies ist der Ton, den wir brauchen. Wir stehen den Dingen des Lebens so unmittelbar gegenüber, daß ein Scheinbild, daß irgend etwas visuell konstruiert ist, für uns nicht taugt.

Ich freue mich auch immer wieder über die Pflege der Pressepublikationen der Polen und Ukrainer. Mit besonderer Anerkennung möchte ich der Arbeit der Schriftleitungen auf diesem Gebiet bedenken. Meine Herren, die Sie sich dieser Aufgabe unterziehen, seien Sie überzeugt, daß das eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Pressepolitik ist, die in diesem Kriege gemeistert werden müssen.

Es freut mich ferner, aus dem gemeinsamen Bild, das Sie mir geben, feststellen zu können, daß auch unter Ihnen ein aufgeschlossenes, echt kameradschaftliches Zusammenarbeiten lebendig ist - ein großes und entlastendes Moment! Denn wir können hier keinerlei von Egoismus getragene Konkurrenz brauchen; es genügt, zu wissen, daß wir, in enrster Zeit auf ernstem Posten stehend, ernste Arbeit zu leisten haben.

Was mir die deutsche Presse geholfen hat, das kann ich nicht in einem Satz sagen. Die Versuche, unsere Arbeit sozusagen ins Negative abgleiten zu lassen, uns furchtbar zu kritisieren und unausgesetzt zu verdächtigen, haben leider nicht gefehlt. Sie gehören in das düstere Kapitel einer internen Sabotage, die schrecklich ist. Aber das ist ja überwunden; denn gegenüber den

objektiven Tatsachen der Wahrheit kann sich auf die Dauer kein noch so übel verzerrtes Bild überhaupten.

So wünsche ich Ihnen denn auch im 5.Kriegsjahr in Ihrer Arbeit und auf Grund der Richtlinien, die Sie sich selber gegeben haben, weiteren Erfolg. Mögen Sie das Gefühl haben, daß Sie aus eigenem unter Vermeidung alles irgendwie Kleinlichen oder schikanös Regulativen zu arbeiten im Stande sind. Ich bin ein alter Verfechter der persönlichen Freiheit, insbesondere der geistesschöpferischen Freiheit. Ich möchte, daß Sie, die Pressearbeiter und Pressearbeiterinnen, sich im Generalgouvernement wohlfühlen und den Eindruck haben, daß Ihnen eine eigene Verantwortungszone mit eigener Entschließung anvertraut ist, durch die Sie sich selber in Ihrer Position befestigt fühlen wollen. Allerdings steigt mit dieser eigenen Zone auch Ihre Verantwortung. Ich möchte das Bild einer freischöpferischen Kraft in der Presse immer wieder sehen. Ich weiß, daß dabei Ihr Dank der ist, den Sie mir bis jetzt immer wieder abgestattet haben, daß ich nämlich wirklich hervorragende Produkte von Presseveröffentlichungen feststellen kann, über die ich mich freue und über die sich jeder Deutsche freut. Wir wollen immer daran denken, daß wir hier auf einem Neuland stehen und sich in zunehmendem Maße die Blicke auf uns richten werden. Denn die bis vor kurzer Zeit noch so wichtige Funktion des Generalgouvernements als Brücke gegenüber dem Osten ist wieder zur Bastionsposition geworden: wir sind im Begriff, ein Eckpfeiler zu werden, wo wir Brücke waren. Diese Notwendigkeit verstärkt in uns auch das Bedürfnis und die Pflicht, gerade hier ein ehernes Bild von Entschlossenheit und Geschlossenheit zu bilden.

23.1o.43.

Pressechef Gassner dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und verspricht, daß die Presse im gleichen Geiste weiter arbeiten werde wie bisher.

IX/19

23.10.1943

19^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Gebäude der Schulungsburg der NSDAP auf der Langen Wiese.

20^{00} Übergabe der Schulungsburg an den Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP durch den Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler führt dabei aus, dass zwischen Partei und Staat keine Reibungsflächen entstehen dürften. Im Generalgouvernement gestalte sich die Zusammenarbeit zwischen Staat und Partei in idealer Weise.

"Die Partei, später gegründet als der Staat, hat in der kurzen Zeit ihres Wirkens im Generalgouvernement auch ihre Leistung mit eherner Feder in die Geschichte des Generalgouvernements eingetragen, sodass, wenn heute vom Staat die Rede ist, gleichzeitig auch von der Partei gesprochen werden muss."

Staatssekretär Dr. Bühler spricht dann dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, Hauptabschnittsleiter Stahl (ViA.) seinen Dank für den hervorragenden Einsatz aus, durch den es ermöglicht worden sei, die Schulungsburg bereits heute, am Jahrestag des Generalgouvernements, ihrer Bestimmung zu übergeben. Er schliesst dann mit folgenden Worten:

"Möge in diesem Haus stets ein guter Geist walten, mögen in diesem Haus in die Herzen der nationalsozialistischen Führerschaft dieses Raumes Stärke, Kraft und die Impulse gelegt werden, die sie fähig machen, zur Verwirklichung der unsterblichen Ideen der nationasozialistischen Weltanschauung Adolf Hitlers."

23.10.43

Nach der Übergabe des Schlüssels an Pg. Stahl dankt dieser mit folgenden Worten:

"Am Vorabend des Geburtstages des Generalgouvernements übernehme ich von Ihnen, Herr Staatssekretär, den Schlüssel der Schulungsburg im Beisein der Führerschaft von Wehrmacht, Staat und Partei. Die Schulungsburg der NSDAP Generalgouvernement wird ihre Arbeit in dem vom Herrn Staatssekretär geäusserten Sinn auffassen und durchführen. Staat und Partei, Partei und Staat stehen in diesem Raum zusammen, um den Auftrag, den Sie, Herr Generalgouverneur, bekommen haben, mit Energie und fanatischem Siegeswillen in gemeinsamer Entschlossenheit zu Ende zu führen. In diesem Sinne grüssen wir den Führer, der auf uns schaut. Adolf Hitler - Sieg Heil!"

Im grossen Vortragssaal der Schulungsburg hält anschliessend der Herr Generalgouverneur nach einem Einführungsvortrag des Pg. Holweger, in dem die Aufgaben der Schulungsburg des Generalgouvernements behandelt, folgende Rede über die Unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus:

"Ich begrüsse die Errichtung dieser Schulungsburg des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP mit grosser Freude und möchte allen an der Schaffung dieses Bollwerks nationalsozialistischen Ideenlebens Beteiligten aus Staat und Partei meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Ist es doch ein Zeichen gewaltiger Stärke der nationalsozialistischen Kampffront, dass es im fünften Kriegsjahr möglich ist, im Nebenland unseres Großdeutschen Reiches eine Zentrale für nationalsozialistische Schulung der Wirksamkeit zu übergeben.

Mein Wunsch, den ich diesem Haus als Weihespruch an die Stirn schreiben möchte, lautet: Für Gott, Führer, Volk und Reich!

Elementar, wie diese Urbegriffe baut sich ja die Lehre des Nationalsozialismus auf. Auf die Urwurzeln menschlicher Entwicklung zurückgeführt, von allem Ideologischen Zwischenwerk befreit, ragen die unterstörbaren Fundamente der Erkenntnisse Adolf Hitler's in diese Zeit.

Ihr, meine Parteigenossen und -genossinnen, die Ihr berufen seid, in dieser Schulungsburg zu lehren oder zu lernen, Ihr, die Ihr hier sprecht, die Seelen aufrüttelt, die Geister klärt: denkt immer daran, dass in Adolf Hitler und seiner Idee schlechterdings die Totalität deutschen Wesens kulminiert und dass es unwürdig wäre, kleine Nebenpunkte da in den Vordergrund zu rücken, wo diese Urfundamente deutschen Lebens unseren Dienst hervorrufen.

Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus sind heute das grosse machtvolle Bekenntnis der Millionenmassen unseres Volkes geworden. Ihnen zu dienen, ist unsere Aufgabe, sie zu verwirklichen, unsere Hoffnung. Diese Ideen von Volk und Rasse, Boden und Erbe, Wehr und Ehre, Einheit und Stärke, Willensart und Entschlossenheit sind wie der letztgeläuterte Stahl unzerstörbar das Gepräge dieser deutschen Epoche.

Im Dienste dieser unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus steht auch diese Schulungsburg. Unsere deutsche Jugend hier im Raum, aber auch unsere deutschen Männer und Frauen aller Dienstbereiche und Lebensarten sollen auf der Schulungsburg immer wieder Glauben an die Unsterblichkeit unseres Reiches aufgerichtet werden. Hier soll die Glut fanatischer Entschlossenheit im Dienste für Führer und Reich immer wieder neu angeflammt werden, sodass von dieser Schulungsburg aus in die Lande hinein strahlt, wie ein Leuchtturm des Gewissens hochaufgerichtet, die Sinndeutung dieses gewaltigsten Krieges aller Zeiten, die für uns Deutsche lautet: die endliche Schaffung eines freien, grossen, deutschen Reiches der Ewigkeit.

23.10.43

Man ermesse diese Zielsetzung, um die Adolf Hitler sein ganzes herrliches deutsches Volk geschart hat, an den erbärmlichen, kleinlichen, zänkischen und spiessigen Parteiideologien vergangener Zeiten. Man vergleiche allein diese grandiose Aufgabenformulierung, wie sie Adolf Hitler unserem Volk voranlebt, mit dem parlamentarisch, wichtigtuerischen Tagesdünkelkram vergangener Perioden, man horche einmal hinein in diese Planungen, die einem Volk von unzweifelhaft grandioser Charaktergrösse ein Weltreich schaffen sollen, und ermesse dann an ihnen die ganze abgrundversunkene Verworfenheit käuflicher berufspolitischer Kasten , die einmal unser deutsches Volk durch Verrat, Feigheit und Hinterlist in den Abgrund der Not gestoßen haben.

Wir Nationalsozialisten haben allen Grund, uns über den ungeheuren kaum mehr zu bändigenden Haß unserer Gegner allüberall in der Welt zu freuen. Wir begrüssen diesen Haß. Denn da uns die jüdisch-bolschewistisch-plutokratischen Blutsauger, terroristischen Massenmörder und Menschenglückvernichter hassen und vertilgen wollen, geben sie zu, dass die grösste Tat Adolf Hitlers überhaupt schon die war, gewagt zu haben, ein eigenes Weltreichideal für unser Volk aufzurichten, das sowohl seiner räumlichen Ausdehnung, wie aber vor allem auch seiner sozialistisch-nationalsozialitschen Sinngabe nach in völligem Widerspruch gegen diese Ausbeuterzentrale der Welt sich gestaltet. Dass er es geplant hatte, war den Juden schon zu viel. Wie musste erst ihr Haß anschwellen, als er die Herausforderung dieser Judenclique annahm und sein Volk zu den Waffen rief.

Der Krieg steht in voller Entfaltung. Wir werden ihn gewinnen, da wir unerschütterlich, in uns klar, selbstsicher, unverdrossen und unbeugsam, durch nichts zu erschrecken den Weg über die Schicksalsbrücke in die Ewigkeit des Ruhmes dieser grossen Opferzeit mit

den wehenden Fahnen unserer Bewegung weitermarschieren.

Dies ist nicht nur unser Glaube, es ist mehr: dies ist unser Wissen. Denn die Kraft unseres Volkes ist unüberwindlich, da seine wesentlichsten und hervorragendsten Charaktermerkmale der Treue und Tapferkeit, der bescheidenen Disziplinhaltung und volksgenössischen Ehrenhaftigkeit von Adolf Hitler in weltgeschichtlich einmaliger Form zu letzten äussersten Energieballungen zusammengefasst wurden und sie damit unser Volk zur absolut höchsten Leistung emporgesteigert haben.

Ob wir da oder dort territorial einige Kilometer zurückweichen und neue Frontlinien bilden, ob die oder jene unserer Städte unter den sadistischen Terrorangriffen englischer Bomber zusammensinken - nichts ist verloren, alles ist gewonnen, wenn die Gesinnungsfront der deutschen Nation nicht durchbrochen werden kann, wenn die Willensentschlossenheit unseres Volkes ihre Fronten nicht zurückbeugen lässt, wenn die heroische Tapferkeit unseres Gesamtvolkes nicht in Staub und Asche versinkt.

So sei diese Schulungsburg und das Wirken in ihr ein fanatisches Fanal dafür, dass gerade wir Deutsche hier des Ostens in dieser Vorburg unseres Reiches getreu der Tradition der Ordensritter des Mittelalters und im engsten Einklang mit dem unvergleichlich heroischen Wirken unserer Soldaten in allem und jedem Vorkämpfer des Nationalsozialismus sein wollen.

<u>Die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus</u>: damit meine ich alles das, was einmal, durch Adolf Hitler ausgesprochenunsd als nationales Lebensprogramm formuliert, niemals mehr in deutschen Landen wird vergessen werden oder untergehen können. Da alles menschlich Bedingte der Verwesung anheimzufallen droht, leuchtet in diesen Ideen ein ewiges Licht, das die gesamte kommende <u>Zukunft unseres Volkes</u> stark durchstrahlen wird, an dem sich, ganz gleich, wann und in wie vielen Jahrhunderten von jetzt an gerechnet, der deutsche Mann, die deutsche Frau und die deutsche Jugend jeweils immer wieder aufrichten werden, - ein Gedanke, der uns erschauern

macht ob der Gewalt seiner die Gegenwart sprengenden Grösse.

Der Schleier des kommanden Geschehens hängt trübe dem Menschen in seine Wege. Jeder geht, dem inneren Zeiger folgend, seinen Gang, mit ihm seine Generation. Schon aber wächst die neue Generation heran, die ihm und seine Zeitgenossen ablöst. Er gibt die Fahne der Nation weiter. Die neue Generation marschiert, um bald darauf von einer dritten abgelöst zu werden.

Schauen wir so einprägsam tief in uns hinein, ahnend das künftige Geschehen unseres Volkes, dann möchten uns die Tränen des Glücks und der freudigen Befriedigung darüber in die Augen kommen, dass aus den gigantischen schrecklichen Opfern dieser Zeit doch das ewige Reich unserer Deutschen ersteht mit den weiten gesegneten Fluren, den lachenden glücklichen Menschen, den betriebs- und geruhsamen Städten völkischer Daseinsfreude. Wir sehen die grossen Strassen durch die weiten Gebiete gebaut, neue Bauernstätten erstehen in grossem Ring um unser Stammgebiet, und leuchtendes junges deutsches Menschentum begrüsst den jeweils neukommenden Frühling in stolzem Hoffen und Wagen. Dann wird die Zeit kommen, in der die alten Kaiser unseres Volkes, Karl der Grosse, Barbarossa, Heinrich, im Geiste über diese Fluren reiten. Dann wird aber vor allem der grösste aller Deutschen, Adolf Hitler, in jedem dieser Menschenherzen flammen. Dann werden die Gräber unserer Gefallenen, die Gräber der vom Terror Getöteten unter der Pracht der Blumengaben bei den gesenkten Fahnen des Großdeutschen Reiches Adolf Hitlers immer wieder liebevoll die Gedanken auf diese Zeit lenken. Dann wird einsam in einem weiten hohen Raum den Mannen Adolf Hitlers ~~immer wieder~~ die Weihestätte bereitet sein. Dann wird das, was ich die unsterblichen Ideen des Nationalsozialismus nenne, in tausenden, ja in unzählbaren

Lebensenergien nach innen und nach aussen unser Volk vor dem Einbruch neuer Zersetzungsbazillen behüten.

Ja, werte Anwesende, diese Schulungsburg trägt in sich jenes sakrale Element letzter Lebensbedeutungen und völliger Sinngebung der Weltgeschichte. Denn dieses Grösste und Unsterbliche am Nationalsozialismus Adolf Hitler's ist doch zunächst die Schaffung der totalen Höchstkategorie in einem alles überstrahlenden neuen rassisch fundierten Volksbegriff.

Dieser Volksbegriff Adolf Hitler's und seiner Bewegung bedeutet ein unendlich Vielfaches, dass es nämlich keinen höher zu wertenden Dienst auf dieser Erde geben kann, als im Namen Gottes seinem Volk zu dienen. Das Volk ist der Höchstwert und die einzige wirklichhaltbare Zielsetzung!

Gibt es noch ein Volk wie dieses Deutsche? Sind wir nicht gesegnet, dass wir ihm angehören, ihm dienen dürfen? Wo gibt es eine Nation, die solche schöpferischen Ahnen hat wie wir? Wo gibt es ein Volk, das auf allen Gebieten kulmulierter Entwicklungen der Kultur, der Technik, des Staates, in Philosophie, Musik, Literatur, in allgemeinen nützlichen Lebensforderungen so viel an Schönem und Hohem dieser Erde abgerungen hätte wie das unserige? Haben wir es nötig, uns von einem anderen Volk beherrschen zu lassen? Hat irgendein Volk in der Welt das Recht, uns Lehren zu erteilen? Glaubt irgend so ein dahergelaufener Präsident einer Börsenrepublik, einem Reiche Lehren erteilen zu können, dessen Geschichte Tausende von Jahren zählt und dessen Volk Leistungen bis an die Sterne vollbracht hat? Soll irgend so ein krummgewachsener Jude uns etwas vormauscheln dürfe uns, die wir hochaufgerichtet als die geborenen führenden Gestalter höchster Beglückungsformen dem Leben auf dieser Erde überhaupt erst Sinn, Weihe und Schönheit gegeben haben? Soll irgend

so ein georgischer Satrap mit seinem schwarzen Schnautzbart und seinen dressierten Sklavenhorden über uns hereinbrechen und mit der rein technischen Wucht seiner nivellierten Massen und maschinellen Tötungseinrichtungen uns überwalzen können? - Nein, Gott hat dieses deutsche Volk geschaffen, auf dass an ihm und von ihm aus die Wiedererweckung und die Bewahrung höchster wertvollster Lebensgüter sich vollziehe.

Daher ist unser Stolz unbeugsam, und unsere geschichtliche Legitimation als Volk ist schlechterdings einzigartig. Nur jene Gegner, die in früheren Jahrhunderten das germanische Blut in ihre Adern irgendwie einfliessen lassen konnten, treten, gestärkt durch diesen Tropfen, uns entgegen. Das ist ja die grosse Tragödie unserer Geschichte. Hätte die Deutsche Katharina II. dieses Grossrussland nicht geschaffen, dann wäre es nie mehr geschaffen worden. Wären die Normannen und die übrigen germanischen Stämme nicht allüberall befruchtend in die Welt gefahren, dann könnte uns nicht aus der ganzen Welt der Krieg geboten werden. Wir erleben es ja hier im Lande, dass der Widerstand uns gegenüber, wo er sich überhaupt findet, gar nicht so selten auf die Verbindung des slavischen Volkstums mit einem deutschen Vorfahren zurückzuführen ist, durch die eben der Trotz und die Willensstärke allein bedingt werden.

Dieser von Adolf Hitler über alle Zonen hinausgehobene Wertbegriff "Volk" aber überwand all das andere, was der Volkwerdung

unserer Nation immer wieder hemmend entgegen=trat. All das Stammesgetue, das monarchisch Irrlichternde, das Stätchen-bildende, das kon=fessionell Zerreissende, das klassenmässig Aufspaltende usw.

Vor allem sichert er die rassische Säu=berung unserer Volkssubstanz durch die rest=lose Vernichtung und Ausschaltung unseres Tod=feindes, des Juden.

Und diesem Volksbegriff gab Adolf Hitler die grosse, schlechterdings unsterbliche erste Idee des Nationalsozialismus. Sie wird uns, die älteste Garnitur ihrer Vorkämpfer überleben. Alles kann in der Weltentwicklung möglich sein - niemals aber wird es möglich sein, dass ein Jude Deutschland frei betritt oder gar in Deutschland irgend eine Rolle spielt. Niemals wieder wird es vorkommen, dass dieses deutsche Volk kapituliert oder sich defätistischen Phraseologen zuneigt, um, von jüdisch-süsslichem Wortgesäusel ohn=mächtig gemacht, hinterrücks erdolcht zu werden. Niemals! Denn dieses Volk ist durch Adolf Hitler auf sein eigenes Höchstbewusstsein und auf die restlose Schlussfolgerung der unbeugsamen Logik der Weltgeschichte ausgerichtet, nach der jeder, der auf diesem Planeten schwach ist, das Opfer des Starken wird, - ohne Erbarmen, ohne Mitleid, ohne Rücksicht, ohne jede Schonung. Dass wir als Volk, wollten wir heute schwach werden, rest=los ausgerottet und vertilgt werden, das weiss das deutsche Volk. Der geifernde Hass der Juden treibt geradezu Wahnsinnsblüten von Vorstellungs=orgien und Zerstörungssucht unserem Volk gegen=über. Wir aber recken den Kopf höher und werden

23.10.43

von Tag zu Tag entschlossener und härter.

Diesen Volksbegriff also wird die Schulungsburg in die Lande flammen lassen.

Die zweite grosse nazionalsozialistische Idee, die unsterblich sein wird, ist die Idee nationalsozialistischen Bodendienstes. Der heilige Boden unseres Volkes wird in den Grenzen gezogen, die das deutsche Schwert sich erkämpft. Dieser Boden ist ein Gemeinschaftsgut. Und so, wie der Volksbegriff des Nationalsozialismus eine grosse Revolution einleitet, ist dieses Festankern unseres Volkes im heimischen oder neu eroberten Boden in jedem Hinblick die tragende Entwicklungsform.

So schauerlich es klingen mag, eine wahrhaft dämonische Lehre bietet hierbei unsere Zeit: was immer wir an Pracht und Herrlichkeit durch die Jahrhunderte hindurch in unseren Städten aufgebaut haben, es sinkt oft in ebenso vielen Minuten in Schutt und Asche, wie es Jahrhunderte waren, die zur Erbauung notwendig waren. Dann trägt der heimische Boden die Menschen unseres Volkes so, wie sie sind: alles, was sie in den Häusern bargen, ist dahin; sie haben kein Möbelstück mehr, kein Wäschestück, kein Kleid, kein Buch, kein Wertobjekt, kein Bild. Doch die feste Heimaterde trägt sie. Die Rückbesinnung der Menschen auf die nicht zerstörbaren Werte des Bodens ist ein Charakteristikum der eisernen Lehre dieser Zeit. Dort, wo der Fluss, der Wald, der Baum und die Ähre steht, die, selbst wenn sie verbrannt wird, immer wieder die Kraft der Wurzeln in sich schliesst, steht dann auch der ~~Gegenwarts~~-Mensch. Und so, wie lange vor

der Errichtung unserer gigantischen Städte das deutsche Volk schon auf der Scholle stand, oft nur ein Blockhaus, nur eine kleine Hütte im Walde sein Eigen nennend, so beginnt das wieder die neue Werdung.

Grauenhaft ist der Verzicht, entsetz=lich grausam dieser Gedanke, wenn man die unmessbaren Tränen von Schmerz und Leid be=denkt, die mit jedem Terrorangriff verbunden sind. Diese Terrorangriffe treffen aber die Städte, nicht den Boden.

So müssen wir denn wieder diesen Boden=begriff aus der Lehre des Führers entnehmen. In ihm liegt die Zukunft, aus ihm strahlt das leuchtende Leben, an ihm wird jeder Terror zu Schanden.

Dass dieser Boden unserer Nation so wie der Begriff unseres Volkes heilig sein muss, dass jedes Quadratkilometer dieses Rau=mes jederzeit auf die Verteidigung durch alle Volksgenossen rechnen kann, dieses Bewusstsein gibt uns das feste Fundament auf unserem Pla=neten. Auf ihm werden die Bauerngeschlechter wachsen und werken; aus ihm werden wir die Schätze für unsere Wirtschaft holen, und in ihm wird dann auch jenes persönliche Wertmoment erstehen, dass der Freie deutsch und der Deut=sche frei ist. Wir müssen dieses germanische Urerbe der persönlichen Freiheitszone in unseren Boden so einrammen, dass angesichts der flammen=den Zusammenballung der Millionen und aber Millionen freiheitsbewusster deutscher Männer und Frauen der Boden selbst in Flammen steht, wenn irgend ein Feind es künftig wagen sollte, gegen diesen Boden anzugehen.

23.10.43

Wer im Boden wurzelt, kann niemals Sklave sein. Die alten germanischen Rechts=grundsätze von der Freiheit der Landluft in den Zeiten, bevor die fremden Rechte die Scholle der Unterwürfigen schufen, kehren wieder. Daher wird auch in Zukunft niemals wieder von dieser unsterblichen Idee des Nationalsozialismus, von der Höchstrangigkeit des nationalen heiligen Wertes unseres Bodens abgewichen werden.

Ein dritter unsterblicher Ideenwert des Nationalsozialismus vereint Volk und Raum und Boden. Ich möchte ihn den Begriff der volksgenössischen Energien nennen. In ihm lässt sich alles das zusammenfassen, was das typische nationalsozialistisch vorbildliche Kämpfertum das deutsche Volk gelehrt und ihm gebracht hat. Unvergänglich werden diese volksgenössischen Energien sein.

Was bedeuten sie? Sie werden für alle Zukunft das Vorbild Adolf Hitler's und seines Freiheitsweges für Deutschland genau so in den Mittelpunkt der Gläubigkeit des einzelnen rücken, wie in irgend einem christlichen Zeitalter der Leidensgang des Heilands typen=bildend war.

Ich spreche es ganz offen aus: der Lei=densgang der Tausende und aber Tausende deut=scher Soldaten und deutscher Menschen zum Tod in diesem Krieg findet sein Symbol in dem unsagbaren sorgendurchzuckten Leben und Kämpfen Adolf Hitler's. Gibt es ein Vorbild, das in alle Zukunft hinein für unser Volk unsterblicher sein könnte als dieses?

23.10.43

Als ich 1919 Adolf Hitler kennen lernte, da war er der kaum von seinem Leiden im Lazarett gelöste Soldat des Weltkrieges: blass, krank, elend sah er aus. Und doch strahlte in den wieder zum Licht erweckten Augen das Leuchten des Genius. Als dieser Mann in seiner persönlich unerreichbaren Schlichtheit damals begann, Politiker zu werden, da schlug die Schicksalsuhr unseres Volkes. Er begann sein Werk mit den ganz wenigen, die wir damals 1919 waren. Es war ein Kampf=weg sondergleichen, und doch war es der einzige Weg für Deutschland.

Was Adolf Hitler dann in den 14 Jahren von 1919 bis 1933 bis zur Erringung der Macht in Deutschland für die Wiederaufrichtung deutscher Gemüter, deutscher Geisteshaltung und die Erweckung deutscher Energien geleistet hat, ist ebenso einmalig wie dieses, dass er das völlig entwaffnete, entrechtete, versklavte und der restlosen Verelendung preisgegebene, durch Parteien zerfetzte, konfessionell ver=wirrte deutsche Volk in wenigen Jahren zur stolzen Höhe unvergleichbarer weltgeschicht=licher Leistung emporgeführt hat. Heute weht die Flagge seines Reiches in Strassburg, Paris, Rom, Warschau, Marseille, Bordeaux, in Brüssel, Amsterdam, Belgrad, Athen, in Triest, Genua, Bozen, Prag, Riga, Krakau und am Nordkap. Wer hätte ihm das jemals vorgelebt? - das frage ich Euch. Wer dürfte aufstehen und sagen, er habe auch nur annähernd ein gleiches für irgend ein Volk getan wie dieser Adolf Hitler? Wo gibt es in der Weltgeschichte ein Kapitel, das man aufschlagen könnte, um es mit der gleichen inneren Gepacktheit zu erleben wie dieses Buch

der Weltgeschichte, das einmal den Namen Adolf Hitler tragen wird?

Das Unsterblichste am Nationalsozialismus ist daher diese Gestalt Adolf Hitler's, die, monumental aufgerichtet, bis in das kleinste Gemüt, bis in das schwächste und unterwerfungsbereiteste Duckmäuser-Seelengehäuse hinein noch den Strahl einer letzten Verantwortungssorge schleudert. Eine Persönlichkeit von einer gigantisch unvergleichbaren Wucht! Wie gross sie ist, seht Ihr an ihren Gegnern. Ganze Weltreiche mit riesigen Industrien und Flotten und tyrannisierten Kolonien müssen sich aufmachen, um diesen Manne sein Werk streitig zu machen. Überall in der Welt schimpfen und hetzen und toben sie gegen diesen einen Mann. Und doch wagen sie nur sich kriechend ihm zu nahen, schleichen sie durch irgendwelche Bergschründe mühsam heran, damit sie ihm nur ja nicht nahekommen. Diese herrlichen sog. Weltimperien vertrauen darauf, dass die bolschewistischen Massenhorden ihn erwürgen könnten, auf dass sie ihre eigenen Blutopfer vermeiden.

So steht dieser Mann, allein gestützt auf sein Volk, seine Idee und seine Waffen, wie ein grosser Block in der Welt, und wir können sagen: aus unserer Mitte, aus unserem Volk wuchs er empor.

Die unsterbliche Idee der volksgenössischen Energie, wie sie der Nationalsozialismus gab, wird also vor allem durch die Unsterblichkeit der Persönlichkeit Adolf Hitler's getragen. Sie wird aber, ganz gleich, wann einmal in der Zukunft sie sich auswirken wird, immer wieder Anlass dafür sein, dass sich diese

23.10.43

5

volksgenössischen Energien bilden. Stellt Euch einmal die Wirkung des modernen Tonfilms in vielen Jahrhunderten vor! Wenn dann vielleicht wieder eine Schwächeperiode momentaner Art über unser Volk kommen sollte, dann würde jemand aus dem Archiv einen Tonfilm mit einem grossen Redevorgang Adolf Hitler's holen. In die interessante Zuhörerschaft, die Adolf Hitler ja nur noch dem gigantisch-traditionellen Namen nach kennt, würde die Unmittelbarkeit der Tonwirkung seiner Rede dringen. Dann würde von der Leinwand herab die Stimme dieses Mannes, der eine neue Welt einleitete, ertönen. Glaubt Ihr, dass es dann jemanden geben könnte, der nicht aufs tiefste ergriffen dieser mahnenden Stimme blindlings folgen würde?

Die volksgenössischen Energien unserer Nation werden in der Schule unserer national=sozialistischen Bewegung niemals mehr unter=gehen. Sie sind unsterblich, sie lehren den Wert des Glaubens an die deutsche Kraft. Wir Deutsche sind unbesiegbar, wenn wir einig, geschlossen und entschlossen in opfervollem Zusammenwirken willensklar bleiben. Diesen Glauben gab uns Adolf Hitler, er wird in Deut=schland nie mehr untergehen.

Wir glauben nicht an den Untergang des Abendlandes in dem Sinne eines Endes der Wir=kungskraft Europas über die Welt hin. Russland ist ein Zwitter, es hat von Asien und Europa nur die minderen Werte in sich vereinigt. Die viel berufene Stärke Russlands beruht offen=sichtlich auf der Übernahme fremder Ideen unter rücksichtslosestem Einsatz der Volkskraft.

23.1o.43

Unsterblich wird der Glaube an die schöpferische Genialität unseres Volkes sein. Auch ihn lehrte der Nationalsozialismus Adolf Hitler's. Diese schöpferische Genialität macht es uns zur Pflicht, den Begabungen unseres Volkes überall nachzuspüren und ihnen den sicheren Weg zu ihrer volksnützlichen Entfaltung zu gewährleisten.

Wir lehnen den toten Begriff der Masse ebenso ab wie den Zivilisationsbegriff der Gesellschaft. Beide gehören zusammen. Es ist kein Wunder, dass sich der Prolet und der Gentleman der englischen Society mit dem Juden in dieser jetzigen Gesellschaft von Salonbolschewisten, Judenknechten und Plutokraten zusammengefunden haben.

Unsterblich ist die Idee des Nationalsozialismus, die nur den Wert des Volksgenossen als Persönlichkeit, den Wert des Volkes als höchsten Wert und die Führung dieses Volkes als die Trägerin der geschichtlichen Verantwortung für das Schicksal ihres Volkstums anerkennt. Das sind die drei unsterblichen Begriffe des Nationalsozialismus: im Volksgenossen lebt das Blut, im Volk lebt die Stärke und in der Führung das Schicksal unserer Nation. Aus Volksgenossen, Volk und Führung baut sich die Unzerstörbarkeit unseres Reiches auf.

Unsterblich ist auch die Idee des Nationalismus, dass die Aufgabe des Menschen auf dieser Erde eine klare ist. Hier gibt es nicht das Wimmern um Überwindung einer vorgeblichen Erbsünde, das knechtische sich im Weihrauchdämmern süsslichen Demutübungen verschreiben und blassgesichtig sich lebendig begraben.

23.1o.43

Der Appell des Nationalsozialismus an das Deutsche Volk wird immerdar lauten: bleibet wach, klar und sonnenfroh!

Die Sinndeutung der Weltgeschichte ist die der Kraftbewährung von Volksgenossen, Volk und Führung im Kampf ums Dasein. Gott ist die grosse, leider völlig unausdeutbare Zentralvorstellung, in der wir alles uns Unerklärbare dieser endlosen Lichtjahrräume des Weltalls, der Planetenvorgänge, der Naturwerdung, der Gesetze des Lebens und seines Vergehens zusammenfassen. Es ist uns offenbar nicht gegeben, diese Welträtsel zu lösen. Wenn sie aber einmal gelöst werden, dann nur von einem dazu berufenen Deutschen. Denn keine andere rassische Substanz reichte aus, um diesen Problemen einmal die Lösung zu geben. Nur die Gehirne unserer Denker sind überhaupt im Laufe der Jahrhunderte diesen Problemen nahegekommen.

Wir bitten Gott, unsere Waffen zu segnen, unser Volk zu begnaden und uns weiterhin in der Entwicklung unseres Schicksals gnädig zu sein. Aber wir wissen auch, dass die Kraft dazu in uns liegt, dass der Wille uns aufgegeben ist und dass es keinen anderen Sinn auf dieser Welt gibt als den, sich voll und ganz im Dienste seines Volkes zu bewähren.

Diese unsterbliche Erkenntnis des Nationalsozialismus von der positiven Sinndeutung der Beziehung zwischen Einzelwesen und Weltraum macht den Inhalt unserer Weltanschauung aus. Der Mensch ist auf der Welt, um seinem Volke zu dienen und damit Gottes-Willen von der Einsatzfreude des einzelnen für seine Volksgenossen zu erfüllen.

23.10.43

Dass auf die Zeiten des Kampfes nach unserm Sieg wieder die Zeiten behaglicherer Lebensführung kommen werden, ist klar. Was die Bewegung jetzt unter gesteigertem Energieaufwand allgemein fordern muss, wird in dieser strikten totalen Fassung einmal auch für die behaglichere Lebensführung genau so gelten. Wenn das deutsche Volk unter dem Einsatz seiner höchsten Werte an Mensch und Gut diesen Krieg überstanden hat, dann wird der Nationalsozialismus seinen Friedenssegen als Garant volksgenössischer Freiheit und volksgenössischen Glückes ebenso bewähren, wie er jetzt der Garant der harten volksgenössischen Gemeinschaftsentschlossenheit ist.

Auch das Eigentum des einzelnen, seine Rechtszone, die ästhetischen und moralischen Gesetzlichkeiten des individuellen und allgemeinen Daseins werden ihr volles Gewicht wieder auswirken können. Jetzt aber, da ringsum die Brandung der Vernichtung an unsere Bastionen heranwogt, ist jeder milde Gedanke ein Feind. Deutschland hat nur uns, die Kinder unseres Volkes. Sollten wir schwach werden, dann vergeht Deutschland; bleiben wir stark, dann wird Deutschland auch stark bleiben. Das ist die einfache Formulierung der Zeitprobleme.

Die unsterbliche Idee des Nationalsozialismus, dass durch einheitliche politische Weltanschauung, durch Zusammenfassung aller volksgenössischen Energien unter einem Führerwillen, durch einheitliche Führung von Wehrmacht, Reich und Bewegung, durch totales unermüdliches Ausrichten aller einzelnen Volksgenossen auf das grosse umfassende Gemeinschaftsziel die weltgeschichtliche Verteidigungskraft aufs höchste

gesteigert werden muss, - diese Idee wird das deutsche Volk in allen kommenden Zeiten, wenn wiederum Gefahr im Verzuge ist, zur gleichen Methode des Bestehens geschichtlicher Kampfperioden führen müssen. Es gibt keine besseren Rezepte als die, die Adolf Hitler uns verschrieben hat.

Demnach wird diese Schulungsburg, ausgerichtet auf diese ewigen Ideale Adolf Hitler's und seiner Bewegung, gegründet mitten im gigantischsten Völkerringen aller Zeiten, eine Heimstätte der Erziehung zu diesen unsterblichen Ideen sein. Unsterblich aber heisst: immer fruchtbar, immer lebendig, immer weckend bleiben. Eine Weisheit, die sich in Bücher verkriecht, eine Lehre, die in Formeln erstarrt, eine Bewegung, die in bürokratische Institutionen entartet, sind nicht unsterblich. Das gibt es nicht, dass die Fehldeutung des Nationalsozialismus mehr Gewicht bekäme als das Positive unserer Lehre.

Die Kritik am Nationalsozialismus kommt aus den Zeiten der Not. Diese Kritik ist uns bekannt. Sie wissen auch, dass Kritik nicht immer schädlich und feindlich ist. Wir scheuen keine Kritik, denn noch ist der nicht erstanden, der es wagen könnte, Adolf Hitler zu kritisieren. Es bewegt sich nämlich niemand mit ihm in der gleichen Ebene. Wir alle sind kleine Träger von Aufgaben, die er uns zugeteilt, deren Erfüllung er uns ermöglicht hat.

Meine Sehnsucht ist im Rahmen dieses ganzen Geschehens, dass im Reiche des Nationalsozialismus einmal das deutsche Glück und ein

deutsches Recht wiedererstehen mögen.
Mögen die Rechtssicherheit und der unabhängige Richter ebenso wie eine grosse blühende volksgenössische Lebensgesetzgebung unsere Gemeinschaftsordnung beglücken. Auch die Gerechtigkeit ist eines der unsterblichen Elemente des Charakters unseres Volkes, der sagt, dass kein Reich ohne Gerechtigkeit bestehen kann.

Diese unsterbliche Gerechtigkeit liess unseren Führer die Waffen in die Hand nehmen, um für das Lebensrecht unseres Volkes den Kampf zu führen. Ihr dient unser Werk in Stadt und Land, in Reich und in den neuen Gebieten, in Wehrmacht, Verwaltung, Wirtschaft usw.

Möge sich die Schulungsburg des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. in diesem grossen Ringen an einem stolzen Platz erfolgreichen Wirkens zu einer Stätte steten Lebens der unsterblichen Ideen Adolf Hitler's und seiner Bewegung entwickeln!

21³⁰ Fahrt des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

/6

Sonntag, den 24.10.1943. Krakau

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Leiters der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und weiteren Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements im Burghof eine Abordnung polnischer Bauern und Bäuerinnen, die ihm eine Erntekrone und Erntegaben überreichen.

Präsident Naumann weist in einer kurzen Ansprache auf die fleissige Arbeit der polnischen Landwirtschaft und die auf Grund der im Laufe der letzten 4 Jahre getroffenen Massnahmen gesteigerten Erträge hin. Er bittet dann den Herrn Generalgouverneur, am Vortage der Vierjahresfeier des Generalgouvernements die Abordnungen der polnischen Landwirtschaft auf dem Burghof zu empfangen.

Die polnischen Bauern und Bäuerinnen überreichen hierauf eine Erntekrone und Erntegaben.

Der Herr Generalgouverneur dankt mit folgenden Worten:

Liebe polnische Bauern und Bäuerinnen des Generalgouvernements! Ich danke Euch hier auf der Burg und all den braven Landleuten des Generalgouvernements auf das herzlichste für die saubere und fleissige Arbeit, die Ihr auch in diesem Jahre wieder vollführt habt. Mit grossem Fleiss und mit treuer Hingabe habt Ihr die Felder bestellt, das Vieh gezüchtet, die Ernte eingebracht und Euch durch nichts aus der Ruhe Eurer stetigen Arbeit bringen lassen.

Dieser Krieg ist furchtbar! Im fünften Jahre seines Bestehens hat er ganz Europa und darüber hinaus die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen. Wie immer einer zu diesem Krieg stehen mag, eines ist sicher, wenn der Bolschewismus über Europa zusammenschlägt, dann ist jede Kultur in Europa zu

Ende. Der Bolschewismus ist die teuflische Erfindung des Juden und Asiaten zur Vernichtung der europäischen Kultur und damit auch Eurer Kultur.

Wir Deutschen sind in dieses Land gekommen, um auch in Eurem Interesse Euren Dienst für diesen europäischen Freiheitskampf gegen den Bolschewismus sicherzustellen. In diesem Kampf Europas habt Ihr grosse Verdienste. Tausende und Abertausende polnischer Arbeiter werken in den Fabriken und Betrieben, betreiben unsere Eisenbahnen und erfüllen treu ihren Dienst in der Verwaltung des Generalgouvernements. Insbesondere Ihr aber, polnische Bauern und Bäuerinnen, seid treu und brav in der Erfüllung Eurer Aufgaben für den Krieg um Europa.

Die Regierung des Generalgouvernements ist Euch dafür dankbar, das ist selbstverständlich. Wir haben es heuer auch möglich gemacht, dass ab 1.9. die Ernährung der gesamten Bevölkerung des Generalgouvernements einigermassen vernünftig geregelt ist. Es besteht gar kein Zweifel, dass die Lebensverhältnisse des polnischen Volkes im Generalgouvernement damit weit bessere geworden sind als in den meisten Ländern Europas. Wir wissen, welchen Schmerz der Krieg bereitet; denkt auch immer daran, welche Opfer das deutsche Volk an Gut und Blut Tag und Nacht zu bringen hat für die europäische Freiheit.

Mein Programm ist - und ich will es auch durchhalten -, der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements eine ruhige stetige kultureigene Entwicklung sicherzustellen. Ich möchte jedem von Euch in die Augen schauen und damit das gesamte polnische Volkstum verpflichten, dass es den Ernst der Stunde erkennt und weiss, dass es Wahnsinn wäre, gegen die deutsche Autorität in diesem Raum mit Gewalt vorgehen zu wollen.

Ich kenne und liebe die polnische Kultur, werde sie schützen wo und wie immer ich kann. Ihr selbst seid Zeugen dafür, dass ich Eure Gottesdienste, Eure Kirchen, Eure Schulen und Euer Leben sichere und weiter sichern werde; helft mit, damit diese Gemeinsamkeit unserer Arbeit weiter bestehen kann.

Ich danke Euch noch einmal, dass Ihr auf die Burg heraufgekommen seid, nehme es als ein Freundschaftszeichen an und verspreche Euch, dass ich mich stets als loyaler Freund der loyalen Mitarbeiter in diesem Krieg bewähren werde. Ich bitte Euch, noch bei mir auf der Burg als meine Gäste zu bleiben; dann wollen wir wieder gemeinsam an die Arbeit gehen. Möge Gottes Segen mit Eurer Arbeit, Euren Kindern, Euren Familien und Euren Äckern sein! -

Anschliessend findet im Kanonensaal der Burg ein Bewirten der Gäste statt, das dem Herrn Generalgouverneur und den anwesenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit zu zwangloser Unterhaltung gibt.

12⁰⁰ Empfang des ukrainischen Hauptausschusses und einer Abordnung der ukrainischen Bauernschaft, die Früchte der diesjährigen Ernte überreichen, auf dem Burghof.

Nach kurzen Einführungsworten des Präsidenten Naumann verliest der Leiter des Ukrainischen Hauptausschusses Professor Kubijowitsch folgende Botschaft an den Herrn Generalgouverneur:

Heute erscheinen vor Ihnen die Vertreter des ukrainischen Hauptausschusses samt der Abordnung der ukrainischen Bauernschaft, die Ihnen, dem Hauptwirt des Landes, die Früchte der diesjährigen Ernte darbieten.

Bei dem ukrainischen Volke hat das Erntedankfest seine alte Tradition, die aus besonderen Volks-

24.10.1943.

bräuchen und Sitten besteht.

Das heutige Erntedankfest fällt auf den 4. Jahrestag des Bestehens des Generalgouvernements wie auch unseres Lebens unter Ihrer geschickten und erfolgvollen Führung. Die ukrainische Bevölkerung des Generalgouvernements und besonders die ukrainische Bauernschaft, die ein empfindliches Gemüt hat, verfolgt aufmerksam die Entwicklung der Ereignisse und versteht, für alles Gute, das seitens der hohen Regierung ihr zuteil wird, dankbar zu sein.

Wir sind uns wohlbewusst der Wichtigkeit der jetzigen entscheidenden Kriegszeit und darum legen wir besonderen Wert auf die erfolgreiche Durchführung der Erzeugungsschlacht. Dank des Segens des Allmächtigen haben wir dieses Jahr eine ganz gute Ernte gehabt und können mit Zufriedenheit über den Stand der Kontingentablieferung berichten. Der ukrainische Bauer erfüllt gerne diese nicht leichte Kriegspflicht, da er gut versteht, warum es sich handelt. Er weiss genau, dass es sein unentbehrlicher Beitrag zum geschichtlichen Kampf gegen den grössten Feind Europas und der ukrainischen Nation insbesondere ist. Dieses tiefe Bewusstsein des ukrainischen Volkes ist auch bei der freiwilligen Meldung zur SS-Schützendivision Galizien deutlich zum Ausdruck gekommen, unbeachtet aller beträchtlichen Schwierigkeiten, die uns öfter begegnen.

Wenn ich heute im Namen der ukrainischen Bauernschaft sprechen darf, so muss ich in erster Linie Ihnen, Herr Generalgouverneur, für Ihre freundliche Einstellung und für das wohlwollende Verständnis der Belange unserer Bevölkerung meinen Dank ausdrücken. Wir schätzen sehr hoch Ihre Bemühungen um die Besserung der Lebensverhältnisse der ukrainischen Bevölkerung, um die Förderung unserer Kultur besonders durch den Aufbau des Schulwesens

wie auch um die Hebung der Landwirtschaft und die Erhöhung der Lebensmittelrationen.

Jedoch ganz besondere Dankbarkeit hat bei der ukrainischen Bauernschaft Ihre wohlwollende Initiative betreffs Regelung der brennenden Reprivatisierungsfrage hervorgerufen. Hier muss ich offen gestehen, dass diese Angelegenheit jedem ukrainischen Landmann sehr auf dem Herzen liegt, da der Besitz des eigenen Bodens eine Frage seines Seins oder Nichtseins bedeutet. Deshalb auch war, ist und wird der ukrainische Landmann immer der grösste Feind des moskowitischen Bolschewismus sein, da derselbe das heilige Bündnis zwischen ihm und seiner Heimatscholle zu vernichten strebt. Uns ist das tiefe Verständnis dieser Angelegenheit seitens des Führers wohl bekannt, und darum hoffen wir, dass die endgültige Regelung der Bodenfrage für die ukrainische Bauernschaft, die viele Beweise ihrer landwirtschaftlichen Tüchtigkeit, Arbeitsamkeit und Kultur gibt, günstig sein wird. Eben diese Hoffnung ist für sie eine Anregung zur weiteren mühsamen Arbeit in der schweren Front der Erzeugungsschlacht, welche erfreulicherweise Jahr für Jahr bessere Ergebnisse aufweist. Ein symbolischer Beweis dafür mögen diese Festgeschenke sein, die der ukrainische Boden, der reichlich mit Schweiss der schwieligen Hände des ukrainischen Landmanns begossen wurde, erzeugte.

Wir bitten Sie, Herr Generalgouverneur, diese in derselben Aufrichtigkeit entgegen nehmen zu wollen, mit welcher sie durch die ukrainische Bauernschaft gepflegt und heute Ihnen, dem höchsten Wirt des Landes, mit besten Wünschen überreicht werden.

Nach Überreichung der Gaben wendet sich der Herr Generalgouverneur an die Anwesenden mit folgenden Worten:

6

24.10.1943.

Meine lieben ukrainischen Bauern und Bäuerinnen, verehrte Mitglieder des ukrainischen Ausschusses! Ich bin aufs tiefste bewegt über Euren Besuch, den Ihr mir hier auf der Burg zu Krakau gemacht habt. Ich danke Euch dafür und ich danke Euch auch insbesondere für die lieben Geschenke, die Ihr mir gebracht habt. Ihnen, Herr Professor Kubijowitsch, danke ich besonders für die schönen Worte, die Sie mir und der Regierung gegenüber gefunden haben.

Wenn ich die Geschichte des ukrainischen Volkes betrachte, bin ich innerlich bewegt: ein grosses Volk mit grosser Kultur aber leider auch grossem Leid! Ich bin ein Freund und Verehrer dieses braven, farbigen, grossen Volkes. Vom ersten Augenblick an war es mein Bemühen, dem ukrainischen Volkstum im Generalgouvernement soweit nur irgend möglich volle Gerechtigkeit, volle Lebenssicherheit und volle Entwicklung seiner Kultur zuteil werden zu lassen. Auch in Zukunft bin ich entschlossen, diesen Weg einer absolut loyalen Unterstützung des ukrainischen Lebens im Generalgouvernement mit allen Mitteln sicherzustellen. Dies ist mir umso leichter, da sich die ukrainische Bevölkerung von Anfang an pflichtbewusst und loyal gegenüber der deutschen Führung dieses Raumes verhalten hat.

Ich möchte insbesondere Euch, ukrainische Bauern und Bäuerinnen danken für den Fleiss, den Eifer und die Arbeitstreue, die Ihr bei der Bearbeitung Eures Bodens gezeigt habt. Über den Kreis, den Ihr hier bildet, grüsse ich in diesem Augenblick die Millionen ukrainischer Männer und Frauen im ganzen Lande. Ich bin der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und den Ukrainern sich vollauf bewährt hat und ich wünschte, dass diese Zusammenarbeit, wie sie im Generalgouvernement stattfindet, allüberall stattfinden möge.

24.10.1943.

Der Krieg verlangt vom deutschen Volk ungeheure Opfer. Ihr wisst ja, dass der ganze schwere Kampf über Tausende von Kilometern vom deutschen Soldaten allein getragen wird. Es gibt keine deutsche Familie mehr, die in diesem Krieg nicht mindestens ein Blutopfer gebracht hätte. Die deutsche Armee schützt auch Euch vor dem bolschewistischen Chaos.

Wir sind fest der Überzeugung, dass wir den Sieg davontragen werden. Ich freue mich ganz besonders darüber, dass die ukrainischen Mitglieder der Galizischen SS-Division sich soldatisch so hervorragend bewähren. Ich weiss, dass auch diese Leistung Eurer jungen Soldaten dazu beitragen wird, das Verhältnis zwischen Deutschen und Ukrainern immer herzlicher und besser zu gestalten.

Sie haben mir heute, Herr Professor Kubijowitsch, den Wunsch auf eine intensive Weiterbehandlung des Reprivatisierungsproblems übermittelt. Ich verspreche Ihnen, dass ich mir schon in der nächsten Zeit über diese Vorgänge Bericht erstatten lassenund alles tun werde, was irgend möglich ist, um Ihnen entgegen zu kommen. Dazu veranlasst mich vor allem die loyale Treue und aufgeschlossene Arbeitsfreude der ukrainischen Bevölkerung dieses Raumes.

Möge Gott der Allmächtige seine schützende Hand über Euch halten, möge er die Waffen unserer Söhne - der deutschen und der Ukrainer - im Kampf gegen den Bolschewismus segnen und möge er Eure Familien, Eure Arbeit und Euer Leben segnen. Das ist mein Wunsch!

Anschliessend findet im Kanonensaal der Burg eine Bewirtung der ukrainischen Gäste statt.

24.10.1943.

13^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple, den Präsidenten Naumann und Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Zufriedenheit über den Ablauf der Empfänge der polnischen und ukrainischen Abordnungen Ausdruck. Er erklärt sich damit einverstanden, dass die neue strenge Linie der deutschen Politik, die den störenden Kräften gegenüber mit der Verordnung vom 10.Oktober begonnen hat, weiter geführt wird. Für von der polnischen nationalen oder kummunistischen Widerstandsbewegung erschossene Deutschen werden demnach weitere Erschiessungen von im Standgerichtsverfahren der Sicherheitspolizei abgeurteilten Polen durchgeführt. Diese deutsche Absicht sei der polnischen Bevölkerung noch einmal bekannt zu geben.

Weiter erklärt der Herr Generalgouverneur den Polnischen Hilfsausschuss mit seinem Leiter Graf Ronnikier für abgesetzt. Interimistisch habe der Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge die Geschäfte zu führen.

Die Anerkennung der loyalen Mitarbeit des Gros der polnischen Bevölkerung durch die Regierung solle ruhig in der Krakauer Zeitung veröffentlicht werden. Die deutsche Verwaltung müsse loyalerweise den Leistungen der Fremdvölkischen ihre Anerkennung zollen.

16^{00} T e e m p f a n g

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung im Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 25.10.1943.

9^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Haus Urania.

11^{00} Dienstappell der Regierung des Generalgouvernements im Haus Urania.

Nach Meldung der Anwesenheit von 1028 Gefolgschaftsmitgliedern der Regierung des Generalgouvernements durch den Leiter des Personalamtes Freiherrn von Medem führt der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler folgendes aus:

"Herr Generalgouverneur! Verehrte Gäste! Arbeitskameradinnen und Arbeitskameraden! Räumliche und zeitliche Knappheiten haben es bisher recht selten ermöglicht, die gesamte Gefolgschaft der Regierung des Generalgouvernements zu einem Gesamtappell zusammenzurufen. Die Arbeit der Betriebsbetreuung und die Pflege der Kameradschaft wurde statt dessen in zahlreichen erfolgreichen Veranstaltungen der Hauptabteilungen der Regierung, der Ämter und Dienststellen durchgeführt. Auch heute ist nur der grössere Teil der Regierungsgefolgschaft hier zusammengefasst; ich hoffe aber sehr, dass es uns in absehbarer Zeit möglich sein wird, die technischen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die gesamte Gefolgschaft einmal geschlossen zu einem Dienstappell zusammenfassen zu können."

Nach einer kurzen Würdigung des vierten Geburtstages des Generalgouvernements und des gegenwärtigen Zeitgeschehens durch Staatssekretär Dr. Bühler ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort:

25.10.1943.

Kameradinnen und Kameraden!

Die Zeit im Krieg zählt doppelt; denn die Leistungsintensität, die vom einzelnen verlangt wird, häuft das Mass der Pflicht und steigert den Verbrauch der Kräfte. Als wir im Oktober 1939 eine der schwersten Aufgaben, die der Führer zu vergeben hatte, gemeinsam zu meistern begannen, war das Bild der Lage Deutschlands, der Lage der Welt, der Kriegsituation und vor allem auch dieses Raumes noch ein völlig anderes als das heutige. Damals konnte man zunächst noch annehmen, dass der Krieg mit seinem Blitztempo weitergehen würde, dass die Welt Vernunft behalten werde und nicht wegen einer Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Weltreich und einer sogenannten polnischen Republick, wegen einer unanfechtbar deutschen Stadt - Danzig nämlich -, wegen eines unanfechtbar lebensnotwendigen Gebietes - des Korridors - einen Krieg führen würde und dass sich an diesem Krieg die ganze Welt anschliessen würde. Damals konnten auch wir in diesem Raum damit rechnen, dass unser Bleiben als vorübergehende Kriegsverwaltung bis zur Überführung in eine endgültige Form allenfalls nur kürzere Zeit beanspruchen würde. Von Anfang an war zunächst das Planen für die staatliche Führung und den Aufbau der Ordnung in diesem Raum ein mehr im zeitlichen bedingtes Manövrieren, ein in den Augenblicksproblemen sich Abmühen, ein alle Gesichtspunkte von Dauer Zurückstellen gegenüber den Erfordernissen des kriegsmässig sich verschärfenden Notaugenblicks.

Mittlerweile hat sich dies alles sehr gewandelt. Wir sind nun am Beginn des fünften Jahres der Führung in diesem Raum. Das Deutsche Reich befindet sich in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit der tota-

len Welt. Der Krieg hat vielleicht den Höhepunkt seiner Schrecknisse, seiner Opfer und seiner Not noch nicht erreicht: irgendwie absehbar ist keineswegs das Ende. Es ist daher für uns ein Augenblick der Rückschau auf Entwicklungsmommente, die sich zum grossen Teil völlig anders zeigten, als wir vor 4 Jahren annahmen, die aber auch auf der anderen Seite eine Gewähr dafür sind, dass es den deutschen Männern und Frauen in diesem Raum möglich war, mit jeder Art von Wendung der Entwicklung fertig zu werden.

Wenn wir daher heute sozusagen unter uns im Bereich unserer eigenen dienstlichen Atmosphäre uns zusammenfinden, so ist das erste mein Dank und meine wirklich ergriffene Anerkennung für die hervorragende Leistung der deutschen Männer und Frauen in diesem Raum. Was hier eine tapfere Schar, eine geringe Zahl deutscher Männer und Frauen im dienstlich- staatlichen Bereich der allgemeinen Verwaltung geleistet hat, - und ich fasse dabei alles das, was in diesem Raum nicht militärisch oder parteipolitisch eingereiht ist, alle deutschen Staatsdienstträger dieses Raumes, ganz gleich, welche Uniform, welche dienstlichen Belange und welche speziellen Aufgaben sie haben, zusammen,-ist wirklich hervorragend. Denn es war ein Furchtbares, was wir übernahmen. Ohne jeden Ausblick in eine klare, aus den Dingen selbst kommende sozusagen sich aufzwingende Entwicklungslinie mussten wir alles aus uns heraus originär aufbauen. Die Arbeit wurde damals mit Schneid angegangen. Mit einer Handvoll Männer begann jeder im Land und suchte sich zunächst einmal einige Diensträume; er suchte sich eine Bleibe. Dann musste dafür gesorgt werden, dass der Verkehr in Gang kam, dass die Menschenmassen, die

damals wild auf der Strasse herumstrolchten, ohne Heimat, ohne Bleibe, ohne Zweck und ohne Aufgabe notvoll sich durch das Land schleppten, wieder in einen einigermassen geordneten Bereich eingesammelt wurden. Es musste dafür gesorgt werden, dass die Transportverbindungen, der Bahn und der Post, dass Telegraf und Telefon einigermassen funktionierten, dass die Entseuchung, die Entlausung und Entwanzung in diesem Raum durchgeführt wurde, um überhaupt für deutsche Menschen als Dauerbehausung geeignet zu sein. Es musste dann der Aufbau der Verwaltung im einzelnen entworfen, praktisch durchgeführt und alle Institutionen irgendwie mit einer zentralen und mit Untergliederungen versehen werden.

So kam eine Arbeit über uns, die umso schwieriger war - das wissen Sie selbst -, weil die Anforderungen des Krieges in diesem Raum nicht eine Stunde aussetzten. Niemals in diesen 4 Jahren hat das Generalgouvernement auch nur einen Augenblick Ruhe gehabt, niemals hat man gesagt, dieses Gebiet müsste man einen Augenblick verschnaufen lassen, damit es zur Besinnung kommt. Vom ersten Augenblick an waren wir ein ungeheuer auszuholendes Beuteland für alle und jeden; ohne jede Rücksicht auf das Leben in diesem Raum wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war, aus dem Lande herauszutransportieren versucht. So kam es, dass damals noch nachträgliche Zerstörungen angerichtet wurden, die über das, was der Krieg eigentlich zerstört hatte, noch hinausgingen. Erst nach einem halben Jahr, mit Beginn des Jahres 1940 begann eine Dämmerung, und sah man ein, dass das ewige Nurherausholen auf die Dauer unmöglich ist nach dem alten Bauernspruch, der da besagt, dass man eine Kuh nicht schlachten darf, die man melken will. Man musste das Land wenigstens am Leben lassen und es gelang dann auch. Dies war der

25.10.1943.

schwerste Kampf, den ich je in meinem Leben geführt habe: die verantwortlichen Zentralen des Reiches dahin zu bringen, etwas Verständnis für die von der Wehrmacht neu eroberten Gebiete im Interesse des Reiches aufzubringen.

Nichts ist bequemer als die Formel, dass man sagt, was es im Reich nicht gibt, gibt es totsicher in den besetzten Gebieten; aus den besetzten Gebieten kann man alles holen, und wenn man es dann aus den besetzten Gebieten hat, dann sagt man, wenn ihr soviel habt, dann habt ihr auch noch mehr und könnt auch noch mehr liefern. Und dann wurde nicht nur herausgeholt, sondern man schickte auch hinein und sagte, nehmt das, ihr könnt auch das noch hineinnehmen. Es war schliesslich so, dass das Generalgouvernement die einzige Bleibe für alles, was im Reich oder sonstwo nicht untergebracht werden konnte, darstellte und dass man angenommen hat, wenn es irgend etwas auf der Welt nicht gab, es totsicher im Generalgouvernement zu holen ist. Sie wissen selbst, was da manchmal für heitere Szenen sich zu entwickeln begannen.

Es begann aber auch noch etwas anderes: man neidete uns unsere Selbständigkeit; plötzlich entdeckte man, dass wir zu selbständig seien. In manchen Zentralen wurden die Gehirne hellhörig und man sagte: was, da drüben treibt sich eine Horde deutscher Männer herum, die behaupten so etwas von eigenem Betrieb, - das gibt es nicht, alles muss nach einer Pfeife,-der der zentralen Bürokratie tanzen. Wir aber tanzen ja gar nicht, wir wollen arbeiten. Diese Auseinandersetzung musste durchgekämpft werden.

In diesen 4 Jahren hat das Generalgouvernement daher sowohl wirtschaftlich wie organisatorisch ein -

25.10.1943.

Laboratorium für die Erfahrungen des Reiches auf dem Gebiete der Verwaltung und Führung des Weltreiches abgegeben. Heute ist die Sache klar. Viel Negatives, aber auch viel Positives, - denn ebenso wie wir Unverstand gefunden haben, so haben wir auch Verständnis gefunden - zeigte sich im Laufe der Jahre. Man hat es verstanden, dass es nicht möglich ist, alles nach einem Schema zu verwalten, und endlich auch begriffen, was der Führer damit meinte, als er uns vor 4 Jahren diese Selbständigkeit des Nebenlandes, diese Eigenverantwortung und Eigenverwaltung gegeben hat: Nicht wegen uns, um uns eine Freude zu machen, sondern wegen des Reiches Vorteil; denn wir tragen dafür, dass wir diese gewisse Selbständigkeit und eigene Autorität haben, auch die eigene Verantwortung für diesen Raum. Die Leistungen und Erfolge dieser Verantwortung muss man anerkennen; die Verantwortung wird meistens gerne bei anderen gelassen!

So kommt es, meine Kameradinnen und Kameraden, dass ein merkwürdiger Vorgang sich einbürgern konnte, dass man nämlich im Reich im Laufe der letzten Jahre über das Generalgouvernement Meinungen vertreten hörte, die geradezu das groteskeste darstellen, was es überhaupt gibt: das Generalgouvernement wurde als Stätte eines Freudendaseins geschildert, man glaubte, dass die deutschen Beamten und Angestellten im Generalgouvernement wie auf Rosen gebettet seien, dass hier ein herrliches Leben geführt werden könne und dass Euer Einkommen viel zu hoch sei. In Wirklichkeit war es so, - Ihr wisst es ja selbst - dass, wenn wir die Ostzulage nicht gehalten hätten, es Euch überhaupt nicht möglich gewesen wäre, mit dem, was Euch ausbezahlt wird, die ungeheuer überteuerten Preise zu decken.

Es war daher klar, dass sich aus diesem 4jährigen Betrieb ein Zusammenwachsen aller hier eingesetzten

1140a

25.10.1943.

Männer und Frauen zu einer grossen Leistungskameradschaft im Dienste des Führers und Reiches herauskristallisierte. Ich betrachte Euch, die Ihr als Vertreter der Gesamtbelegschaft des Generalgouvernements hier anwesend seid, auch als meine besten Kameraden. Damals habe ich diesen ungeheuer schweren Auftrag des Führers angenommen und hatte dabei niemand als eine Handvoll meiner bewährtesten Mitarbeiter. Mittlerweile sind es Tausende und Abertausende geworden. Ich kann ruhig sagen, mit jedem Einzelnen verbindet mich das beste Band kameradschaftlicher gegenseitiger Verpflichtung. Ich wünsche, dass sich der deutsche Beamte und Angestellte in diesem Raum wohl fühlt; er soll das Empfinden haben, dass im Generalgouvernement der Versuch einer Aufrechterhaltung der Staatsdienstkultur in jedem Bereich gemacht wird. Deswegen habe ich mich unausgesetzt um das Ansehen des Staatsdienstes bemüht, weil es sinnlose Kritik daran in Masse gibt und weil diese Kritik auch künstlich genährt wird, weil man zu behaupten wagt, dass der Staatsdienst mit einer überlebten lächerlichen Bürokratie identisch und eine Angelegenheit für Feiglinge wäre. Ich halte das Banner hoch und sage: wer den Staatsdienst zum mindesten hier im Generalgouvernement ganz gleich an welcher Stelle auf sich genommen hat, der verdient die Marke der Tapferkeit genau so wie irgend ein anderer Kämpfer für Führer und Reich. (Beifall). Ich sage das im Hinblick auf die Opfer, die wir gebracht haben. Sie wissen, mit welchem Hass wir verfolgt werden, dass hier der schleichende Mord durch das Land geht und dass schon Hunderte aus unserer Mitte Männer und Frauen - heimtückisch gemordet wurden. Viele Hunderte sage ich und das ist angesichts der geringen Zahl der Deutschen in diesem Raum ein hohes Mass.

Alle diese einsam und allein gemordeten Menschen draussen im Lande, heimtückisch ermordet und umgebracht, verlangen von uns, dass wir uns nichts gefallen lassen,

dass man den Staatsdienst der Verwaltung als eine Domäne der Feigheit bezeichnet. Wir stehen absolut ehern, entschlossen und geschlossen auch weiterhin an dieser Stätte des Aufbaues und der Abwehr. Der Führer hat uns diese Linie gegeben und wir haben sie gehalten. Jedem Versuch der Zersetzung dieser einheitlichen Führung und Verwaltung dieses Raumes entgegen haben wir uns immer fester zusammengefügt. Wir dienen dem Reich und wir dienen im gewissen Sinn dem neuen Reich, dem Osten. Wir mussten diese Erfahrungen sammeln und haben sie gesammelt für das Reich. Gerade deshalb aber auch sind wir in unserer Selbständigkeit auch verpflichtet, diese Erfahrungen zu pflegen. Immer wieder war es der Führer, der seine schützende Hand über uns gehalten hat und seine durch keinerlei noch so schmutzige Greuelpropaganda gegen uns zu berührende Linie weiter verfolgt hat. Er hat gewusst, was für Männer er hier hereingeschickt hat und er hat sich in wohlgefügter Kameradschaftlichkeit zu unserer Leistung bekannt.

Meine Kameradinnen und Kameraden! Nach diesen sehr harten, aber notwendigen Worten, denn Sie sollen auch an dem Anteil haben, was an Sorgen aufgetreten sind möchte ich sagen, dass wir wohl das Schwerste an der strukturellen Durchsetzung des Generalgouvernements hinter uns haben. Es hat sich eingebürgert, dass Beamte und Angestellte, die ins Generalgouvernement berufen worden waren, eine entschiedene Schlechterstellung in der Beförderung gegenüber ihren Kameraden und Kameradinnen im Reich erfahren haben; diese Praxis hat sich da und dort in den Zentralen als eine Bequemlichkeitsausweiche herausgestellt. Ich werde da, wo ich kann, dafür sorgen, dass dieser Unfug abgestellt wird, denn der Dienst im Osten ist der vom Führer aufgetragene wichtigste Ehrendienst. Wir können daher nicht dulden, dass darüber in der Heimat eine andere An-

25.10.1943.

schauung herrscht als beim Führer.

Wenn wir unsere Rückschau weiter erstrecken, dann möchte ich Sie auch um Bestätigung dafür bitten, dass der Dienst im Generalgouvernement etwas Schönes ist. Wir durften hier aufbauen, denn der Führer gab uns mitten im Krieg der Zerstörung hierzu die Sendung. Mitten im Geschehen des Abbaues durften wir etwas Neues in die Höhe führen. Wir durften dort, wo so viel Negatives geschieht, wie im Krieg, positiv denken und handeln; nicht einmal nur das Bewahren war uns aufgegeben, nein, wir durften etwas grundsätzlich Neues und Grosses erstellen, eine der schönsten Aufgaben, an die Ihr Euch zeit Eures Lebens zu Eurer eigenen Beglückung zurückerinnern werdet. Schaut Euch heute unsere Städte im Lande an, unsere Strassen, schaut Euch zum grossen Teil schon unsere Kulturstätten an, die Wohnverhältnisse, soweit sie irgendwie geklärt werden konnten, Eure Diensträume. Welch ein Aufbau in diesen 4 Jahren aus dem Nichts! Nur gegen Widerstand, mit einer Energie sondergleichen habt Ihr das gemeistert.

Heute ist das Generalgouvernement das festgefügte energiegeladene Zentrum der Ostbastion des Deutschen Reiches. Wir sind stolz darauf. Heute können wir auf diese 4 Jahre wirklich mit innerer Dankbarkeit dem Führer gegenüber zurückblicken, dass er uns die Möglichkeit gab, unser energisches Wollen und unsere Zielbewusstheit in die Tat umzusetzen. Dies scheint mir das Entscheidende zu sein und dies scheint mir das Beglückende zu sein, demgegenüber alles andere in den Staub sinkt. Wenn wir dabei bedenken, dass es geglückt ist, mit einer Handvoll - ich wiederhole, einer kleinen Zahl - weniger Tausend Deutscher, die in Prozenten garnicht auszurechnen ist, weil sie unter 1% der Gesamtbevölkerung liegt, 16 Millionen eines fremden und, soweit es die Polen anbelangt, auf den Tod deutschfeindlichen Volkes zu füh-

25.10.1943

ren und in Ordnung zu halten, dann muss ich sagen, dass wir allen Anlass haben, uns gegenseitig zu beglückwünschen. Das hat uns nämlich in dieser Form noch keiner nachgemacht. Es ist daher klar, dass wir die Richtlinien, die wir uns hier, Sie und ich, gemeinsam erarbeitet haben, auch verteidigen; denn wir wissen, dass diese Richtlinien in ihrer Befolgung dem Führer und dem Reich nützlich sind. Im Krieg kann ich nur den Sieg wollen, sonst nichts; und den Sieg wollen heisst, so handeln, dass der Sieg in jeder Weise, in jeder Energie und in jeder Heranziehung jeder Kraft ermöglicht wird. Unser Ziel in diesem Lande war daher, die Bevölkerung nicht auszurotten, sondern sie zur Arbeit zu bringen. Und die Bevölkerung in ihrer Millionenzahl wurde zur Arbeit gebracht. Sie wissen selbst, wie das geschah und wie es möglich war, trotz aller Gegenwehr der Widerstandsbewegung und aller anderen Organisationen, trotz der gesamten internationalen Propaganda, trotz der abgeworfenen Flugblattpropaganda und trotz einer masslos aktiven Gegenwehr und Gegenpropaganda mit Mord, Terror und Hass, 16 Millionen dieses Volkes unter unserer Verwaltung in den Dienst des Sieges Deutschlands zu bringen (Beifall).

Wir haben aber nicht nur das geschafft, Sie und ich, wir haben auch anderes fertig gebracht. Wir haben zum Beispiel fertig gebracht, dass wir im letzten Jahr 760 000 Tonnen Brotgetreide aus dem Generalgouvernement in das Reich geschickt haben. Das hat uns auch keiner vor oder nachgemacht.(Beifall)
Wir haben es möglich gemacht, dass heute die Industrien des Generalgouvernements das grosse Aufnahmebecken für die Kriegsbedürfnisse des Reiches sein können. Wir haben hier überhaupt keine Industrie übernommen und mittlerweise stillschweigend eine gigantische

Rüstungsindustrie mit Hunderttausenden von Arbeitern aufgebaut. Das sind alles Dinge, die nicht Theorie sind.

Wenn unsere Ostbahn - nebenbei bemerkt, ist die Ostbahn das Wichtigste im Staatseigentum des Generalgouvernements - mit 150 000 fremdvölkischen Eisenbahnern den Betrieb Tag und Nacht ohne Stocken und ohne Sabotage aufrecht erhält, so ist das auch eine Leistung, auf die wir gemeinsam stolz sein dürfen (Beifall).

Wenn aus den 2600 000 kleinen Landwirtschaften dieses völlig zerstückelten Raumes - die Zahl ist grösser als die der einzelnen Wirtschaften des grossdeutschen Reiches -, aus diesen kleinen Katchen an unserer Agrarverwaltung das Getreide gramm- oder kilogrammweise abgeliefert wurde in solch einer Menge, dass heute unsere Wehrmacht im Lande und unsere Verwundeten in den Lazaretten aus dem Lande leben können und wir trotzdem wiederum in diesem Jahr 100 000 Tonnen an das Reich abliefern werden, dann ist das auch eine Leistung. Darum Kopf hoch, meine Kameradinnen und Kameraden!

Der Chef der Regierung, Staatssekretär Dr. Bühler, hat mit Recht von der Ruhe gesprochen, die uns erfüllen kann, wenn einmal die objektive Geschichtsschreibung die Leistung der deutschen Männer und Frauen dieses Raumes zusammenfassend darstellen wird. Sie kann sich gegenüber jeder Art Leistung im grossdeutschen Geschehen sehen lassen. (Lebhafter Beifall) Auch Sie können dabei auf Ihr eigenes Werk schauen, denn dies ist schliesslich das Entscheidende. Missverständnis, Verärgerung und Neid dürfen uns nicht irgendwie genieren. Wir alle in unseren dienstlichen Bereichen, in einer klaren Zuständigkeitsaufteilung, die wir im Generalgouvernement vorgenommen haben und die wirklich noch eine klare Regierung an der Spitze haben und noch klare sich nicht überschneidende Zuständigkeiten kennen und die wir eine kameradschaftliche Zusammenarbeit von der Spitze bis nach unten kennen, haben gemeinsam in dieser Verwaltungs- und Führungsform dies alles gemeistert.

2

25.10.1943.

Dieser Dienstappell wurde von mir heute vor allem unter dem Gesichtspunkt anbefohlen, damit ich Ihnen als den wichtigsten Trägern der Verantwortung für diesen Raum meinen Dank unmittelbar abstatten kann. Was wäre alles Planen, alles Führen, alle Klugheit, die man aufwendet, um eine schwierige Aufgabe zu meistern, wenn man nicht die leidenschaftlich von dieser Zeit erfüllten Mitarbeiter hätte. Ihr seid dazu berufen, diese Aufgabe zu erfüllen, und Ihr habt sie erfüllt und werdet sie weiter erfüllen.

Der Krieg geht weiter; der Krieg steht gut. Lasst in dieses Staatsdienstkorps des Generalgouvernements nicht diese lächerlich albernen Mismachereien eindringen. Die Haltung der Deutschen im Lande, vor allem von Euch, Kameraden und Kameradinnen, ist eines der wichtigsten Fundamente der Durchsetzung des deutschen Führungsanspruches in diesem Raum. Ihr müsst ein ehern zusammengeschlossenes, fanatisches, von Führertreue erfülltes, geradezu vorbildlich auch diszipliniertes Korps von Verwaltungsssoldaten des Führers sein,und dieses Korps muss Funken des Glühens für Deutschland und für den deutschen Sieg schlagen. In unseren Reihen kann alles möglich sein, nur das nicht, dass jemand Stimmungsverrat am Führer beginge. Ich nenne Stimmungsverrat als einen neuen Tatbestand: er ist sozusagen der seelische Landesverrat, ein im Bewusstsein oder Unterbewusstsein allmählich Misstimmung Aufsteigen-lassen.

Nicht sage ich, meine Kameraden und Kameradinnen, der Krieg steht gut, um Euch nur eine Formel mit auf den Weg zu geben. Sie können mir glauben, dass ich über manches im Bilde bin. Aus meiner persönlichen Kenntnis der Dinge heraus sage ich: der Krieg steht gut. Die Schläge, die unsere Gegner demnächst zurückgeschlagen bekommen werden, werden Sie an meine Worte,

25.10.1943

die ich in diesem Augenblick gebraucht habe, erinnern. (Langanhaltender Beifall) Der Krieg steht gut und wir werden aus diesem Krieg als diejenigen hervorgehen, die das durchgesetzt haben, was für Deutschland notwendig ist: Brot und Raum.

Daher, meine Kameraden und Kameradinnen, müsst gerade Ihr, die Ihr die Dienstuer in dem Ostteil des Weltreiches seit 1939 seid, auch die fanatischsten sein. Im Reich muss es heissen, der ist im Generalgouvernement, mit dem ist nicht gut Kirschen essen, wenn man sich schwächlich zeigt. Wenn Ihr in die Heimat kommt, dann muss aus Eurem Augenleuchten und aus Eurem Herzschlag bei den Anderen das Bewusstsein aufsteigen, dass Ihr diesen Raum meistert, nicht weil Ihr hier dienstlich, sondern auch mit dem Bewusstsein hier seid, mit an zeitlich erster Stelle des erstehenden Weltreiches Adolf Hitlers gestellt zu sein. Das verlange ich, und ich weiss, dass Ihr dem entsprecht und auch künftig entsprechen werdet. Diese unsere gemeinsame Überzeugtheit und Glaubensklarheit ist in diesem fremdvölkischen Raum umso wichtiger. Denken Sie immer daran, was die uns hier umlauernden fremden Volkstümer dächten, wenn wir irgendwie anfingen, duckmäuserisch zu werden. Wir sind in der Lage eines Raubtierbändigers: solange die Bestien ihm gehorchen und nicht zum Bewusstsein ihrer gemeinsamen Stärke gekommen sind, solange kann einer mit 32 Tigern fertig werden. Wir sind im Verhältnis nicht mehr, denkt immer daran.

Wenn Ihr Euch aufs schärfste hütet, in irgend welchen Kontakt persönlicher Art mit der fremdvölkischen Bevölkerung zu kommen, wenn Ihr untereinander sorgt, wenn der Wille klar und der Glaube an Deutschland und an den Führer stark bleibt, dann ist das erfüllt, was ich von Euch erbitten möchte. Denkt auch immer

an die Leistungen unserer Soldaten an der Front; denkt daran, mit welchem Geist sie in den Lazaretten liegen, wie ihnen die Augen leuchten und wie sie sagen, wir werden es schaffen. Da sollte es jemanden geben, der in der Heimat oder hinter der Front sitzt und weniger Glauben und weniger Stärke hätte! Ich muss aber zugleich sagen, dass ich meine Worte nur als allgemeinen Appell betrachte, denn nach all den Berichten, die mir vorgelegt worden sind, und auch nach meiner unmittelbaren Kenntnis der Dinge, sind es gerade die Staatsbeamten und Angestellten des Generalgouvernements, die in dieser Richtung völlig meinen Erwartungen entsprechen. Ich bin Euch dankbar, dass Ihr diesen Glauben so hochhaltet, und ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die Gesamthaltung der deutschen Beamten und Angestellten im Generalgouvernement über jeden Zweifel erhaben ist. Denkt auch immer daran, dass das selbstverständlich kombiniert sein muss mit dem Grossen, was ich loyale Kameradschaft nenne. Wir können uns hier keine Zerreissung der deutschen Menschen nach Gruppen, Kasten, Klassen, Vorbildung oder Titeln erlauben. Wir sind schon vielzu sehr gewohnt, uniformiert zu denken. Heute ist völlig gleichgültig, wo und wie jemand hier beschäftigt ist; heute sind wir alle miteinander, - ganz gleich welche Uniform, welchen Rang, welchen Titel oder welche Vorbildung wir besitzen, - ~~wir sind~~ Deutsche auf einem gemeinsamen Schicksalsweg (Beifall).

Dies, meine Kameradinnen und Kameraden, soll immer über Eurem dienstlichen Weg leuchten. Es ist gar kein Zweifel, dass dies eine der schönsten Seiten des Nationalsozialismus war, dass er diese gemeinsame Auflockerung gebracht hat. Die frühere Dünkelsucht und kastenmässige Abschliessung innerhalb des Staatsdienstes ist längst beseitigt und wir können ruhig sagen, dass in dieser Beziehung auch das Gene-

ralgouvernement in einer gewissen Form vorbildlich ist. Bleiben wir dabei! Halten wir das hoch, dass den Wert des deutschen Menschen nur nach Leistung, nach seinem guten Willen und nach seinen absolut klaren Charaktermerkmalen allein gewertet wird und dass alles andere nichts taugt. Ich wünsche, dass sich das soweit wie nur möglich in den Landen herumspricht. Ich möchte vor allem feststellen, dass ich diese Grundsätze für Eure Laufbahn im Generalgouvernement überall zum Durchbruch bringen will. Mit Recht, verlangen Sie von mir, dass ich Ihre dienstlichen Belange genau so vertrete, wie ich von Ihnen verlange, dass Sie Ihre Dienstpflicht erfüllen. Ich betrachte mich seit Jahr und Tag - und ich glaube dabei auf einiges hinweisen zu können; was die Beamtenposition im Generalgouvernement anbelangt - als Euer oberster Sachwalter. Ihr seid mir anvertraut und euer dienstliches und auch persönliches Wohlergehen werden von mir sehr ernst genommen. Ich wünsche, dass es wie bisher weitergeht und alle Beamten und Angestellten in einer Notlage sich direkt an mich wenden können. Meine Adresse ist allgemein bekannt, sie ist die Burg in Krakau (Heiterkeit). Jeder kann an mich schreiben und es ist klar, dass ich mich bemühen werde, zu helfen. Und wenn ich helfen kann, helfe ich unter allen Umständen.

Eines möchte ich noch sagen: Nehmt an den politischen Kundgebungen unserer Bewegung teil. Bekennt Euch allüberall zur Fahne Adolf Hitlers, lasst Euch den Quatsch von einer Schwäche der Bewegung nicht einreden, lasst Euch nicht abbringen von dieser Idee Adolf Hitlers; glaubt nicht daran, dass das irgendwie ein Nutzen wäre. Wir hängen nicht deshalb an der Partei, weil sie uns irgend etwas gibt, sondern weil wir mit ihr verbunden sind. Das deutsche Volk soll an

den Prinzipien der Partei deshalb festhalten, weil die Feinde Deutschlands sich gerade die Partei als Zerstörungsobjekt ausgesucht haben. Das hat seine Gründe und wir wissen, warum sie das tun: wenn die Feinde Deutschlands die Bewegung Adolf Hitlers hassen, dann nicht, weil sie das deutsche Volk lieben. Es soll keiner glauben, dass sie etwas anderes erstreben, als die völlige Vernichtung des deutschen Volkes. Der Krieg, der nicht gekommen ist, weil Adolf Hitler der Führer Deutschlands ist oder weil er die NSDAP gegründet hat, ist kein Werk der NSDAP oder Adolf Hitlers. Adolf Hitler und die NSDAP sind nur die Garanten dafür, dass die deutsche Wehrmacht den notwendigerweise so oder so gekommenen Krieg gewinnen wird(Beifall). Daher geht mein Appell an Sie, meine Kameradinnen und Kameraden dahin, Euch zu dieser Idee des Führers zu bekennen, wo Ihr immer könnt, gerade auch angesichts ~~auch~~ des fremden Volkstums. Es ist klar, dass es wegen der dienstlichen Verpflichtungen nicht immer leicht ist, aber die Bewegung kommt Euch in jeder Weise entgegen. Ich werde die Veranstaltungen der Bewegung immer so legen lassen, dass dem grössten Teil von Euch eine Teilnahme an ihnen möglich ist. Ich weiss, dass auch das in bester Lösung ist, und ich sage dies nicht als Appell, nicht etwa deshalb, weil ich davon überzeugt wäre, es sei notwendig. Ich weiss, wie treu und in welcher Aufgeschlossenheit die Bewegung unsere Belange fördert.

Ihr, meine Kameraden und Kameradinnen, habt auch viele Möglichkeiten im Lande, Euch der deutschen Kultur zu bedienen. Wir können stolz auf das sein, was wir im Lande an Theatern, Konzerten, Kinos und sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen aufgebaut und durchgehalten haben. Wenn irgend welche Ver-

besserungen und Entwicklungen möglich sind, werde ich auch weiterhin dafür sorgen. Auf Eure berufliche Fortbildung, Euer Fortkommen, Euer Leben werde ich mein Augenmerk richten, wie ich das schon bisher getan habe. Ich weiss nicht, was ich eigentlich noch tun soll, damit Ihr mir endlich glaubt, dass ich es gut mit Euch meine. Die wichtigen Fragen des Lebens müssen von uns aber ständig in erster Linie behandelt werden, das Persönliche darf erst in zweiter, in dritter, in vierter, in fünfter Linie kommen. Wir sind hier nicht im Lande für uns oder auch gerade ~~auch~~ für unsere Gemeinschaft, sondern nur für Führer und Reich.

Wir gedenken der Toten! Unsere vielen Hundert Getöteter aus dem Staatsdienst des Generalgouvernements, Männer und Frauen der Verwaltung, Männer der Polizei und der SS, alle seien mit dem Schwur gegrüsst, dass wir ihr Werk unter Einsatz unseres eigenen Lebens tapfer wie bisher weiter verteidigen.

(Die Kappelle spielt das Lied vom guten Kameraden)

Für uns geht die Arbeit weiter. Im fünften Kriegsjahr, im fünften Jahr auch des Bestehens des Generalgouvernements wollen wir uns weit über das Land hin geloben, den Ernst der Zeit nicht zu verkennen, die Höhe der Aufgabe, die uns gestellt ist, zu ermessen und unser ganzes Leben, Wirken und Trachten, dem Führer und der Grösse unseres Volkes zu weihen.

(Langanhaltender Beifall)

Der Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, dankt dem Herrn Generalgouverneur für seine Worte und die Anerkennung der Arbeit der Regierungsgefolgschaft. Er gelobt im Namen aller,

so wie bisher treueste Pflichterfüllung bis zum siegreichen Kriegsende und bringt das Sieg-Heil auf den Führer aus.

Die Lieder der Nation beenden den Dienstappell der Regierung.

13^{00} M i t t a g e s s e n

15^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des Statistischen Amtes, Direktor Dr. Müller.

Dr. Müller überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein erstes Druckexemplar des Amtlichen Verzeichnisses der Gemeinden und Dörfer des Generalgouvernements. Er dankt bei dieser Gelegenheit dem Herrn Generalgouverneur für das grosse Wohlwollen und Verständnis, das er der Arbeit des Statistischen Amtes stets entgegengebracht habe. Die Mitarbeiter des Statistischen Amtes seien voll Freude über die Anerkennung, die ihre Arbeit durch den Herrn Generalgouverneur erfahren habe. Sein Bestreben werde es sein, das Statistische Amt des Generalgouvernements zu einem Musteramt zu machen.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Müller und seinen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die vortreffliche Leistung aus und gibt gleichzeitig dem Wunsche Ausdruck, Direktor Müller und seine Mitarbeiter demnächst auf der Burg zu empfangen.

15^{30} Verwundetenempfang im Staatskasino aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements.

25.10.1943.

Der Herr Generalgouverneur begrüsst die Anwesenden mit folgenden Worten:

Meine Herren Generäle, liebe Kameraden!

Die Regierung des Generalgouvernements wollte den 4.Jahrestag des Bestehens dieses am 26.Oktober 1939 vom Führer gegründeten Nebenlandes des Grossdeutschen Reiches nicht begehen, ohne Euch, verwundete Kameraden des Heeres, der Luftwaffe, der Waffen-SS und aller kämpfenden Verbände unseres Reiches, ihre innere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen. Viele Tausende von Verwundeten sind in den Lazaretten und in den Anstalten des Generalgouvernements untergebracht. Ihr seid uns die liebsten Gäste. Nächst den aus den zerstörten Gebieten unseres grossen Vaterlandes zu uns gekommenen Kindern und Bombengeschädigten seid Ihr es, denen die Fürsorge Eurer eigenen Verbände, aber auch des Staates Generalgouvernement mit besonderer Herzlichkeit gewidmet ist.

Nicht nur dieser kameradschaftliche Anlass ist es, der uns heute hier im Staatskasino vereint. Die Geschichte unseres grossdeutschen Reiches und die Geschichte des Freiheitskampfes, den Adolf Hitler mit seiner nationalsozialistischen Wehrmacht gegen eine ganze Neidingswelt zu bestehen hat, führt uns den Blick zurück und lässt uns daran erinnern, dass die grosse Wucht der Persönlichkeit Adolf Hitlers als politische Gestalt, die bis an die Sterne reicht, in einem Lazarett begann. Es war im Jahre 1918, da Adolf Hitler in Pasewalk ohnmächtig im Lazarett lag, durch eine Kriegsverletzung seines Augenlichtes beraubt. Da kam die erschütternste Stunde des damals kämpfenden Reiches, als auch in diese Lazarettstube die Nachricht gebracht wurde, dass durch einen Dolch-

25.10.1943.

stoss sondergleichen die deutsche Verteidigung zusammengebrochen war und durch die sogenannte Revolution vom November 1918 alle Kriegsopfer umsonst gebracht schienen. Damals lag Adolf Hitler krank darnieder und wühlte sich, wie er in seinem Buch "Mein Kampf" schreibt, mit Tränen in den Augen in seinen Kissen. Und damals tat er in diesem Lazarett den Schwur, wenn der Herrgott ihm das Augenlicht jemals wiedergeben würde, dann würde er das als ein schicksalhaft zu deutendes Zeichen für seinen eigenen Lebensweg gleichsam als göttliches Flammenzeichen annehmen. Und es geschah, dass er das Augenlicht wieder bekam und es ertönt lapidar das Wort: "Und ich beschloss Politiker zu werden".

Das ist für uns ein gewaltiges Ereignis und Sie sehen, meine Kameraden, was der Schmerz und das Leid, die die Wunden des Krieges schlagen, vermögen. Sie trafen damals einen Mann, der bestimmt war, im Rahmen eines Lazaretts die grosse Wiederkehr deutscher Freiheit bei sich zu entschliessen. Was liegt nicht alles an dramatischer Wucht in diesem Augenblick. Vom Lazarett in Pasewalk geht der neue Frühling unseres Volkes aus. Es beginnt dieser einzigartige Aufstieg des Reiches und des Volkes, unserer Nation zu Grossdeutschland, zu dem ungeheuren nationalsozialistischen Aufbruch, der uns an die Spitze Europas und in die Entscheidungsposition brachte, gegenüber den Verderbern der europäischen und menschlichen Werte.

So haben wir im Generalgouvernement als dem ersten durch den Heldenmut unserer Soldaten im Jahre 1939 eroberten Gebiet allen Anlass, unseren Verwundeten dankbar für den Geist zu sein,

25.10.1943.

der sie beseelt. Aus ihm kam einmal Deutschlands Wiedergeburt.

Meine Kameraden! Ich freue mich, dass Sie der Einladung der Regierung Folge leisteten, und ich möchte auch an dieser Stelle Ihnen, die Sie hier im Raume sind, und darüber hinaus allen Verwundeten im Generalgouvernement wiederum die Erklärung abgeben, dass die Regierung des Generalgouvernements und auch der Arbeitsbereich Generalgouvernement der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei auch in Zukunft alles tun werden, um Euch ein Kleines an dem Dank und der Verpflichtung abzustatten, auf die Ihr mit Fug und Recht auf Grund Eures Einsatzes rechnen könnt. Das nationalsozialistische Reich Adolf Hitlers wird den verwundeten Soldaten nicht vergessen, sondern wird ihm den Ehrenplatz einräumen, der ihm in der künftigen Ordnung des Aufbaues unseres Volksganzen gebührt. Ihr habt Eure höchste Pflicht erfüllt, Ihr werdet daher auch höchste Rechte geniessen.

Seid hier auf das Herzlichste begrüsst. Ich danke allen, die an der heutigen Veranstaltung Verdienste haben, für das Zustandekommen dieses Nachmittags. Ich danke insbesonderen allen, die gekommen sind, um uns hier den Gruss der Wehrmacht zu entbieten. Ein Wort aber von ganz besonderer Herzlichkeit richte ich an die Schwestern, die ich in unseren Reihen sehe. Wenn ich diese tapferen Vorkämpfer echtester volksgenössischer Kameradschaft und dienstlicher Hingabe in unserer Mitte sehe, so erinnere ich mich an die Zeit, da wir selbst einmal während des Weltkrieges in den Lazaretten lagen. Damals waren es die gleichen Gestalten mildester und selbstlosester Fürsorge, die uns den ersten Gruss der Liebe brachten und die Schrecken des Krieges vergessen liessen. Ich danke Euch, Ihr tapferen Schwestern, die Ihr hier

im volksfremden Raum unseren Verwundeten die opferreiche Bürde deutschen Frauentums gewährt. Ich danke Euch und Euren Ärzten, diesen vorbildlichen Rückführern unserer Verwundeten zur Gesundheit, zum Lebensmut und zur Lebenskraft. Ihr alle seid mit meinem Gruss umfasst, möge Euch diese Stunde in herzlicher Erinnerung bleiben.

Wehrkreisbefehlshaber General Haenicke dankt dem Herrn Generalgouverneur in kurzen Worten für die Veranstaltung dieses Nachmittags und darüber hinaus für die ständige Fürsorge, die die Regierung des Generalgouvernements und die Partei im Generalgouvernement den Verwundeten zuteil werden lässt.

18^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19^{30} Teilnahme am Festkonzert der Philharmonie des Generalgouvernements im Haus Urania.

Anschliessend begibt sich der Herr Generalgouverneur ins Regierungskasino in der Arkadia auf dem Adolf-Hitler-Platz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

1155

Dienstag, den 26.Oktober 1943.

10^{30} Regierungssitzung im Rahmen eines Staatsaktes im Neuen Regierungssaal der Kanzlei des Generalgouverneurs.

(Protokoll siehe Beiakten)

13^{40} Mittagessen

17^{20} Tee-Empfang von Pressevertretern aus dem Reich.

Im Verlauf des Tee-Empfanges richtet der Herr Generalgouverneur eine Ansprache an die Pressevertreter, in der er ihnen eine Schilderung der gegenwärtigen Verhältnisse im Generalgouvernement gibt.

19^{00} Festaufführung im Staatstheater.

Zur Aufführung gelangt die Oper "Die Hochzeit des Figaro" von Wolfang Amadeus Mozart.

22^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Anschließend Zusammensein mit Pressevertretern im Kasino der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Mittwoch, den 27.10.1943. Krakau

10 25 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek zwecks Teilnahme an der Einweihung des Chopin-Museums.

12 30 Richtfest für den Kanzleineubau für alle Bauarbeiter und die auf der Burg beschäftigten Nichtdeutschen.

Nach Begrüssungworten des Baudirektors Hallbauers vom Technischen Zentralamt richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an die Anwesenden:

Arbeitskameraden und Kameradinnen! Ich danke Euch von ganzem Herzen für Eure brave und treue Arbeit an der alten stolzen Burg zu Krakau. Es hat zwar ein bisschen lange gedauert, bis wir soweit gekommen sind, aber schliesslich sind wir doch zu einem Ende gekommen. Es ist besser, man kommt langsam zum Ziel, als dass man zu schnell läuft und überhaupt nicht zum Ziel kommt.

Jeder von Euch hat an diesem Bau sein Bestes geleistet. Wenn Ihr unten in der Stadt seid, könnt Ihr auf die Burg zeigen und sagen, da habe auch ich mitgearbeitet. Ihr könnt sagen: der Generalgouverneur mag noch so stolz sein, er würde frieren, wenn wir ihm nicht die Burg gebaut hätten(Heiterkeit).

Leider haben wir im Verlaufe dieser langen Bauzeit einige unserer Kameradinnen und Kameraden durch den Tod verloren. Sie sind gestorben und zu ihrer Erinnerung erheben wir uns.

Es ist mein fester Wunsch, dass alle braven Männer und Frauen dieses Landes trotz des schwe-

ren Krieges und trotz der furchtbaren Zeiten ein gesundes Leben zu führen vermögen. Es wäre schön, wenn der Bau der Burg, der von Deutschen und Polen gemeinsam errichtet wurde, ein Symbol dafür wäre, dass diese beiden Kulturvölker in Zukunft in einem vom Bolschewismus befreiten Europa ein glückliches Leben führen wollen.

Ich hoffe und glaube, dass Gott der Allmächtige schon weiss, wie er die Welt eingerichtet hat. Ich habe heute in Krakau das Chopin-Museum eröffnet. Wir haben unter schwersten Umständen die wertvollsten Erinnerungsstücke an diesem grössten polnischen Musiker gerettet und nach Krakau gebracht. Ich wollte dies nur sagen, um Euch zu zeigen, dass ich mich persönlich bemühen will, die Dinge hier im Lande soweit es nur irgend geht in Ordnung zu bringen.

Ich danke Euch dafür, dass Ihr den schönen Bau gemacht habt und noch vollenden werdet. Ihr sollt, wenn Ihr irgend ein Anliegen habt, zu mir kommen können. Möge Gott mit Eurem Leben und Eurer Arbeit sein und Eure Familien schützen. Das ist mein Wunsch. Ich trinke auf Euer Wohl.

Im Namen Aller spricht dem Herrn Generalgouverneur ein Vorarbeiter den Dank für die Feier aus und verbindet damit seinen persönlichen Dank für das, was der Herr Generalgouverneur im Dienst der gemeinsamen Sache an diesem Bau getan hat.

IV/16

27.10.1943

15⁰⁰ **Gouverneurssitzung**

(Teilnehmerliste siehe Anlage)

Staatssekretär Dr. Bühler teilt zunächst mit, dass er die Gouverneure von dem Inhalt des Fernschreibens betreffend die Abberufung des Staatssekretärs Krüger unterrichtet habe. Reichsführer SS Himmler habe dem Herrn Generalgouverneur in einem Fernschreiben mitgeteilt, dass die Aufstellung neuer Divisionen der Waffen-SS ihn dazu genötigt habe, den bisherigen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, General der Polizei Krüger, abzuberufen. Er habe vorgeschlagen, den bisherigen Höheren Polizeiführer des Warthegaues, SS-Obergruppenführer Koppe, zu seinem Nachfolger in der Stellung als Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu ernennen. Der Herr Generalgouverneur habe diesem Vorschlage zugestimmt.

Der Reichsführer SS habe seinen Besuch in Krakau für Anfang November in Aussicht gestellt, und bei dieser Gelegenheit solle Staatssekretär Krüger die Dienstgeschäfte an den neuen Staatssekretär Koppe übergeben.

27.10.43.

Der Herr Generalgouverneur gibt dazu folgende Erklärung ab: ihm sei versichert worden, daß SS-Obergruppenführer Koppe mit genauer Marschroute in völliger Gegensätzlichkeit zu dem bisherigen Zustand versehen und nunmehr ein Weg zu sachlicher Zusammenarbeit gefunden werden solle.

Der Herr Generalgouverneur spricht dann den Gouverneuren seinen Dank und seine Anerkennung für ihr Festhalten an den Grundlinien aus, die für das Generalgouvernement erarbeitet worden seien.

Der bisherige Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin Dr.Heuber wird vom Herrn Generalgouverneur im Einverständnis mit Staatssekretär Dr.Boepple zum Regierungskommissar für das gesamte Kammerwesen ernannt und erklärt sich zur Übernahme dieses Amtes bereit.

Die kommissarische Verwaltung der Stellung des Bevollmächtigten in Berlin wird Landgerichtsrat Taschner übertragen.

Die Gouverneure berichten dann über die Verhältnisse in den Distrikten.

Gouverneur Kundt teilt mit, daß sich die allgemeine Lage im Distrikt Radom nicht geändert habe, die Sicherheitslage allerdings angesichts des massierten Auftretens von Banden etwas schlechter geworden sei. In den letzten Wochen sei auch eine systematische Verfolgung der Volksdeutschen zu beobachten. Es sei gelungen, im Wege einer Großaktion verschiedene Banden zu zerschlagen. Die Schwierigkeiten, die sich für den Distrikt ergäben, seien

hauptsächlich auf die Verlegung großer Rüstungsbetriebe aus dem Reich in den Distrikt Radom zurückzuführen, für die wohl Techniker und Meister, aber keine Arbeiter zu erhalten wären. Unter diesen Umständen komme eine Abgabe von Arbeitern an das Reich unter keinen Umständen mehr in Frage. - Im übrigen zeige sich eine gewisse Versteifung der Lage darin, daß sich die Bauern infolge der ihnen von den Banden bezw. der Widerstandsbewegung angedrohten Verfolgung weigerten, ihre Kontingente abzuliefern. Das Aufbringungssoll werde bei Getreide im allgemeinen erfüllt werden können. Schwieriger sei die Kartoffelerfassung, und zwar vor allem angesichts des Umstandes, daß schlechtes Saatgut ausgegeben worden sei. Bei Kartoffeln könne nach Meinung der landwirtschaftlichen Sachverständigen nur eine Erfassung von 75% garantiert werden.

Was die Sicherheitsfrage angehe, so sei vom BDS zugestanden worden, daß vor der Aburteilung von Übertretungen der Verordnungen, die von Verwaltungsstellen festgestellt würden, den Kreishauptmännern Mitteilung gemacht und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, zu den Dingen Stellung zu nehmen. Große Sorge bereite der Distriktsverwaltung die Frage der Sicherheit der zerstreut wohnenden Volksdeutschen, die vielfach eine ausgezeichnete Haltung zeigten.

Die Arbeit in den Fabriken verlaufe im allgemeinen günstig. Die Neuregelung der Ernährung der Arbeiter habe gute Auswirkungen gehabt. Was die eigentliche Arbeitstätigkeit anlange, so habe die Arbeit in den Betrieben keine Verschlechterung erfahren, wenn sich auch eine gewisse politische Stimmungsänderung im Verhalten der Arbeiter bemerkbar

27.10.43.

bemerkbar mache.

Gouverneur Dr. Wächter führt aus, daß man die Arbeit im Distrikt Galizien nicht nur mit den Verhältnissen in anderen Distrikten in Vergleich setzen könne, sondern sie auch mit den Verhältnissen vergleichen müsse, die z.B. in Wolhynien herrschten. Wenn man bedenke, daß dort eine deutsche Verwaltung überhaupt nicht mehr bestehe und von einer Ernteeinbringung kaum die Rede sei, dann könne man erst ermessen, wie die Verwaltung des Distrikts Galizien arbeite.

Die Sicherheitslage sei bis Juli 1943 durchaus befriedigend gewesen. Erst von diesem Zeitpunkt an sei infolge des Auftretens der Kolpakbanden eine Änderung eingetreten, und die Machtverhältnisse hätten sich verschoben, sodaß in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Gefühl der Schutzlosigkeit herrsche. Nach Zerschlagung der Kolpakbanden hätten sich ihre Angehörigen über das ganze Gebiet verstreut. Es bildeten sich wieder größere Gruppen, die auch nur mit einer stärkeren Exekutivmacht zerschlagen werden könnten. Hier müsse sofort etwas geschehen; denn wenn man bis zum Frühjahr warte, werde man eine Division einsetzen müssen.

Mit der Erfassung von 330 000 Tonnen Getreide stehe der Distrikt Galizien, absolut gesehen, an der Spitze aller Distrikte. Diese Erfassung müsse mit einem Bruchteil des Apparats durchgeführt werden, der anderen Distrikten zur Verfügung stehe. Die gesamte Aufbringungssumme von 585 000 Tonnen sei zweifellos übersetzt. Zu berücksichtigen sei

27.10.43.

ferner der Umstand, daß die Liegenschaften vielfach schlechter arbeiteten als die bäuerlichen Wirtschaften.

Die Zahl der Baudienstmänner habe sich von 9000 wieder auf 12000 bis 15000 erhöht. - Auch mit der Aufstellung der SS-Schützendivision habe man gute Erfolge erzielt. Bis jetzt seien 5 Regimenter aufgestellt worden, und die Kommandeure berichteten über den Zustand der Truppe durchaus positiv.

Über die Lage im Distrikt Lublin berichtet Gouverneur Dr. Wendler. Er teilt mit, daß der Nachfolger des früheren SS- und Polizeiführers Globocnik nunmehr seine Arbeit aufgenommen habe. Der neue SS- und Polizeiführer Sporenberg sei ein absolut ruhiger Mann mit großer Osterfahrung.

Bisher seien 83% der Getreideernte erfaßt und bereits in Lägern untergebracht, bei Roggen seien es über 60%. Auch die Ergebnisse in dem mit Deutschen besiedelten Gebiet seien zufriedenstellend. Die Bestellung der Felder sei angesichts des günstigen Wetters gut von statten gegangen.

Die Sicherheitslage habe sich nicht verschlechtert, wobei allerdings berücksichtigt werden müsse, daß die Verhältnisse im Osten des Distrikts nach wie vor katastrophal seien. Angesichts dieser Zustände liege die Holzabfuhr zur Zeit vollkommen still.

6

27.10.43.

Gouverneur Dr. Fischer kann im allgemeinen von einer zufriedenstellenden Lage im Distrikt Warschau berichten. Auch die Sicherheitsverhältnisse hätten sich nicht verschlechtert, sondern sogar gegenüber der Zeit vor dem Juli etwas gebessert. Für die Neuregelung der Ernährung der Bevölkerung seien entsprechende Maßnahmen getroffen und die notwendigen Mengen sichergestellt. Gleichwohl seien im allgemeinen die Schleichhandelspreise nicht gesunken, abgesehen von den Preisen für Brot, die aber jetzt wieder anstiegen. Die Ernteergebnisse seien sehr befriedigend: 110% der Kontingente seien erfaßt, 102% bereits in Lägern.

General der Flieger Sommé, Oberst Sachs und Oberstleutnant von Mirbach vom Luftgaukommando VIII werden hierauf zu den weiteren Beratungen hinzugezogen.

General der Flieger Sommé gibt einen eingehenden Bericht über die derzeitige Luftlage unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Generalgouvernement.

Anschließend spricht Oberstleutnant von Mirbach über die Organisation des Luftschutzes im Generalgouvernement. Er kündigt an, daß Vorträge über diese Frage demnächst in den Distrikten gehalten werden würden.

c 1

27.10.1943

16^45 Besprechung über die Sicherheitslage. Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Wächter, Kundt und Dr. Wendler, SS-Oberführer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Grünwald, der Bevollmächtigte Dr. Heuber und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

SS-Oberführer Bierkamp führt folgendes aus: Die Sicherheitslage insbesondere in Warschau bereite grosse Sorgen. In Warschau befinde sich die Zentrale der nationalen Widerstandsbewegung, während in den anderen Distrikten lediglich Untergruppen beständen. Das Hauptaugenmerk des SD sei daher in erster Linie auf Warschau gerichtet. Die nationale Widerstandsbewegung versuche nach allen Seiten anzuknüpfen und sei in der Lage, jederzeit loszuschlagen. Vorerst wolle sie das aber noch nicht. Die Kommunisten verfolgten das Ziel, die Bevölkerung durch Terrormassnahmen aufzuputschen.

Durch die von der deutschen Verwaltung eingeführte Verordnung und die eingeleiteten Sühnemassnahmen sei nun die nationale Widerstandsbewegung in einen schweren Konflikt geraten. Sie habe mit der Emigrantenregierung in London Verhandlungen über ihr weiteres Verhalten eingeleitet, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Man scheine die Entscheidung darüber der Widerstandsbewegung im Lande zu überlassen.
Sie trete auch an den SD heran; scheinbar wolle sie von Terrormassnahmen gegen Deutsche Abstand genommen sehen. Sie erklärte, dass wir mit unseren Massnahmen nur den Kommunisten in die Hände arbeiteten; die Terrorwelle würde ständig zunehmen und zum Aufstand führen.

Die Kommunisten würden selbstverständlich durch die deutschen Massnahmen von weiteren Terrorakten nicht abgehalten. Ihnen könne man nur

dadurch begegnen, dass man die Kommunistenführer und aktiven Terrorgruppen fasse und zerschlage. Zu diesem Zweck seien Strassenstreifen eingesetzt worden, von denen die Gefassten sofort standgerichtlich abgeurteilt würden. Bei diesem Verfahren nehme man selbstverständlich eine Menge unschuldiger Leute fest, die aber alle wieder entlassen würden. Eine solche Aktion dürfe auch nicht nur eine Fangaktion für den Arbeitseinsatz werden.

In Warschau habe man bereits eine Menge Individuen gefasst, die mit Waffen aller Art, sogar mit Handgranaten ausgerüstet gewesen seien. Auch viele Kuriere habe man bereits erwischt. Die eingeführten Massnahmen würden noch verbessert werden. Leider mache sich der Mangel an ausreichenden Kräften zur Durchführung solcher Aktionen bemerkbar.

Die Sicherheitspolizei habe viele Leute, die seit dem 10.Oktober auf Grund der Verordnung vom gleichen Tage strafbare Handlungen begangen haben, in Händen. Diese seien zum Tode verurteilt und würden als Sühne für Verbrechen erschossen. Ihre Namen würden der Bevölkerung durch Plakate bekannt gegeben, und ihr mitgeteilt, dass die und die Leute Begnadigung zu erwarten hätten, wenn nicht weitere Morde an Deutschen vorkämen. Für einen ermordeten Deutschen würden 10 dieser Polen hingerichtet. Für Verbrechen, die Polen begangen hätten, würden nur Polen hingerichtet werden und analog sei es bei den Ukrainern. Für Taten der nationalen Widerstandsbewegung würden auch keine Kommunisten erschossen und umgekehrt. Bei unklarem Sachverhalt würden kommunistische Verbrecher erschossen.

Die Verordnung vom 10.Oktober habe bereits eine gewisse Beruhigung erzielt, und die Morde an Deutschen in Warschau hätten nachgelassen.

1166

c 3 25.10.1943.

Nächstes Besprechungsthema ist der Luftschutz im Generalgouvernement.

Generalmajor Grünwald berichtet von Bestrebungen der Wehrmacht, die Führung des Luftschutzes in ihre Hände zu bekommen. Diese Bestrebungen seien besonders stark bei der Luftwaffe spürbar. Irgendwelche Vereinbarungen in dieser Frage zwischen OBdL und Reichsführer SS bestünden aber noch nicht.

Im Generalgouvernement sei für den Luftschutz zu wenig getan. Grössere öffentliche Luftschutzräume seien nicht vorhanden. Die dafür im Haushalt ausgesetzten 1 Million Zloty seien für die Ausgestaltung von Räumen in den Dienststellen verbraucht.

Hauptmann Schubert berichtet, dass er die vordringlichsten Luftschutzmassnahmen untersucht habe, und als dringlichste Forderung den Betrag von 10 Millionen Zloty und 200 Tonnen Eisen ansehen müsse.

Regierungsdirektor Dr. Schmidt weist darauf hin, dass noch 4 Millionen Zloty für Luftschutzzwecke zur Verfügung ständen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass Träger des Luftschutzes die Ordnungspolizei sei und ihr die 4 Millionen Zloty sofort übergeben werden sollen. Weitere 6 Millionen Zloty müssten noch ausgeworfen werden. Wegen der Zurverfügungstellung von 200 Tonnen Eisen will er sich auf Anregung des Hauptmann Schubert mit Generalfeldmarschall Milch in Verbindung setzen. Generalmajor Grünwald gibt er den Auftrag, für die Intensivierung der Luftschutzmassnahmen ein Regulativ auszuarbeiten. Dann wird unter Hinzuziehung aller interessierten Stellen wie Wehrmacht und Partei eine eingehende Sitzung über diese Frage unter seinem Vorsitz auf der Burg

stattfinden. Eine neugefasste Verordnung wird dann auf Grund dieser Besprechung erlassen werden.

Gouverneur Kundt weist in diesem Zusammenhang auf den LHD hin, der aus zum Teil sehr unverlässlichen Polen zusammengesetzt sei. Die Stadt- und Kreishauptmänner hegten grosse Befürchtungen, dass im Katastrophenfalle diese kommunistisch durchseuchten Trupps das deutsche Leben nicht schützen würden, sondern gegen die Deutschen vorgingen. Vielleicht könne man die polnischen Angestellten der Behörden für eine Art Luftschutzdienst ausbilden.

Der Herr Generalgouverneur weist SS-Oberführer Bierkamp auf diese Sachlage hin und bittet ihn um sein besonderes Augenmerk.

Polizeihilfsdienst:

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, dass er die Einziehung von deutschen Behördenangehörigen zum Polizeihilfsdienst auf die Höchstfrist von 10 Tagen begrenzt habe. Neuerdings sei nun ein Vorstoss unternommen worden, der bezwecke, eine grössere Anzahl (200) für 4 Wochen zu kasernieren. Er stehe jedoch auf dem Standpunkt, dass der Polizeihilfsdienst nur im Katastrophenfalle einzugreifen habe, nicht aber, um die laufenden Arbeiten der Polizei zu unterstützen. Ausserdem könne die Verwaltung des Generalgouvernements praktisch auf so viele Arbeitskräfte für längere Dauer nicht verzichten.

Der Herr Generalgouverneur schliesst sich der Auffassung Staatssekretär Dr. Bühlers an.

Sonderdienst:

Generalmajor Grünwald weist auf die geringe Zahl der Sonderdienstmänner hin. Er habe daher eine Verfügung, auf Grund der von einer Werbung zum Sonderdienst Abstand genommen werden soll, aufgehoben. Man benötige etwa 300 Mann.

Der Herr Generalgouverneur legt grösstes Gewicht auf die Erhaltung des Sonderdienstes und bittet Generalmajor Grünwald, sich hier als seinen besonderen Beauftragten anzusehen.

Gouverneur Kundt will für den Sonderdienst eine Art UK-Stellung ausgesprochen sehen, da bei einer restlosen Einziehung aller jungen Waffenträger zum Sonderdienst viele volksdeutsche Dörfer schutzlos den Banditen ausgesetzt seien.

Generalmajor Grünwald berichtet, dass der Inspekteur des Sonderdienstes Weisung habe, die Einziehungen im Einvernehmen mit den Gouverneuren durchzuführen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob man die polnische Bevölkerung nicht über die Luftgefahr aufklären solle, antwortet Generalmajor Grünwald, dass es zweckmässiger sei, eine solche Aufklärung stillschweigend durchzuführen.

Gouverneur Fischer berichtet von der Aufstellung eines neuen Alarmplanes in Warschau von Seiten der Wehrmacht und Polizei. Darin sei vorgesehen, dass im Falle der dritten Alarmstufe die Befehlsgewalt auf die Oberfeldkommandantur übergehe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass ihm davon nichts bekannt sei. Er bittet Gouverneur Fischer um eine offizielle Meldung.

1169

27.10.1943.

17^30 Fortführung der Besprechungen unter Hinzuziehung der Präsidenten Senkowsky, Naumann, Struwe, Eißfeldt und des Oberlandesforstmeisters Mann.
SS-Oberführer Bierkamp und Generalmajor der Polizei Grünwald verabschieden sich.

Präsident Eißfeldt macht Ausführungen über die Notwendigkeit sofort zu ergreifender Massnahmen für die Holzbeschaffung. Bis jetzt sei es gelungen, die Holzanforderungen hauptsächlich der Wehrmacht, der Rüstungsindustrie und des Bergbaues in Oberschlesien zu befriedigen. Nun seien aber mit der Zurückverlegung der Ostfront an die Forstverwaltung des Generalgouvernements umfangreiche Neuanforderungen an Holz gestellt worden, zu deren Beschaffung ausserordentliche Massnahmen ergriffen werden müssten.

Präsident Eißfeldt führt dann im einzelnen die Zwecke an, für die die Neuanforderungen der Ostfront benötigt werden (z.B. Ausbau von Auffangstellungen, Frontflugplatzeinsatzhäfen, Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs, Bau neuer Strecken, Wassertürme, Betriebsgebäude, Ausbesserung zerstörter Lastwagen, Barackenbau, Finnenhütten, Munitionspackgefässe, Kisten, Flugzeugholz). Weiter zählt er im einzelnen die Bedarfsträger im Generalgouvernement auf.

Anschliessend gibt er die Gründe für die in der letzten Zeit stark angeschwollenen Lieferungsausfälle an und bezeichnet als Hauptgrund die schlechte Sicherheitslage mit all' ihren Folgen.

Die Holzbeschaffung müsse nunmehr auf gleiche Stufe mit der Ernährungssicherung gerückt werden. Um den Bedarf der Front befriedigen zu können, müssten auf dem Gebiete der Holzbeschaffung ausseror-

dentliche Massnahmen ergriffen werden. Am geeignetsten halte er die Ausdehnung bezw. Umstellung der landwirtschaftlichen Polizeistützpunkte auf forstliche Interessen, denn es müsse eine weitgehende Sicherung der Waldgebiete vor Banditen erreicht werden. Nur so sei die Gewähr dafür gegeben, dass man die in den Wäldern lagernden 30 % des alten Einschlages abfahren und den neuen Einschlag durchführen könne. Seiner Meinung nach werde sich die Wehrmacht an der Bildung von Forststützpunkten beteiligen.

Der Herr Generalgouverneur holt telefonisch die Bereitwilligkeit Generalmajors Grünwald zur Beteiligung der Polizei an solchen Stützpunkten herbei. Er schlägt Präsident Eißfeldt vor, einen Arbeitsplan für die Holzabfuhr und für die Durchführung des Neueinschlages aufzustellen. Er solle für jede Kreishauptmannschaft, in deren Waldgebiet Holz lagere, einen Plan aufstellen, auf Grund dessen dann die Abfuhr in wenigen Tagen vonstatten gehen könne. Weiter solle er mit der Wehrmacht und der Polizei zwecks Zurverfügungstellung von Sicherungskräften für diese Zeit verhandeln. Wenn er diese Kräfte nur für mehrere Wochen, nicht aber für längere Zeit von der Polizei und Wehrmacht anfordere, dann werde er dafür auch Zusagen erhalten können. Er sei gerne bereit, sich bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten einzuschalten. Nach Durchführung der dringlichsten Aufgaben könne man die Frage der Einrichtung von dauernden Polizeistützpunkten in den dichtesten Waldgebieten erneut prüfen.

Präsident Struwe berichtet von einer Tagung über die Arbeitseinsatzlage im Reich und erklärt, dass dabei die Leistungen des Generalgouvernements indirekt

c8

27.10.1943.

anerkannt worden seien. Im nächsten Jahr würden im Reich 3 Millionen Arbeitskräfte benötigt. Das Generalgouvernement müsse dazu 100 000 Mann abstellen. Diese Zahl lasse sich ohne grössere Schwierigkeiten aufbringen, denn sie betrage nur 1/30el des Gesamtaufkommens, während bisher immer 10 bis 30% angefordert worden seien. Die Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements wende sich jetzt in starkem Masse Fragen der Arbeitsdisziplin zu, da jetzt durch Schaffung einer ausreichenden Ernährung die Voraussetzungen dafür gegeben seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Struwe seinen Wunsch bekannt, zur Arbeitererfassung Polizeikräfte nicht mehr heranzuziehen.

Präsident Naumann macht Ausführungen über die Getreide- und Kartoffelerfassung. Letztere bereite wegen des schlechten Ausfalls der Ernte grosse Sorgen. Man müsse damit rechnen, dass die Kartoffelernte im Mai oder Juni nächsten Jahres aufgebraucht sein würde. Als Ersatz müsse man dann der Bevölkerung Mehl zur Verfügung stellen, sodass jede Tonne Getreide, die man über das Kontingent erfassen könne, hier eine Entlastung bringen könne.

Sorgen bereite auch die Erfassung von Vieh und Molkereierzeugnissen. Er hoffe aber, in naher Zukunft einige Hundert Kräfte aus der Ukraine zu erhalten; mit diesen Kräften würde man dann die Erfassung steigern können.

Eine Notwendigkeit sei die Bewachung der 600 Brennereien, da man Angriffe der Widerstandsbewegung befürchten müsse, wenn die Brennereien ihren Betrieb aufnehmen würden. Vielleicht sei es möglich, für jede Brennerei während der Kampagne 10 Mann Bewachung zu erhalten.

c9

1122

27.10.1943.

Anschliessend weist der Herr Generalgouverneur die beiden Staatssekretäre und die 4 Gouverneure auf die kommenden Schwierigkeiten hin, die auf Grund des Näherrückens der Ostfront an das Generalgouvernement für die deutsche Zivilverwaltung erwachsen würden. Das verwaltungsmässige Zusammenhalten der Kohärenz des Generalgouvernements werde grossen Schwierigkeiten begegnen. Anzeichen für die Errichtung einer Art Militärverwaltung im Generalgouvernement seien bereits vorhanden.

Demgegenüber werde er seine Politik der verantwortlichen Führung der Zivilverwaltung weiterhin durchhalten, und er bitte die Herren Gouverneure um Ihre Unterstützung. Nur einem vom Führer geäusserten Wunsch in dieser Beziehung werde er Folge leisten: Dann werde aber von ihm die Zivilverwaltung geordnet und geschlossen an einem bestimmten Zeitpunkt an das Militär übergeben. Verhältnisse, wie sie sich heute in der Ukraine zeigten, würden von ihm nicht geduldet.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Anlage

Anwesenheitsliste

für die Gouverneursitzung

am Mittwoch 27. Oktober 1943 15[00]

im Arbeitszimmer des Gen. Gouverneurs im neuen Hauptgebäude

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
[illegible]		[illegible]
[illegible]	Gouverneur	Radom
[illegible]	"	Lublin
[illegible]	"	Warschau
[illegible]	[illegible]	Berlin
Boepple		
[illegible]	Gen. d. Flieger	L. G. K. VIII
[illegible]	Oberst d. Flieger	"

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
v. Mirbach	Oberstleutnant	L. G. K. VIII
Mann	Oberlandforstmeister	Hauptabt. Forsten
[illegible]	Präs.	Hauptabt. Arbeit
Zippel	Präsident	HA Forsten
Sernacosky	"	" Finanzen
Schmid	Direktor	Fr. Verw.
[illegible]	[illegible]	Fr. I.

Donnerstag, den 28.Oktober 1943.

1o ^{50} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Kulturreferent Jaenicke.

11 ^{10} Konstituierende Sitzung des Beirats der Kulturvereinigung des Generalgouvernements im Arbeitszimmer des Herrn Generalgouverneurs (Neues Kanzleigebäude).

(Protokoll siehe Anlage zu diesem Tagebuchblatt).

13 ^{10} Ministerialrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer VO. über die Wiederherstellung des während der Sowjetherrschaft in Galizien entzogenen privaten Eigentums an Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken
2) einer VO. über die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr
3) einer VO. zur Änderung der VO. über die Durchführung von Dienststrafverfahren gegen die im Generalgouvernement tätigen deutschen Beamten
4) einer dritten VO. zur Änderung und Ergänzung des polnischen Umlegungsrechtes

vor. Die Verordnungsentwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Im Zusammenhang mit der VO. unter 2) beauftragt der Herr Generalgouverneur Ministerialrat Dr.Weh, den Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn Gerteis um eine Klarlegung der Verhältnisse zu ersuchen, die sich nunmehr für die Ostbahn gegenüber dem Reichsverkehrsministerium ergeben haben, und dem Herrn Generalgouverneur darüber Bericht zu erstatten.

28.1o.43.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Dr.Weh, daß sich alle Interessierten Stellen nunmehr mit der Verordnung einverstanden erklärt hätten.

Der Herr Generalgouverneur hält die Herausgabe eines abschließenden von ihm bezw. Staatssekretär Dr.Bühler unterzeichneten Erlasses auf Grund der beiderseitigen Vereinbarungen mit Reichsverkehrsminister Dr.Dorpmüller für notwendig, und zwar um so mehr, als ihm eine Schlußformulierung über diese Vereinbarungen noch nicht vorgelegt worden ist.

Der Herr Generalgouverneur verfügt weiter, daß Präsident Gerteis ihm abschließend unter Vorlage der Dokumente darüber Bericht erstattet, wie nun die Lage der Ostbahn im Verkehr mit dem Reich gestaltet sei, vor allem, welche Rechte das Generalgouvernement bezüglich der Generaldirektion der Ostbahn etwa in Gestalt einer Einflußnahme auf Verkehr, Betrieb usw. habe. Für diese Berichterstattung des Präsidenten Gerteis beraumt der Herr Generalgouverneur Termin am 9.November vormittags 1o Uhr an.

Der Herr Generalgouverneur trifft dann folgende Anordnung: Am 9.November vormittag 11 Uhr findet aus Anlaß der Errichtung der Hauptabteilung Verkehr ein feierlicher Akt auf der Burg zu Krakau in Anwesenheit der Staatssekretäre und der Vertreter anderer interessierter Stellen statt.

3

28.1o.43.

13^{20} Mittagessen

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Trzebinia.

21^{26} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München.

Anlage 1176

N i e d e r s c h r i f t
über die
konstituierende Sitzung des Beirats der Kulturvereinigung des Generalgouvernements.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur

Präsident Ohlenbusch

Leiter der Abteilung Kultur der Hauptabteilung Propaganda Jäenicke

Leiter des Hauptarbeitsgebiets Schulung des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP. Holweger

Pressechef Gassner

Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz

Intendant Stampe

Intendant Haslinde

Hauptschriftleiter Stöppler

Musikreferent Bader

Verlagsleiter Strozyk

Stellvertr. Sendeleiter Noglik.

Präsident Eichholz

Die Sitzung wird um 11^{10} durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet.

Zunächst erstattet der Hauptgeschäftsführer der Kulturvereinigung Jaenicke einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kulturvereinigung und gibt einen Überblick über die für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen.

Nach dem Bericht folgen die

Konstituierung des Beirats und die Bestellung seiner Mitglieder.

Nach § 6 der Satzung der Kulturvereinigung werden die Mitglieder des Beirats auf Vorschlag des Generalsekretärs vom Generalgouverneur bestellt und abberufen.

Auf Vorschlag des Generalsekretärs Präsidenten Ohlenbusch werden zu Mitgliedern des Beirats ernannt: Pressechef Gassner, Oberregierungsrat Dr.Coblitz, Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Intendant Stampe, Intendant Haslinde, Verlagsdirektor Strozyk, Hauptschriftleiter Stöppler, Musikreferent Bader, Sendeleiter Noglik, Leiter des Hauptarbeitsgebiets Schulung im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP. Holweger.

Zum Sekretär des Beirats wird Regierungsrat Gnauck, Referent in der Kanzlei des Generalgouverneurs,ernannt,

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß den Mitgliedern des Beirats Urkunden über ihre Bestellung ausgestellt werden, die von ihm zu unterzeichnen sind.

Weiter wird beschlossen, daß über jede Sitzung des Beirats ein Protokoll zu führen ist.

In seiner Eigenschaft als Schirmherr der Kulturvereinigung beruft der Herr Generalgouverneur die Staatssekretäre Dr.Bühler, Dr. Boepple und Hauptabschnittsleiter Stahl in einen engeren Ausschuß, der dem Zwecke einer erweiterten Schirmherrschaft dienen soll.

Die zu Mitgliedern des Beirats Ernannten erklären darauf auf Befragen des Herrn Generalgouverneurs, daß sie bereit seien, die Mitgliedschaft im Beirat zu übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur skizziert dann die Rechte und Pflichten des Beirats. Der Beirat müsse die führende

Institution der Kulturvereinigung sein, die, unter dem Vorsitz des Präsidenten Ohlenbusch tagend, die Richtlinien für die Arbeit der Kulturvereinigung gebe. Die Mitglieder des Beirats müßten die Stellung von Kultursenatoren haben. Neben dem Beirat ständen die Arbeitsausschüsse, die die Planungen der Kulturvereinigung vorbereiten und durchführen sollten.

Der Herr Generalgouverneur stellt dann fest, daß der Beirat der Kulturvereinigung konstituiert ist.

Er übergibt nunmehr die weitere Leitung der Sitzung, die als erste ordentliche Arbeitssitzung stattfindet, dem Generalsekretär der Kulturvereinigung Präsident Ohlenbusch.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Herr Generalgouverneur als Schirmherr der Kulturvereinigung der ersten Sitzung dieses Gremiums beiwohnt.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke verweist sodann auf den von ihm erstatteten Rechenschaftsbericht und die von ihm gegebene Übersicht über die von der Kulturvereinigung geplanten Veranstaltungen. Weiter geht er auf die Frage ein, wie und unter welchen Voraussetzungen das Haus Hauptstraße-Ecke Basteistraße als Kulturhaus ausgebaut werden könne. Leider habe sich ergeben, daß die Stadtverwaltung Krakau für den Umbau des Hauses entgegen der ursprünglich gemachten Zusage nur einen begrenzten Betrag zur Verfügung stellen könne und daher Mittel von anderer Seite aufgebracht werden müßten. Ein Bauausschuß sei Anfang September 1943 gegründet worden, der unter Vorsitz des Baudirektors Hallbauer seine Besprechungen bereits aufgenommen und auch schon Bericht über seine Arbeiten erstattet habe. Die Vorarbeiten für die Ausgestaltung des Hauses seien in die Wege geleitet. Für die Inneneinrichtung des Hauses sei dem Archi-

1178a

tekten Müller, Warschau ein Auftrag erteilt worden. Nach Eingehen der Unterlagen und ihrer Prüfung durch den Bauausschuß werde sich der Finanzausschuß mit der Frage befassen, der auch schon gebildet worden sei und von Präsident Dr. Senkowsky, in seiner Stellvertretung von Ministerialrat von Streit, geleitet werde. In den Finanzausschuß könnten nach Entscheidung des Beirats weitere Mitglieder berufen werden. In dem Ausschuß für die Morgenfeiern seien vertreten Direktor Dr.Coblitz, Intendant Stampe und die Fachreferenten der Hauptabteilung Propaganda. - Weiter sei ein Zeitschriftenausschuß ins Leben gerufen worden, über dessen Zusammensetzung noch zu bestimmen wäre. Er schlage vor, daß Pressechef Gassner, Verlagsleiter Strozyk und Schriftleiter Gaisenheimer in diesem Ausschuß tätig würden.

Die Mitglieder des Beirats sollten keineswegs von der praktischen Arbeit ausgeschlossen werden. Vorgesehen sei vielmehr, daß sie die Leitung der einzelnen Fachausschüsse übernähmen. Im übrigen solle dem Beirat die Bearbeitung der grundsätzlichen Fragen der Politik und Organisation der Kulturvereinigung vorbehalten bleiben.

Nachdem die Eintragung der Kulturvereinigung ins Vereinsregister erfolgt und sie damit im gesetzlichen Sinne rechtsfähig geworden sei, sei nunmehr eine feste Grundlage für eine geschäftsmäßige Arbeit der Kulturvereinigung gegeben. Ein dringendes Erfordernis sei zunächst die Mitgliederwerbung. Sie müsse in der Hand des Beirats liegen, und er müsse sich darüber klar werden, inwieweit eine Mitgliederwerbung vorgenommen werden soll. Weiter müßten die Fragen der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, der Einladung von Frauen zu Veranstaltungen, der Errichtung von Distriktszweigstellen u.a. besprochen werden.

Abschließend glaube er, feststellen zu können, daß angesichts des zur Verfügung stehenden geringen Personals bisher eine positive Aufbauarbeit geleistet worden sei.

Es wird dann zunächst zu der Frage des

Kulturhauses

Stellung genommen.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch hält es für unbedingt erforderlich, das Haus unter den noch obwaltenden erschwerten Bedingungen fertigzustellen. Er kenne die großen Schwierigkeiten, die sich diesem Vorhaben entgegenstellten, glaube aber, im Bauausschuß Männer gefunden zu haben, die gewillt seien, mit Initiative ein solches Heim zu erstellen. Er könne im übrigen feststellen, daß der Bau zum größten Teil äußerlich schon fertiggestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Beirat den Bau sobald wie möglich einer eingehenden Besichtigung unterziehe. Er habe übrigens mit Baudirektor Hallbauer vereinbart, daß alle begonnenen Bauten stillschweigend weitergeführt würden. Das gelte auch für das Kulturhaus.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke gibt dann eine Schilderung des Baues und der für bestimmte Zwecke vorgesehenen Räumlichkeiten.

Der Herr Generalgouverneur legt großes Gewicht darauf, daß in diesem Hause auch die Möglichkeit der Unterbringung von Künstlern geschaffen werde. Diese Frage bedürfe noch eingehender Prüfung.

Mitgliederwerbung.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke teilt mit, daß die Vereinigung bisher etwa 30 Mitglieder zähle und sich ein großes Interesse für die Aufnahme als Mitglied zeige. Man müsse aber bedenken, daß die Kulturvereinigung kein großer Verein zu sein brauche, um so weniger, als sie ja als Verein

selbst aktiv tätig sein solle. Auch mit Rücksicht darauf, daß die Kulturvereinigung voraussichtlich von finanziellen Sorgen befreit sein werde, könne man ja die Mitgliederzahl von vornherein auf 1oo oder 15o beschränken.

Hauptgeschäftsführer Jaenicke gibt dann den Namen mehrerer Interessenten bekannt, die sich zur Mitgliedschaft in der Kulturvereinigung gemeldet haben.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch stellt fest, daß die Aufnahme der von Hauptgeschäftsführer Jaenicke genannten Personen einstimmig vom Beirat beschlossen worden ist.

In diesem Zusammenhang bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als dringend erforderlich, daß sich der Beirat über die Finanzierung der Kulturvereinigung völlig im Klaren sei. Es müsse festgestellt werden, mit welchen Einnahmen überhaupt gerechnet werden könne, welcher Art diese Einnahmen seien, wie groß der Staatszuschuß, wie hoch die Summe derregulären Mitgliederbeiträge sein würde und welche Einnahmen sonst noch zur Verfügung ständen. Ferner müsse Klarheit über den Umfang der Ausgaben bestehen. Es müsse, eine geregelte Finanzverwaltung vorausgesetzt, auch möglich sein, in Einzelfällen, etwa für die Dauer des Wehrdienstes, Mitgliederbeiträge zu erlassen oder zu ermäßigen. Ferner sei die Unterstützung notleidender Künstler in Erwägung zu ziehen. Alle diese Fragen müsse der Finanzausschuß genau prüfen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann der Meinung Ausdruck, daß von einer Werbung von Mitgliedern der Kulturvereinigung möglichst nicht gesprochen werden sollte.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird zu den Fragen der Bemessung der Mitgliedsbeiträge für Frauen, der Zurverfügungstellung von Vorzugskarten für Mitglieder, des Bezuges der Zeitschrift der Vereinigung, der Beteiligung

des Heeres und der Luftwaffe an den Veranstaltungen der Kulturvereinigung Stellung genommen.

Errichtung von Zweigstellen der Kulturvereinigung in den Distrikten.

Zunächst gibt Generalsekretär Präsident Ohlenbusch davon Kenntnis, daß sich Gouverneur Dr.Fischer mit der Überführung des Kulturringes Warschau in die Kulturvereinigung einverstanden erklärt habe.

Dann wird die Frage besprochen, ob Vertreter der Distrikte in den Beirat aufgenommen werden sollen.

Generalsekretär Präsident Ohlenbusch schlägt vor, die Gouverneure in das Gremium der Schirmherrschaft und die Leiter der Propagandaabteilungen der Distrikte in den Beirat aufzunehmen.

Der Beirat beschließt demgemäß.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß für das Wort "Zweigstelle" ein anderes Wort gebraucht wird.

Nach längerer Aussprache beschließt der Beirat auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs, den Zweigstellen bei den Distrikten folgende Bezeichnung zu geben: Kulturvereinigung des Generalgouvernements Bereich Warschau (Krakau, Lemberg, Radom, Lublin).

Angesichts der Tatsache, daß die Satzung von Zweigstellen spricht, wird dieser Beschluß mit der Maßgabe gefaßt, daß die Bezeichnung "Bereich" intern festgelegt wird.

N 82

Beitragserhebung.

Auf Vorschlag des Generalsekretärs Ohlenbusch wird beschlossen, daß die Erhebung eines Beitrages auch für das Jahr 1943 erst ab 1.Januar 1944 erfolgen soll. Die Höhe des Beitrages wird entsprechend der Satzungsbestimmung auf 1oo.-Zloty festgesetzt; doch soll auf Vorschlag des Herrn Generalgouverneurs dem Beirat die Ermächtigung gegeben werden, von dieser Bestimmung im Einzelfall abzuweichen.

Als Geschäftsjahr wird das Kalenderjahr bestimmt.

Es wird dann noch zu verschiedenen Fragen Stellung genommen. Als besonders wichtig bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Tatsache, daß die Gründung einer Organisation der Kulturschaffenden im Generalgouvernement vorgesehen ist.

Zur Frage der Gründung einer Zeitschrift für die Kulturvereinigung führt Pressechef Gassner aus: Es sei gelungen, für die in Aussicht genommene Zeitschrift "Krakauer Monatshefte" den auch als Autor bekannten ehemaligen Schriftleiter der Frankfurter Zeitung Geisenheimer als Hauptschriftleiter und als zweiten Mitarbeiter Dr.Süßkind zu gewinnen. Das Programm der Zeitschrift sei vom Generalgouverneur persönlich genehmigt worden. Die Zeitschrift solle nicht ausgesprochen nur ein Mitteilungsblatt der Kulturvereinigung sein, sondern alle jene verschütteten kulturellen Kräfte wieder zum Leben erwecken, die angesichts der besonderen Situation der Gegenwart sich nicht auswirken könnten. Es würde sich allerdings empfehlen, vorerst über das Programm der Zeitschrift möglichst wenig oder gar nicht zu sprechen.

Der Herr Generalgouverneur gibt Richtlinien für die Ausgestaltung der Zeitschrift. Er wünscht, daß sie einen Zusammenhang mit dem großen Ideenkreis schaffe. Die Kulturvereinigung dürfe nicht zu einer Art Rudiment früherer Auffassungen herabsinken. Nationalsozialisten seien Kulturmenschen und vor allem im Osten Vorkämpfer einer klaren Ordnung. Jedenfalls müsse es spürbar sein, daß eine klare Linie bestehe. Natürlich müsse die Zeitschrift immer Organ der Kulturvereinigung bleiben, doch müßten andererseits die "Krakauer Monatshefte" als eine der wichtigsten Gemeinschaftsangelegenheiten betrachtet werden.

Da man die Ausgestaltung des Programms für die Zeitschrift dem Hauptschriftleiter Geisenheimer allein nicht überlassen könne, habe sich dieser auf seinen Wunsch damit einverstanden erklärt, daß der Beirat ihm für die drei ersten Nummern ein Programm vorlege. Der Beirat werde sozusagen stillschweigend ohne Zensur Gelegenheit haben, auf den Inhalt der Monatshefte Einfluß zu nehmen.

Der Beirat schließt sich diesen Vorschlägen an und beschließt auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs:

1) Ab 1.März 1944 soll unter der Herausgeberschaft der Kulturvereinigung eine Monatszeitschrift mit dem Titel: "Krakauer Monatshefte, Osteuropäischer Verlag," erscheinen.
2) Als Hauptschriftleiter wird Herr Geisenheimer verpflichtet, der sich nach Mitteilung des Verlagsleiters Strozyk bereit erklärt hat, die Hauptschriftleitung zu übernehmen.
3) Die Zeitschrift soll allmonatlich erscheinen, mit 12 Heften im Jahr, in einem Umfang von 64 Seiten und einer Auflage von zunächst 15ooo Stück.

4) Dem Beirat soll die Möglichkeit gegeben werden, auf den Inhalt der Zeitschrift Einfluß zu nehmen. Die Bildung eines Zeitschriftenausschusses ist in Erwägung zu ziehen.

Weiter wird auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs festgelegt, daß Generalsekretär Präsident Ohlenbusch die Aufgabe übernimmt, das Gremium des Beirats in regelmäßigen Abständen zu Sitzungen zu berufen,die der Besprechung laufender Angelegenheiten dienen sollen.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich Mitglieder des Beirats in den Sitzungen vertreten lassen könnten, wird von Generalsekretär Präsident Ohlenbusch unter Hinweis auf die Satzungsbestimmung verneint.

Die Frage, ob eine Ergänzung des Beirats möglich sei, bejaht Präsident Ohlenbusch.

Weiter stellt der Beirat fest, daß eine Vertretung von Mitgliedern der Fachausschüsse möglich ist.

Der Herr Generalgouverneur regt an, daß der Beirat noch weitere allgemeine Beschlüsse faßt. Aufgabe der Kulturvereinigung müsse u.a. die Regelung der Unterbringung der gastweise im Generalgouvernement sich aufhaltenden Künstler sein. Er bitte deshalb, daß unverzüglich auf Grund der Beschlüsse des Beirats entsprechende Schreiben an die maßgebenden Stellen gerichtet würden. Auch müsse an die Schaffung eines eigenen Künstlerheimes bezw. eines Hauses für prominente Gäste herangegangen werden. Für diesen Zweck könne vielleicht das Haus des Fascio Verwendung finden.

Der Beirat beschließt, dieser Anregung des Herrn Generalgouverneurs zu folgen, und ermächtigt den Generalsekretär Präsident Ohlenbusch, Staatssekretär Dr. Bühler von diesem Beschluß offiziell Kenntnis zu geben.

Einem Wunsch des Herrn Generalgouverneurs entsprechend legt Hauptgeschäftsführer Jaenicke das Programm der für die nächste Zeit geplanten Veranstaltungen der Kulturvereinigung vor und erwähnt dabei besonders die vom 14. bis 21. November vorgesehenen Kulturtage des Generalgouvernements. - Das Programm wird von dem Herrn Generalgouverneur genehmigt.

Auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs beschließt der Beirat, daß von jetzt an der Kulturvereinigung die Aufgabe der Festsetzung der Termine künstlerischer und kultureller Veranstaltungen übertragen wird. Hierfür soll möglichenfalls ein Regulativ aufgestellt werden.

Auf Anregung des Generalsekretärs Präsident Ohlenbusch beschließt der Beirat, in der Krakauer Zeitung eine Notiz über die erste Sitzung des Beirats erscheinen zu lassen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 5 Minuten.

Freitag, den 29. Oktober 1943

bis

Sonntag, den 31. Oktober 1943

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

im Reich.